Kurt Martens

Unser Marxismus – eine unserer Verirrungen

Aus der Gedankenwelt
der Ludendorff-Bewegung

Unser Marxismus – eine unserer Verirrungen

Aus der Gedankenwelt
der Ludendorff-Bewegung

Neu zusammengestellt aus der Halbmonatsschrift
„Mensch und Maß“, Verlag Hohe Warte.

„Nie werden wir den Gang der Weltgeschichte und in Sonderheit unseres eigenen Geschickes verstehen, wenn wir die Wirkung der Glaubenslehren als geschichtliche Kraft außer Acht lassen und in diesem Fall nicht den zerstörenden Charakter der christlichen Lehren und der christlichen Suggestionen auf den einzelnen Menschen und auf die Völker und die Absichten erkennt, die hiermit verbunden sind.“

Erich Ludendorff

Anmerkung vom Verfasser:
Oben kann man ohne weiteres das Wort „christlichen“ mit dem Wort „marxistischen“ auswechseln!

Diese Schrift dient der geschichtlichen Forschung
und wissenschaftlichen Dokumentation.

Zusammengestellt und herausgegeben von:
Matthias Köpke, Eigenverlag 2019, 17291 Nordwestuckermark,
Germany. E-mail: Esausegen@aol.com
1. Auflage.

Diese vorliegende Schrift und deren Verfasser beanspruchen für sich den Esausegen gemäß 1. Mose (Genesis) 27, 40 und stehen somit unter dem Schutz des Esausegens als oberste gesetzliche Regelung für alle Jahwehgläubigen!

Nähere Informationen zum Esausegen sind in den Werken: **„Das wahre Gesicht von Jakob dem Betrüger“**, „Das Buch der Kriege Jahwehs“ , „Der jüdische Sinn von Beschneidung und Taufe“, „Der Papst oberster Gerichtsherr in der BR Deutschland“ **„Meine Klage vor den Kirchen- und Rabbinergerichten“** und **„Das offene Tor“** von Matthias Köpke, als E-Book und Freeware unter www.archive.org oder www.scribd.com oder gedruckt direkt beim Herausgeber! Siehe unten.

Printed in Germany.

Vorliegendes Buch ist direkt beim Herausgeber (esausegen@aol.com), bei www.booklooker.de oder anderer Buchplattformen wie www.eurobuch.de im Internet erhältlich.

Hinweis des Verlages

Auch in der israelischen Gesellschaft gibt es laut Prof. Israel Shahak*, der einige Jahre Vorsitzender der *Israelischen Liga für Menschenrechte* war, und dem amerikanischen jüdischen Wissenschaftler Norton Mezvinsky** – dem mohammedanischen und christlichen Fundamentalismus vergleichbar – extremistische Bestrebungen, die allen nichtjüdischen Personen und Völkern die Menschenwürde aus religiöser Überzeugung absprechen; sie verletzen die von der Menschenrechtskommission sowie die im Grundgesetz garantierten Grundrechte und die freiheitlich-rechtsstaatliche Ordnung. Über extremistische Verhaltensweisen – ganz gleich welchen Ursprungs diese sind – aufzuklären und ihre geistigen Grundlagen sowie ihre politischen Zielsetzungen offenzulegen, ist ein Gebot der rechtsstaatlichen Selbstbehauptung und stellt berechtigte Notwehr dar.

Den **imperialistischen Bestrebungen** des im Mosaismus (Judentum, Christentum, Islam) wurzelnden Extremismus der sogenannten **Jakob-Fraktion**, (vgl. 1. Mose 27, Vers 28-29): *„So gebe dir Gott* (Jahweh) *vom Tau des Himmels und vom Fett der Erde und Korn und Most in Fülle! Völker sollen dir dienen und Völkerschaften sich vor dir niederbeugen! Sei Herr über deine Brüder, und vor dir sollen sich niederbeugen die Söhne deiner Mutter! Die dir fluchen, seien verflucht, und die dich segnen, seien gesegnet!“*

kann spätestens seit 1948 der im Auftrage des mosaischen Gottes Jahweh den Nichtjuden in der Verkörperung Esaus erteilte Segen entgegengehalten werden (1. Mose 27, Vers 40, Satz 2 der Luther-Bibel, Stuttgart 1902, 19. Auflage):

„Und es wird geschehen, daß du <u>auch ein Herr</u> und sein* (Jakobs) *Joch von deinem Halse reißen wirst.“

Nach mosaistischer Sicht wäre eine Behinderung oder gar Verhinderung dieses Hervortretens mit dem Esausegen gleichbedeutend mit einem grundsätzlichen **<u>Bruch des Bundes mit Jahweh</u> und die <u>Verhinderung der Ankunft des Messias</u>,** welche die **<u>Verfluchung und Vernichtung</u>** durch Jahweh nach sich zöge. Nach dieser Lehre würde jeder Jude oder von Juden abhängige Nichtjude (künstlicher Jude wie z.B. Christen, Freimaurer, Mohammedaner usw.)**,** der diesem Segen zuwider handelt, den **Zorn Jahwehs** auf sich und die jüdische Gesellschaft heraufbeschwören und dadurch die **Vernichtung Groß-Israels** (Jakobs) **durch Jahweh** fördern.*** Siehe dazu: Der Fluch des Ungehorsams, 5. Mose 28, 15-68; davon bes. Vers 58! Der Bann setzt sich automatisch in Kraft, sobald der Esausegen verletzt wird (z.B. in der röm.-katholischen Kirche u.a. die „excommunicatio latae sententiae“ [Strafe für Ungehorsam]). Letztendlich wird, wie es in der Weissagung des Mosaismus heißt, die allseitige **Einhaltung des Esausegens** – ohne den Juden zu fluchen – zum weltweiten Frieden zwischen Juden (auch künstlichen Juden) und Nichtjuden führen.

*Israel Shahak † (Jerusalem): *„Jüdische Geschichte, jüdische Religion – Der Einfluß von 3000 Jahren“*, 5. Kapitel: *Die Gesetze gegen Nichtjuden*, Seite 139-180, Süderbrarup 1998, Lühe Verlag, Postfach 1249, D-24390 Süderbrarup.

**Israel Shahak u. Norton Mezvinsky: *„Jewish Fundamentalism in Israel“*, 176 Seiten, London 1999, Pluto Press, 345 Archway Road, London N6 5AA.

*** Roland Bohlinger: *„Denkschrift auf der Grundlage des geltenden Völkerrechts und des im Alten Testament verkündeten Jakob- und Esausegens“*, veröffentlicht in „Freiheit und Recht“, Viöl im Nov. 2002.

Inhalt:

Unser Marxismus – eine unserer Verirrungen
(17 Teile) von Kurt Martens 7
1. Bismarcks Arbeiterfürsorge („Mensch und Maß“ Nr. 4/1993) 7
2. Die Arbeiter erwarten ihr Heil von Marx (Nr. 7/1993) 15
3. Gewissenlose Behauptungen (Nr. 8/1993) 22
4. Zum Krieg treibende Marxisten (Nr. 9/1993) 30
5. Marxisten gegen Deutschlands Sieg (Nr. 10/1993) 39
6. Die Folgen schmecken auch Marxisten nicht (Nr. 11/1993) 47
7. Endlich die Diktatur eines Proletariers (Nr. 12/1993) 57
8. Der Einzug der siegreichen Sowjetarmeen (Nr. 14/1993) 73
9. Plünderung und Umbau Mitteldeutschlands (Nr. 15/1993) 80
10. Aufstand der Arbeiter und Mauerbau (16/1993) 88
11. Die neue „ausbeuterische und regierende“ Klasse (Nr. 17/1993) 98
12. Manches Richtige brachte Erfolg (Nr. 18/1993) 106
13. Falsche geistige Grundlagen (Nr. 19/1993) 114
14. Weitere schwere Mängel (Nr. 20/1993) 121
15. Dem verdienten Ende entgegen (Nr. 21/1993) 128
16. Ausklang und Rückblick (Nr. 22/1993) 135
17. Und nun? (Nr. 24/1993) 142

Klassen- oder Volksdenken; Marx oder Mathilde Ludendorff (2 Teile) von Hans Kopp 148

Sozialismus als Propagandalehre der Glaubenspolitik
(Von Walther Werner) 163

Marxistische Antisemiten (Von Karl Hauptmann) 169

Multikulti und Marxismus (Von S.K.) 177

Literaturhinweise 179

Eine echte Freiheit ist wesentlich das Vermögen, sich in andere Denkweisen versetzen zu können und mit ihnen unbefangen zu verkehren, statt nur an den eigenen Kreis gebannt zu bleiben. Die tiefste Wurzel solches Verfahrens ist der Mangel eines umfassenden und erhöhenden Lebenszieles des ganzen Menschen, ist das Unvermögen, sich über den Streit der Menschen in eine sachliche Wahrheit zu versetzen und ihr über die Interessen des bloßen Menschen hinaus zu dienen; bei solchem Mangel ist ein gänzliches Zerfallen in Parteien unvermeidlich, alles Bemühen für eine Sozialisierung kann dann ein Auseinandergehen der Menschen nicht verhüten.

Rudolf Eucken 1920

Unser Marxismus, eine unserer Verirrungen

(17 Teile)

Von Kurt Martens

I. Teil

Bismarcks Arbeiterfürsorge.

Höchste Erwartungen weckten anfangs des 19. Jahrhunderts die wissenschaftlichen Entdeckungen. Die Erfindung der Dampfmaschine und die Steigerung der Kohlenförderung in England leiteten eine Entwicklung ein, die wir mit Friedrich Engels, dem Fabrikbesitzer und Gehilfen des Karl Marx, eine *„industrielle Revolution“* nennen wollen[1]. Sie erfolgte auf vielen Gebieten:

So wurden die verschiedensten Maschinen geschaffen, die Herstellung von Zucker aus Rüben entdeckt, die Gasbeleuchtung eingeführt usw. Künstlicher Dünger erhöhte die Ergiebigkeit des Ackerbaues. Die Erzeugung von Soda und Schwefelsäure legte den Grund für die spätere chemische Industrie[2]. In der ärztlichen Kunst gelang es zunehmend, Krankheiten und Seuchen zu meistern, die in früheren Zeiten oft verheerend aufgetreten waren. Erkenntnisse in den Geisteswissenschaften machten kirchliche Verfolgung schwierig, die nicht weniger schlimm gehaust hatte als Seuchen und Krankheiten[3]. Man begann von einem ständigen Fortschritt zum leichteren Leben zu träumen.

Dieser Fortschritt äußerte sich deutlich in der Entwicklung des Verkehrswesens: Fuhr man zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Postkutschen auf holprigen Wegen die rund 150 Kilometer von Berlin nach Leipzig in anderthalb Tagen, zahlreiche Pausen allerdings eingeschlossen, so brauchte 1835 die erste deutsche Eisenbahn für die 6 Kilometer lange Strecke Nürnberg-Fürth nur 9 Minuten. Schon 1845 betrug das deutsche Eisenbahnnetz 2.130

1) Herbert Gruhl, *„Ein Planet wird geplündert“*, Fft/M 1975, S. 50/3; Karl Marx/Friedrich Engels, *„Ausgewählte Schriften“* Ostbln 1963, Bd. I S. 110, 520.

2) Werner Sombart *„Deutsche Volkswirtschaft“*, Bln 1927, S. 161/3; Wilhelm Treue/Karl-Heinz Manegold, *„Quellen zur Geschichte der industriellen Revolution“* Gött 1979, S. 325/7.

3) wie Ziff. 2 Treue/Manegold S. 318; Paul Graf von Hoensbroech *„Das Papsttum in seiner sozial-kulturellen Wirksamkeit“*, 2 Bde, 1902, gekürzte Ausgabe Bd 1, Lpz 1904.

Kilometer, 1885 über 37.500 Kilometer[4].

Auch sonst verlieh die Dampfmaschine den bis dahin durch die Kraft von Menschen und Tieren, Wasser und Wind angetriebenen einfachen Geräten und Maschinen erhöhte Leistungen. In Preußen zählte man 1830 215 in Gewerbebetrieben eingesetzte Dampfmaschinen, in Sachsen deren 25.

Gleichzeitig gelang es, mit der Verbesserung der Erzeugung und Bearbeitung des Eisens leistungsfähigere Maschinen herzustellen. Die neue Antriebskraft zusammen mit Übertragungseinrichtungen und Arbeitsmaschinen bildeten die Grundlagen für wachsende Betriebsgrößen[5].

Die zunehmende Zahl und Größe der Betriebe brauchte Menschen. Dem kam entgegen, daß infolge der zivilisatorischen Verbesserungen die Bevölkerungszahl auf dem Gebiet des späteren Deutschen Reiches von 1816 bis 1875 von fast 25 Millionen auf über 42 Millionen wuchs[6]. Außerdem setzte eine starke Abwanderung aus der Landwirtschaft ein. Die Bauernbefreiung anfangs des 19. Jahrhunderts brachte die Aufhebung des Bauernschutzes der absolutistischen Könige. Viele Bauern vermochten ihre nunmehr freien Höfe nicht zu halten und mußten anderweitig Lebensmöglichkeiten suchen. Lebten zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch zwei Drittel der Bevölkerung von der Landwirtschaft, so kehrte sich das bis zu seinem Ende dahin um, daß nun zwei Drittel in Gewerbe, Handel und anderen Berufen arbeiteten[7].

Zu diesem bedeutungsvollen Vorgang konnte 1961 der Geschichtsschreiber Hellmuth Rößler folgendes sagen:

„Nun erst wurde der deutsche Osten ein Land des Großgrundbesitzes, als die Gutsherren etwa 500.000 Hektar Bauernland dazu erwarben. Der Adel verlor darüber sein Gesicht. Seit der Reformzeit ohne Vorrecht und Vorpflicht zum Staats- und Heeresdienst, behielt er nun von seinen alten Führungsaufgaben nur noch die Gutsgerichtsbarkeit und das Kirchenpatronat. Aber auch deren Handhabung wurde nun dadurch beeinflußt, daß die patriarchalisch-menschlichen Beziehungen zu den Bauern sich auflösten und durch reine wirtschaftliche Abhängigkeit ersetzt wurden.“[8]

Diese Veränderungen erfolgten im Zeichen einer geänderten geistigen Haltung. Von der französischen Revolution und englischer Wirtschaftsgesinnung angeregt, gelangte sie zum *„Liberalismus“*, dessen Wesen der *„Brockhaus“* von 1845 folgendermaßen erläuterte:

Namentlich in Deutschland verbinde man damit *„Freigebigkeit, Hoch-*

4) wie Ziff. 2 Sombart, S. 5, 239, 493; Treue/Manegold S. 72/3.
5) Karl Lärmer/Peter Beyer, *„Produktivkräfte in Deutschland 1800 -1870“*, Ostbln 1990, S. 70/1,77.
6) *„Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich“*, Bin 1880, S. 5.
7) wie Ziff. 2 Sombart S. 34/5; Gustav Ruhland „System der politischen Ökonomie“ unveränderter Nachdruck Goslar 1933, S. 995.
8) Hellmuth Rößler, *„Deutsche Geschichte“*, Gütersloh 1961, S. 485.

herzigkeit". Auch bezeichne die Ableitung von *„liber = frei"* diejenigen, *„welche in den öffentlichen Fragen mit Vorliebe die Seite der Freiheit erfaßten ... die wahrhaft liberalen Ideen sind die Ideen der echten politischen und religiösen Freiheit, welche nicht unbedingt Unabhängigkeit von Anderen, nicht Ungebundenheit, nicht Zügellosigkeit, sondern Unabhängigkeit in sich selbst, Selbstbeherrschung, Gehorsam gegen das Gesetz der Sittlichkeit voraussetzt"*.[9)]

Zu einer nüchterneren Deutung, die aber der Wirklichkeit näher kam, gelangte 1961 Friedrich Sieburg in seiner Geschichte der Französischen Revolution:

„Mit dem Jahr 1789 begann die Freiheit der Einzelnen im Rahmen einer frei organisierten Gesellschaft, die ihre Toleranz und ihren Egoismus ungehindert betätigen konnte ... Wer den Menschen wirklich frei haben will, kann ihm nicht die Freiheit aberkennen, sich selbst zu schaden, andere Sterbliche im Namen der Freiheit auszubeuten und zu unterdrücken."[10)]

Die mit revolutionärer Unbedingtheit heraufziehende Industrialisierung beurteilte Bismarck 1849 als Abgeordneter im Preußischen Landtag:

„Die Fabriken bereichern den Einzelnen, erziehen uns aber die Massen von Proletariern, von schlecht genährten, durch die Unsicherheit ihrer Existenz dem Staat gefährlichen Arbeitern ..."

Womit er sich mit Karl Marx und Friedrich Engels traf, die um dieselbe Zeit in ihrem allerdings kaum beachteten *„Kommunistischen Manifest"* behaupteten:

„Die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag ... Aber die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen; sie hat auch die Männer gezeugt, die diese Waffen führen werden – die modernen Arbeiter, die Proletarier."[11)]

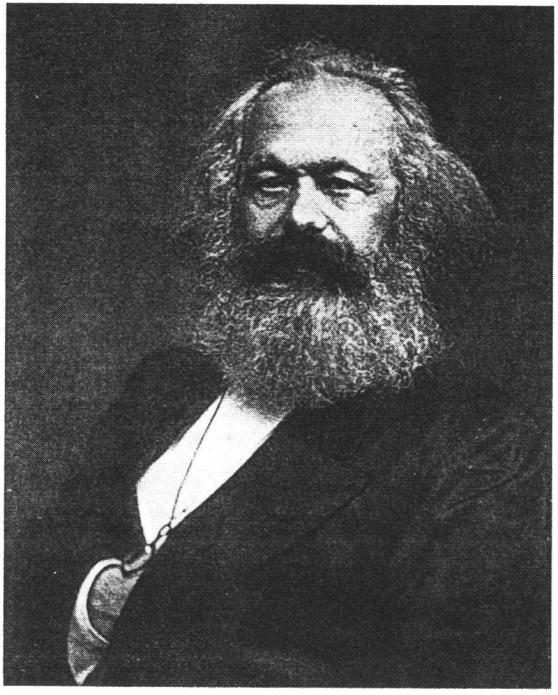
Den bis 1874 in der Wirtschaft entwickelten Liberalismus schilderte Otto Glagau den rund zwei Millionen Lesern der *„Gartenlaube"* als *„manchesterliche"* Freiheit, *„welche Handwerk und Industrie, Handel und Spekulation von jeder gesetzlichen Schranke befreit, an Stelle der staatlichen Aufsicht die ‚freie Konkurrenz' setzt und dem Kapital jede Willkür gönnte"*.

Unnachsichtig geißelte um die Jahrhundertwende auch der Volkswirt Gustav Ruhland – dessen Sachlichkeit schon Bismarck vertraut hatte – die Verhaltensweise vieler Unternehmer in der liberalen Wirtschaft als

---

9) Brockhaus *„Conversations-Lexikon"*, Lpz 1843, Bd. VIII, S. 736.
10) Friedrich Sieburg, *„Im Licht und Schatten der Freiheit"*, Stgt 1961, S. 7.
11) Bismarck *„Die gesammelten Werke"*, Bd. X, Bln 1928, S. 49; wie Ziff. 1 Marx/Engels, Bd. I, S. 28/9.

Fürst Bismarck. Marmorbüste von Reinhold Begas.
Berlin, Nationalgalerie.



Karl Marx

„unersättliche Raffgier“[12)]

Ihr setzte der Dichter Gerhard Hauptmann 1898 ein angemessenes Denkmal in seinem Schauspiel *„Die Weber“*. Es behandelte die Ausbeutung von Heimarbeitern in dem schlesischen Städtchen Peterswaldau durch die Gebrüder Zwanziger, die ihren Arbeitern oft nur die Hälfte dessen bezahlten, was anderweitig gegeben wurde:

„Aso a richtiger Fabrikante, der wird mit zwee, dreihundert Webern fertich, eh man sich umsieht. Da läßt a ooch ni a paar morsche Knoch'n iebrich. Aso eener der hat vier Mag'n wie 'ne Kuh und a Gebiß wie a Wolf.“[13)]

Als allgemeine Folge liberaler Freiheit begann Strebertum zu wuchern. Hatte Bismarck schon 1878 im Reichstag zu bedenken gegeben, daß die *„deutsche Strebsamkeit“* nicht nur gute Seiten habe sondern keine Grenzen kenne, so wurde er nach seiner Entlassung nicht müde, diese Schwäche anzuprangern. Da sprach er von *„zu viel Strebertum und persönlicher Rücksichtnahme in der Presse“*, von *„herzlich beschränkten Streben“*, die *„sich nach oben einführen“* wollten, vom *„widrigen Strebergeist“* hoch gekommener Juden, den schon Jesus und die Propheten bekämpft hätten. Er stimmte hierin sogar mit dem sozialdemokratischen Führer August Bebel überein, der das allerdings mit dem *„jahrhundertealten Druck“* entschuldigte, dem die Juden ausgesetzt gewesen seien[14)]. Noch in den Erinnerungen Bismarcks treten Worte wie *„politisches Strebertum“*, *„Streberfraktion“*, *„publizistische Streber“* auf. In einem Gespräch 1891 erklärte Bismarck auch das, was er unter einem *„Streber“* verstand: Einen Mann, *„dessen einziges Ziel Vorwärtskommen um jeden Preis“* ist[15)].

Der Verfasser führte 1971 diese Begriffsbestimmung weiter aus:

Die *„Streberhaftigkeit“* sei eine *„Schwester der Spießbürgerlichkeit“*, die beide zu sehr um das eigene *„Ich“* kreisen und dem *„Großen und Ganzen, Volk und Staat“* nicht das geben, was ihnen gebürt. *„Beide handeln leicht würdelos: Der Spießer um seiner Beschaulichkeit willen, der Streber um aufzusteigen.“* Da aber ein *„übermäßig auf sich selbst gerichtetes Tun keinen Aufstieg verdient, sucht der Streber vorzutäuschen, was dazu berechtigt: Dienstleistungen für die Gemeinschaft, Liebe zum Vaterland, hervorragender Gemeinsinn ... Der Streber ist oft hastig, gelegentlich aufdringlich, unter*

12) Otto Glagau, *„Der Börsen- und Gründungsschwindel in Berlin“*, Lpz 1876 S. V/VI, XXXIV; wie Ziff. 7 Ruhland, S. 1150.

13) Gerhart Hauptmann, *„Die Weber“*, Nachdruck, Fkft/M-Bln 1959, S. 16; Wie Ziff. 2 Treue/ Manegold, S. 154.

14) wie Ziff. 11 Bismarck, Bd. XII, Bln 1929, S. 7; Bd. IX, Bln 1926, S. 64, 90; S. 87; August Bebel, *„Briefwechsel mit Friedrich Engels“*, herausgeg. von Werner Blumenberg, Den Haag 1965, S. 487.

15) wie Ziff. 11 Bismarck, Bd. XV, Bln 1932, S. 45, 257, 262; Bd. IX, Bln 1926, S. 152.

Umständen kriecherisch. Durch unüberhörbares Lob und unübersehbare Gefügigkeit sucht er Mächtige für sich einzunehmen; ihre Schwächen nutzt er aus; stets teilt er ihre Meinung; Ablehnung wagt er nur da, wo es ihn nichts kostet, oder wenn er hoffen darf, dadurch Anerkennung zu erringen. Im Glück ist der Streber überheblich, im Mißerfolg winselt er."[16)]

Die dem liberalen Geist entsprechende Ausbeutung von Arbeitern bildete den Grund zahlreicher Gegenbewegungen, aus denen heraus 1869 die *„Sozialdemokratische Partei"* entstand, die 1891 ihren Namen in *„Sozialdemokratische Partei Deutschlands"* – kurz *„SPD"* – änderte. Die Führung hatte August Bebel[17)], Sohn eines preußischen Unteroffiziers, Inhaber einer Drechslerwerkstatt – ein Kleinbürger, wie er und andere Anhänger der marxistischen Lehren sie zutiefst verachteten. Bebel stand stark unter dem Einfluß von Wilhelm Liebknecht, einem leidenschaftlichen Hasser Preußens[18)]. Als Abgeordnete ihrer Partei im Norddeutschen Reichstag lehnten sie es 1870 ab, Geld für den Krieg gegen Frankreich zu bewilligen, wofür sie den Dank des französischen Konsuls in Wien ernteten. 1871 bezeichneten sie die Rückkehr Elsaß-Lothringens zu Deutschland als *„Annexion"* und lehnten die Herstellung der deutschen Einheit in Versailles als *„Gewaltakt von oben"* ab – alles in offenbar berechtigtem Vertrauen auf die grenzenlose Unkenntnis von Geschichte und Politik ihrer Anhänger. Seit 1887 gehörte der jüdische Millionär Paul Singer dem Vorstand der Partei an, drei Jahre später übernahm er den Vorsitz neben Bebel. Offensichtlich glaubte er, mit ihr etwas anfangen zu können.[19)]

Bismarck kam erst nach der Wiederbegründung des Deutschen Reiches dazu, an die Bekämpfung der aufgetretenen Entartungen zu gehen. 1881 erklärte er im Reichstag:

„Ich bin nicht der Meinung, daß das ‚laissez faire, laissez allez', das ‚reine Manchestertum in der Politik', Jeder sehe, wie er's treibe, jeder sehe, wo er bleibe', ‚Wer nicht stark genug ist, zu stehen, wird niedergerannt und zu Boden getreten', ‚Wer da hat, dem wird gegeben, wer nicht hat, dem wird genommen' – daß das im Staat, namentlich in dem monarchischen, landesväterlich regierten Staat Anwendung finden könnte."

Das kam dann auch in einer Kaiserlichen Botschaft desselben Jahres zum

16) Kurt Martens, *„Über Streberhaftigkeit oder der Fall des Herrn Werner Hofer beim Westdeutschen Rundfunk in Köln"* in *„Nationalzeitung"*, Mü 30. Juli 1971, S. 1, 6.

17) Ernst Schraepler, *„August Bebel"*, Götl. 1966, S. 25/8; Franz Mehring, *„Geschichte der deutschen Sozialdemokratie"*, Stgt 1898, Teil II, S. 275/6.

18) August Bebel, *„Aus meinem Leben"*, Bd. I, Stgt. 1914; wie Ziff. 14 Bebel, S. 28, 81, 87/8, 199, 211, 218, 288 usw.; Hermann Heidegger, *„Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat 1870-1920"*, Gött 1956, S. 33/5.

19) wie Ziff. 18 *„Leben"*, Bd. II, Stgt 1919, S. 144, 179/201, 220; *„Jüdisches Lexikon"*, herausgeg. von G. Herlitz und B. Kirchner, Bln 1929, Bd. V Sp. 441.

Ausdruck:

Die *„Heilung der sozialen Schäden“* solle nicht nur durch Unterdrückung sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern genauso durch *„Förderung des Wohles der Arbeiter“* geschehen. Entsprechend erfolgte der Erlaß einer großen Zahl tiefgreifender Gesetze.[20)]

Die *„Tägliche Rundschau“* konnte 1895 berichten, daß im letzten Jahrzehnt für die Zwecke der Arbeiterversicherung insgesamt 1.900 Mio. Mark aufgebracht wurden. Zu dieser Zeit kostete ein Ei 5 Pfennige, ein Pfund Roggenmehl 25 Pfennige und ein Pfund Schweinefleisch 1.20 Mark[21)]. Zusammenfassend berichtete 1905 die angesehene Zeitschrift *„Grenzboten“* in Leipzig, daß in den vorhergehenden 37 Jahren 125 sozialpolitische Gesetze und Verordnungen ergangen waren, – eine ungeheure Arbeitsleistung besonders im Hinblick darauf, daß in dieser Zeit der Existenzkrieg 1870/71 geführt werden mußte, daß die innere Ordnung des Reiches wie Heer, Flotte, Münzwesen, Strafrecht usw. geschaffen wurde.[22)]

Gesundes Denken wird annehmen, daß diese in der damaligen Zeit einmalige Fürsorge für die Arbeiter deren allgemeine Zustimmung gefunden hätte. Weit gefehlt! Wie die *„Grenzboten“* weiter mitteilten, stimmte die von den Arbeitern bevorzugte Partei, die sozialdemokratische, im Reichstag nur einem Drittel der Gesetze zu. Hingegen lehnte sie sogar wichtige ab wie 1883 die Krankenversicherung der Arbeiter, 1884 die Unfallversicherung, 1889 das Gesetz betreffend Invalidität und Altersversorgung.[23)]

Diese verwarf der Vorsitzende der SPD Paul Singer als unzureichend und wenig soziale Reform. Ebenso setzte der Schriftsteller Franz Mehring[24)] in seiner zweiten *„Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“* die Reformen als unehrlich, als *„Bettelreformen“* herab[25)]. Um derartiges werten zu können muß man sich erinnern, daß sich Singer im Reichstag vorwerfen lassen mußte[26)], in seiner mit dem Teilhaber Rosenthal betriebenen Damenmäntelfabrik habe dieser das getrieben, was Mehring als *„Schröpfung der weiblichen Arbeitskraft bis auf das Mark der Knochen“* verurteilte – ohne dabei allerdings Namen und Ort zu nennen.

---

20) wie Ziff. 11 Bismarck, Bd. XII, Bln 1929, S. 238, 271.

21) Walter Vogel, *„Bismarcks Arbeiterversicherung“*, Braunschw 1951, S. 43, Anmk. 2; Tageszeitung *„Germania“*, Bln, Nr. 10/1905, S. 1.

22) Zeitschrift *„Die Grenzboten“*, Lpz, III. Vj., 1905, S. 337/8.

23) wie Ziff. 19, S. 425/31; Kurt Martens *„Zu Bismarcks sozialer Gesetzgebung“* in der Zeitschrift *„Deutschland in Geschichte und Gegenwart“*, Tüb, Folge 3, 1984 S. 18/22.

24) Fedor von Zobeltitz, *„Chronik der Gesellschaft unter dem letzten Kaiserreich 1894-1914“*, Hbg 1922, Bd. I, S. 49; *„Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Halle/S“*, Bln 1890, S. 85/6.

25) wie Ziff. 17 Mehring, S. 467/9.

26) Adolf Stoecker, *„Reden im Reichstag“*, Schwerin/M 1914, S. 63, 72, 167/8, 277/81; wie Ziff. 22, S. 497.

Die zweite Geschichte Mehrings galt heutiger marxistischer Auffassung als *„Standardwerk“*[27]. Hatte er zwanzig Jahre vorher behauptet, aus den Äußerungen der sozialdemokratischen Führer eine *„Dekordanz“* zusammenstellen zu können *„voll schreiender Albernheiten und Widersprüche“*, erschien nun alles in neuem Licht. Berichtete er in der ersten Fassung, Karl Marx sei *„nach übereinstimmendem Urteil kundiger Personen“* durch den ehemals *„glühenden Bewunderer und politischen Flüchtling“*, den vormaligen preußischen Leutnant von Techow treffend wie folgt dargestellt worden:

„Der gefährlichste persönliche Ehrgeiz“ habe in ihm *„alles Gute zerfressen“*. Er lache *„über die Narren, die ihm seinen Proletarierkatechismus nachbeten“* und achte allein die Aristokraten. *„Um sie von der Herrschaft zu verdrängen, braucht er eine Kraft, die er allein in den Proletariern findet, deshalb hat er sein System auf sie zugeschnitten.“*

In der zweiten Fassung – dem *„Standardwerk“* – setzte Mehring[28] den von Techow einfach herab:

Er habe *„keine blasse Ahnung“* von dem gehabt, *„was Marx und Engels eigentlich wollten“*. Wenn auch Engels den Mehring einen *„Lügenbold“* und *„berechnenden Lump und von Natur Verräter“* nannte, wenn Bebel ihn als *„Dreckseele, mit dem wir keine Gemeinschaft haben können“*[29], bezeichnete – eben diese hatten sie dann doch.

Bismarck sah das Unberechtigte solcher Ablehnungen durchaus richtig, als er gelegentlich der Erörterung der Unfallversicherung im Reichstag 1881 von redegewandte *„Strebern“* sprach, *„die an der Spitze der Arbeiterbewegung stehen“*. In seiner Reichstagsrede zur Invaliden- und Altersversicherung 1889 wies er auf diejenigen hin, *„deren ganze Bedeutung, deren Herrschaft darauf beruht, daß die von ihnen geleiteten und mißleiteten Massen unzufrieden bleiben“*. Die Sozialdemokratie *„wird losschlagen, gerade so gut wie die Franzosen, sobald sie sich stark genug dazu fühlt. Und diese Stärke vorzubereiten – nicht der großen Partei sondern der Führer – ist ja die ganze Aufgabe ihrer Politik – und alles, was diese Stärke zum Losschlagen, zur Erzeugung des Bürgerkrieges, zur Herstellung des ‚Massentritts der Arbeiterbataillone' schädigen kann, hindern kann, hemmen kann, das werden sie natürlich bekämpfen; also wird ihnen auch jedes Entgegenkommen für die Leiden des armen Mannes, welches von Staats wegen geschieht, hinderlich sein – das hindert die Unzufriedenheit, und Unzufriedenheit brauchen sie. Also war natürlich vorauszusehen, daß sie*

27) Franz Mehring, *„Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“* Ostbln 1960, Bd. I, Vorwort S. 20.

28) Franz Mehring, *„Die deutsche Sozialdemokratie“*, Bremen 1879, S. 67/68, 216; wie Ziff. 24, Bd. I, S. 525.

29) wie Ziff. 14 Bebel, S. 128, 216, 234.

dagegen stimmen würden."

1890, nach seiner Entlassung, äußerte Bismarck im Gespräch: Die sozialistische Gefahr sei die größte, und die Partei sei ständig im Wachsen. Soweit man in der Geschichte zurückgehe, „hätten sich Streber an die Unzufriedenen gewendet und sich so eine Partei geschaffen"[30].

II.

Die Arbeiter erwarten ihr Heil von Marx.

Statt auf Bismarck zu vertrauen und seine Bemühungen zu unterstützen hofften die Arbeiter zunehmend auf die Lehren von Karl Marx. Dessen Eltern stammten aus Familien jüdischer Rabbiner, er selbst aus den gutbürgerlichen Verhältnissen eines Justizrates in Trier, der zum Christentum übergetreten war[1]. Mit Unterstützung des reichen Fabrikantensohnes Friedrich Engels suchte Marx eine Deutung unbestreitbarer Mißstände seiner Zeit zu verbreiten, die Arbeitern und beschränkten Geistern angenehm klang.

Beide gaben im *„Kommunistischen Manifest"* 1848 eine erste Zusammenfassung ihrer Gedanken, die mit folgenden Sätzen begann:

„Die Geschichte aller bürgerlichen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, kurz Unterdrücker und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen."

Schon der erste Satz mußte abstoßen. Denn die Geschichte kennt viel mehr Eroberungs- und Religionskriege, solche von Völkern um Lebensraum, Auseinandersetzungen um Erbfolge, Besitz- und Handelsrechte, sowie das, was wir heute *„Imperialismus"* nennen: Kämpfe um Macht um der Macht willen. In fast allen dieser unzähligen Auseinandersetzungen hatten die Schichten und Klassen der Kämpfer einträchtig zusammengewirkt.

Marx rückte im übrigen später selbst von dieser unsinnigen Behauptung

30) wie Ziff. 11 Bismarck, Bd. XII, Bln 1929, S. 236; Bd. XIII, Bln 1930, S. 396; Bd. IX, Bln 1926, S. 64.

1) E. Lewin-Dorsch, *„Familie und Stammbaum von Karl Marx"* in *„Die Glocke"*, Bln, IX. Jg. 1923, S. 309 ff; R. Horowitz, *„Die Familie Lwów"* in *„Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums"* Fkft/M, 72. Jg., 1928, S. 487 ff.

ab, indem er in seinen Äußerungen zum *„Bürgerkrieg in Frankreich“* vom *„Nationalkrieg“* als Höchstem sprach, zu dem die *„alte Gesellschaft“* sich aufzuschwingen vermochte.[2)]

Das *„Manifest“* fuhr fort: In der Gegenwart stehe die Klasse der *„Bourgeois“* als Besitzer der Produktionsmittel gegen die *„Proletarier“*, die ihre Arbeitskraft verkaufen mußten, *„um leben zu können“*. Der moderne Arbeiter, *„statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab“*. Die Anklage des Kommunismus bestehe darin: Welche Form auch immer die Klassengegensätze angenommen hätten, *„die Ausbeutung des einen Teiles der Gesellschaft durch den anderen ist eine allen vergangenen Jahrhunderten gemeinsame Tatsache“*.

Und weiter erklärte das *„Manifest“*: Das Proletariat stamme *„aus allen Klassen der Bevölkerung“*; es sei eigentumslos, nicht an Ehen gebunden und habe kein Vaterland. *„Die Gesetze, die Moral, die Religion“* betrachte es als *„bürgerliche Vorurteile“*. Wie alle proletarischen Parteien verfolgten die Kommunisten als die Einsichtigsten das Ziel, die politische Macht zu erobern. *„Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“*

Das führten Marx und Engels fort[3)]: Der herrschende Staat sei eine *„Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere“*. Er werde sich *„mit Einführung der sozialistischen Gesellschaft“* auflösen und verschwinden. Das Proletariat werde, nachdem es die Staatsgewalt übernommen habe, *„die Produktionsmittel in Staatseigentum“* überführen, womit es sich selbst, alle Klassenunterschiede und -gegensätze und den Staat aufhebe.[4)]

Der Grundgedanke von Marx und Engels bestand darin, nur die besitzlosen Handarbeiter, die *„Proletarier“* als *„hervorbringend“*, die *„Bourgeois“* aber, die Unternehmer, Kapitalisten, Feudalherren usw. samt und sonders als Ausbeuter und Unterdrücker, als nur *„aneignend“* zu zeigen. *„Die arbeitende Klasse allein ist es, die alle Werte produziert“*, erklärte Friedrich Engels. Auch August Bebel, Führer der Sozialdemokratie neben Paul Singer, sprach 1893 vor dem Reichstag von den *„Nichtarbeitern – Kapitalisten, Großgrundbesitzern“*, die sich *„in den Besitz des Produkts der Arbeiter“* setzten.[5)]

---

2) Karl Marx/Friedrich Engels, *„Ausgewählte Schriften“*, Ostberlin 1963, Bd. I, S. 23/4, 513.
3) wie Ziff. 2, Bd. I, S. 23/4, 31, 34/6, 40/41, 54; Karl Marx/Friedrich Engels, *„Ausgewählte Briefe“*, herausgeg. von V. Advoratskij, Zürich 1934, S. 276, 278/9.
4) wie Ziff. 2, Bd. I, S. 457, 488/9; Bd. II, S. 139, 299.
5) Wie Ziff. 2, Bd. I, S. 64/5, 494; August Bebel, *„Zukunftsstaat und Sozialdemokratie“*, Rede im Reichstag am 3. Febr. 1893, Bln 1893, S. 13.

Derartiges unterschlug, daß auch die Unternehmer usw. arbeiteten und Werte schufen. Diese üble Fälschung durfte infolge ihrer bequemen Anwendbarkeit auf die Zustimmung kleiner Geister rechnen, widersprach aber in jeder Beziehung der Wirklichkeit. Nicht nur, daß Unternehmer usw. arbeiteten und Werte schufen – manche bewiesen darüber hinaus auch noch Mitgefühl gegenüber Ärmeren. Da war beispielsweise im Mittelalter das Handelshaus Fugger in Augsburg gewesen, das im Bewußtsein *„zum Besten des Gemeinwesens geboren“* zu sein, ihrer Stadt 106 Wohnungen mit Einrichtung für ihre *„rechtschaffenen, aber armen Mitbürger“* gestiftet hatten.[6)]

Auch das, wie der Geschichtsschreiber Hellmuth Rößler 1957 die Verhältnisse in Preußen unter den großen Königen zeigte, widerlegte klar Engels und andere:

„Tatsächlich hatte der Adel ja nicht, wie eine populäre Literatur es da und dort glauben ließ, seinen Bauern als Ausbeuter gegenübergestanden; verhinderten die Könige das Bauernlegen, so war der Adel nach altem Recht auch verpflichtet, bei Kriegsschäden, Bränden, Viehseuchen und anderen Katastrophen seinen Erbhörigen das Inventar wieder herzustellen und für sie bei Alter und Unglück zu sorgen. Im Frieden mit seinen Erbhörigen durch gemeinsames Schicksal verbunden, stand er auch im Krieg als Offizier vor seinen Hintersassen.“[7)]

Und schon 1836 – 12 Jahre vor dem *„Kommunistischen Manifest“* – hatte Alfred Krupp mit einer Betriebskrankenkasse die Reihe der sozialen Maßnahmen begonnen, die später durch Pensionskasse, Bau von Arbeiterwohnungen usw. fortgesetzt wurden. Krupp bemühte sich *„Treue mit Treue“* zu vergelten. Da war in dieser Zeit auch Ernst Abbe, Mitinhaber der Firma Zeiß in Jena, der 1889 sein Vermögen in eine Stiftung einbrachte, zu deren Zwecken sowohl die Sicherung der Unternehmung als Nahrungsquelle vieler Mitarbeiter wie die Erfüllung größerer sozialer Pflichten gehörten, als sie persönliche Inhaber gewährleisten konnten.[8)] Die vorstehenden Beispiele beweisen hinreichend, **daß die Verallgemeinerungen von Marx, Engels usw. weder der gern berufenen Wissenschaftlichkeit ihrer Lehre, noch überhaupt den Anforderungen gewissenhafter Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit entsprachen.**

Marx selbst, der zwar 1851 in einem Brief das, womit er sich befaßte, als *„ökonomische Scheiße“* wertete, erklärte 1852 in einem weiteren Brief:

„Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die

6) Ernst Hering, *„Die Fugger“*, Lpz. 1940, S. 208/9.
7) Hellmuth Rößler, *„Reichsfreiherr vom Stein“*, Gött. 1957, S. 56.
8) Ernst Schröder, *„Krupp“*, Gött. 1957, S. 59, 65, 72/3; Werner Wesselhoeft, *„Ernst Abbe als Führer zur Volksgemeinschaft“*, Jena 1927, S. 25, 41/3, 53.

Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft, noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben … Was ich neu tat war 1. nachzuweisen, daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet."[9)]

Nach dem Tode von Marx im Jahr 1883 urteilte Engels, jener sei *„vor allem Revolutionär"* gewesen. Beide waren denn auch nicht müde geworden, die Umstände von Revolutionen zu erforschen und immer wieder ihr Kommen vorauszusagen bis hin zu der Forderung, sie solle ein Dauerzustand werden. Unbeeindruckt durch eine falsche Voraussage verkündeten sie eine neue. Denn von einer solchen erwartete Marx alles für sich, das so oft genannte Proletariat bildete nur das Mittel zu diesem Zweck.[10)]

Was schon von Techow begriffen hatte, bestätigte Bismarck genauer durch seine Hinweise auf die Pflege von Unzufriedenheit durch streberhafte Führer der Sozialdemokratischen Partei. Wir heutigen haben dazu das Urteil des Werner Blumenberg im *„Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis"* in Amsterdam, der sein Wissen 1962 in einer kurzen Darstellung von Marx zusammenfaßte, wie auch dasjenige von Lutz Graf Schwerin von Krosigk, der das Leben der Frau Jenny Marx durchforschte: Karl Marx sei ein *„Egozentriker"* gewesen, ein Mensch also, der sein eigenes Ich weit mehr in den Mittelpunkt stellt, als gesund ist und den natürlichen Lebensgesetzen entspricht.[11)]

Daß dies auch Arbeitern erkennbar sein konnte bewies August Winnig, der in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts als Maurerlehrling begann, führend in der Gewerkschaft tätig war und 1919/20 als Oberpräsident in Ostpreußen wirkte. Er löste sich vom Marxismus und begründete das: *„Das soziale Mitleid"*, das man unter *„sozialem Gefühl"* verstehe, habe Marx nie empfunden. ***„Er wandte sich an den Arbeiter nur, weil er ihn brauchte. Er brauchte ein Werkzeug seines Hasses."*** Dieser habe sich grundsätzlich gegen jede Autorität gerichtet – seine eigene ausgenommen: *„Er war in allem Revolutionär, aber er war es aus Haß."* Nach Winnig ließ sich dieser Haß des Marx *„nicht ohne sein Judentum erklären"*. Aber auch seine Abhandlung über die Juden sei *„so kritisch und herabsetzend"*, daß man an der jüdischen Urheberschaft zweifeln müsse. Die Gleichgültigkeit des

9) Werner Blumenberg, *„Karl Marx"*, Hbg 1962, S. 98; wie Ziff. 2, Bd. II, S. 425.

10) wie Ziff. 2, Bd. II, S. 157; wie Ziff. 2, Bd. I, S. 131/2, 145, 210, 299 usw.; Friedrich Engels, *„Die Lage der arbeitenden Klasse in England"*, Ostbln 1964, S. 37, 361/3; Ferdinand Tönnies, *„Marx Leben und Lehre"*, Jena 1921, S. 8, 41, 42, 55, 117. Sigfried Weigel *„Der Negative Marx – Marx im Urteil seiner Zeitgenossen"*, Pähl 1976, S. 15 ff.

11) wie Ziff. 9, *„Blumenberg"*, S. 127, 139; Lutz Graf Schwerin von Krosigk, *„Jenny Marx"*, Wuppert 1975, S. 95, 109.

Marx gegen das Los der Arbeiter fand Winnig auch in Gesprächen mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wie in einem Briefwechsel eines verstorbenen Freundes mit Leo Trotzki, mit Karl Radek und anderen.[12)]

Winnig erklärte zum Ursprung des Hasses von Marx:

Er *„sah, was er seiner Natur entsprechend sehen wollte. Er sah sein eigenes Wesen in die Dinge hinein. Wie er selber nur Verneinung und Kampf in sich trug, so sah er auch in der Welt nichts anderes. Seine eigene trostlose Einseitigkeit übertrug er auf die menschliche Allgemeinheit ... Sein Geschichtsbild ist von unerhörter Weite. Aber er ist zugleich einer der flachsten Denker seines Jahrhunderts.“*[13)]

Wie Marx und Engels selbst ihre Lehren einschätzten, beweist ihr Verhältnis zu derjenigen vom *„Mehrwert“*: Immer wieder erklärte Marx in seinem Hauptwerk *„Das Kapital“*, der Unternehmer, der *„Bourgeois“*, betrüge seine Arbeiter um diesen *„Mehrwert“*, den sie ihm über Lohn, Unkosten, Wareneinkauf usw. hinaus erarbeiteten.[14)] Sein *„Profit“* rühre daher, daß er diesen *„Mehrwert“* verkaufe, obwohl er ihn nicht bezahlt habe. Das hinderte Engels nicht, flott und aufwendig von dem Mehrwert zu leben, den die Arbeiter seiner Fabriken erarbeiteten. Und Marx – im Grunde nur zu gern selbst ein *„Bourgeois“* – bemühte sich eifrig und manchmal auch unehrlich, einen möglichst großen Teil dieses Mehrwertes auf sich selbst zu lenken, um gleichfalls gut zu leben.[15)]

Marx und Engels setzten auf die Dummheit der Arbeiter. Das ging schon aus der Schmeichelei des *„Manifestes“* hervor: Die Kommunisten hätten vor der übrigen Masse der Proletarier *„die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Revolution“* voraus. Besonders dick strich Engels den proletarischen Lesern einer Abhandlung von Marx Honig ums Maul, indem er erklärte, *„wie gewaltig die ungebildeten Arbeiter, denen man die schwierigsten ökonomischen Entwicklungen mit Leichtigkeit verständlich machen kann, unseren hochnäsigen ‚Gebildeten‘ überlegen sind“*. Oder indem er den *„jammervollen Mangel an politischer Fähigkeit, Disziplin, Mut, Energie“* in der *„deutschen Bourgeoisie“* der *„deutschen Arbeiterklasse“* gegenüberstellte, die *„alle diese Eigenschaften in reichlichem Maß besitzt“*.[16)] Auch die Voraussagen einer *„Diktatur der Arbeiterklasse“*, eine *„Klassendiktatur des Proletariats“* usw. mußte den

12) August Winnig, *„Vom Proletariat zum Arbeitertum“* Hbg 1930, S. 53/4, 103/4, 137/8.
13) wie Ziff. 12, S. 54/5.
14) Karl Marx, *„Das Kapital“*, Ostbln 1959, Bd. I, S. 158, 225/7, 276, 281, 534/5, 592, 819 usw.
15) wie Ziff. 9, *„Blumenberg“* S. 108/15; *„August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels“* herausgeg. von Werner Blumenberg, Den Haag 1965, S. 397, 484, 530, 541, 674/5, 762 usw; wie Ziff. 11, *„von Krosigk“*, S. 119/20, 124/6.
16) wie Ziff. 2, Bd. I, S. 35, 60; Bd. II, S. 105.

Arbeitern um so mehr schmeicheln, als sie derartiges nicht beurteilen konnten.[17)]

Hätten Marx und Engels es ehrlich mit ihnen gemeint, so hätten sie eine Diktatur der Geeignetsten, der Fähigsten verlangt. Sie hätten aber auch die Arbeiter davor gewarnt, in großer Zahl vom Land in die Städte zu ziehen, in der Erwartung, es würde ihnen dort besser gehen. Und statt Preußen, Junker usw. ständig anzugreifen und herabzusetzen[18)], hätten Marx und Engels an Bismarcks Äußerung des Jahres 1868 angeknüpft: *„Nur in Preußen“* habe der Adel gelernt, *„sich dem Staat zu fügen und dem Staat zu dienen.“* Wenn auch Bismarck 1890 in seinem berühmten Gespräch mit dem Schriftleiter Anton Memminger beklagte, *„einiges Rückgrat hat bei uns noch ein Teil des alten Landadels“*[19)], so schränkte das nur ein, ohne aufzuheben. Marx und Engels hätten also – wie Oswald Spengler später – geschrieben: *„Dienen – das ist altpreußischer Stil … Kein ‚Ich' sondern ein ‚Wir', ein Gemeingefühl, in dem jeder mit seinem ganzen Dasein aufgeht.“*[20)]

Unsere deutschen Arbeiter hätten wohl erkennen können, daß die Lehren des Marx in ihren wesentlichen Teilen den Lebensgesetzen dieser Welt widersprachen. Sie konnten von der Natur ausgehen, in der zusammenlebende Tiere Rudel, Herden, Staaten bilden, deren Mitglieder der Gesamtheit verpflichtet sind. Die Naturwissenschaft war auf dem Wege, die Erhaltung der eigenen Art als oberstes Gesetz des Lebens zu erkennen. Die Arbeiter konnten aber auch aus der Geschichte lernen, daß unzählige Staatenbildungen das Leben von Völkern geschützt und erhöht hatten. Sie mußten sich endlich auch sagen, **daß die Zerstörung des eigenen Staates, die Verneinung des eigenen Vaterlandes auch sie selbst treffen mußte, weil sie einen Teil davon bildeten,** und daß es sich höchstens darum handeln konnte, Ungerechtigkeiten zu beseitigen und Irrtümer abzustellen, ohne das Ganze zu schädigen.

Leider zeigten sich unsere deutschen Arbeiter als zu dumm dafür. Der Marxismus erwies sich als richtig für sie zugeschnitten. Sie gingen ihm mit schwärmerischer Begeisterung und einer Opferwilligkeit auf den Leim, die einer besseren Sache würdig gewesen wären. Die sozialdemokratische Partei wuchs bis zum Ersten Weltkrieg zur stärksten Partei des Reiches heran. Und während es in Deutschland 1914 fast eine Million organisierter Sozialdemokraten gab, betrug ihre Zahl in Frankreich, dem Land der Revolutionen, nur 80.000; in England, wo Marx und Engels gelebt und alles ihnen Mögliche

17) wie Ziff. 2, Bd. I, S. 145, 202, 457, 583 usw.
18) wie Ziff. 2, Bd. I, S. 249, 465, 574/5; Bd. II, S. 308/9, 411/2; „Marx/Engels über das reaktionäre Preußentum“, Moskau 1947.
19) Bismarck, *„Die gesammelten Werke“*, Bd. VII, Bln 1924, S. 254; Bd. IX, Bln 1926, S. 91.
20) Oswald Spengler, *„Politische Schriften“*, Mü/Bln 1934, S. 32.

getan hatten, die Arbeiter aufzuwiegeln, waren es 38.000.[21] Dabei hatte Engels dort oft schlechtere Arbeitsverhältnisse festgestellt als in Deutschland. Bei einem solchen Übermaß an Dummheit der deutschen Arbeiter konnte es nicht verwundern, daß diese sich früh abzeichnende Spitzenstellung der deutschen Sozialdemokratie von dieser lobend hervorgehoben wurde.[22]

Weit mehr gab das Anlaß zur Scham. Das Ausmaß unserer Verirrung läßt sich allerdings aus unserer Veranlagung erklären. So erkannte Ernst Moritz Arndt, als Bauernsohn von der Insel Rügen den natürlichen Dingen nahe, bei uns Deutschen *„entscheiden geistige Güter“*, aber auch den Hang, sich *„so leicht in leeren Träumen und Wahnen und dunklen Grübeleien“* zu verlieren. Auch der Politiker Willy Hellpach nannte 1954 in einer Untersuchung des deutschen Charakters die *„Schwärmseligkeit“* einen beständigen Teil desselben.[23]

Mit dieser Neigung zu Unwirklichem verband sich die weitere, das Eigene, Kleine zu überschätzen – Bismarck mit seiner ungewöhnlichen Beobachtungsgabe sprach wiederholt von zu großem Drang nach Selbständigkeit des Einzelnen.[24] Auch unser Geschichtsschreiber Johannes Haller fand 1922, das Nationale bedeute bei uns nur *„ein Gefühl für Ausnahmezeiten, keine stetig wirkende und tragende lebendige Kraft“*.[25] Das läßt uns in ruhigen Zeiten klein und eng sein, Spießbürger und Streber, deren ganzen Denken nur um das eigene, kleine *„Ich“* kreist – daher oft neidisch auf Höhere sieht und damit sowohl Bismarck wie dem Bundeskanzler Erhard Anlaß, vom Neid als deutscher Schwäche zu sprechen.[26] Diese Kleinheit dürfte aber auch den Grund bilden dafür, daß wir so oft für Ausländisches schwärmen, das uns in seiner größeren Geschlossenheit natürlich bewunderungswürdig erscheinen muß.[27]

Neid und Ausländerei dürften sich vom Marxismus angesprochen gefühlt haben, letztere besonders deshalb, weil – wie sich der Sozialdemokrat Gustav Noske 1947 erinnerte – neben *„manchmal recht weltfremden Idealisten und Deklassierten aus dem Bürgertum“* auch *„eine Anzahl aus Polen und*

---

21) Wolfgang Treue, *„Deutsche Parteiprogramme 1861-1961“*, Gött. 1954, S. 389; Hermann Heidegger, *„Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat 1870-1920“*, Gött. 1956, S. 80.

22) *„Das Erfurter Programm“*, erläutert von Karl Kautsky, Stgt 1891, S. 56; Friedrich Engels, *„Die Lage der arbeitenden Klasse in England“*, Ostbln 1964, S. 18, 83/4, 332.

23) *„Arndt's Werke“*, Bln-Lpz o.J., Teil IX, herausgeg. von Wilhelm Steffens, S. 245; Willy Hellpach, *„Der deutsche Charakter“*, Bonn 1954, S. 217/22.

24) wie Ziff. 19, Bd. X, Bln 1928, S. 139, 320; Bd. XIII, Bln 1930, S. 398.

25) Johannes Haller, *„Die Epochen der deutschen Geschichte“*, Essl. 1922, S. 240.

26) wie Ziff. 19, Bd. VIII, Bln 1926, S. 473; Bd. IX, Bln 1926, S. 137, 405; Ludwig Erhard, *„Wohlstand für alle“*, Düsseldf 1957, S. 147, 244.

27) wie Ziff. 19, Bd. X, Bln 1928, S. 168; Bd. XIII, Bln 1930, S. 148; Bd. XV, Bln 1932, S. 87; wie Ziff. 25, S. 242.

Rußland stammender Ausländer als Schulmeister für die deutschen Arbeiter auftrat“ und eine *„Geheimwissenschaft“* ausbrütete, die den Arbeitern *„stets unverständlich geblieben ist“*. Es habe nichts mit *„Antisemitismus“* zu tun, eine besondere Veranlagung ostjüdischer Marxisten festzustellen, *„den Sozialismus zu einem Dogma und Gemeinplätze in Glaubensbekenntnisse zu verwandeln“*.[28)]

III.

Gewissenlose Behauptungen

Die Erkenntnis, daß sich Veränderungen zu etwas Besserem kaum durch schlechtere Mittel, daß sich Vernunft schwer auf dem Wege der Unvernunft erreichen läßt, trat bei Marx und Engels nicht auf. Auch ihre Nachfolger stellten die der Besserung bedürftigen Verhältnisse so dar, wie es ihren eigenen Vorteilen entsprach, mochten auch ihre Anhänger dadurch ein völlig verzerrtes Bild der Wirklichkeit bekommen.

Ein Beispiel dafür gab das Programm, das der Parteitag des Sozialdemokraten 1891 in Erfurt beschloß. Dort tagten 230 Vertreter der Partei unter dem Vorsitz von Paul Singer.[1)] Er war ihr 1878 beigetreten, was ihn aber nicht hinderte, durch Ausbeutung der Näherinnen seiner Damenmäntel-Fabrik Millionen zu verdienen, die er zum großen Teil zum Aufbau der Partei verwendete. Seit 1887 in deren Vorstand, übernahm er neben dem Vorsitz auch den fast aller Parteitage bis zu seinem Tod 1911.[2)] Ein Nachruf rühmte, er sei *„bis zuletzt ein charaktervolles Mitglied der jüdischen Religionsgemeinschaft geblieben, aus der er sich auch nicht durch die Agitation zum Austritt aus der Kirche hat drängen lassen“*.[3)]

An dem Programm hatte Karl Kautsky wesentlichen Anteil. In Prag geboren, stammte er nach eigener Mitteilung von *„Tschechen, Polen, Kroaten, Deutschen und Italienern“* ab. Nach Studium in Wien reifte er besonders unter dem Einfluß von Friedrich Engels zum *„revolutionären*

28) Gustav Noske, *„Aufstieg und Niedergang der deutschen Sozialdemokratie“*, Zürich 1947, S. 27.

1) Franz Osterroth/Dieter Schuster, *„Chronik der deutschen Sozialdemokratie“*, Bln/Bonn 1975, Bd. I, S. 82/4.

2) R. Grau usw., *„Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – Biografisches Lexikon“*, Ostbln 1970, S. 43/4; Adolf Stoecker, *„Reden im Reichstag“*, Schwerin/Mecklbg 1914, S. 63, 72, 167/8, 277/81; *„August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels“*, herausgeg. von Werner Blumenberg, Den Haag 1965, S. 498.

3) Alb. Grimpen, *„Judentum und Sozialdemokratie“*, Hbg 1919, S. 21.

Der rabiate August

Paul I. der Großartige

Sozialisten", wußte das 1970 in Ostberlin erschienene Lexikon der deutschen Arbeiterbewegung zu berichten.[4)]

Das Erfurter Programm ging von dreisten Behauptungen aus: Die *„ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft"* führe zum Untergang der Kleinbetriebe und verwandle deren Inhaber zu besitzlosen Proletariern, während die *„Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern"* werde. Diese sicherten sich alle Vorteile des *„riesenhaften Wachstums der Produktivität der menschlichen Arbeit"*, während das für das *„Proletariat und die versinkenden Mittelschichten – Kleinbürger, Bauern"* eine Zunahme der *„Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Druckes, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung"* bringe.

Immer größer werde die Zahl der Proletarier und der überschüssigen Arbeiter. Der Abgrund zwischen *„Besitzenden und Besitzlosen"* werde noch erweitert durch die *„im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen"*, aus denen hervorgehe, *„daß die Produktionskräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind"*. Das Privateigentum, das ursprünglich dem *„Produzenten das Eigentum an seinem Produkte"* sicherte, sei zum Mittel geworden, *„Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter – Kapitalisten, Großgrundbesitzer – in den Besitz des Produktes der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln – Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel – in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde."*

Nach dieser, auf den Neid gemünzten Darstellung, und ohne die Möglichkeit von Elend und Ausbeutung auch durch gesellschaftliche Produktion zu berühren, fuhr das Programm fort: Diese befreiende Umwandlung könne *„nur das Werk der Arbeiterklasse"* sein, weil alle anderen Klassen die Erhaltung des *„Privateigentums an Produktionsmitteln"* zum gemeinsamen Ziel hätten. Dieser *„Kampf der Arbeiterklasse"* sei *„notwendigerweise ein politischer Kampf"*, in dem es die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei sei, ihn zu einem *„bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen"*. Und da die Interessen der Arbeiterklasse in allen Ländern mit kapitalistischer Arbeitsweise die gleichen seien, *„fühlt*

4) Edmund Silberner, *„Sozialisten zur Judenfrage"*, Bln 1962, S. 226; wie Ziff. 2 *„Lexikon"*, S. 237.

und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller Länder".

Das Programm versicherte, die Partei kämpfe nicht für *„neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechtes und der Abstammung"*.

Trat in der folgenden Aufstellung *„zunächst"* zu verfolgender Forderungen nur steuerliche *„Selbsteinschätzungspflicht"* auf, so um so häufiger zahlreiche Rechte: *„Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe"*; *„Direkte Gesetzgebung durch das Volk"*; *„Volkswehr an Stelle der stehenden Heere"*; *„Freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung"*; *„Gleichberechtigung der Frau"*; Religion als *„Privatsache"* mit entsprechender *„Weltlichkeit der Schule"*; Unterricht, Rechtspflege und ärztliche Hilfeleistung unentgeltlich; stufenweise Erbschaftssteuer; *„Abschaffung aller indirekter Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern"*. *„Zum Schutze der Arbeiterklasse"* außerdem: *„Wirksame nationale und internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung"*; Überwachung von Betrieben; Beseitigung ländlicher Gesindeordnungen; Sicherung des *„Koalitionsrechtes"* und *„Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung"*.[5] Zur Finanzierung solcher Dinge sagte das Programm nichts.

Kautsky verfaßte zu diesem Erfurter Programm ausführliche Erläuterungen, aus denen grenzenloses Vertrauen in die Dummheit deutscher Arbeiter noch deutlicher hervorging als aus dem Programm. Einleitend erklärte er, *„konsequente Marxisten"* seien sich einig gewesen, daß die *„Emanzipation des Proletariats nicht durch das steigende Elend, sondern durch den wachsenden Klassengegensatz und den daraus entspringenden Klassenkampf des Proletariats herbeigeführt werde"*.[6] Das entwertete grundlegende Klagen des Marxismus.

Weiter erläuterte Kautsky: Der Reichtum der *„Handelsherren"*, in die er die *„Kapitalisten"* einschloß, habe sich nicht durch Sparsamkeit gebildet, sondern durch *„Ausplünderung der Kolonien"*, wie das der *„Adeligen und Fürsten durch Ausplünderung ihrer eigenen Untertanen"*.[7] Diese Verallgemeinerungen fälschten, daß die englischen Handelsherren und Kapitalisten,

---

5) *„Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil erläutert von Karl Kautsky"*, Stgt o.J., erste Innenseite.
6) wie Ziff. 5, S. 1.
7) wie Ziff. 5, S. 6.

die wohl gemeint waren, einen erheblichen Teil ihres Reichtums aus der Industrialisierung ihres Landes zogen. Dabei plünderten sie ihre eigenen Landsleute ziemlich schamlos aus, wie aus dem zu ersehen ist, was Engels dazu schrieb.[8)] Außerdem bestand die Tätigkeit der Kapitalisten, und erst recht der Adligen und Fürsten, nicht nur im *„Ausplündern“*. Das wurde schon im vorigen Abschnitt betont.

In einen kleinen, aber bemerkenswerten Widerspruch zur marxistischen Lehre setzte sich Kautsky, als er erzählte, *„Handwerksgesellen der vorkapitalistischen Zeit“* hätten zur *„Familie des Meisters“* gehört mit der *„Aussicht, einst selbst Meister zu werden“*. Gemäß dem geheiligten *„Kommunistischen Manifest“* gab es stets nur *„Ausbeuter“* und *„Ausgebeutete“*. Einen anderen Grundbegriff des Marxismus, den *„Mehrwert“* hatte das Erfurter Programm nicht erwähnt, Kautsky holte das nach, ohne allerdings seinen Unsinn zu berichtigen.[9)]

Berechtigt hingegen griff er an, daß die *„industrielle Frauenarbeit“* die *„Zerstörung des Familienlebens der Arbeiter“* mit sich bringe. Fragwürdiger klang allerdings seine Behauptung, *„daß eine neue Gesellschaftsform auch eine neue Familienform entwickeln“* und die *„ideale Liebe in einem sozialistischen Gemeinwesen der Grund aller ehelichen Verbindungen sein“* werde. Der *„kapitalistische Unternehmer“* hingegen zwinge die Frauen durch zu geringe Löhne zur *„Prostitution“*.[10)] Was Adolf Stoecker 1886 im Reichstag dem Teilhaber an Singers Fabrik, Rosenthal, zum Vorwurf gemacht hatte, wurde hier offensichtlich verallgemeinert.[11)]

Den wirtschaftlichen Ausführungen des Programms folgend erklärte Kautsky die *„Krisen, welche die Warenproduktion von einer gewissen Höhe der Entwicklung an mit Naturnotwendigkeit von Zeit zu Zeit hervorruft“*, als Folge von *„Überproduktion“*, und diese wiederum von *„Planlosigkeit, die mit der Warenproduktion notwendig verknüpft ist“*.[12)] Selbst ein ungebildeter Arbeiter konnte erkennen, daß keine Warenproduktion *„notwendig“* zur Überproduktion führen mußte, und daß wirtschaftliche Tätigkeit stets auf irgendeiner Form von Planung beruhte. Man hätte also von falschen Beurteilungen der Lage und Fehlplanungen sprechen dürfen. Aber Kautsky folgte Marx und Engels, die aus der richtigen Beobachtung, daß wirtschaftliche Vorgänge wellenförmig verlaufen konnten, entsprechend ihren revolutionären Hoffnungen falsch auf eine Zwangsläufigkeit regelmäßiger und schwerer Krisen im kapitalistischen System geschlossen hatten.[13)]

---

8) Friedrich Engels, *„Die Lage der arbeitenden Klasse in England“*, Ostbln 1964.
9) wie Ziff. 5, S. 10/11.
10) wie Ziff. 5, S. 12/3.
11) wie Ziff. 2, „Stoecker“.
12) wie Ziff. 5, S. 23.
13) Karl Marx/Friedrich Engels, „Ausgewählte Schriften in zwei Bänden“, Ostbln 1963, Bd. I,

Doch Kautsky fuhr unbeirrt fort: Die *„quälenden und empörenden Wirkungen der kapitalistischen Produktionsweise sind in ihrer steten Zunahme durch keine Reformen auf dem Boden der heutigen Eigentumsordnung zu hemmen, und seien diese noch so weitgehend“*. Als Abhilfe empfahl er, *„an Stelle des Privateigentums an den Produktionsmitteln das genossenschaftliche Eigentum zu setzen“*.[14] Er unterschlug, daß schon 1864 Bismarck mit Hilfe seines Vortragenden Rates Hermann Wagener eine Genossenschaft schlesischer Weber unterstützt hatte; daß der König aus eigenen Mitteln einen namhaften Betrag zuschoß; daß aber schon nach einem Jahr die Genossenschaft am Ende war. *„Die Weber arbeiteten lässig und die kaufmännische Leitung war unzulänglich“*, nannte Ludwig Reiners 1957 die Ursache des Mißerfolges.[15]

Kautsky verneinte nicht nur *„Reformen“*, womit er die von Bismarck ins Leben gerufene Arbeiterfürsorge traf, sondern auch den *„Staatssozialismus“*[16], den Bismarck beispielsweise beim Aufbau einer Reichs-Eisenbahn zum Ausdruck gebracht hatte. Der englische Schriftsteller William H. Dawson fand 1890 diesen Staatssozialismus von jeher in Preußen ausgeübt durch *„Hilfe für die Armen und die Sorge für die Wohlfahrt der arbeitenden Klassen“*.[17] Die Ablehnung Kautskys erklärte sich also zwanglos aus den Feststellungen Bismarcks, die Sozialdemokratie brauche Unzufriedenheit, um zu gedeihen.[18]

Nachdem Kautsky seinen Lesern einzureden versucht hatte, noch nie habe eine Partei so wie die Sozialdemokratie *„die gesellschaftlichen Tendenzen ihrer Zeit so tief erforscht und so genau begriffen“*, gab er selbst ein Beispiel des Gegenteiles indem er verkündete: *„Der Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Produktionsweise muß aber unbedingt ein rasches Emporschnellen der jährlich erzeugten Produktionsmasse bewirken.“*[19] Damit überging er höchst oberflächlich, daß nach seiner eigenen Auslegung der wiederkehrenden Krisen als Folge von Überproduktion diese gleichfalls emporschnellen mußten.

Unbeirrt davon suchte Kautsky zu ermutigen: Die Unfreiheit der Arbeit in einem sozialistischen Gemeinwesen führe zur *„höchsten Freiheit, die im*

S. 414; Bd. II, S. 134/5.

14) wie Ziff. 5, S. 28/29.

15) Ludwig Reiners, *„Bismarck 1815-1871“*, Mü 1957, S. 433/6; Walter Vogel, *„Bismarcks Arbeiterversicherung“*, Braunschwg 1951, S. 149/50.

16) wie Ziff. 5, S. 33.

17) William H. Dawson *„Bismarck und der Staatssozialismus“*, Dresden 1890, S. 25/81; Bismarck, *„Die gesammelten Werke“*, B. VIII, Bln 1926, S. 412, 419; Bd. XIII, Bln 1930, S. 394.

18) wie Ziff. 17, *„Bismarck“*, Bd. IX, Bln 1926, S. 195; Bd. XII, Bln 1929, S. 36, 236; Bd. XIII, Bln 1930, S. 61, 396.

19) wie Ziff. 5, S. 36, 41.

Menschengeschlecht bisher möglich gewesen". Der *„organisierten Arbeiteraristokratie"*, den *„qualifizierten Arbeitern"* falle der *„Vorkampf im Ringen um Hebung der Arbeiterklasse"* zu. Sie ständen hoch über dem *„Lumpenproletariat"*, das schmarotze und dadurch an der Ausbeutung teilnehme. *„So gewiß das Proletariat schließlich zur herrschenden Klasse im Staat werden muß, ebenso gewiß ist der Sieg des Sozialismus."*[20)]

Kautsky wies kurz auf den Streik als Kampfmittel hin und bemühte sich weiter um das Programm: *„Neben dem Koalitionsrecht und der Pressefreiheit bildet das allgemeine und gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eine Lebensbedingung für gedeihliche Entwicklung des Proletariats."*[21)] Das richtet sich gegen das preußische Dreiklassen-Wahlrecht. Es durfte die Frage übersehen, ob das allgemeine Wahlrecht auch der gedeihlichen Entwicklung des Staates zugute kommen könne, weil dieser nach marxistischer Erwartung ohnehin absterben würde.[22)]

Immer wieder benutzte Kautsky die unzweifelhaft vorhandene Not zu Verheißungen: Die *„moralische Hebung des Proletariats ist gleichbedeutend mit dem Erwachen und stetem Wachstum seiner Begehrlichkeit"*. Aber: *„Erst die sozialistische Produktion kann dem Mißverhältnis zwischen den Ansprüchen der Arbeiter und den Mitteln, sie zu befriedigen, ein Ende machen, indem sie die Ausbeutung und die Klassenunterschiede aufhebt ... Die nagende Unzufriedenheit, die ‚Begehrlichkeit' ist unbekannt in kommunistischen Gesellschaften."*[23)]

Zum Schluß begründete Kautsky den Internationalismus des Programms, der sich an die blöde deutsche *„Ausländerei"*[24)] wandte: Die Massen der werktätigen Bevölkerung in allen Ländern der modernen Kultur sind sich bewußt der *„internationalen Solidarität des Proletariats, die gegen den Krieg protestieren und erklären, die sogenannten nationalen Gegensätze seien tatsächlich nicht mehr Gegensätze der Völker, sondern nur noch Gegensätze ihrer Ausbeuter."*[25)] Das fälschte die ausländischen Verhältnisse: Schon die Zahlen der dortigen Marxisten lehrten anderes, aber auch ihre Gesinnung blieb nationaler als die der Deutschen.[26)]

Die Erläuterung suchte denn auch eine Einschränkung: Zwar sei die deutsche Sozialdemokratie *„ihrem ganzen Wesen nach eine internationale*

20) wie Ziff. 5, S. 43; S. 1, 46/7, 52/3, 57.
21) wie Ziff. 5, S. 54; S. 56.
22) wie Ziff. 13, Bd. I S. 457; 606; Bd. II S. 34, 139, 144, 299.
23) wie Ziff. 5, S. 59/60.
24) Johannes Haller, *„Die Epochen der deutschen Geschichte"* Essl. 1952, S. 242; wie Ziff. 17, *„Bismarck"*, Bd. X, Bln 1928, S. 168; Bd. XII, Bln 1929, S. 408/9; Bd. XIII, Bln 1930, S. 113,148; Bd. XV, Bln 1932, S. 87; *„Kriegs-Rundschau"*, Bd. I, Bln 1915, S. 96.
25) wie Ziff. 5, S. 62.
26) Wolfgang Breithaupt, *„Volksvergiftung"*, Bln/Lpz 1925, S. 33; Tageszeitung *„Germania"*, Bln 1905, Nr. 237, S. 1.

Partei", entwickle sich jedoch zu einer nationalen, *„das heißt einer Volkspartei"*, weil sie nicht nur die *„industriellen Lohnarbeiter, sondern sämtliche arbeitenden und ausgebeuteten Schichten"*[25] vertrete. Das überging oberflächlich, daß *„national"* ein inneres Bekenntnis zur eigenen Nation bedeutete, unabhängig von ihren Schichten.

Das Erfurter Programm mit den Erläuterungen Kautskys erfuhr von 1892 bis 1914 16 Auflagen. Er selbst galt als führender Theoretiker der Partei. Es darf also wohl als Niederschlag der in ihr wirkenden Gedanken und Bestrebungen gelten.[27]

In einem 1922 gedruckten Rückblick auf dieses Programm erklärte Kautsky, es habe auf der *„materialistischen Geschichtsauffassung"* beruht, die *„seit einem halben Jahrhundert das Ziel und die Methode der deutschen Sozialdemokratie"* bestimmt habe. Dieser *„Materialismus"* bedeutete nach dem Marx-Engels Institut in Moskau *„eine der beiden philosophischen Hauptrichtungen, die (im Gegensatz zum Idealismus und in Übereinstimmung mit den Tatsachen) lehrt, daß nicht der Geist, sondern die Materie das Ursprüngliche, Grundlegende ist, daß die Welt objektive Realität besitzt und die Gedanken nur Spiegelbilder der Wirklichkeit sind"*.[28]

Diese Auslegung bedeutete einen geistigen Niedergang – zumindest blieb sie auf dem Stand des verworfenen Idealismus. Denn schon Friedrich der Große schrieb 1769 in sein persönliches Testament: *„Gerne und ohne Bedauern gebe ich meinen Lebensodem der wohltätigen Natur zurück, die ihn mir gütig geliehen hat, und meinen Leib den Elementen, aus denen er besteht."*[29] Die Einsicht, daß die Welt zweipolig aufgebaut ist, war auch noch zur Zeit von Marx und Engels und des Erfurter Programmes die einzige unbestreitbare Tatsache – übrigens leichter zu begreifen als marxistische Lehren.

---

27) Karl Kautsky, *„Die proletarische Revolution"*, Stgt/Bln 1922, S. 339; wie Ziff. 2, *„Lexikon"*, S. 237/8.

28) wie Ziff. 28, *„Kautsky"*, S. 4/5; Karl Marx, *„Das Kapital"*, Ostbln 1959, Bd. I, S. 937, Erläuterung; Karl Marx/Friedrich Engels, „Über Religion", Ostbln 1958, S. 45/8, 51/3, usw.

29) *„Das Testament des Königs"*, hrsg. Von Friedrich von Oppeln-Bronikowski, Bln 1925, S. 16.

IV.

Zum Krieg treibende Marxisten

Hatte sich Bismarck nach der Wiederbegründung des Deutschen Reiches gezwungen gesehen, in den siebziger Jahren den sogenannten *„Kulturkampf“*[1] gegen die Reichsfeindlichkeit der katholischen *„Ultramontanen“* zu führen, für die nicht nur das Heil der Seele, sondern genauso das politische Heil von jenseits der Berge kam, so brachten ihn die Erfolge der staatsfeindlichen Sozialdemokratie zu der Einsicht, daß auch mit ihnen eine Auseinandersetzung um des Bestehens des Deutschen Reiches willen nicht zu umgehen war. Er erwirkte gegen sie 1878 das *„Sozialistengesetz“*, das er als *„Notwehr der Gesellschaft“*[2] erklärte, aber in der Anlage ungenügend und in der Handhabung zu milde fand. Im Reichstag verwarf Bismarck die Sozialdemokratie als *„Negation von allem, was das Leben überhaupt wertvoll macht“*.[3]

Als die Sozialdemokratie weiter wucherte, kam Bismarck zu der Einsicht, daß eine Verschärfung des Kampfes notwendig sei. Er erwog Änderungen des allgemeinen Wahlrechtes, das er als *„eine Waffe im Kampf gegen Österreich und weiteres Ausland, im Kampf für die deutsche Einheit“* von der Frankfurter Nationalversammlung des Jahres 1848 übernommen hatte, aber auch weitergehende Maßnahmen.[4] Dabei stieß er auf den Widerstand des 1888 zur Regierung gekommenen Kaiser Wilhelms II.[5]

Dieser erklärte das 1922 in seinen Erinnerungen: Ich habe doch nicht *„meine ersten Regierungsjahre mit dem Blut meiner eigenen Landeskinder beflecken können“*.[6] Das war nicht ehrlich: Ihm fehlte alles Kämpferische bei sonst guter Begabung – man rühmte beispielsweise schnelle Auffassung und hervorragendes Gedächtnis. Auch rednerische Fähigkeiten traten bei jeder Gelegenheit hervor.[7] Die in ihnen enthaltenen kriegerischen Töne deutete der

1) Ludwig Hahn, *„Geschichte des ‚Kulturkampfes‘ in Preußen“*, Bln 1881; Arthur Böthlingk, *„Bismarck und das päpstliche Rom“*, Bln 1911.
2) Bismarck, *„Die gesammelten Werke“*, Bd. XII, Bln 1929, S. 33/4, 36; Bd. VI, III, Bln 1935, S. 117; Franz Mehring, *„Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“*, Stgt 1898, Bd. II, S. 534/6.
3) wie Ziff. 2, Bd. XIII, Bln 1930, S. 138.
4) wie Ziff. 2, Bd. VI, III, Bln 1935, S. 392/3, Bd. XIV, II, Bln 1933, S. 1009; Bd. XV, Bln 1932, S. 287; Richard Augst, *„Bismarcks Stellung zum parlamentarischen Wahlrecht“*, Lpz 1917.
5) wie Ziff. 2, Bd. XV, Bln 1932, S. 512/32, Egmont Zechlin, *„Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II.“* Stgt/Bln 1929, S. 64; Wilhelm Schüßler, *„Bismarcks Sturz“*, Lpz 1921.
6) Wilhelm II., *„Ereignisse und Gestalten“*, Lpz/Bln 1922, S. 32.
7) Ernst Graf Reventlow, *„Kaiser Wilhelm II. und die Byzantiner“* Mü 1906 S. 18/9, 21, 24, 28, 60; Wilhelm Schüßler *„Kaiser Wilhelm II.“* Gött 1962, S. 83/8, 141/9; J. Daniel

Generalfeldmarschall Graf Waldersee wohl richtig dahin, er sei aus *„Furchtgefühl“* laut, um sich selbst Mut zu machen.[8] Auch Paul Graf Hoensbroech, der um seines Deutschtums willen vom Jesuitenorden zur Protestantischen Kirche übertrat und damit Charakter und Mut bewies, lernte den Kaiser als *„Feigling ohne Mut“* kennen.[9] Eitelkeit und Selbstüberhebung kamen hinzu, um den Kaiser unfähig zu machen, der Sache so zu dienen, wie das angebracht war.

Dabei entsprach der Kaiser in vielem dem Geist seiner Zeit, deren Schwäche Ernst Graf Reventlow 1906 in einem Buch *„Kaiser Wilhelm II. und die Byzantiner“* an den Pranger stellte. Das Wesen dieser *„Byzantiner“* deutete er – Bismarcks Erkenntnisse fortführend – als *„Strebertum“* und *„Berechnung auf die Person ohne Ansehen der Sache“*. Es sei zu einer *„Volkskrankheit“* geworden und bilde einen Bestandteil des öffentlichen Lebens ohne Neigung, seine *„frühere bescheidene Rolle als Bodensatz wieder einzunehmen“*. Graf Reventlow deckte auf, wie sehr der Kaiser in diese Entartung verstrickt war – und das in einer Zeit, in der *„die schwarze, die rote und die goldene Internationale“* emsig an der *„Erschütterung der Grundlagen unseres nationalen Lebens“* arbeiteten.[10] Unter der schwarzen Internationale verstand Graf Reventlow den ultramontanen Katholizismus, unter der roten die marxistische Sozialdemokratie, und unter der goldenen das durch sein Geld mächtige Judentum, das in der Sozialdemokratie seine Hauptwaffe gefunden hatte.

Solche Kritik vertiefte 1913 der Politiker Friedrich Naumann, der sich um die Gesundung des Liberalismus bemühte und der *„Freisinnigen Partei“* vorwarf, im Reichstag *„fast immer“* mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen. Er stellte die Frage: *„Glaubt man, daß ein Volk, dem die Politik zur Nebensache und zum Geschwätz geworden ist, große politische Köpfe aus sich erzeugen und unterstützen kann?“* Naumann hielt den Deutschen seiner Zeit vor, der Kaiser sei in vielem ihr Spiegelbild. Überdies weise ihr Pflichtgefühl eine Lücke auf, indem sie es zwar im engsten Bereich bewiesen, das Vaterland jedoch seinem Schicksal überließen. Ihr Patriotismus sei inhaltlos.[11]

Graf Reventlow kennzeichnete später – 1940 – die Verhältnisse zur Zeit Kaiser Wilhelms II. eindrucksvoll durch Umkehrung einer Wertung, die dem

---

Chamier, *„Ein Fabeltier unserer Zeit“*, Zürich 1937.

8) Alfred Graf Waldersee, *„Denkwürdigkeiten“*, herausgeg. Von H. O. Meißner, Stgt/Bln 1923, Bd. II, S. 239/40.

9) Paul Graf Hoensbroech, *„Wilhelms II. Abdankung und Flucht“*, Bln 1919, S. 14.

10) wie Ziff. 7, *„Reventlow“*, S. 27, 37, 53; S. 1, 16.

11) Theodor Barth und Friedrich Naumann, *„Die Erneuerung des Liberalismus“*, Bln 1906, S. 8; Friedrich Naumann, *„Das Blaue Buch von Vaterland und Freiheit“*, Königst/Ts-Lpz 1913, S. 106, 110.

Generalfeldmarschall der Einigungskriege, Graf Moltke, zuteil geworden war: *„Viel leisten, wenig hervortreten; mehr sein als scheinen!“* Das erkannte er für die Zeit der Wiederaufrichtung des Reiches an, während er für die folgende Zeit Kaiser Wilhelms II. für angemessener hielt: *„Mehr scheinen als sein.“*[12)]

Solche inneren Schwächen begünstigten die Sozialdemokratie, deren Ziele durch Marx gegeben waren: Aufhebung des Staates, mit ihm Beseitigung der Monarchie, des Adels und des Beamtentums. Dessen Unbestechlichkeit mußte allerdings ein Greuel für liberale Geldleute sein, mit deren Partei – was Naumann angriff – die Sozialdemokratie gerne zusammen ging. Da Marx auch die Religion als *„Opium des Volkes“* verworfen hatte, hätte die Sozialdemokratie die Bestrebungen unterstützen müssen, zunächst das Alte Testament aus dem Schulunterricht zu verbannen.[13)] Davon wurde bemerkenswerter Weise nichts bekannt.

Die SPD suchte um ihres Erfolges willen mit allen Mitteln Unzufriedenheit zu wecken. Bismarck hatte das wiederholt beanstandet. Aber wies er 1887 im Reichstag auf die steigenden Spareinlagen als Zeichen wachsenden allgemeinen Wohlstandes[14)] hin, so behauptete 1907 doch noch das Hauptblatt der SPD, der *„Vorwärts“*: Von dem Zuwachs des deutschen Nationalvermögens sei *„nicht ein Pfennig in die Taschen des arbeitenden Volkes geflossen“*. August Winnig, der zu einer den Staat bejahenderen Auffassung gefunden hatte, konnte jedenfalls nur ein Aufwärts auch in der Lebenshaltung des Arbeiters erkennen. Er stellte fest, die *„Verelendungstheorie“* von Marx sei ein Irrtum gewesen – *„aber wann hatte sich Marx nicht geirrt?“*[15)]

Die erstarkende Sozialdemokratie schadete unserem Land in übelster Weise: Indem sie die Rüstung behinderte, und indem sie dazu noch Feindschaft gegen Rußland schürte. Dessen Hauptstadt St. Petersburg hatte stets als *„oberster Posten der preußischen Diplomatie“* gegolten, und Bismarck bemühte sich beharrlich, ein gutes Verhältnis dorthin zu erhalten. Sein Kaiser Wilhelm I. mahnte sogar noch im Sterben, ihn mit seinem Enkel verwechselnd: *„Mit dem russischen Kaiser mußt Du immer Fühlung halten, da ist kein Streit notwendig!“*[16)]

Für die Sozialdemokratie aber galt Rußland als Feind, gegen den ein

---

12) Ernst Graf Reventlow, *„Von Potsdam nach Doorn“*, Bln 1940; Alfred Graf Schlieffen, *„Gesammelte Schriften“*, Bln 1913, Bd. II, S. 452.

13) Karl Marx/Friedrich Engels, *„Über Religion“*, Ostbln 1958, S. 31; Alb. Grimpen, *„Zeittafel zur Weltgeschichte von 1.8.1866 bis 31.12.1910“*, Lpz 1911, S. 420.

14) wie Ziff. 2, *„Bismarck“*, Bd. IX, Bln 1926, S. 195; Bd. XII, Bln 1929, S. 4/5, 36, 282; Bd. XIII, Bln 1930, S. 231, 255/6.

15) *„Politisches Handbuch der Nationalliberalen Partei“*, Bln 1907, S. 55/6; August Winnig, *„Vom Proletariat zum Arbeitertum“*, Hbg 1930, S. 105.

16) wie Ziff. 2, *„Bismarck“*, Bd. XV, Bln 1932, S. 136; S. 428.

Krieg erlaubt war. Bedeutete es doch August Bebel, dem kleinbürgerlichen Vorsitzenden der SPD neben dem Millionär Paul Singer – in Wirklichkeit zweifellos unter diesem –, den *„Hort der Grausamkeit und Barbarei“*, gegen das selbst die ältesten Parteigenossen *„die Flinte auf die Schulter“*[17] nehmen würden. In dem Bemühen um Herstellung von Feindschaft gegen Rußland befand sich die SPD öfter in Übereinstimmung mit Zentrum und Freisinn. Alle drei Parteien galten Bismarck als ***„reichsfeindlich“***[18]. Sie besaßen seit 1890 die Mehrheit im Reichstag. Und wenn sich ihre Reichs- und Staatsfeindlichkeit im Laufe der Zeit etwas milderte, so fehlte ihnen doch noch viel bis zur unbedingten Verbundenheit mit dem Staat, wie sie die Lage Deutschlands in der Mitte Europas zwischen unruhigen und zeitweise äußerst räuberischen Nachbarn erforderte.[19]

Als Rußland 1904/05 in einem Krieg mit Japan Niederlagen erlitt, flammte dort eine Revolution auf. Der *„Vorwärts“* stellte sich uneingeschränkt auf deren Seite, indem er den Zarismus beschimpfte: *„Hinrichtung des Richters“* hieß es, als der Mörder eines russischen Großfürsten zum Tode verurteilt wurde. Und weiter: *„Die russische Schreckensherrschaft“*, *„Aus dem Reiche des blutigen Zaren“*, *„Die Gesellen des wortbrüchigen Nikolaus“*, *„Schwindelmeldungen der Petersburger Telegrafenagentur“* usw. Als bekannt wurde, daß aus Amsterdam Schiffsladungen mit Waffen an die Aufständischen in Rußland gegangen waren, mahnte der *„Vorwärts“* zu größerer Verschwiegenheit. In aller Öffentlichkeit hingegen sammelte die Sozialdemokratie Geld für die Revolution.[20]

Der zaristischen Regierung gelang es, den Aufstand niederzuschlagen. Nun vertröstete der *„Vorwärts“* mit einer *„Auferstehung der proletarischen Revolution“* in Rußland und mit einer Stellungnahme des *„Jüdischen Arbeiterbundes“* in Rußland, die *„althergebrachte revolutionäre Taktik im Kampf gegen die Selbstherrschaft“* habe keineswegs *„Bankrott“* gemacht, sondern sei eine *„Fortentwicklung der Revolution“* und damit als ein *„Sieg“* zu werten.[21]

Der aus Deutschland herüberklingende Haß gab russischem *„Kriegslärm“* Vorwände und Anlässe. Der gut unterrichtete Professor Th. Schiemann führte diese 1907 in der *„Kreuzzeitung“* zum Teil auf die *„revolutionären*

17) Hermann Heidegger, *„Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat 1870-1920“*, Gött 1956, S. 34, 43, 79; Ernst Schraepler, *„August Bebel“*, Gött 1966, S. 75.

18) wie Ziff. 2, *„Bismarck“*, Bd. XIII, Bln 1930, S. 122, 211, 233/4, 238/40, 245/53; Wolfgang Leonhardt, *„Kreml und Vatikan“*, Hann 1965, S. 274/80, 283/6.

19) Wilhelm Treue, *„Die deutschen Parteiprogramme 1861-1961“*, Gött 1954, S. 389; wie Ziff 11, *„Naumann“* S. 74; wie Ziff. 14, *„Winnig“*, S. 107.

20) Tageszeitung *„Vorwärts“* Bln 24. Mai, 18. Juni 1905; 28., 31. Jan., 18. Febr. 1906; 1. Febr. 1906.

21) wie Ziff. 19, 28. Jan., 18. Febr. 1906.

Elemente" zurück, die *„bei einem weiteren Krieg Gelegenheit zu finden hoffen, die einmal gescheiterte Revolution nunmehr durchzuführen"*. Auch 1913 vermerkte Schiemann *„Haß der revolutionären, radikalen und liberalen Parteien Rußlands"*, weil Deutschland während des russisch-japanischen Krieges und der anschließenden Revolution den Zaren nicht im Stich ließ.[22)]

Die geachtete Zeitschrift *„Die Grenzboten"* in Leipzig leuchtete 1905 in die Hintergründe der Vorgänge:

„Das Band, das die Leitung der deutschen Sozialdemokratie mit der russischen verbindet, ist ... ein gewisses Judentum, präziser gesprochen: nicht Bebel sondern – Singer." Letzterer sei der *„pfadfindende, kalt berechnende Verschwörer, der die unterirdischen Minengänge überall zu legen und rechtzeitig zu entzünden weiß"*. Ihm, dem Millionär, seien die Arbeitermassen nur *„Kanonenfutter in des Wortes verwegenster Bedeutung, das den Staat und die Gesellschaft zertrümmern soll, die das Judentum nicht als ebenbürtig anerkennen und sich von ihm nicht beherrschen lassen wollen. Das Judentum ist das Rückgrat der russischen revolutionären Bewegung geworden, es hat mit deutscher sozialdemokratischer Hilfe und nach deutschem sozialdemokratischem Vorbild die Revolutionsarmee geschaffen, die von der deutschen Grenze bis zur Ostgrenze Sibiriens organisiert dasteht"*.[23)]

Eine Darstellung, die 1920 in der *„Neuesten Geschichte des jüdischen Volkes"* von Semjon M. Dubnow so vielfache Bestätigung fand, daß an der Richtigkeit nicht zu zweifeln ist.[24)]

Indem sich also die deutsche Sozialdemokratie in ihrer blöden Verirrung dazu hergab, auf der einen Seite in Deutschland Haß gegen Rußland zu schüren, auf der anderen die dort auf eine innerpolitische Änderung durch Entfesselung eines Krieges gegen Deutschland hindrängenden Kräfte zu unterstützen, bewies sie sich neben dem aus dem *„Fortschritt"* hervorgegangenen *„Freisinn"* als *„Judenschutztruppe"*, die das Judentum natürlich benutzte, um seine umstürzlerischen Ziele zu verfolgen.[25)]

Bismarck hatte schon 1887 bewiesen, daß er diese Dinge richtig sah, indem er seinem vertrauten Mitarbeiter in Pressedingen, Moritz Busch[26)], Panslawisten, Polen und liberale Russen als diejenigen bezeichnete, die einen

22) Theodor Schiemann, *„Deutschland und die große Politik anno 1908"* Bln o.J., S. 183, 332/3; ders. *„Anno 1913"*, S. 250.

23) Zeitschrift *„Die Grenzboten"*, Lpz IV. Vj. 1905, S. 392.

24) Semjon M. Dubnow, *„Die neueste Geschichte des jüdischen Volkes"*, Bln 1923, Bd. III, S. 106/233, 306/457; Theodor Herzl, *„Tagebücher"*, Nln 1922, Bd. III, S. 472.

25) Jacob Toury, *„Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland"*, Tüb. 1966, S. 177, 218, 228; Albert Grimpen, *„Judentum und Sozialdemokratie"*, Hbg 1919, S. 12, 23, 55; Otto Bauer, *„Der Sozialismus und das Nationalitätsprinzip"* in *„Marx-Studien"*, herausgeg. von Max Adler und Rudolf Hilferding, Wien 1924, S. 507/8.

26) Moritz Busch, *„Tagebuchblätter"*, Lpz 1899, Bd. III, S. 213.

Krieg gegen Deutschland *„in der stillen Hoffnung herbeiwünschen, er werde mit einer Niederlage Rußlands endigen“*. Diese werde dann den einen die Unabhängigkeit und den anderen eine günstige Verfassung bringen. Dazu ist hier anzumerken, daß die *„Panslawisten“* die Vereinigung aller slawischen Völker erstrebten. Damit brachten sie Rußland in Gegensatz zu Österreich-Ungarn, in dem slawische Mischvölker lebten, und damit auch zu Deutschland als festem Verbündeten Österreich-Ungarns.[27)]

Für einen führenden Kopf dieser Richtung, M. N. Katkow, Herausgeber der *„Moskauer Nachrichten“*, hielt Bismarck die Frage angebracht, ob er oder der Zar den *„kaiserlichen Einfluß“* in Rußland ausübe.[28)] Die jüdisch geleitete *„Neue Freie Presse“* in Wien, die 1912 dem Glaubensgenossen und Arzt Elie de Cyon anläßlich seines Todes einen Nachruf widmete, behauptete sogar, ein geflügeltes Wort habe geheißen: *„Der Zar regiert Rußland, Katkow den Zaren und Cyon den Katkow.“*[29)] Von diesem Cyon berichtete die Zeitung, er habe das Bankhaus Rothschild in Paris russischen Anleihewünschen zugänglich gemacht und dem gegen Deutschland gerichteten französisch-russischen Bündnis den Weg geebnet.[30)] Auch unter den von Bismarck genannten liberalen Russen durfte man Juden, ihre Freunde und von ihnen beeinflußte Zeitungen verstehen.[31)]

In einer Denkschrift Ende 1887, die Bismarck für seinen Kaiser Wilhelm I. verfaßte, als dieser den Besuch des Zaren erwartete, warnte Bismarck: Zwar wünsche der Zar den Frieden, aber man tue in Rußland alles mögliche, um einen Krieg herbeizuführen. Vermittels öffentlicher Anschuldigungen häufe man einen Haß gegen Deutschland an, dessen Gewicht früher oder später *„der Regierung aus der Hand gleiten“* werde. Diesem Haß ermangele es zwar *„an vernünftigen Gründen und selbst an geschichtlichen Vorwänden“*. Aber der Krieg werde *„stets revolutionäre Folgen“* haben.[32)]

Nach seiner Entlassung 1890 schenkte Bismarck auch ferner Stehenden von seinen Erkenntnissen. Davon berichtete beispielsweise der Schriftsteller Dr. Hans Blum, Sohn des wegen Teilnahme am Aufstand 1848 in Wien standrechtlich erschossenen Robert Blum: Bei einem Empfang im Jahr 1892 habe Bismarck seinen vier Gästen wiederholt die Juden und die Polen in

27) wie Ziff. 2, *„Bismarck“*, Bd. XV, Bln 1932, S. 403; Oskar P. Rautmann, *„Die Sängerbrücke“*, Stgt 1940, S. 92/3.
28) wie Ziff. 2, *„Bismarck“*, Bd. VI, III, Bln 1935, S. 351, 352.
29) Joseph Eberle, *„Großmacht Presse“*, Wien/Regensbg 1920, S. 217/8.
30) Karl Morawitz in *„Neue Freie Presse“*, Wien, 20. Nov. 1912, S. 1/3.
31) Paul Rohrbach in *„Die russische Gefahr“*, Bd. I, Stgt 1916, S. 6; Bd. III. o. Verf., S. 72; Axel Schmidt in Bd. VII, Stgt 1917, S. 5/61; Nikolaus Markow, *„Der Kampf der dunklen Mächte“*, Erfurt 1935 S. 100, 103.
32) *„Die auswärtige Politik des Deutschen Reiches 1871-1914“* (gekürzte Ausgabe der großen amtlichen Aktenveröffentlichung), Bln 1928, Bd. I, I, S. 381/4.

Rußland als *„Feinde des Friedens mit Deutschland“* beschuldigt.[33)]

Die deutsche Sozialdemokratie suchte der von ihr übernommenen Rolle der Herstellung deutsch-russischer Feindschaft noch ein übriges hinzuzufügen, indem sie sich als Hauptschreier gegen den angeblich bei uns herrschenden *„Militarismus“* betätigte – worunter die ungehemmte Vorherrschaft einer Militärkaste verstanden werden sollte.[34)] Bebel lehnte 1887 eine Militärvorlage ab: *„Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“*[35)] Und beständig verlangte die SPD nach einem Milizheer, obwohl dessen geringere Tauglichkeit längst erwiesen war. Den Grund dürfte die Ansicht des Königsberger Arztes und Politikers Johann Jacoby im Jahr 1848 gegeben haben, daß stehende Heere *„die Hauptstütze des Absolutismus“* bildeten.[36)] Unermüdliches Klagen über Soldatenmißhandlungen, obwohl deren Ausmaß gemessen an der Größe der Armee keine Bedeutung hatte und überdies die Vorgesetzten dagegen einschritten, Vorwürfe wegen *„Kadavergehorsams“*, Beschwerden über *„den Frieden, die Freiheit und den Wohlstand“* bedrohendes *„Wettrüsten“*, Übertreibungen der deutschen Militärausgaben usw. dienten der SPD dazu, die allgemeine Stimmung gegen das Militär aufzubringen. Selbst in einem geheimen Briefwechsel mit einem britischen Diplomaten vertrat Bebel eine militärische Überlegenheit Deutschlands und Österreich-Ungarns über Frankreich und Rußland. Sie gefährde auch England.[37)]

Vergeblich kämpfte der Chef der Aufmarschabteilung des deutschen Generalstabes, Oberst Erich Ludendorff, bis zu seiner Abberufung 1912 als *„unbequemer Mahner“* um die mögliche, nötige und rechtzeitige Heeresvermehrung: Zog Frankreich 82% seiner Wehrtauglichen ein, so Deutschland nur 52 bis 54%. Die 1913 beschlossene Vermehrung des Heeres kam dann auch noch zu spät. Die Folgen dieses Versäumnisses kennzeichnete Ludendorff nach dem Kriege: Die im Verhältnis zu seinen wahrscheinlichen Gegnern zu geringe deutsche Rüstung habe diese zum Krieg ermutigt. Dagegen hätten wir bei einer ausreichenden Rüstung den Krieg gewonnen, „oder der Feind hätte überhaupt nie gewagt, uns anzugreifen“.[38)]

In Rußland gelang es Ende Juli 1914, den Zaren zur Mobilmachung

33) wie Ziff. 2, *„Bismarck“*, Bd. IX, Bln 1926, S. 277, 285.
34) *„Deutsches Soldatenjahrbuch 1967“*, Mü o. J., S. 36.
35) wie Ziff. 16, „Schraepler“, S. 53.
36) *„Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD“* in Halle/S, Bln 1890, S. 4, 87; Carl von Clausewitz, *„Vom Kriege“*, Nachdruck Bln o. J., S. 447/50; Johann Jacoby *„Gesammelte Schriften und Reden“*, Hbg 1872, Bd. II, S. 39/45.
37) Fred Oelßner, *„Rosa Luxemburg“*, Ostbln 1956, S. 99/101; Karl Liebknecht, *„Militarismus und Antimilitarismus“*, Bln 1907, S. 37/41; Tageszeitung *„Vorwärts“*, Bln 1., 7., 8., 9., 11. Juli 1914; *„Deutsches Soldatenjahrbuch 1976“*, Mü o. J., S. 134/40.
38) Erich Ludendorff, *„Mein militärischer Werdegang“*, Mü 1933 S. 130/2, 187/9; ders. *„Kriegführung und Politik“*, Bln 1922, S. 77, 91/2.

zugunsten Serbiens gegen Österreich-Ungarn zu veranlassen – zu *„zwingen“*, wie der ehemalige russische Minister Freiherr von Taube 1937 einwandte. Das bedeutete Krieg nicht nur gegen Österreich-Ungarn, sondern aufgrund dessen Bündnisses mit Deutschland auch gegen dieses. Die seit Jahren betriebene *„Einkreisung“* Deutschlands begann nun, Früchte zu tragen.[39)]

Die deutsche Sozialdemokratie verhielt sich widersprüchlich – vielleicht versuchte sie ihr Ziel auf verschiedenen Wegen zu erreichen. Jedenfalls hielt man es dort für möglich, eine Revolution entflammen zu können. Ihr Hauptblatt *„Der Vorwärts“* brachte am 25. Juli 1914 einen Aufruf, der in den Sätzen gipfelte: *„Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Krieg! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!“* In den folgenden Tagen wandte er sich gegen *„Freisinnige Kriegshetze“*, erklärte, *„für Kriege der habsburgerischen Eroberungspolitik sind wir nicht verpflichtet“*, verwarf einen Aufmarsch von Kriegswilligen, lobte einen anderen von Kriegsgegnern usw. Das schwächte er ab 3. August ab. Unter der Schlagzeile *„Die eisernen Würfel rollen“* las man: *„Möge dieses allgemeine Völkermorden so schnell wie möglich ein Ende nehmen“* – aber auch: Den Zarismus zu stürzen sei Aufgabe der Russen selbst. Am 5. August hieß es dann von einem Telegrammwechsel zwischen Kaiser und Zar: Er spiegle die beiderseitigen Auffassungen, zwischen denen es *„eine Aussöhnung nicht gehen kann“*. Am 8. August gab der *„Vorwärts“* sogar eine Meldung wieder, nach der serbische Sozialdemokraten ihre Regierung beschuldigten, aus Serbien *„eine Brücke für Rußland und Frankreich“* gemacht und die Treibereien verschiedener Geheimbünde geduldet zu haben.[40)]

Im Reichstag stimmte die sozialdemokratische Fraktion am 4. August unter ihrem Vorsitzenden, dem Rechtsanwalt Hugo Haase, geschlossen für die von der Regierung verlangten Kriegskredite. Haase verlas dazu eine Erklärung, in der es hieß: *„Nicht für oder gegen den Krieg haben wir uns heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel.“* Bei einem Sieg des *„russischen Despotismus“* stehe für eine freiheitliche Zukunft unseres Volkes *„viel, wenn nicht alles auf dem Spiel … Da machen wir wahr, was wir immer betont haben, wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich!“*[*)41)]

---

39) Michael Freiherr von Taube, *„Der großen Katastrophe entgegen“*, Lpz 1937, S. 343/4; Wilhelm Ladewig, *„Zur Frage der Einkreisung Deutschlands“* Pähl\/Obbay. 1967; Nikolaus von Preradovich, *„Die Einkreisung“*, Leoni 1984.

40) Tageszeitung *„Vorwärts“*, Bln 25., 26. Juli 1914; 3., 5., 8. August 1914.

*) *„Die enttäuschten Brr. Führer im Reichstag in Berlin gestanden: ‚Wenn wir die Kriegskredite abgelehnt hätten, wären wir nicht bis ans Brandenburger Tor gekommen, unsere eigenen Arbeiter hätten uns totgeschlagen.‘“* (E. Ludendorff, *„Kriegshetze und Völkermorden“*, 1936, S. 131)

41) wie Ziff. 16, *„Heidegger“*, S. 74.

Allerdings dürfte Haase in Wirklichkeit anders gedacht haben. Das *„Jüdische Lexikon“* von 1929 sagte von ihm, er habe *„Zeit seines Lebens jüdischen und zionistischen Gedankengängen nahe gestanden“*. Dementsprechend schloß er sich schon 1916 einer Gruppe an, die den deutschen Sieg nicht wünschte.[42)]

Das Treiben der Spartakisten wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zeichnete Karl Arnold 1918 für die satyrische Zeitschrift *„Simplizissimus“* als Recht auch desVolkes, *„Dummheiten zu machen“*.
(Zu *„Unser Marxismus – eine unserer Verirrungen“*)

42) *„Jüdisches Lexikon“*, Bln 1929, Bd. II, Spalte 1309/10; *„Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – Biografisches Lexikon“*, Ostbln 1970, S. 179/80.

V.

Marxisten gegen Deutschlands Sieg

Der durch den Mord am österreichischen Thronfolger vom 28. Juni 1914, die russische Mobilmachung vom 30. Juli und den englisch-französischen Kriegswillen hervorgerufene Krieg zog sich infolge der ungenügenden deutschen Kriegsbereitschaft in die Länge. Die Versäumnisse konnte noch so große Opferbereitschaft nicht mehr gut machen. Dazu kam, daß die politische Führung unter Kaiser Wilhelm II. sich auch jetzt unfähig zeigte. Das darf aus den Erinnerungen des Kaisers geschlossen werden, die 1922 erschienen. Darin wird vom Reichskanzler von Bethmann-Hollweg gesagt, dessen *„Unzulänglichkeit“* sei inzwischen erwiesen: *„Er war im Grunde seines Wesens Pazifist und hatte sich in den Gedanken verrannt, mit England zu einer Verständigung zu kommen, koste es was es wolle.“* Der ehemalige Kaiser behauptete weiter, er habe damals an *„einen wirklichen Erfolg ... allerdings nicht geglaubt“*. Im Verlaufe der Kanzlerschaft von Bethmann-Hollwegs *„stellte sich schließlich immer mehr heraus, daß die Realitäten der Politik ihm ziemlich fern lagen“*.[1)]

Da der Kaiser den Reichskanzler selbst erwählt und das nicht zum Ausgleich eigener Unzulänglichkeiten benutzt hatte, trifft diese Kritik ihn selbst. Sie erklärt aber auch, warum der Krieg nicht mit der gebotenen Zusammenfassung aller Kräfte geführt wurde. Beispielsweise entbrannten nach einiger Zeit Streitereien über Kriegsziele und erneut über das preußische Dreiklassenwahlrecht. Dieses sollte durch das allgemeine, geheime, gleiche und unmittelbare Wahlrecht ersetzt werden, das für das Reich galt.[2)] Abgesehen davon, daß eines nicht besser war als das andere, trugen derartige Streitereien nichts zum Erfolg im Krieg bei, sondern schadeten.

Schon im Dezember 1914 hatte im Reichstag der sozialdemokratische Abgeordnete Karl Liebknecht gegen die Kriegskredite gestimmt. Er begründete das:

„Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital. Es handelt sich vom Gesichtspunkt des Wettrüstens um einen von der deutschen und

1) Kaiser Wilhelm II., *„Ereignisse und Gestalten“*, Lpz/Bln 1922, S. 51, 112; Arthur Dix, *„Wirtschaftskrieg und Kriegswirtschaft“*, Bln 1920, S. 32; Hans Freiherr von Liebig, *„Die Politik von Bethmann-Hollwegs“*, Mü 1915 bzw. 1919.

2) Wilhelm Ziegler, *„Volk ohne Führung“*, Hbg 1938, S. 15/21.

österreichischen Kriegspartei gemeinsam im Dunkel des Halbabsolutismus und der Geheimdiplomatie hervorgerufenen Präventivkrieg."[3)]

Nehmen wir es hin, daß Liebknecht bei seiner marxistischen Grundeinstellung kaum erkennen konnte, daß es um mehr ging als nur um *„Wohlfahrt"*. Aber es war doch zu fragen: Wenn es sich nach seiner Meinung nur um einen imperialistischen und kapitalistischen Krieg handelte – warum gönnte er den Erfolg dann nicht den eigenen, deutschen Imperialisten und Kapitalisten? Vor allem aber: Was berechtigte ihn, uns Deutsche der Anzettelung eines Präventivkrieges zu beschuldigen? Daß solche Fragen von den Anhängern Liebknechts nicht gestellt wurden, warf ein bezeichnendes Licht auf ihren Geisteszustand.

Im Februar 1915 machte auch der SPD-Abgeordnete im Preußischen Landtag und Mitarbeiter des *„Vorwärts"*, Heinrich Strobel, die bemerkenswerte Äußerung: Daß er *„zwar eine Niederlage nicht wolle, daß ein voller Sieg des Reiches aber den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen würde"*. In dem nach verlorenem Krieg von der Nationalversammlung eingesetzten Untersuchungsausschuss entschuldigte der Sachverständige Dr. Herz diese Entgleisung: Sie sei nur *„rein parteipolitisch gemeint"* gewesen. Offensichtlich wollte er nicht anerkennen, daß sie in jedem Fall unverantwortlich gewesen war.[4)]

In der Abstimmung des Reichstages im März 1915 über den Haushalt stellten sich zwei Abgeordnete der SPD dagegen, 30 von ihnen entfernten sich vor der Abstimmung.[5)] Den Fortgang solcher Verneinungen im zweifelsfrei marxistischen Sinn zeichnete 1925 Wolfgang Breithaupt mit einer langen Reihe von Geschehnissen, von denen hier nur die Feier zur Erinnerung der russischen Revolution von 1905/6, das Flugblatt Liebknechts *„Der Feind steht im eigenen Land"* und die Abstimmung über Kriegskredite im Dezember 1915 genannt seien.[6)] Nun konnte der *„Vorwärts"* 44 Abgeordnete der SPD dagegen und 66 dafür zählen. Die Vernunft dieser Mehrheit skizzierte der Parteivorsitzende Friedrich Ebert wie folgt:

„Die leitenden Männer der gegen uns kriegführenden Staaten haben noch bis in die letzten Tage hinein erklärt, daß sie jeden Gedanken an Frieden ablehnen, bevor nicht die deutsche Wehrmacht zerschmettert und die gegen Deutschland und seine Verbündeten gesteckten Ziele erreicht sind."[7)]

---

3) *„Spartakusbriefe"*, herausgeg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Bln 1958, S. 3.

4) *„Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919 - 1928"*, Vierte Reihe, Bd. VI, Bln 1928, S. 150.

5) wie Ziff. 3, S. 10.

6) Wolfgang Breithaupt, *„Volksvergiftung 1914 - 1918"* Bln/Lpz 1925, S. 172/5.

7) *„Kriegs-Rundschau"*, herausgeg. von der Täglichen Rundschau, Bd. III, Bln 1916, S.

Die Verschiedenheit der Auffassungen innerhalb der SPD führte 1916 zur Abspaltung einer starken Minderheit, der *„Unabhängigen“* Sozialdemokraten, abgekürzt USPD. Aus ihr ging dann unter Führung von Karl Liebknecht, Franz Mehring und Rosa Luxemburg, die durch eine Scheinehe die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hatte[8], der *„Spartakusbund“* hervor. Dessen Leitsätze gipfelten in folgendem:

„Der Klassenkampf im Inneren der bürgerlichen Staaten gegen die herrschenden Klassen und die internationale Solidarität der Proletarier aller Länder sind zwei unzertrennliche Lebensregeln der Arbeiterklasse.“[9]

Marxistische Jugendliche unter Leitung von Liebknecht nahmen bei einer Tagung in Jena eine Entschließung an, in der die Auffassungen folgende Form fanden:

„Die Konferenz verwirft die Verwirrungsphrase von der Landesverteidigungspflicht und der Lüge von der nationalen Klassenharmonie während des Krieges und stellt die Pflicht zur internationalen Solidarität und zum Klassenkampf vor alle anderen.“[10]

Zum 1. Mai rief Liebknecht in Berlin zu einer Kundgebung gegen den Krieg auf, der dazu diene, *„damit die ostelbischen Junker und die mit ihnen versippten kapitalistischen Profitmacher durch Unterjochung und Ausbeutung neuer Länder ihre Taschen füllen können ... Damit der Militarismus, die Monarchie, die schwärzeste Reaktion in Deutschland zur nie dagewesenen Macht, zur ungeteilten Herrschaft emporsteigen!“*[11]

Als Liebknecht schrie *„Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“* wurde er verhaftet und in einem Gerichtsverfahren zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Seine Anhänger richteten dagegen zahlreiche Flugblätter, verursachten Krawalle und im Juni 1916 Streiks in Braunschweig und Berlin. Auch hinter Rosa Luxemburg schlossen sich im Juli die Gefängnistore.[12]

Das Jahr 1917 sah Unabhängige Sozialdemokraten, Spartakisten, linksradikale und revolutionäre Jugendliche mit Unterstützung aus dem Ausland eifrig bemüht, durch *„internationalen revolutionären Klassenkampf“* den Krieg zu beenden. Aber auch der *„Vorwärts“* der Mehrheits-Sozialisten erklärte angesichts großer Siege an der italienischen Front:

„Wir müssen uns heute darüber klar sein, daß die eigentliche und tiefste Ursache, daß es so ungeheuer schwer ist, zum Frieden zu kommen, in den

---

1089/90.

8) wie Ziff. 3, S. XVI/XVII, Fred Oelßner, *„Rosa Luxemburg“*, Ostbln 1956, S. 14, 137/8.

9) wie Ziff. 3, S. 116.

10) wie Ziff. 6, S. 42/3.

11) *„Karl Liebknecht – Politische Aufzeichnungen aus seinem Nachlaß“*, Bln 1921, S. 150/1,162.

12) wie Ziff. 3, S. 166, 194; wie Ziff. 6, S. 47/8; wie Ziff. 8, *„Oelßner“*, S. 117.

militärischen Erfolgen Deutschlands liegt.“[13)]

Deutsche Pazifisten in der Schweiz vermochten das noch zu steigern. So behauptete der Professor Ludwig Quidde, der sich einen Namen dadurch gemacht hatte, daß er 1894 Kaiser Wilhelm II. gar des *„Cäsarenwahnsinns“* bezichtigte: *„Das Verhängnisvollste, was Deutschland widerfahren kann, wäre ein überwältigender, engültiger Sieg.“*[14)]

In Deutschland kam es in diesem Jahr zu einer Reihe von Streiks. Schädigte das alles die Möglichkeit, sich im Krieg zu behaupten, so war es um so verhängnisvoller, daß auch die Reichsführung versagte: Infolge unsinniger Hoffnungen auf Friedensvermittlungen der USA, die von diesen geschickt gepflegt wurden, entschloß sie sich erst zum 1. Februar 1917 zum uneingeschränkten U-Bootkrieg. Ludendorff beurteilte ihn später, auf die damalige Lage zurückschauend, als *„das einzige Mittel zum Sieg“*[15)]. Der Entschluß war ein ganzes Jahr später gefaßt worden, als es möglich gewesen wäre und den größten Erfolg versprochen hätte. Der Großadmiral von Tirpitz, der vergeblich den früheren Einsatz verlangt hatte, war darüber zurückgetreten.[16)]

Hatte die Reichsleitung auf ungewisse Verheißungen des us-amerikanischen Präsidenten Wilson vertraut und von Bethmann-Hollweg sogar England *„nicht reizen“* wollen, wie Tirpitz es ihm ankreidete, so trugen die Marxisten das ihrige dazu bei.[17)] Verwarfen die *„Spartakusbriefe“* schon 1916 den uneingeschränkten U-Bootkrieg, so lehnte ihn die SPD noch 1917 ab.[18)] Die Gegner Deutschlands konnten das ihnen geschenkte Jahr eines nur zurückhaltend geführten U-Bootkrieges nutzen, um ihre U-Boot Abwehr gründlich zu verstärken. Trotzdem errangen die Unterseeboote dann Erfolge, die Großbritannien nicht lange durchstehen konnte.[19)]

Als außerdem im Februar 1917 der Ausbruch der Revolution in Rußland die Aussicht eröffnete, daß sich Deutschland behaupten werde, traten die USA am 6. April 1917 offen in den Krieg ein. Zur Begründung spuckten sie uns den unbeschränkten U-Bootkrieg als völkerrechtswidrig hin, was Unzählige willig aufleckten.[20)]

---

13) wie Ziff. 4, Bd. V, S. 15; wie Ziff. 4, Bd. IV, S. 286.
14) Ludwig Quidde, *„Caligula“*, Bln 1894; wie Ziff. 4, Bd. IV, S. 286.
15) Erich Ludendorff, *„Kriegführung und Politik“*, Bln 1921, S. 164.
16) Alfred von Tirpitz, *„Erinnerungen“*, Lpz 1920, S. 363/9, 374/85.
17) wie Ziff. 16, S. 492.
18) wie Ziff. 3, S. 47/8, 93, 143/9, 177; Philipp Scheidemann, *„Der Zusammenbruch“*, Bln 1921, S. 50/6.
19) *„Die Deutsche Nationalversammlung – Stenografische Berichte über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses“*, 15. Ausschuß, Bln 1919, S. 328/31, 344, 364/9, 535/9.
20) Harry Elmer Barnes, *„Die Entstehung des Weltkrieges“*, deutsch Bln/Lpz 1928, S. 470/3; Charles C. Tansill, *„Amerika geht in den Krieg“*, deutsch Stgt 1939; Andreas Michelsen,

In den USA begrüßte der Bankier Jakob Schiff als *„eigentlicher Führer“* des dortigen Judentums und Leiter des Bankhauses Kuhn, Loeb & Co in New York begeistert die bürgerliche Februarrevolution in Rußland. Seine Geschäftstätigkeit hatte sich stets gegen dieses gerichtet: Japan verschaffte er für den Krieg gegen Rußland 1904/05 Anleihen in Höhe von 42 Millionen Dollar; er gab selbst Geld für die Umerziehung der in Gefangenschaft geratenen 30.000 Russen in revolutionärem Sinn; 1912 bewirkte er die Kündigung des 1832 mit Rußland geschlossenen Handelsvertrages; nun, im Ersten Weltkrieg lehnte er jede Unterstützung des verbündeten Rußland ab[21)] und hoffte vielmehr auf dessen Niederlage. Eine Haltung, die auch in England auftrat.[22)]

Als die Alliierten mit Hilfe Kerenskis, führend in der Freimaurerei, die restlichen Kräfte Rußlands durch Angriffe gegen die deutsche Front verbraucht hatten, kam es zur Oktoberrevolution 1917, in der die Bolschewiken sich durchsetzten. Schiff sah diese Entwicklung mit Besorgnis, hielt sie aber doch für das Judentum günstiger als eine Rückkehr zu den alten Verhältnissen, gewannen doch Juden nun die meisten leitenden Stellungen in Rußland.[22)]

In Deutschland erfuhr die russische Revolution mancherlei Deutungen, die unserem verkümmerten Verständnis für Politik und unserer Schwäche für Ausländisches entsprachen. Der Parteivorstand der SPD erklärte zur Märzrevolution im April 1917: *„Wir begrüßen mit leidenschaftlicher Anteilnahme den Sieg der russischen Revolution und das durch ihn entfachte Wiederaufleben der internationalen Friedensbestrebungen.“* Angesichts des gerade erfolgten Kriegseintrittes der USA konnte das nur als Zeichen nachlassenden Kampfwillens ausgelegt werden, wie das deutsche Auswärtige Amt es befürchtete.[24)]

Den Standpunkt der Spartakisten zur russischen Oktoberrevolution 1917 vertrat Rosa Luxemburg im Januar 1918 im Hinblick auf die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk wie folgt: Die *„Hauptverantwortlichen vor der Geschichte“* dafür, daß diese Revolution *„eine gewaltige Machtsteigerung des deutschen Imperialismus“* bewirkt habe, läge in der

---

„Der U-Bootskrieg“, Lpz 1942, S. 162/4; wie Ziff. 4, Dritte Reihe, Band IV, Bln 1927, S. 115/82: Gutachten des Dr. Kriege.

21) Paul Arnsberg, *„Jakob H. Schiff“*, Fkft/M 1969, S. 14, 28, 30, 33, 35/6; *„The New York Times“*, 10., 13. April, 18., 24. März 1917 usw.

22) David Lloyd George, *„Mein Anteil am Weltkrieg“*, Bln 1935, Bd. II, S. 290, 310/2; *„Dokumente aus den russischen Geheimarchiven, soweit sie bis zum 1. Juli 1918 eingegangen sind“*, herausgeg. vom Auswärtigen Amt Bln o. J., S. 237.

22) Cyrus Adler, *„Jacob H. Schiff, His Life and Letters“*, London 1929, Bd. II, S. 254/8; S. Wininger, *„Große Jüdische National-Biografie“*, Czernowitz 1925, Bd. V, S. 416/7; Leon de Poncins, *„Hinter den Kulissen der Revolution“*, Bln 1929, Teil II, S. 26/30.

24) wie Ziff. 18, *„Scheidemann“* S. 119/20.

„standhaften Kadaverhaltung des deutschen Proletariats“, welche die russischen Revolutionäre dazu gebracht habe, *„mit dem deutschen Imperialismus als der einzigen herrschenden Macht in Deutschland einen Frieden zu schließen“*.[25)]

Das Jahr 1918 begann in Deutschland mit ausgedehnten Streiks. Zwar hatte die SPD 1914 auf sie als Kampfmittel verzichtet. Dementsprechend bildete die Hauptursache früherer Streiks der Mangel an Lebensmitteln, verursacht durch die aus oberflächlicher und weltfremder Friedfertigkeit der Vorkriegsjahre versäumte Vorsorge, verschärft durch die nun von Großbritannien ausgeübte Blockade. Jetzt traten politische Forderungen in den Vordergrund[26)], und die SPD mußte Friedrich Ebert als Vertreter in die Streikleitung schicken, um nicht Anhänger zu verlieren. In einer Erklärung des Vorstandes hieß es:

„Die Landesverteidigung wird jedoch gefährdet durch die politische Einsichtslosigkeit derer, die den Krieg zu kriegsverlängernden, vom Volk nicht gebilligten Zielen führen wollen, die dem Volk versprochenen Rechte verweigern und jeden Protest gegen einen immer unerträglicher werdenden Druck mit verstärktem Druck beantwortet.“

Die USPD allerdings deutete später die Streikwelle des Januar 1918 als *„Friedenskundgebung des deutschen Proletariats“*.[27)]

Die Tiefe der Kluft zwischen der schwankenden, gelegentlich durchaus staatserhaltenden Haltung der Mehrheitssozialisten der SPD und der unbedingten Staatsverneinung ihrer abgespaltenen Minderheit trat kraß zutage, als der SPD-Abgeordnete Philipp Scheidemann als Staatssekretär in die Regierung eintrat. Der inzwischen freigelassene Liebknecht, dem derartiges verwehrt wurde, weil er den *„Arbeiter- und Soldatenräten“* die *„allein entscheidende politische Macht“* zudachte[28)], hetzte in einem Aufruf: *„Das ist eine gegenrevolutionäre Tat, ein gegen euch geführter tückischer Schlag – zur Verhinderung des Sieges, der euch jetzt winkt, den ihr in den Händen haltet, wenn ihr nur zugreift; zur Verhinderung der Revolution.“*[29)]

Die großen deutschen Angriffe im Frühjahr und Sommer 1918 unter Einsatz von im Osten frei gewordenen Kräften brachten zwar Erfolge, wie sie an der Westfront seit langem nicht mehr erreicht worden waren, aber doch keine Entscheidung. Es begann sich das Übergewicht auszuwirken, das die Alliierten durch den Beitritt der USA gewonnen hatten. Den 8. August nannte Ludendorff den *„schwarzen Tag des deutschen Heeres“*, nicht deshalb, weil es den Gegnern gelang, unter Einsatz von Panzern tiefe Einbrüche in die

25) wie Ziff. 3, S. 409.
26) wie Ziff. 4, Bd. VI, S. 274/8; wie Ziff. 1, *„Dix“* S. 161/5, 245/50.
27) wie Ziff. 18, *„Scheidemann“*, S. 70/1, 78; wie Ziff. 4, Bd. VI, S. 276.
28) Harald von Koenigswald, *„Revolution 1918“*, Breslau 1933, S. 65.
29) wie Ziff. 11, S. 144.

deutsche Front zu erzielen, sondern weil sich in der Armee erste Zersetzungserscheinungen gezeigt hatten: Den Eingreifdivisionen war der Ruf *„Streikbrecher“* entgegengeschollen.[30] Fortan mußte sich das deutsche Heer verteidigend langsam zurückziehen.

Im *„Vorwärts“* vertrat sein Hauptschriftleiter, Friedrich Stampfer, am 20. Oktober die Auffassung: *„Deutschland soll, das ist unser fester Wille als Sozialisten – seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letzte Mal siegreich heimgebracht zu haben.“* Dem fügte er den für geistig wenig anspruchsvolle Leser berechneten, zwar schön klingenden, aber billigen Zusatz an: *„Sicherheit gibt auch dem Sieger nur ein Friede, der alle entwaffnet und aus Feinden Freunde macht.“*[31]

Am 9. November 1918 brach auch in unserem Land die Revolution aus, angefacht von Meutereien in der Flotte und russischer Unterstützung.[32] Scheidemann verkündete am 9. November vom Reichstag in Berlin aus, der Stimmung dieser Tage entsprechend:

„Arbeiter und Soldaten! Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das Alte, Morsche ist zusammengebrochen. Der Militarismus ist erledigt. Die Hohenzollern haben abgedankt. Es lebe die deutsche Republik! Ebert bildet die neue Regierung. Alle sozialdemokratischen Richtungen werden ihr angehören. Jetzt besteht unsere Aufgabe darin, diesen glänzenden Sieg, diesen vollen Sieg des deutschen Volkes nicht beschmutzen zu lassen … Sorgen Sie für die Sicherheit des neuen Volksstaates, den wir errichten werden. Es lebe die deutsche Republik!“[33]

30) Erich Ludendorff, *„Meine Kriegserinnerungen“*, Bln 1919, S. 473/89, 506/11, 513, 547/52.
31) Tageszeitung *„Vorwärts“*, Bln 20. Okt. 1918.
32) wie Ziff. 24, S. 47; wie Ziff. 6, S. 71.
33) wie Ziff. 24, S. 55.

Eine „*Weihnachtsfeier im Zukunftsstaat*" der Sozialdemokraten sah 1903 der „*Kladderadatsch*" so, daß hoch im Weihnachtsbaum Singer saß, unter ihm Bebel, während sich am Boden die Genossen rauften (wie auch 90 Jahre später anno 1993). (Zu „Unser Marxismus – eine unserer Verirrungen")

VI.

Die Folgen schmecken auch Marxisten nicht

Mochte Scheidemann auch die Absicht verfolgt haben, den Richtungen im Marxismus, die nach einer Revolution entsprechend der russischen strebten, den Wind aus den Segeln zu nehmen, so drängte sich doch bald bis in die Bereiche schwärmerischer Blödheit die Erkenntnis auf, daß „Friede“ und „Sieg“ völlig anders aussahen als erwartet. Unter Bruch von Grundsätzen des us-amerikanischen Präsidenten Wilson und der Vorverträge trennte der in Versailles vorgelegte Friedensvertrag[1] große und wirtschaftlich wertvolle Gebiete von Deutschland ab, brachte damit Millionen von Deutschen unter fremde Herrschaft, erlegte Tribute in noch ungenannter Höhe auf, machte wehrlos durch weitgehende Entwaffnung, was als Beginn einer allgemeinen Entwaffnung ausgegeben wurde, und belastete Deutschland mit der Schuld am Krieg.[2] Nun begehrte Scheidemann auf:

„Wer kann als ehrlicher Mann, ich will gar nicht sagen als Deutscher … solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legte?“[3]

Scheidemann trat vom Amt des Ministerpräsidenten zurück, das er kurz vorher angenommen hatte. Der Vertrag aber bekam die Zustimmung der Mehrheit der Nationalversammlung in Weimar.

Nach Unterzeichnung des Friedensvertrages hoben die Sieger die Blockade auf, die sie als Druckmittel aufrecht erhalten hatten. Ihr waren etwa 800.000 Menschen zum Opfer gefallen. Die Erwartungen, die in London und Washington an sie geknüpft worden waren, dürfte der englische Zeitungsmann J.W. Wile damals im *„Weekly Dispatch“* aufgedeckt haben: Die *„Hunnen“* würden ein Leben körperlicher Minderwertigkeit führen müssen, was allerdings durch die Meinung des Gründers der *„Boy Scout“* Organisation, Baden Powell, dahin eingeschränkt wurde, man werde mit dem Urteil bis 1930 warten müssen.[4] Es erwies sich jedoch, daß die Blockade vor allem schwache Leben ausgelöscht hatte, so daß eine lebenskräftigere Generation 20 Jahre später heimzahlen konnte, was ihr angetan worden war.

Die Lage kurz nach Einstellung des Kampfes schilderte ein auch von

1) *„Wilson – Das staatsmännische Werk des Präsidenten in seinen Reden“*, herausgeg. von G. Ahrens/C. Brinkmann, Bln 1919; Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau, *„Dokumente und Gedanken um Versailles“* Bln 1925, S. 78/9, 82, 88/9 usw.

2) *„Der Friedensvertrag vom 28. Juni 1919“*, erläutert von Fr. Wündisch Mannh/Bln/Lpz 1919; Max Graf Montgelas, *„Leitfaden zur Kriegsschuldfrage“*, Bln/Lpz 1923.

3) Philipp Scheidemann, *„Der Zusammenbruch“*, Bln 1921, S. 248/51.

4) *„Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919-1928“*, Bd. VI, S. 395/7.

Ebert und Scheidemann unterzeichneter Aufruf:

„Vergeßt nicht, wie wir stehen! Der Krieg hat uns arm gemacht, die Niederlage noch ärmer. Unser Boden ist vernachlässigt und ausgesogen, unser Vieh abgeschlachtet, unsere Verkehrsmittel sind heruntergekommen, die Produktionsanlagen für die Herstellung von Friedensgütern abgenützt, teilweise ruiniert, die wichtigsten Rohstoffe mangeln. Drückende Waffenstillstandsbedingungen lähmen unsere Bewegungsfreiheit.“[5)]

Befriedigt konnten Juden sein, die auf den Krieg hingearbeitet hatten. Der als Sachverständiger des Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung tätige Dr. Ludwig Herz dürfte seine Glaubensgenossen gemeint haben, als er erinnerte: Im Krieg habe eine zunehmende Zahl von Männern *„einen vollen Sieg als ein Unglück für Deutschland und die Welt“* angesehen. Sie waren an dem Ziel, das im Januar die Zeitschrift des Religionswissenschaftlers Martin Buber *„Der Jude“* nannte: Der Zusammenbruch der *„drei antisemitischen Großmächte, des zaristischen Rußland, des monarchischen Deutschland und des klerikalen Österreich“* sei *„ein eigenartiges Zusammentreffen, das zum Nachdenken Anlaß geben mag“*.[6)]

Zur Herstellung einer gesetzgebenden Körperschaft der neuen Republik erfolgten 1919 Wahlen zu einer Nationalversammlung, die dann in Weimar zusammentrat. Der sozialdemokratische Politiker Eduard Bernstein wertete das Ergebnis: 4,5 Millionen monarchische, 11,6 Millionen bürgerlich-republikanische und 13,8 Millionen sozialistische Stimmen.[7)] Wenn auch Karl Liebknecht *„sein revolutionäres Lebenswerk“* mit der Gründung der Kommunistischen Partei *„krönte“* – Wie es ein 1970 in Ostberlin erschienenes marxistisches Lexikon ausdrückte[8)] – und damit die SPD erheblich schwächte, so blieb diese doch bis 1930 die stärkste Partei unter einem Dutzend größerer und zahlreicher kleinerer Parteien. Allerdings stellte sie nur drei Reichskanzler von zehn.[9)]

Schon das unsichere Verhältnis des überwiegenden Teiles derer, die sich Deutsche nannten, und ihrer Parteien zu ihrer eigenen Sache, zu Volk und Vaterland, ließ kaum erwarten, daß die aus dem Krieg erwachsenen Schwierigkeiten gemeistert wurden. Diese Unsicherheit beschrieb 1960 Ernst-Wolfgang Böckenförde in der katholischen Zeitschrift *„Hochland“*: Der gläubige Katholik habe *„auch politisch in erster Linie als Kirchenglied,*

---

5) *„Friedrich Ebert – Schriften, Aufzeichnungen, Reden“* herausgeg. von Friedr. Ebert jun., Dresden 1926, Bd. II, S. 135.

6) wie Ziff. 4, Bd. VI, S. 150 *„Der Jude – Eine Monatsschrift“*, herausgeg. von Martin Buber, Bln Jan. 1919, Heft 10, S. 450.

7) Eduard Bernstein, *„Die deutsche Revolution“*, Bln 1921, Bd. I, S. 196.

8) *„Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – Biografisches Lexikon“* herausgeg. vom Institut für Marxismus – Leninismus beim ZK der SED in Ostbln 1970, S. 292/3.

9) Eberhard Orthbandt, *„Illustrierte deutsche Geschichte“*, Mü 1963, S. 435.

nicht als Staatsbürger" entschieden. *„Sein Staatsverhältnis war ein gebrochenes."*[10] Gegen diesen schlechten und halben Gemeinsinn, gegen diesen Mangel an Nationalgefühl hatte Bismarck seinen Kulturkampf geführt. Wie die als *„ultramontan"* bezeichneten Katholiken ihre Maßstäbe auch für politische Fragen von *„jenseits der Berge"* geholt und beispielsweise verlangt hatten, Deutschland solle für die Erhaltung des päpstlichen Kirchenstaates Krieg führen[11], so schwärmten nun auch die gläubigen Anhänger der Marxistischen Heilslehre, insbesondere die Kommunisten – in den Worten ausgedrückt, die unser Dichter Klopstock vor 200 Jahren für derartiges fand – *„mit blöder Bewunderung großem Auge das Ausland an"* – jetzt Rußland, wo die Revolution blutige Fortschritte machte.[12]

Die Nationalversammlung wählte, kurz nachdem sie zusammengetreten war, den Vorsitzenden der SPD, Friedrich Ebert, zum Reichspräsidenten, der dann sein Amt bis zu seinem Tode 1925 ausübte. Völlig unmarxistisch wie überhaupt im Gegensatz zu Parteigepflogenheiten bezeichnete er sich als *„Beauftragten des ganzen deutschen Volkes"* und erklärte, Parteiideale nur für durchführbar, *„wenn sie der Ansicht und dem Wohle des Ganzen entsprechen"*.[13]

Um so deutlicher trat an anderen Stellen seiner Partei der Marxismus hervor. So nahm ihn das *„Handbuch für sozialdemokratische Wähler 1920"* ausdrücklich zum Maßstab; so erklärte das Parteiprogramm der SPD 1921, die *„kapitalistische Wirtschaft"* habe den *„Klassenkampf für die Befreiung des Proletariats zur geschichtlichen Notwendigkeit und sittlichen Forderung gemacht"* und weckte Hoffnungen auf *„internationale Zusammenarbeit des Proletariats"*.[14]

Schon ein halbes Jahr nach ihrem Zusammentreten, im August 1919, verkündete die Nationalversammlung eine von dem Professor Hugo Preuß entworfene und eingehend beratene Verfassung.[15] Der Völkerrechtslehrer Axel Freiherr von Freytag-Loringhoven beurteilte sie 1924 wie folgt: *„Wer die Rettung Deutschlands"* nur von der Wiederaufrichtung der Monarchie und der Verwirklichung des völkischen Gedankens erhoffe, werde diese von *„republikanisch-demokratischen Grundsätzen"* getragene Verfassung verwerfen. Zu der darin festgelegten Herstellung eine Volksvertretung durch

10) Ernst-Wolfgang Böckenförde, *„Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933"* in der Zeitschrift *„Hochland"*, Mü Jahrgang 1960/61, S. 232/3, 239.
11) Bismarck, *„Die gesammelten Werke"*, Bd. XI, Bln 1929, S. 225/31; Arthur Böhtlingk, *„Bismarck und das päpstliche Rom"* Bln 1911, S. 144, 167/74.
12) Johannes Haller, *„Die Epochen der deutschen Geschichte"* Eßl 1922, S. 242.
13) wie Ziff. 5, S. 157/61.
14) *„Handbuch für sozialdemokratische Wähler 1920"*, herausgeg. von der Buchhandlung Vorwärts, Bln 1920, S. 4, 119, 149.
15) Godehard Jos. Ebers, *„Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919"*, Bln 1919.

allgemeine, gleiche und geheime Wahlen wies Freytag-Loringhoven auf Hegel hin: *„Volk ist derjenige Teil des Staates, der nicht weiß, was er will“*, und darauf, daß *„bekanntlich die Massen stets eine Abneigung gegen Männer empfinden, die über ihnen stehen“*.[16] Er machte dafür unser deutsches Nationallaster des Neides verantwortlich. Das sollte aber berücksichtigen, daß dieser Neid vor allem dort blüht, wo das eigene, kleine *„Ich“* zu sehr über das Große und Ganze gestellt wird.

Berechtigt dürfte Freytag-Loringhoven auch das bezeichnende Mißverhältnis bemängeln, daß die Pflichten des Bürgers lediglich in drei Artikeln und einigen frommen Wünschen auftraten, seine Rechte aber in *„54 zum Teil sehr umfangreichen Artikeln“*. Und wenn er schließlich den Zweck einer Verfassung darin sah, *„die besten Kräfte des Volkes für den Staat nutzbar zu machen und eine Auslese von Führern zuwege zu bringen“*, so durfte er wohl unzufrieden sein.[17]

Als krassen Ausdruck von Unfähigkeit zu staatlichem Aufbau dürfen wir außerdem die kurz gefaßte Bestimmung der Verfassung ansehen, der Adel sei hinfort nur noch *„Teil des Namens“*.[18] Denn die Aufgabe bestand darin, Gerechtigkeit zu üben und dementsprechend den entarteten Adel von dem Teil des alten Landadels zu trennen, der gemäß dem berühmten Gespräch Bismarcks mit dem Schriftleiter der *„Neuen bayerischen Landeszeitung“*, Anton Memminger, noch *„einiges Rückgrat“* besaß und dies durch seine durchaus staatserhaltende Gegnerschaft zu Wilhelm II. bewiesen hatte.[19] Auch mußte gerechter Weise berücksichtigt werden, daß der Adel im Krieg weit mehr geblutet hatte als das übrige Volk.[20]

Gleichfalls 1919 hatte die Nationalversammlung einen Untersuchungsausschuß eingesetzt, der sich dann jahrelang mit der Frage beschäftigte, *„welche Vorgänge zum Ausbruch des Krieges geführt, seine Verlängerung veranlaßt und seinen Verlust herbeigeführt haben“*.[21] Der Ausschuß förderte manches zutage, was von Wert war. Vor allem widerlegte er die Behauptung von der Schuld des Generals Ludendorff an der Niederlage, der die Seele der Kriegführung gewesen war. Dieser selbst erkannte 1921 eine Schuld in ganz

16) Axel Freiherr von Freytag-Loringhoven, *„Die Weimarer Verfassung“*, Mü 1924, S. V, S. 77/8, S. 298/9; wie Ziff. 11, *„Bismarck“* Bd. VIII, Bln 1926, S. 473; Bd. IX, Bln 1926, S. 137, 405.

17) wie Ziff. 16, S. 328/9, 400.

18) wie Ziff. 15, Artikel 119.

19) wie Ziff. 11, *„Bismarck“*, Bd. IX, Bln 1926, S. 91; Paul Liman, *„Der Kaiser“* 1905 S. 106/8.

20) Robert Steimel, *„Kleine Geschichte des deutschen Adels“*, Köln 1959, S. 136/7; Hermann Heidegger, *„Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat 1870-1920“*, Gött. 1956, S. 316.

21) *„Die deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919“*, herausgeg. von Eduard Heilfron, Bln 1920, Bd. VIII, S. 152/3.

anderer Art an, als im vorgeworfen wurde: Daß die Oberste Heeresleitung *„nicht zur Rettung des Staates und der Monarchie mit deren Zustimmung die Diktatur ergriffen hatte“*.[22] Irgendwelche Folgerungen wurden aus all dem nicht gezogen. Das wahrscheinlich aus der Befürchtung, daß sie die reichsfeindlichen Parteien schwer belasten würden.

Überhaupt gab das schwere Unglück der Niederlage keinen Anlaß, sich auf die Gesetze zu besinnen, durch die Gemeinschaften leben und Staaten sich behaupten. Man mußte wohl, wie der Dichter Paul Ernst, die geistige Leistung erbracht haben, den Marxismus hinter sich zu lassen, um das grundlegende dieser Gesetze in die klaren Worte fassen zu können: *„Die Natur steht dem Einzelnen gleichgültig gegenüber. Ihr kommt es nur auf die Erhaltung der Art an. Sie verschwendet Einzelleben, um ihre Zwecke mit der Art zu erreichen.“*[23]

Solche tiefer gehende Besinnung trat an den maßgebenden Stellen der Weimarer Republik nicht auf. Besonders im Reichstag tobte sich in gesteigerter Form das aus, was Bismarck zu seiner Zeit angeprangert hatte: *„Überwuchern des Parteihaders“*, *„Fraktion geht vor Reich“*, *„Die Parteikämpfe sind stärker als das nationale Bewußtsein“*. Der Mainzer Professor für Geschichte Martin Göhring fällte 1959 als Ergebnis sorgfältiger Forschungen folgendes Urteil: *„Die politisch handelnden Menschen standen nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben.“*[24] Offensichtlich wirkte sich das große Ausmaß an Strebertum, vermischt mit schwärmerischem Unsinn, im gesamten deutschen Leben und in den Parteien aus. Männer mit dem Verantwortungsbewußtsein eines Ebert waren zu selten.

Den Jahren, in denen sich die Republik unter mancherlei Kämpfen gegen *„links“* und *„rechts“* mit entscheidender Hilfe der so gern verunglimpften *„Junker“* und der von diesen geführten Truppen behauptete, die Inflation überwand, dem Ruhreinbruch der Franzosen der notwendige Widerstand entgegensetzte und 1923 Verhältnisse durchstand, die Ferdinand Friedensburg[25] für schlimmer als nach Kriegsende einschätzte, folgten Jahre wirtschaftlicher Erholung. Die in der Revolution an den *„Mittelpunkt der wirtschaftlichen Probleme“* gestellte Sozialisierung hatte Ebert schon kurz nach seiner Wahl zum Reichspräsidenten dahin begrenzt, sie beträfe *„Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsgang einen privatmonopolistischen Charakter angenommen haben“*. Besonders Berg-

22) wie Ziff. 4, Bd. V, S. 178/82; Bd. VI, S. 309/20; Bd. VII, S. 395/403; Erich Ludendorff *„Kriegführung und Politik“*, Bln 1921, S. 147.
23) Paul Ernst, *„Grundlagen der neuen Gesellschaft“*, Mü 1929, S. 356.
24) wie Ziff. 11, *„Bismarck“*, Bd. XII, Bln 1929, S. 277, 363, 506; Martin Göhring, *„Bismarcks Erben 1890-1945“*, Wiesbaden 1959, S. 214.
25) wie Ziff. 20, *„Heidegger“*, S. 311/2; Ferdinand Friedensburg, *„Die Weimarer Republik“*, Bln 1946, S. 163/93.

werke und die Erzeugung von Energie seien von Staat und Gemeinden zu übernehmen. Diese Forderung fand sich auch in der Verfassung.[26)]

Doch verhinderten die unsicheren Verhältnisse Veränderungen größeren Ausmaßes, wenn auch einzelne Unternehmer, die in Schwierigkeiten steckten, gerne die Hilfe der Öffentlichen Hand annahmen. Es zeigte sich außerdem, daß in den genannten Bereichen, sowie im Verkehrswesen, ohnehin schon Staat und Gemeinden beteiligt waren. Bis 1932 ging die Entwicklung dahin, daß diese etwa 15% des gesamten wirtschaftlichen Umsatzes unmittelbar, und etwa den gleichen Prozentsatz mittelbar verwalteten.[27)]

Erneuerung und Modernisierung, Erzeugung und Wohlstand stiegen nach der Beruhigung der inneren Verhältnisse beständig an, bis sie 1928 etwa die Höhe von 1913 erreichten. Die Arbeitslosigkeit sank auf 7%. Allerdings trug dazu eine Verschuldung bei, die 1924/28 etwa 13,5 Milliarden RM betrug. Die Reparationszahlungen in dieser Zeit beliefen sich auf 8,5 Milliarden RM.[28)] Diese *„Goldenen Zwanziger Jahre“* standen also auf schwankendem Grund. Sie kamen außerdem bei der durch so zahlreiche Rechte und geringe Pflichten gewährten Freiheit besonders denen zu Gute, die der Schriftsteller Thomas Mann 1917 noch als schädliche *„Zivilisationsliteraten“* empfunden hatte.[29)]

Diese konnten sich gar nicht genug tun, Deutsches zu schmähen, Vaterländisches herabzusetzen und Verneinung zu predigen. Ein Beispiel dafür gab der Roman von Erich Maria Remarque *„Im Westen nichts Neues“*, der 1928 im Propyläen-Verlag der Ullsteins herauskam. Sie verkauften von dem Buch 1 Million Stück. Angeblich richtete es sich gegen den Krieg, doch ließ Remarque – eigentlich Remark – einen Soldaten auftreten, *„der von uns allen am klarsten denkt und deshalb erst Gefreiter ist“*. Angesichts des beginnenden Aufstieges von Hitler ist die Vermutung angebracht, daß die Ullsteins zu den Juden gehörten, die ihn unterstützten, denn Hitler hatte es im Krieg zum Gefreiten gebracht. Außerdem behauptete Remarque: *„Erst das Lazarett zeigt, was Krieg ist.“* Damit verwertete er seine Erfahrungen als Hilfsschreiber in einem Kriegslazarett – trotzdem aber war seine Folgerung so unsinnig wie etwa die, aus Verfehlungen von Ärzten, Krankenschwestern, aus kotigen Abfällen und eitrigem Mull eines Krankenhauses auf den Frieden schließen zu wollen. Zu einem Gespräch über den Frieden in dem Buch hieß es in der von Peter Rosegger begründeten, in Graz erscheinenden Monatsschrift *„Heimgarten“*: Kein Marxistischer Schriftsteller hätte es *„besser für*

26) wie Ziff. 5, S. 161; wie Ziff. 15, Art. 156.
27) wie Ziff. 25, *„Friedensburg“*, S. 250/1, 281/3.
28) Karl Hardach, *„Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert“*, Gött. 1976, S. 40/1, 51.
29) Thomas Mann, *„Betrachtungen eines Unpolitischen“*, Bln 1919, S. 22, 286/7; Hermann Behr, *„Die goldenen Zwanziger Jahre“*, Hbg 1964.

seine Zwecke zurechtschneidern können".[30)]

Zur Vaterlandslosigkeit gesellte sich Unsittlichkeit, die im Marxismus einen festen Platz hatte. Schon im *„Kommunistischen Manifest"* verallgemeinerten Marx und Engels: *„Weibergemeinschaft hat fast immer existiert ... die bürgerliche Ehe ist in Wirklichkeit die Gemeinschaft der Ehefrauen."*[31)] In diesem Sinne hatte auch August Bebel sein Frauenbuch abgefaßt, dessen 21. Auflage 1893 hier verwendet wurde. Danach herrschte auf der *„Unterstufe der Wildheit"* der menschlichen Entwicklung *„ein Geschlechtsverkehr innerhalb jeden Stammes ... bei dem jede Frau jedem Mann und jeder Mann jeder Frau gleichmäßig gehörte"*. Schon eine geringe Vertiefung in das Leben von Tieren, die unserer *„Unterstufe"* nahestehen, hätte Bebel[32)] belehrt, daß der Geschlechtstrieb nur in der Brunstzeit auftritt und nur die Stärksten ihn ausüben. Aber Enthaltsamkeit erschien bei ihm schädlich, die Ehe fast immer schlecht.[33)]

Einen bei der Pflege von Unsittlichkeit mitspielenden Zweck mochte 1925 ein Roman von Artur Landsberger[34)] enthüllt haben: Durch Aufstacheln geschlechtlicher Gier ein Volk zu zerstören. Ein Beispiel für derartiges bot Artur Schnitzlers *„Der Reigen"*. Schon 1897 geschrieben, führte es nun das *„Kleine Schauspielhaus"* in Berlin auf. Hermann Haß,[35)] der 1932 über das dadurch hervorgerufene Gerichtsverfahren berichtete, erinnerte daran, daß solche Dinge *„oft mit Gewalt aufgepfropft"* seien, und daß nach dem Krieg *„unter der Parole ‚Sozialismus' die alten Vorurteile des ‚muffigen reaktionären Bourgeoigeistes'"* niedergekämpft wurden.

Von den menschlichen Grundlagen solcher Erscheinungen dürfte der Schriftsteller Franz Werfel das Wichtigste erklärt haben, als er 1946 von einem Zeitungskritiker der Weimarer Zeit folgende Eröffnung preisgab: Er bedauere, jemand in seiner Zeitung verrissen zu haben, weil er annahm, jener sei ein *„echt und tief moralischer Mensch"*. Inzwischen habe er erfahren, daß jener *„auch nur ein Schwein"* sei wie er selbst. Da hätte er ihn *„mit dem besten Gewissen loben können"*.[36)]

Der Maler George Groß, der mit großem Eifer an dieser Zersetzung in

30) Erich Maria Remarque, *„Im Westen nichts Neues"*, Bln 1928, S. 8, 225, 260; Gottfried Nickl, *„Im Westen nichts Neues und sein wahrer Sinn"*, in *„Heimgarten"*, Graz 1929, S. 44/5.

31) Karl Marx und Friedrich Engels, *„Ausgewählte Schriften"*, Ostbln 1963, Bd. I, S. 40.

32) August Bebel, *„Die Frau und der Sozialismus"*, Stgt. 1893, S. 14; E. Baur, E. Fischer und F. Lenz, *„Menschliche Erblichkeitslehre und Rassenhygiene"*, Bd. I, S. 89/90; Bd. II, S. 3 ff, 322, 400, 402.

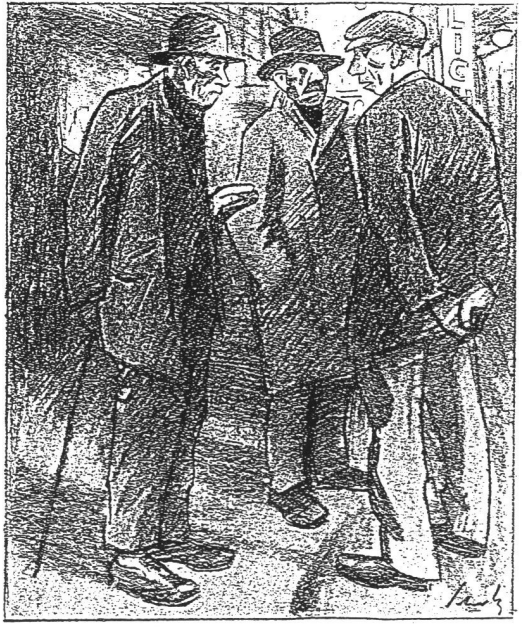
33) wie Ziff. 32, *„Bebel"*, S. 78/80, S. 82, 86, 93, 112, 120, 134, 181 usw.

34) Artur Landsberger, *„Asiaten"*, Lpz. 1925, S. 93/5.

35) Arthur Schnitzler, *„Der Reigen"*, Bln/Wien o. J.; Hermann Haß, *„Sitte und Kultur im Nachkriegsdeutschland"*, Hbg. 1932, S. 148/53.

36) Franz Werfel, *„Zwischen oben und unten"*, Stockholm 1946, S. 362/3.

Ernst Thälmann, Hafen- und Transportarbeiter, erreichte im ersten Wahlgang der Wahl des Reichspräsidenten 1925 zehn Mal soviel Stimmen wie Ludendorff, hier bei einer Kundgebung der KPD 1932.



Deutsche Arbeitslose 1931: Sie erreichten, wofür sie gekämpft hatten, schienen aber dem „Simplizissimus" immer noch unzufrieden.

Berlin mitgewirkt hatte, schilderte später die Folgen:

„Aber auch wie ein brodelnder Kessel war die Hauptstadt unserer neuen deutschen Republik. Wer den Kessel heizte, sah man nicht; man sah ihn nur lustig brodeln und fühlte die immer stärker werdende Hitze. An allen Ecken standen Redner. Überall erschollen Haßgesänge. Alle wurden gehaßt: Die Juden, die Kapitalisten, die Junker, die Kommunisten, das Militär, die Hausbesitzer, die Arbeiter, die Arbeitslosen, die Schwarze Reichswehr, die Kontrollkommissionen, die Politiker, die Warenhäuser und nochmals die Juden. Es war eine Orgie der Verhetzung, und die Republik war schwach, kaum wahrnehmbar. Das mußte mit einem furchtbaren Krach enden."[37)]

Der Marxismus, der in diesen Vorgängen ständig sichtbar wurde, hatte in der Sozialdemokratie einen unsicheren, in der Kommunistischen Partei einen unbeirrbaren Vertreter gefunden. Gewann diese 1922 erst vier Sitze im Reichstag, so erreichte sie 1932 deren 100. Ihre Schwärmerei für Sowjetrußland als dem *„Vaterland der Werktätigen"* und dem Hort der *„Weltrevolution"* hatte sie in völlige geistige Abhängigkeit geführt. Sie fand vollendete Verkörperung in Ernst Thälmann, der seit 1925 an ihrer Spitze stand. Der ehemalige und wohlunterrichtete Kommunist Franz Borkenau schilderte ihn 1951:

„Dieser Hamburger Hafenarbeiter, der schwerlich in seinem ganzen Leben je eine regelmäßige Arbeit gekannt haben kann und der Typus des völlig ungelernten Arbeiters war, ungeschult, unfähig einen zusammenhängenden Satz zu sprechen, völlig unwissend, ein Trinker, umgeben von einer finanziell und moralisch korrupten Clique, war höchst geeignet für die Rolle eines ‚Ehren-Proletariers' dessen unerschütterliche Treue zur Sowjetunion den verräterischen Zweifeln und Anwürfen dekadenter Intellektueller gegenüber gestellt werden konnte", wobei die sowjetischen Führer *„seiner hilflosen Abhängigkeit in allen politischen Fragen sicher"* sein durften.

Die ehemalige Kommunistin Margarete Buber-Neumann, die Thälmann kennenlernte und Borkenau bestätigte, fand bemerkenswert, wie gläubig die Arbeiter die Redereien Thälmanns aufnahmen, obwohl sie nichts begriffen.[38)]

Als aber 1929 die New Yorker Börse eine rückläufige Bewegung der Weltwirtschaft bewirkte und in Deutschland etwa sieben Millionen Menschen arbeitslos wurden, war eigentlich alles erreicht, was staats- und reichsfeindliche Deutsche je erstreben konnten: Der Krieg verloren, die Monarchie beseitigt, die alte Oberschicht weiter entmachtet, die bewährte Ordnung durch eine neue und fragwürdige ersetzt, Deutschland abgerüstet unter aufgerüsteten Nachbarn, von seiner führenden Stellung in Europa herabgestürzt,

37) George Groß, *„Ein kleines Ja und ein großes Nein"*, Hbg. o. J., S. 143.

38) Franz Borkenau, *„Der europäische Kommunismus"*, Mü. 1951, S. 53; Margarete Buber-Neumann, „Von Potsdam nach Moskau", Stgt. 1951, S. 123.

unter dem Druck des Versailler Diktates stehend … und nun wurde auch noch das Essen sehr knapp. Aber statt daß die marxistischen Arbeiter sich zu dem bekannten, was sie mitwirkend herbeigeführt hatten, jammerten sie nun und empörten sich, veranstalteten Kundgebungen im Zeichen der geballten Faust und prügelten sich auf den Straßen und in Gaststätten mit dem Ruf *„Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“* Offenbar mangelte ihnen die Fähigkeit – wenige ausgenommen – die entstandenen Verhältnisse als Folgen vergangenen Tuns zu begreifen.

Zu Hoffnungen auf echte Einsicht und entsprechend nachhaltige Überwindung der Verirrungen berechtigte in dieser Zeit vor allem die *„Bündische Jugend“*. Trotz des hohen Blutopfers, mit dem die Jugendbewegung der Vorkriegszeit ihre Liebe zu Deutschland besiegelt hatte, vermochten die Überlebenden doch eine Auferstehung zu bewirken. Auf dem Wege zu einer wahrhaftigeren Lebensart hatte sie zu enger Verbundenheit mit der Natur, und damit zusammenhängend, zum eigenen Volk und seinem Staat gefunden.[39)] Vor allem diese *„völkische“* Gesinnung trennte die Deutsche Jugendbewegung von dem, was unter Mißbrauch dieses Begriffes von marxistischer und von katholischer Seite ins Leben gerufen wurde, um Nachwuchs für die eigenen, engen Zwecke heranzuziehen. Die Deutsche Jugendbewegung hatte *„vor eigener Verantwortung mit innerer Wahrhaftigkeit“*[40)] einen Weg des Lebens gefunden, auf den nach dem Ersten Weltkrieg auch General Ludendorff und andere gelangten. Die Masse unseres Volkes allerdings ging andere Wege.

39) *„Wandervogel – Monatsschrift für deutsches Jugendwandern“*, Osnabrück 1913; *„Grundschriften der deutschen Jugendbewegung“*, herausgeg. von Werner Kindt, Düsseldf 1963, S. 91, 109, 191, 431/7, 446; S. 73, 302; S. 261/2.

40) Erich Ludendorff, *„Meine Lebenserinnerungen von 1919-1925“*, München 1940 (Pähl 1933), S. 186/90, 209, 228/9, 241 usw.

VII.

Endlich die Diktatur eines Proletariers

Anhänger des Marxismus erstrebten die schon im *„kommunistischen Manifest“* geforderte *„Diktatur des Proletariats“*. So konnten die Ergebnisse der 1918 in Deutschland ausgebrochenen Revolution ehemalige Spartakisten, Unabhängige Sozialdemokraten usw., aus denen sich die *„Kommunistische Partei“* bildete, keinesfalls zufriedenstellen. Sie strebten danach, die Revolution weiterzuführen.

Allerdings ließ der blutige Terror der russischen Revolution erkennen, daß derartiges Deutschland noch tiefer stürzen mußte, wurden doch folgende Zahlen der dortigen Todesopfer bis November 1923 bekannt: Die Zarenfamilie, 28 Bischöfe, 1.219 Priester, 6.000 Professoren und Schulvorsteher, 9.000 Doktoren, 54.000 Offiziere, 260.000 Soldaten, 70.000 Polizisten, 12.950 Privatleute, 355.250 Angehörige der Intelligenz und freier Berufe, 193.290 Arbeiter, 815.000 Bauern. Im Winter 1921/22 verhungerten fünf Millionen Menschen.[1)]

So gewann die Mäßigung der Sozialdemokratie die Oberhand. Als sie dann aber die andrängenden Aufgaben schlecht meisterte und sich wirtschaftlicher Niedergang schmerzlich bemerkbar machte, trat das ein, was man in Moskau erwartete: Die Lage wurde erneut revolutionär. Aber so, wie die Sozialdemokraten als *„Sozialfaschisten“* angefeindet worden waren, so beging man nun den *„kleinen Fehler“* – wie Borkenau spottete – *„eine kommunistische Revolution vorauszusagen, wo eine nationalsozialistische im Anzug war“*.[2)]

Daß diese in Adolf Hitler einen Mann an die Spitze bringen wollte, der sich selbst als Proletarier empfand und auch von anderen so eingeschätzt wurde, mußte Marxisten für ihn einnehmen.[3)] Entsprach er außerdem doch diesem Begriff weit mehr als der kleinbürgerliche Unternehmer August Bebel, der Intellektuelle Karl Liebknecht oder gar der Millionär Paul Singer – von Marx und Engels ganz abgesehen.

Hitler war 1889 in kleinbürgerlichen Verhältnissen geboren und hatte Begabung für Architektur gezeigt, sich aber als Maler, zeitweise als Hilfs-

1) Harald von Koenigswald *„Revolution 1918“*, Breslau 1933, S. 71/2, 86/7; Leon de Poncins, *„Hinter den Kulissen der Revolution“*, Bln 1929, Teil II, S. 66/7; Georg von Rauch, *„Geschichte des bolschewistischen Rußland“*, Ffm 1955, S. 73/5, 136.

2) Franz Borkenau, *„Der europäische Kommunismus“*, Mü 1951, S. 62/3.

3) Konrad Heiden, *„Adolf Hitler“*, Zürich 1936, S. 45, 113; Carl J. Burckhardt, *„Meine Danziger Mission“*, Mü 1960, S. 340; *„Der großdeutsche Freiheitskampf – Reden Adolf Hitlers“*, herausgeg. von Philipp Bouhler, Bd. III, Mü 1942, S. 133; Hans F. K. Günther, *„Mein Eindruck von Adolf Hitler“*, Pähl 1969, S. 43, 72, 80, 92.

Adolf Hitler als Redner, treffend dargestellt im nationalsozialistischen *„Schulungsbrief“*, Heft 8/9, 1938.

arbeiter durchgebracht. Im Krieg zeigte er sich tapfer, blieb jedoch trotz hoher Verluste an Offizieren nur Gefreiter. Nach dem Krieg bewies er sich als Redner und trat nach einigem Zögern als *„Trommler“*[4] des nationalen Gedankens auf. Vom Gründer der *„Deutschen Arbeiterpartei“*, dem Werk-

4) Ernst Deuerlein, *„Hitler“*, Mü 1969, S. 8/41; Werner Maser, *„Adolf Hitler“*, Mü/Essl 1971, S. 9/116.

zeugschlosser Anton Drexler, als *„Tüchtigster und Fähigster“* anerkannt, wuchs er zum *„Führer“* heran. Die Partei aus kleinem Mittelstand und Arbeitern nannte sich 1920 in *„Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“* um. Als ihr Gedankengut fand der zuverlässige Geschichtsschreiber Georg Franz-Willing[5] 1962: Gegen Kapitalismus, Marxismus, Parlamentarismus, Juden, aber *„völkisch und großdeutsch“*. Daß Hitler diese *„völkische“* Gesinnung nicht teilte, hätte vermerkt werden müssen.

Die Grundlage für den Aufstieg Hitlers bildete seine Begabung als Redner.[6] Diese hatte Bismarck als *„etwas sehr gefährliches“* bezeichnet: In der parlamentarischen Regierungsform *„verhelfe nur zu leicht die große Gabe einer glänzenden Beredsamkeit zum parlamentarischen Sieg über Sachkenntnis und tatsächliche Verhältnisse“*. Auch sei die *„Einsicht großer Massen hinreichend stumpf und unentwickelt“*, um sich von der Redekunst *„geschickter und ehrgeiziger Führer unter Beihilfe eigener Begehrlichkeit stets einfangen zu lassen“*.[7]

Günstige Umstände kamen Hitler zu Hilfe. Zunächst das allgemeine, gleiche, geheime und unmittelbare Wahlrecht, das jeden mitstimmen, aber auch wählbar sein läßt, ohne Nachweise der Eignung zu verlangen. War Bismarck von Kaiser Wilhelm II. gehindert worden, die großen Mängel zu beseitigen, so erklärte die Sozialdemokratie nach Bismarcks Entlassung im Erfurter Programm 1891 dieses Wahlrecht neben Pressefreiheit und Vereinigungsrecht als *„Lebensbedingung für gedeihliche Entwicklung des Proletariats“*.[8] Gab es doch der Oberflächlichkeit und insbesondere der Abneigung der Masse gegen alle, die über ihr stehen, freie Bahn. Deutlich kam das in der Wahl des Reichspräsidenten 1925 zum Ausdruck, als der geistlose Transportarbeiter Thälmann etwa zehn Mal soviel Stimmen erhielt als der hoch befähigte, charakterfeste General Ludendorff.[9]

Weiter wirkte für Hitler das Versailler Diktat: Einmal durch die Lüge, der Krieg sei den Alliierten durch den *„Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen“* worden, und dann durch die Tribute, deren Höhe die von Gier blinden Sieger zunächst auf 269 Milliarden Goldmark festgesetzt, dann auf 132 Milliarden ermäßigt hatten, bis angesichts deutscher

---

5) Georg Franz-Willing, *„Die Hitlerbewegung“*, Hbg/Bln 1962, S. 62/3, 79/80, 126/31, 220; wie Ziff. 3, *„Günther“*, S. 7, 44.

6) wie Ziff. 5, S. 71; wie Ziff. 3, *„Heiden“*, S. 99/101; Joseph Goebbels, *„Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“*, Mü 1934, S. 54, 60, 67, 75, 80 ff.

7) Bismarck, *„Die gesammelten Werke“*, Bd. XI, Bln 1929, S. 63/4; Bd. XIII, Bln 1930, S. 131; Bd. XV, Bln 1932, S. 287. Lucius Freiherr von Ballhausen, *„Bismarck – Erinnerungen“*, Stgt/Bln 1921, S. 120.

8) *„Das Erfurter Programm“*, erläutert von Karl Kautsky, unverändert nach der dreizehnten Auflage, Stgt o. J., S. 56.

9) Ferdinand Friedensburg, *„Die Weimarer Republik“*, Bln 1946, S. 195.

Der *„Simplizissimus"* glaubte 1930, Einflüsse von Marx bei dem aufsteigenden Adolf Hitler feststellen zu können.

Zahlungsunfähigkeit die Tribute 1932 gestrichen wurden. Nach deutschen Berechnungen waren 67 Milliarden Goldmark gezahlt worden.[10] In Zusammenhang mit diesen Zahlungen stand die von der New Yorker Börse 1929 ausgehende Krise der Weltwirtschaft, welche die deutschen Ausfuhren um mehr als die Hälfte sinken ließ und die Zahl der Arbeitslosen auf ein Drittel aller Arbeitsfähigen hinauftrieb.[11]

Bedeutende Hilfe fand Hitler in der sich ausbreitenden Abneigung gegen das Judentum. Sie wurde als *„Antisemitismus"* bezeichnet, obwohl der Volkswirtschafter Eugen Dühring das schon 1880 als *„offenbare Lächerlichkeit"* nachwies, weil auch die Araber *„Semiten"* seien, gegen die keiner etwas hatte. Die Abneigung gegen Juden trat nach dem Urteil führender Zionisten wie Herzl und Weizmann überall auf, *„wo Juden in merklicher Anzahl leben"*.[12] Einen wesentlichen Anlaß zur deutschen Abneigung gegen Juden bildete die Tatsache, daß – wie der jüdische Schriftsteller Arnold Zweig 1934 ausführte – diese den deutschen Arbeitern *„die geistige Führung"* gaben, die *„selbst zu erwerben der Machtstaat sie hinderte"*. Als Gegenleistung hätten die Arbeiterparteien den Juden die Sicherheit des Lebens und der Tätigkeit als Juden verbürgt.[13]

Die *„Anständigkeit"* dieses *„ungeschriebenen Vertrages"*, die Zweig behauptete, schien immer zweifelhafter angesichts der lebensgefährdenden Schäden, die er brachte. Allerdings fand das Versagen der deutschen Seite zu wenig Beachtung: Luthers Bibelübersetzung hatte jedem die Möglichkeit gegeben, sich im Alten Testament über die Auffassungen und Absichten der Juden zu unterrichten.[14]

Hilfe kam Hitler auch aus Rom. Offensichtlich hoffte man dort, mittels des Katholiken Hitler und seiner Partei den religionsfeindlichen Marxismus zu überwinden. Dementsprechend gewährte die Partei des Vatikans, das Zentrum, 1933 die entscheidende Unterstützung für das *„Ermächtigungsgesetz"*, wofür Hitler das von Rom schon lange gewünschte *„Konkordat"* abschloß.[15]

Erstaunlich durfte man es finden, daß Hitler Hilfe nicht nur aus Rom,

---

10) Friedrich Wündisch, *„Der Friedensvertrag vom 28. Juni 1919"*, Mannheim 1919, S. 137, Art. 231; Friedrich Grimm, *„Der Feind diktiert"*, Hbg 1932, S. 95/7; Eberhard Orthbandt, *„Illustrierte deutsche Geschichte"* Mü 1963, S. 422/4.

11) Karl Hardach, *„Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert"*, Gött 1976, S. 50/2.

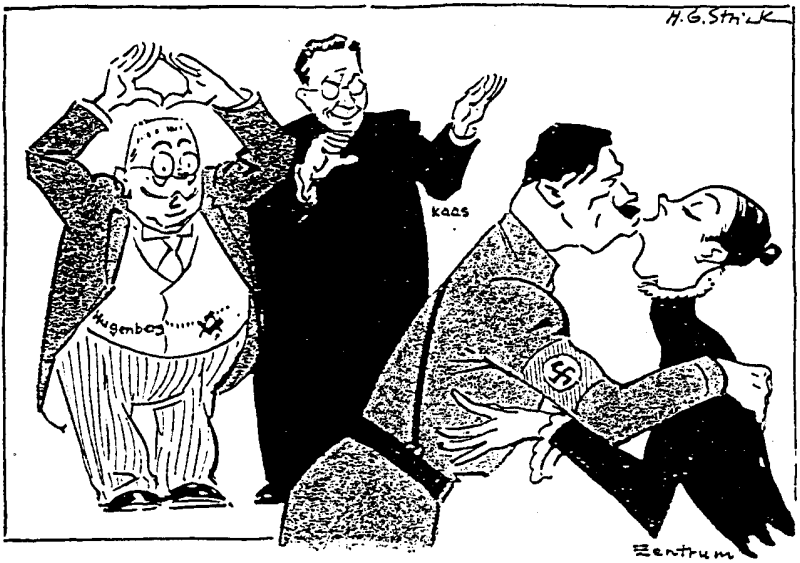
12) Eugen Dühring, *„Die Judenfrage"*, Bln 1892, S. 3; Theodor Herzl, *„Zionistische Schriften"*, Bln 1934, S. 25, 35, 453/4; Chaim Weizmann, *„Memoiren"*, Hbg 1951, S. 141; Felix Theilhaber, *„Der Untergang der deutschen Juden"*, Mü 1911, S. 147.

13) Arnold Zweig, *„Bilanz der deutschen Judenheit"*, Köln 1961, S. 281/2.

14) *„Die Heilige Schrift"*, W'tal-Elberfeld 1962, &. Mose 7,16; 12,29; 14,21; 15,6; 20,13/8; 23,19/20; 28,1 usw.

15) Fehlt im Original. (Anm. M.K.)

sondern auch aus Moskau erhielt, schlug sich doch der *„Rotfrontkämpferbund“* mit den *„Sturmabteilungen“* Hitlers. Aber man schätzte dort die Sozialdemokraten – die „Sozialfaschisten“ – als Hauptfeinde ein. So fanden sich gelegentlich *„rechts“* und *„links“* bei einem Volksentscheid gegen die sozialdemokratische Regierung in Preußen oder in einem Streik der Berliner Verkehrsbetriebe.[16)]



„Mit spitzer Feder und grimmigem Humor“ zeichnete 1932 Hans G. Strick für eine Zeitschrift Ludendorffs das Bündnis Hitlers mit dem Zentrum, das von dessen Verbindungsmann zum Vatikan, dem Prälaten Kaas, erfreut gesegnet, vom deutschnationalen Parteiführer Hugenberg mit Erschrecken wahrgenommen wird *(„Großes Notzeichen“* der Freimaurerei).

Noch erstaunlicher durfte es erscheinen, daß Hitler 1930 bis 1933 von der englisch-holländischen Ölfinanz 50 Millionen Mark, und aus der Wallstreet in New York sogar 128 Millionen Mark zuflossen. Letzteres deckte 1933 ein in Holland erschienenes Buch auf. Daß die Warburgs vom Bankhaus Kuhn, Loeb & Co, die damit in Verbindung gebracht wurden, zwar Kenntnis bekamen, aber einen Prozeß gegen Verfasser oder Verleger unterließen, sprach

16) Fehlt im Original. (Anm. M.K.)

für die Richtigkeit des Buches.[17)] Diese bestätigten Untersuchungen eines wahrheitsliebenden Schweizers, der 1948 in seinem Bericht die Parallele zu der gleichfalls aus den USA unterstützten russischen Revolution zog, wie auch ein jüdischer Versuch, 1969 durch Verwechslung von Namen den Vorwurf zu entkräften[*)]. Als Zweck dieser Unterstützung Hitlers trat sowohl in dem holländischen Buch wie den Untersuchungen des Schweizers die Absicht auf, das Übergewicht zu schwächen, das Frankreich durch die deutschen Reparationen gewonnen hatte.[18)] Im übrigen beklagten hochstehende Juden öffentlich die Millionen, die Hitler von jüdischer Seite bekommen hatte. Und dieser vermied es in den Jahren 1930/33, in Reden und Kundgebungen die Juden anzugreifen.[19)]

Nachdem sich die *„Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei"* Hitlers in den Reichstagswahlen 1932 als weitaus stärkste Partei bewiesen hatte, mußte sie entsprechend den geltenden Regeln zur Regierung berufen werden. In seiner dazu vorgetragenen Erklärung sagte Hitler[20)]:

„Der durch die marxistische Irrlehre systematisch herbeigeführte Zerfall der Nation in weltanschaulich unvereinbare Gegensätze bedeutet die Vernichtung der Basis eines möglichen Gemeinschaftslebens. Die Auflösung ergreift alle Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung. Die völlig gegensätzliche Einstellung des Einzelnen zu den Begriffen Staat, Gesellschaft, Religion, Moral, Familie, Wirtschaft, Eigentum reißt Differenzen auf, die zum Krieg aller gegen alle führen. Ausgehend vom Liberalismus des vergangenen Jahrhunderts als Schrittmacher der Sozialdemokratie endet diese Entwicklung der Destruktion naturgesetzlich im kommunistischen Chaos; denn in dieser letzten Definition des Marxismus erfolgt die Propagierung der permanenten Revolution ... Allein die Methode des individuellen und Massenterrors hat die nationalsozialistische Bewegung im Laufe weniger Jahre über 300 Tote und Zehntausende von Verletzten gekostet."

Als Reichskanzler und nach Annahme des Ermächtigungsgesetzes durch

17) J. G. Schoup, *„De Geldbronnen van het National-Socialisme"*, Amsterdam 1933; Severin Reinhard (d. i. Rene Sonderegger), *„Spanischer Sommer"*, Affoltern a. A./Schweiz 1948, S. 151/94; Zeitschrift *„Neutralität"* Bern/Schweiz Mai 1970, S. 17/20; Emil Aretz, *„Hexen-Einmal-Eins einer Lüge"*, Pähl/Obbay. 1970, S. 204/46; Heinz Scholl, *„Von der Wallstreet gekauft"*, Vaduz 1981; Stephen Birmingham, *„In unseren Kreisen"*, Fkft/M - Bln 1969, S. 289, 349.

*) Gleichwohl fehlt der unumstößliche Beweis, nämlich das „Tagebuch, ‚Sidney' Warburgs", und daher ist die Finanzierung Hitlers weiterhin umstritten. v. Bebenburg

18) wie Ziff. 17, *„Schoup"*, S. 12/20; wie Ziff. 17, *„Reinhard"*, S. 187/8, 192.

19) Alexander Stein (d.i. Rubinstein), *„Adolf Hitler – Schüler der Weisen von Zion"*, Karlsbad 1936, S. 100/1; Samuel Untermeyer in *„Historische Tatsachen"*, Vlotho/Weser, Heft 29, S. 24/7; Nahum Goldmann, *„Staatsmann ohne Staat"*, Köln-Bln 1970, S. 190; Golo Mann in *„Deutschlands Weg nach Israel"*, herausgeg. von Rolf Vogel, Stgt 1967, S. 247.

20) wie Ziff. 10, *„Orthbandt"*, S. 468/9.

den Reichstag verbot Hitler alle übrigen Parteien und politischen Organisationen. Angesichts der verrotteten, teilweise bürgerkriegsähnlichen Zustände und der großen Arbeitslosigkeit regte sich kaum Widerstand. General Ludendorff, dessen Verbände gleichfalls von Verboten getroffen wurden, vermochte allerdings in der Machtergreifung Hitlers nicht den richtigen Weg zu sehen, völkische Gedanken zu verwirklichen.[21)]

Ebenso durfte zu Zweifeln veranlassen, daß auch die *„Bündische Jugend“* verboten wurde. Es konnte nicht beruhigen, daß die zur Staatsjugend erhobene *„Hitler-Jugend“* viele Äußerlichkeiten von ihr übernahm. Denn ihr wichtigstes Anliegen richtete sich auf Tiefe und Echtheit, auf *„innere Wahrhaftigkeit“*. Dem widersprachen der lärmende Aufwand und die oberflächlichen Bekenntnisse zu hohen Gedanken, wie sie beispielsweise der zum Reichsjugendführer ernannte Baldur von Schirach abgab.[22)]

Wenn allerdings sehr bald einige Schwierigkeiten mit der Katholischen Kirche auftraten, deren Partei, das Zentrum, soeben das Ermächtigungsgesetz für Hitler möglich gemacht hatte, so konnten sie nicht tief gehen. Denn Hitler bekämpfte den Feind der Katholischen Kirche, den Marxismus, mit allen Mitteln.[23)] Außerdem hatte sie es sich offenbar angewöhnt, in Deutschland höhere Ansprüche zu stellen als in anderen Ländern. So ist jedenfalls die Forderung aufzufassen, welche die katholische Tageszeitung *„Germania“* 1905 erhob: Bei der Durchführung des *„großen, herrlichen Missionswerkes“* dürften die Deutschen nicht etwa *„katholisch“* durch *„deutsch“* übertrumpfen lassen, wie es den Franzosen zum Vorwurf zu machen sei, die *„zuerst Franzosen und dann erst Missionare seien“*. Als Hitler dann den Krieg gegen die Sowjetunion bis zu deren Vernichtung führen wollte, entsprach er vollständig den Zielen des Vatikans.[24)]

Auf wirtschaftlichem Gebiet leitete im März 1933 eine wohlberatene Rede Hitlers unerwartete Erfolge ein: *„Das Volk lebt nicht für die Wirtschaft, und die Wirtschaft existiert nicht für das Kapital, sondern das Kapital dient der Wirtschaft und die Wirtschaft dem Volk.“* Dementsprechend verloren Grundsätze des Liberalismus, die einst Bismarck so treffend angeprangert hatte, ihre Gültigkeit. An ihre Stelle traten solche der *„Volksgemeinschaft“*. Sie ersetzten den *„Unternehmer“* der Vergangenheit durch den *„Betriebs-*

21) Erich Ludendorff, *„Lebenserinnerungen“*, Bd. III, Pähl/Obbay. 1955, S. 231/66.

22) Hermann Mau, *„Die deutsche Jugendbewegung 1901-1933“*, als Sonderdruck des *„Jahrbuch der Jugendarbeit 1949“*, Mü 1949; Kurt Martens, Offener Brief an das *„Archiv der deutschen Jugendbewegung“* in der Zeitschrift *„Mensch und Maß“*, Pähl/Obbay. 9. 4. 1978, S. 330/3.

23) Hans Müller, *„Katholische Kirche und Nationalsozialismus“*, Mü 1963, S. XIV, XIX; S. 76/8, 80, 117/21, 212/3 usw.

24) Tageszeitung *„Germania“*, Bln Nr. 237, 1905, S. 1; Wilhelm Leonhardt (d.i. Walter Löhde), *„Kreml und Vatikan“*, Hann 1965, S. 300/17; Karlheinz Deschner, *„Ein Jahrhundert Heilsgeschichte“*, Köln 1983, S. 147/50.

führer", dessen Rechten als Leiter seines Betriebes klare Pflichten gegen die Betriebsangehörigen und den Staat gegenüberstanden.[25] Insbesondere die *„Fürsorgepflicht"* für die *„Gefolgschaft"* – dem Bereich des Militärischen entnommen – stellte etwas neues dar, mochte sie in der Vergangenheit auch von einzelnen verantwortungsbewußten Unternehmern freiwillig ausgeübt worden sein. Derartiges beseitigte zwar nicht allgemein die Neigung zu hemmungslosem Eigennutz und Raffgier. Der Ordinarius für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Düsseldorf, Karl Hardach, zeigte denn auch Widerstände. Aber angesichts dessen, daß die Wirtschaftsgrößen sich unfähig gezeigt hatten, die aufgetretenen Schwierigkeiten zu meistern, die industrielle Erzeugung aber bis 1938 um fast 90% gesteigert werden konnte und die Landwirtschaft im Jahrfünft 1933/37 den Wert der Einfuhr von Nahrungsmitteln um 60% senkte, erübrigte sich eine gewaltsame Auseinandersetzung. Als Ergebnis der wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung Hitlers ließ Hardach eine nach Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit gezügelte und gelenkte Wirtschaft zwischen liberaler Freiheit und marxistischer Planwirtschaft erkennen.[26]

Zahlreiche Maßnahmen einer *„Arbeitsschlacht"* führten Arbeitslose ins Erwerbsleben zurück: Steuerfreiheit für neue Kraftfahrzeuge und Ersatzbeschaffungen der Industrie, Steuerbegünstigungen bei Neubau von Wohnungen, Zuschüsse bei Instandsetzungen von Gebäuden, steuerliche Entlastungen der Landwirtschaft, Ehestandsdarlehen, Bau von Autobahnen, Erweiterung der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Binnenland und an der Küste usw. Dazu trat der Arbeitsdienst und allmählich zunehmend die Aufrüstung entsprechend derjenigen der Nachbarn.[27]

Gleichzeitig mit der Arbeitsbeschaffung besserten zahlreiche Verordnungen auch die Arbeitsbedingungen; andere gewährten erholsame Urlaubstage usw. Alles zusammen mit der vernünftigen Sinngebung der wirtschaftlichen Betätigung und der Aussonderung der Juden aus dem deutschen Leben entzog dem Marxismus den Boden. *„Die proletarischen Massen wehrten sich überhaupt nicht, sondern liefen in hellen Haufen zu dem Erfolgreichen"*, beschrieb der marxistisch eingestellte George Groß deren Verhältnis zu Hitler.[28]

---

25) Martin Krockow, *„Vom Novemberstaat zum Großdeutschen Reich"* Breslau 1942, S. 287/305; Paul Gerstner, *„Vom Unternehmer zum Betriebsführer"*, Bln 1935, S. 9/20, 120/60; Heinz Müllensiefen, *„Freiheit und Bindung in der geordneten Wirtschaft"*, Hbg. 1939.

26) wie Ziff. 11, S. 95/6; S. 75, 82/3, 88; S. 80/1; Herbert Backe, *„Das Ende des Liberalismus in der Wirtschaft"*, Bln 1938.

27) Fritz Reinhardt, *„Die Arbeitsschlacht der Reichsregierung"*, Bln 1933; Lutz Graf Schwerin von Krosigk, *„Öffentliche Finanzen und Wirtschaft"* in *„Aachener Akademische Reden"*, Folge IV, Aachen 1935.

28) wie Ziff. 23, *„Krokow"*, S. 290/3; George Groß, *„Ein kleines Ja und ein großes Nein"*, Hbg o.J. S. 235.

Weitere Schläge erlitt der Marxismus durch die Unterdrückung von *„Schmutz und Schund“* und *„Entarteter Kunst“*. In verspäteter Einsicht bekannte der daran beteiligte Dichter Franz Werfel eine *„verhängnisvolle Verwechslung von Freiheit und moralischer Anarchie“*. Ähnlich beteuerte George Groß, er hätte seine *„Zeichnungen und Zerrbilder einer schiefen, krummen, von den pseudowissenschaftlichen Gesichtspunkten des Marxismus und Freudianismus aus gesehenen und gedeuteten Welt“* selbst vernichtet, wenn das nicht in Deutschland geschehen wäre. Und einer der Größten in diesen Bereichen, Kurt Tucholsky, entzog sich nach seiner Flucht ins Ausland den Folgen seines Tuns durch Selbstmord – in seinen Worten: Er zog seinen *„Löffel aus dem Kleister“*.[29] Die *„Entartete Kunst“* aber erschien gesammelt in Ausstellungen in ganz Deutschland, bis sie der internationale Kunsthandel für einige Millionen zurückkaufte – zu demselben Preis, den er vorher bekommen hatte. Er überließ ihn später nach Gewicht einem Trödler.[30]

Zwar lehnte Hitler Wort und Begriff *„völkisch“* ab, wie schon aus dem Verbot der völkischen Vereinigungen hervorging. H. F. K. Günther[31] erinnerte sich 1969, er habe dafür lieber das Wort *„nationalsozialistisch“* gehört. Trotzdem konnten unter ihm eine Reihe von Gedanken durchgeführt werden, die dem Bestehen unseres Volkes dienten. Schon 1933 wurde unter dem Gesichtspunkt, *„daß zu allen Zeiten nur ein gesundes, blühendes Bauerntum auf freier Scholle den Bestand von Volk und Nation sichert“* das *„Reichserbhofgesetz“*[32] erlassen. Und 1935 fanden Erkenntnisse, die namhafte Wissenschaftler wie Erwin Baur, Eugen Fischer, Max von Gruber, Fritz Lenz, Ernst Kretschmer, Walter Scheidt usw. vertreten hatten, Verwirklichung in den Gesetzen zur *„Verhütung erbkranken Nachwuchses“* und zum *„Schutz der Erbgesundheit des deutschen Volkes“*. Dieses machte die Eheschließung von einem *„Ehetauglichkeitszeugnis“* des Gesundheitsamtes abhängig.[33]

Ein weiteres Gesetz litt darunter, daß es sich gegen *„jüdisches Blut“* wandte. Das gab es schon lange nicht mehr, weil die Juden bei ihrer Jagd nach den Reichtümern der Erde ihr Blut so grenzenlos vermischt hatten, daß selbst der Marxist Karl Kautsky sie einen *„internationalen Bund zu gegenseitiger Hilfeleistung“* nannte.[34]

---

29) Franz Werfel, *„Zwischen oben und unten“*, Stockholm 1946, S. 11; wie Ziff. 28, *„Groß“*, S. 230; *„Kurt Tucholsky haßt und liebt“*, herausgeg. von Mary Gerold-Tucholsky, Hbg 1957, S. 147.

30) Julius Lippert, *„Lächle ... und verbirg die Tränen“*, Leoni 1955, S. 80/3.

31) wie Ziff. 3, *„Günther“*, S. 7, 44/5.

32) K. W. P. Schaefer, *„Das Reichserbhofrecht“*, Bonn 1933, S. 9.

33) wie Ziff. 25, *„Krockow“*, S. 278/9; wie Ziff. 3, *„Günther“*, S. 94, 153.

34) wie Ziff. 25, *„Krockow“*, S. 275; Karl Kautsky, *„Rasse und Judentum“*, Stgt 1921, S. 55; 57.

Ungeachtet derartiger Fehler und trotz Beschränkungen nach völkischen Gesichtspunkten wuchs die Zahl der Eheschließungen und mit ihr die der Geburten von rechnerisch 14,3 je Tausend Einwohner 1933 auf 20,3 je Tausend im Jahr 1939.[35)]

Die durch vielerlei Mittel erzwungene Geschlossenheit Deutschlands brachte außenpolitische Erfolge wie die Gleichstellung in der Rüstungsfrage, überwand das Verbot des österreichischen Anschlusses usw. Bei dieser Beseitigung des Versailler Diktates unterlief ein grober, aber bezeichnender Fehler: Nach der Rückkehr der Sudetendeutschen in das Reich ließ Hitler die restliche Tschechei besetzen. Er brach damit eigene Zusagen und gab den Mächten von Versailles den Vorwurf in die Hand, Deutschland betreibe nicht nur die Beseitigung dieses Diktates im Sinne der 14 Punkte Wilsons, die eigentlich die Grundlage des Friedens bilden sollten, sondern treibe imperialistische Eroberungspolitik.[36)]

Als Hitler dann die Auseinandersetzung mit Polen begann, die angesichts der dummdreisten Überheblichkeit der polnischen Vertrags- und Völkerrechtsbrüche, der Vertreibungen und Morde an Deutschen höchst berechtigt war[37)], hatten die Verteidiger von Versailles bequeme Vorwände zur Hand, den Krieg zu erklären. Die folgenden Feldzüge in Polen, Norwegen, Frankreich und auf dem Balkan sahen jedoch ungeahnte deutsche Erfolge. Hitler selbst gab allerdings das Vorbild zu maßloser Überschätzung, indem er sie als *„erfolgreichste Feldzüge“* und *„größten Sieg“* unserer Geschichte ausgab. Entsprechend bejubelte man ihn als *„größten Feldherrn aller Zeiten“*.[38)]

Die unbarmherzige Klarheit des Krieges enthüllte aber, daß Hitlers Denken vor allem um seine eigene Person kreiste. Das zeigte nicht nur die Überbewertung seiner eigenen Leistungen, sondern er sprach es in einer Rede vor alten Parteigenossen 1940 auch aus: Er sei von der *„Vorsehung“* erwählt als derjenige, der allein die Eigenschaften besäße, Deutschland zum Erfolg zu führen.[39)] Diese überhöhte Selbsteinschätzung ließ ihn folgerichtig Streber in den höchsten Stellen dulden, weil sie ihm angenehm schmeichelten und willenlos folgten.

---

35) wie Ziff. 25, *„Krockow“*, S. 280.

36) Rene d'Argile usw., *„Das Geheimnis um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges“*, Wiesbdn 1961, S. 75/7, 85; Georg Franz-Willing, *„Der Zweite Weltkrieg“*, Leoni 1979, S. 115/7; Peter Aldag (d.i. Fritz P. Krüger), *„Juden beherrschen England“*, Bln 1939; *„The Forrestal Diaries“*, ed by Walter Millis, London 1952, S. 129.

37) *„Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges“*, herausgeg. vorn Auswärtigen Amt Bln 1939, Nr. 2; Bolko Freiherr von Richthofen/R. R. Oheim, *„Polens Marsch zum Meer“*, Kiel 1984, S. 119/ 221; Rudolf Trenkel, *„Polens unaufhaltsamer Marsch in den Zweiten Weltkrieg“*, Hbg 1979.

38) Kurt von Tippelskirch, *„Geschichte des Zweiten Weltkrieges“*, Bonn 1959, S. 25, 215.

39) wie Ziff. 3, *„Reden Adolf Hitlers“*, Bd. I/II, Mü 1943, S. 308.

So der *„Reichsmarschall“* Hermann Goering als sein Stellvertreter. Die Gefahr, diese Stellung zu verlieren, beraubte ihn des Mutes, *„Hitler in wichtigen Fragen zu widersprechen“*, entsann sich 1951 Lutz Graf Schwerin von Krosigk, zu jener Zeit Finanzminister. Als die deutsche Industrie den Düsenjäger hervorbrachte, der nach dem Urteil erfolgreicher Jagdflieger geeignet war, die Luftherrschaft der Gegner über Deutschland zu brechen und Hitler in völliger Verkennung dieser Sachlage befahl, daraus einen *„Blitzbomber“*[40] zu machen, unterwarf sich Goering trotz besseren Wissens.

Ähnlich Erhard Milch. Er war vom Lufthansa-Direktor zum Generalluftzeugmeister und Generalfeldmarschall aufgestiegen, dem höchsten militärischen Rang in Deutschland, den nur Goering in maßloser Eitelkeit als *„Reichsmarschall“* übertreffen durfte. Äußerlich bot Milch das Bild *„lachender Zuversicht“* – wie es dem Verfasser geschildert wurde. Dazu hatte Milch allen Anlaß, denn sachlich versagte er gründlich, wie ihm ehemalige Jagdflieger empört nachwiesen. Um so mehr bemühte er sich um das Wohlwollen Hitlers.[41]

Ähnlich auch andere, wie der Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop[42]; oder der engste Berater Hitlers in militärischen Fragen, Wilhelm Keitel, der hinter vorgehaltener Hand *„Nickesel“* und *„Lakeitel“* hieß;[43] und vor allem Martin Bormann, dem seit 1943 *„zweitmächtigsten Mann in des Führers Hauptquartier“*, mit dessen schädlichem Treiben Hugo M. Beer 1984 ein Buch füllte.[44]

Man darf es als Folge kleiner Herkunft und proletarischer Enge ansehen, daß Hitler seine Mitarbeiter zu sehr danach auswählte, wie sie ihn von ihrer Ergebenheit gegen seine Person und von ihrem *„Glauben an den Nationalsozialismus“* zu überzeugen verstanden;[45] und daß er dies unangebracht weit

---

40) Lutz Graf Schwerin von Krosigk, *„Es geschah in Deutschland“*, Tüb/Stgt 1951, S. 229/30; Adolf Galland, *„Die Ersten und die Letzten“*, Mü 1953, S. 347/8, 352/61; Hans Holl in *„Der Landser“*, Rastatt o. J., Heft 1416, S. 60/8.

41) Kurt Martens, *„Über Streberhaftigkeit oder den Fall des Herrn Werner Hofer beim Westdeutschen Rundfunk in Köln“* in der *„National-Zeitung“*, Mü, 30. Juli 1971, S. 1, 6; Theo Osterkamp/ Franz Bacher, *„Tragödie der deutschen Luftwaffe?“* Neckargemünd 1971, S. 18, 28, 32, 45/6, 53, 55, 157/8 usw.

42) Joachim von Ribbentrop, *„Zwischen London und Moskau“*, herausgeg. von Annelies von Ribbentrop, Leoni 1953, S. 253/63; Heinz Guderian, *„Erinnerungen eines Soldaten“*, Neckargemünd 1960, S. 367.

43) Walter Warlimont, *„Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 1939-1945“* Fkft/M 1962, S. 105, 233, 277, 329 usw.; *„Spiegelbild einer Verschwörung“*, herausgeg. vom Archiv Peter, Stgt 1961, S. 125/6; Gerhard Boldt, *„Die letzten Tage der Reichskanzlei“*, Hbg/Stgt 1947, S. 17.

44) Hugo M. Beer, *„Moskaus As im Kampf der Geheimdienste“*, Pähl/Obbay. 1984; Reinhard Gehlen, *„Der Dienst“*, Mainz/Wiesbdn 1971, S. 47/9.

45) Carl Wagener, *„Heeresgruppe Süd“*, Bad Nauheim 1964, S. 226; wie Ziff. 43, *„Boldt“*, S. 28.

über sachliche Fähigkeiten und Verantwortungsbewußtsein gegen Deutschland stellte; daß er es auch dann noch, als seine Führungsfehler offenbar geworden waren, wiederholt ablehnte, einen Wechsel in der militärischen Führung vorzunehmen.[46] Solchen Mängeln war es beispielsweise entsprungen, daß er – seiner Vorliebe für das britische Weltreich entsprechend – die bei Dünkirchen zusammengetriebenen englischen Truppen in ihre Heimat entkommen ließ, wo sie den Kern einer neuen Armee bilden konnten.[47] Kriegsentscheidend aber wirkte sich seine Gegnerschaft gegen die Sowjetunion aus. Ihr Ursprung war seine katholische Herkunft und seine politischen Bindungen an die Katholische Kirche, die seiner Selbstüberschätzung auch noch die falsche Richtung gaben. Hätte Hitler die Sache an die erste Stelle gesetzt, so würde er entweder die Hilfe der russischen Freiwilligen angenommen haben, die in großer Zahl ihre Heimat vom Bolschewismus befreien wollten, oder er hätte der Friedensbereitschaft des Kreml in den Jahren 1943/44 entsprochen. Statt sich den Geboten der Sache zu unterwerfen, verbot er deutsche Bemühungen um einen Friedensschluß und verzögerte die Aufstellung russischer Freiwilligenverbände, bis es zu spät war.[48]

Der Generaloberst Halder, bis vor Stalingrad Hitlers Generalstabschef und dann sein erbitterter Gegner, schloß denn auch 1949 seine nachträgliche Abrechnung mit ihm:

„Für ihn gab es, als er an der Spitze der Macht stand, kein Deutschland, und wenn er es auch noch so oft im Munde führte ... für ihn gab es – zu Beginn unbewußt, in den letzten Jahren auch völlig bewußt – nur eine Größe, die sein Lehen beherrschte und der seine dämonische Kraft alles geopfert hat: Sein eigenes Ich, das er als buchstäbliche Verkörperung an die Stelle des Volkes gestellt hatte, dem er einst zu dienen gelobte.“[49]

Die letzte Ursache dieser Unzulänglichkeiten ist in der Veranlagung Hitlers zu suchen: Wurde unter ihm berechtigt Ahnenpaß, Ahnenprobe und begrenzte Blutmischung gefordert, so mußte er sich selbst davon ausnehmen. Auch traten unter seinen Vorfahren Leistungen an höherer Stelle zugunsten von Volk und Staat nicht auf. Er selbst verkörperte als ein *„nicht gut zusammengefügter“* Mensch mit *„einander widerstreitenden, zur Reizbarkeit*

46) Erich von Manstein, *„Verlorene Siege“*, Bonn 1959, S. 317/8, 573; wie Ziff. 42, *„Guderian“*, S. 274.

47) wie Ziff. 46, *„Manstein“*, S. 122; Lidell Hart, *„Geschichte des Zweiten Weltkrieges“*, deutsch Düsseldf/Wien 1972, S. 113/5, 873/4; Hans S. Ziegler, *„Adolf Hitler aus dem Erleben dargestellt“*, Gött 1964, S. 81/4.

48) Wilfried Strik-Strikfeldt, *„Gegen Stalin und Hitler“*, Mainz 1970, S. 147, 156, 168, 183; Peter Kleist, *„Zwischen Stalin und Hitler“*, Bonn 1950, S. 230/84; wie Ziff. 47, *„Lidell Hart“*, S. 610.

49) Franz Halder, *„Hitler als Feldherr“*, Mü 1949, S. 62.

bestimmten Eigenschaften" – wie ihn 1936 der Schriftsteller Konrad Heiden beschrieb – gerade die Schwächen *„schlechter Rasse"*, die der Münchener Rassenhygieniker Professor Max von Gruber[50] an ihm festgestellt hatte.

Die Arbeiter standen trotz allem fast durchweg bis zuletzt zu Hitler, der sich ihnen in einer Rede im Dezember 1941 als *„Kind einer kleinen und armen Familie"* nahegebracht hatte.[51] Der ehemalige Gauleiter Rudolf Jordan[52] belehrte uns jedenfalls 1971: Die bange Frage, wie sich die Millionen ehemaliger Kommunisten als *„Kämpfer gegen das einst von ihnen angebetete ‚Vaterland der Werktätigen', als Arbeiter einer Kriegsindustrie, die gegen Stalin produzierte"*, verhalten würden, sei überhaupt nicht aufgetreten. Der Marxismus war durch Wort und Tat hinreichend widerlegt worden. Das aber, was ein Gauleiter[53] in den Tagen des Zusammenbruchs 1945 selbstkritisch feststellte: Alles sei im Grunde genommen gut gegangen, in das sich Hitler nicht hineingemischt habe – wie Landwirtschaft und Finanzen –, das hatten Arbeiter wohl kaum erkannt.

50) wie Ziff. 4, *„Deuerlein"*, S. 12/5; wie Ziff. 3, *„Heiden"*, S. 43; ders., *„Geschichte des Nationalsozialismus"*, Bln 1932, S. 76; Hans-Dietrich Röhrs, *„Hitler – Die Zerstörung einer Persönlichkeit"*, Neckargemünd 1965, S. 67/8.

51) wie Ziff. 3, *„Reden Adolf Hitlers"*, Bd. III, S. 133; wie Ziff. 43, *„Spiegelbild"*, S. 2, 264, 275, 441, 499, 537.

52) Rudolf Jordan, *„Erlebt und erlitten"*, Leoni 1971, S. 224/5; Hans Kehrl, *„Krisenmanager im Dritten Reich"*, Düsseldf 1973, S. 376.

53) Helmut Stellrecht, *„Adolf Hitler – Heil und Unheil"*, Tüb 1974, S. 311.

Unter der Fuchtel unserer Sieger: Höchstleistungen von Strebern als Selbstbespucker *„Ja, wir sind an allem schuld!"*
(Nach einer Zeichnung des *„Kladderdatsch"*)

Die schmutzige Wäsche

«Kinder», sagte Bebel, «so etwas kann sich keine andere Partei leisten, aber wenn das so weiter geht» . . . .

VIII.

Der Einzug der siegreichen Sowjetarmeen

Mit seinem Angriff auf die Sowjetunion 1941 hatte Hitler sowohl seiner eigenen Gegnerschaft gegen diese entsprochen, wie er auch aus ihrem Verhalten auf gleichartige Absichten schließen durfte, denen zuvorzukommen unumgänglich war.[1] Diese Annahme fand dann Bestätigung vor allem durch die hohe Zahl an Gefangenen, die schon Ende 1941 an vier Millionen herankam, sowie durch entsprechend große Mengen an erbeutetem Kriegsmaterial. Sie offenbarten, daß der deutsche Angriff in einen sowjetischen Aufmarsch hineingestoßen hatte, der nach seinem Ausmaß nur einem Angriff dienen konnte. Spätere Aussagen gefangener sowjetischer Offiziere erhärteten das.[2]

Mochte also Hitler allen Anlaß gehabt haben, vorbeugend anzugreifen, so ließ er in der Führung des Krieges sachliche Gesichtspunkte weit hinter sich. Dabei lag die Möglichkeit, die sowjetische Bevölkerung als Verbündete zu gewinnen, *„so nahe und war so überzeugend, daß man sie gar nicht übersehen und beiseite schieben konnte“*. So erinnerte sich Dr. Peter Kleist 1950, der im Krieg als Angehöriger des Ost-Ministeriums des Alfred Rosenberg für diese Einsicht eingetreten war. Er begründete das nun:

„Denn die militärischen Mittel reichten auch im Zeitalter des Panzers und des Flugzeuges nicht aus, um den Raum von zwei Kontinenten auch nur zu überspannen, geschweige denn, ihn zu füllen.“[3]

Statt diesen Weg zu gehen, wie es die Sache erforderte, faßte Hitler den Krieg gegen die Sowjetunion als eine Art *„Kreuzzug“* gegen das *„ostische Untermenschentum“* auf, dessen *„jüdisch-bolschewistische“* Machthaber mit ihrer Lehre zu vernichten seien.[4] Damit setzte er den vorangegangenen innenpolitischen Kampf gegen den Kommunismus[5] fort, entsprach aber auch seinen inneren Bindungen an den Katholizismus, der sich in der Vergangenheit so eifrig um die Eroberung Rußlands bemüht hatte und nun in schärfstem Gegensatz zu dem dort zur Herrschaft gelangten Marxismus

1) Adolf Hitler, *„Mein Kampf“*, Mü 1937, S. 742, 750/2; *„Der großdeutsche Freiheitskampf – Reden Adolf Hitlers“*, herausgeg. von Philipp Bouhler, Bd. III, Mü 1942, S. 54/61; Erich Helmdach, *„Überfall?“*, Neckargemünd 1975, S. 28/9, 34/7; H. Gräfin Schall-Riaucour, *„Aufstand und Gehorsam“*, Wiesbdn 1972, S. 156/8, 164.

2) wie Ziff. 1, *„Reden“*, Bd. III, S. 124; Erich von Manstein, *„Verlorene Siege“*, Bonn 1959, S. 180; wie Ziff. 1, *„Helmdach“*, S. 74/84.

3) Peter Kleist, *„Zwischen Stalin und Hitler“*, Bonn 1950, S. 136; Wilfried Strik-Strikfeldt, *„Gegen Stalin und Hitler“*, Mainz 1970, S. 25/6, 57, 145/7, 193.

4) Max Klüver, *„Den Sieg verspielt“*, Leoni 1981, S. 246/7; wie Ziff. 3, *„Kleist“*, S. 149; wie Ziff. 3, *„Strik-Strikfeldt“*, S. 153, 160, 163; Helmut Stellrecht, *„Adolf Hitler – Heil und Unheil“*, Tüb 1974, S. 314; wie Ziff. 1, *„Reden“*, Bd. III, S. 53, 61, 65, 73 usw.

5) wie Ziff. 1, *„Reden“*, Bd. III, 108.

stand.[6] Hitler wurde denn auch im Krieg nicht müde, den *„Herrgott“* und die *„Vorsehung“*[7] in derselben Weise anzurufen, wie das im Katholizismus geschah. Damit sicherte er sich die Unterstützung der Katholischen Kirche, für die er schon in seinem Buch *„Mein Kampf“* bewundernde Worte gefunden hatte.[8]

Indem Hitler die Bevölkerung der Sowjetunion herabsetzte und nur zerstörerische Absichten offenbarte, verspielte er den Erfolg, den er nur im Bündnis mit den Russen erringen konnte, die der stalinistischen Gewaltherrschaft überdrüssig waren. Immerhin fanden solche, meist von *„Herren spielenden Spießbürgern“*[9] vertretene Absichten in der Wehrmacht wenig Gegenliebe. Erlebten es doch die deutschen Soldaten selbst, in den eroberten Gebieten vielfach als *„Befreier“* begrüßt zu werden. Und kämpften doch in den deutschen Verbänden Hundertausende von Russen mit.[10]

Als nun die sowjetischen Armeen seit 1944 immer weitere Teile von Ost- und Mitteldeutschland besetzten, geschah das unter ähnlichen Auffassungen, wie sie Hitler vertreten hatte, allerdings unter dem Einfluß unzähliger Aufrufe und Flugblätter des jüdischen Schriftstellers Ilja Ehrenburg in Moskau in noch gesteigertem Maße. Ehrenburg hatte sich immer wieder durch Mordhetze ausgezeichnet: Gelegentlich der Massenvernichtung russischer Menschen durch Stalin, gelegentlich kommunistischer Aufstände in der gerade entstandenen Republik von Weimar usw. Nun – 1944/45 – hetzte er in etwa 3.000 Aufrufen: *„Tötet! Tötet! Tötet! Es gibt nichts, was an den Deutschen unschuldig ist! Die Lebenden nicht und die Ungeborenen nicht!“ – „Wenn du einen Deutschen erschlagen hast, schlage noch einen tot; es gibt für uns nichts Lustigeres als deutsche Leichen!“ – „Der Deutsche hat kein Gewissen!“ – „Die Deutschen sind keine Menschen!“ – „Vergewaltigt alle deutschen Frauen!“* usw.[11]

Unter dem Einfluß solcher Hetzereien mordeten, plünderten und schändeten die sowjetischen Soldaten in schlimmster Weise. Mochten auch

---

6) Theodor H. Pantenius, *„Der falsche Demetrius“*, Bielefeld/Lpz 1904; Ludwig A. Veit, *„Die Kirche im Zeitalter des Individualismus“*, Freibg/Brsg. 1933, Bd. II, S. 433,470/3; Karlheinz Deschner, *„Ein Jahrhundert Heilsgeschichte“*, Köln 1983, S. 147/8.

7) wie Ziff. 1, *„Reden“*, Bd. I/II, S. 135, 217, 229, 264 usw.; Bd. III, S. 61, 62, 70, 74 usw.; wie Ziff. 6, *„Veit“*, Bd. II, S. 313; Hans Müller, *„Katholische Kirche und Nationalsozialismus“*, Mü 1963, S. 213.

8) Wie Ziff. 1, *„Mein Kampf“*, S. 293/4, 481, 512; Wilhelm Leonhardt, *„Kreml und Vatikan“*, Hann 1965, S. 299/317.

9) Alexander Dallin, *„Deutsche Herrschaft in Rußland 1941 - 1946“*, Düss 1958, S. 112.

10) wie Ziff. 2, *„Manstein“*, S. 176/7, 247, 540; Kurt von Tippelskirch, *„Geschichte des Zweiten Weltkrieges“*, Bonn 1959, S. 251; wie Ziff. 3, *„Kleist“*, S. 130/1, 219.

11) *„Bilanz – Ilja Ehrenburg-Revue Kindler“*, herausgeg. von der *„Deutschen Wochenzeitung“*, Hann o. J., S. 2/4; *„Ilja Ehrenburg – Tötet, tötet, tötet alle Deutschen!“*, herausgeg. von der *„Deutschen Soldaten-Zeitung“*, Mü o. J.

einsichtige sowjetische Offiziere mit schärfsten Mitteln gegen derartiges angehen – mochte auch Ehrenburg[12)] von vielen, auch höchsten Stellen verworfen werden – es wurden doch mehr als zwei Millionen Deutsche ermordet und weit mehr als neun Millionen vertrieben. Im Potsdamer Vertrag kamen außerdem mit Zustimmung von Großbritannien, USA und Frankreich, das als Nutznießer von deren Sieg auftrat, große Gebiete Ostdeutschlands unter polnische und sowjetische Verwaltung.[13)]

Noch schlimmer als die Sowjets unter dem Einfluß Ehrenburgs wüteten Polen und Tschechen, die den deutschen Zusammenbruch ihrer Art gemäß ausnutzten. Es kam soweit, daß Sowjetrussen Deutsche vor polnischer Zügellosigkeit schützten.[14)] Den Höhepunkt der Greuel erreichten die Tschechen. Obwohl nicht zum Kriegsdienst eingezogen, vertrieben sie nach Kriegsende etwa drei Millionen Sudetendeutsche, die bei der Gründung der Tschecho-Slowakei unter Bruch des von Wilson verkündeten Selbstbestimmungsrechtes in diesen Staat gepreßt worden waren.[15)] Dabei verübten sie unter den anfeuernden Rundfunksendungen ihres Staatspräsidenten Benesch, der durch Reihen mit Benzin übergossener, als lebende Fackeln brennender Deutscher seinen Einzug in Prag hielt, Greueltaten an Zehntausenden von Deutschen, welche diejenigen der Hussiten noch übertrafen, dennoch aber höchstens die Neugier zuschauender Offiziere der Westmächte erregten. Die Kommunistische Partei der Tschechei hatte sich später gegen den Vorwurf zu verteidigen, ihre Behauptung sei falsch, daß sie sich alleine die Ruhmestat der Vertreibung der Deutschen zuschreiben dürfe – auch andere wollten also daran beteiligt gewesen sein![16)]

Im besetzten Mitteldeutschland konnte Stalin seine Vorstellungen ungehindert verwirklichen. Offensichtlich nach sowjetischem Vorbild wurden Unternehmer und Adel beseitigt[17)], wobei auch derjenige auf den ostelbischen Gütern unterging, der von jeher ein freundliches Verhältnis zu Rußland vertreten hatte. Erklärte doch beispielsweise Kaiser Wilhelm I. 1858 gegenüber Bismarck, Petersburg – die damalige Hauptstadt Rußlands – habe doch immer *„für den obersten Posten der preußischen Diplomatie gegolten“*.

---

12) Wolfgang Leonhard, *„Die Revolution entläßt ihre Kinder“*, Köln/Bln 1955, S. 345, 349, 364, 485/6; Gerhard Beyrich, *„Wir begegneten ihnen an der Elbe“*, Selbstverlag Fkft/M 1966, S. 11/2, 14; *„Industriekurier“* Düsseldf, 22. Sept. 1956, *„Ilja Ehrenburg – der Stalinist“*.

13) *„Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands“*, herausgeg. vom Friedrich Meinicke Institut der Freien Universität Berlin, Bd. III, Tüb 1954, S. 185/6.

14) wie Ziff. 13, S. 177/8.

15) Walter Schneefuß, *„Deutsch-Böhmen“*, Lpz 1938, S. 16/95, 115/7.

16) *„Dokumente zur Austreibung der Sudetendeutschen“*, bearb. von Wilhelm Turnwald im Selbstverlag der Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen, Mü 1951, S. XVI/XXI, 42, 47, 63 usw.; Olga Barenyi, *„Das tote Geleise“*, Mü 1961, S. 160.

17) wie Ziff. 13, S. 172.

Und hatte doch selbst die sowjetische Regierung in den ersten Jahren ihres Bestehens gefordert, Deutschland solle als Botschafter nicht einen Angehörigen der Linksparteien, sondern einen der *„Junkerklasse“* schicken.[18)]

Zwar äußerte Stalin[19)]: *„Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleiben.“* Er hätte diese Einsicht besser bewahren sollen, denn sie besagte, daß ein Hitler eine Ausnahme gewesen war als Folge des entarteten Liberalismus und der Abschaffung der Monarchie, daß aber das deutsche Verhältnis zu Rußland von 1762 bis 1914 gut gewesen war. Dazu hatte das zuchtvolle Verhalten der russischen Truppen im Befreiungskrieg gegen Napoleon I. wesentlich beigetragen. Beide Teile hatten Vorteile davon gehabt: Rußland im polnischen Aufstand 1863 und im russisch-japanischen Krieg 1904/05, Preußen/Deutschland gelegentlich der Befreiung von der napoleonischen Gewaltherrschaft und der Wiederbegründung des Deutschen Reiches 1871.[20)] Das gute Verhältnis wurde erst durch die auf Umsturz durch Krieg ausgehenden Revolutionäre in Deutschland und Rußland gestört, die ihr Ziel 1914 erreichten. Auch hätte sich Stalin des Bismarck'schen Friedensschlusses 1866 mit dem besiegten Österreich erinnern können: Zugunsten späterer Freundschaft verhinderte Bismarck jede unnütze Demütigung Österreichs.[21)]

Stalin bedachte solche Erfahrungen und Vorbilder nicht. Vielmehr ließ er zur Durchführung seiner Absichten deutsche Kommunisten nach Mitteldeutschland bringen, die vor dem Nationalsozialismus in die Sowjetunion geflohen waren. Offenbar schienen sie ihm geeignet, die Verwaltung und den Wiederaufbau der sowjetischen Besatzungszone zu leiten. Zu ihnen fanden sich ehemalige Kommunisten, die im nationalsozialistischen Deutschland gelebt hatten und nun ihr marxistisches Herz wiederentdeckten, sowie *„fortschrittliche“* Bürger, denen es um den Wiederaufbau ging.[22)]

Den deutlichsten Ausdruck fand der Irrtum Stalins in denen, die an die Spitze der deutschen Verwaltung der sowjetischen Zone gelangten. Da war vor allem Walter Ulbricht, der über den stellvertretenden Vorsitz der 1946 gegründeten *„Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“* 1949 zum stellvertretenden Ministerpräsidenten der in diesem Jahr ausgerufenen *„Deutschen Demokratischen Republik“* und schließlich mit vielen Titeln

18) *„Berliner Tageblatt“*, 2. Juli 1914, Morgenausgabe *„Deutschland“*; Bismarck, *„Die gesammelten Werke“*, Bd. XV, Bln 1932, S. 136; Georg von Rauch, *„Geschichte des bolschewistischen Rußland“*, Fkft/M 1963 S. 196.

19) Alfred M. Zayas, *„Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen“*, Mü 1977, S. 86.

20) Max Lehmann, *„Freiherr vom Stein“*, Lpz 1905, Bd. III, S. 210; wie Ziff. 18, *„Bismarck“*, Bd. XIII, Bln 1930, S. 337/40, Bd. XV, Bln 1932, S. 397, 417/9.

21) wie Ziff. 18, Bd. XV, S. 272/3.

22) Carola Stern, *„Ulbricht“* Köln/Bln 1963, S. 98/100, 107; Wolfgang Leonhardt, *„Die Revolution entläßt ihre Kinder“* Köln/Bln 1955, S. 355/7.

bedacht zum ersten Mann dieser *„DDR“* aufstieg.[23] Er hatte durch ungehemmte Wendigkeit alle Säuberungen in der Sowjetunion überlebt und war 1945 mit den ersten Gruppen deutscher *„Antifaschisten“* eingetroffen, die aus der Sowjetunion nach Deutschland gebracht wurden.[24]

Ulbricht war 1893 in Leipzig als Sohn eines trunksüchtigen Flickschneiders geboren. Er lernte Tischler und trat 1912 in die SPD ein. Im Krieg eingezogen, erreichte er wie Hitler den Dienstgrad des Gefreiten. Anders als dieser wurde er fahnenflüchtig. Nach dem Krieg beteiligte er sich an der Gründung der KPD. Nach kurzer Tätigkeit in seinem Beruf ging er zum Kleinhandel mit Gemüse über, betätigte sich gelegentlich als Zuhälter und gelangte 1928 als Abgeordneter der KPD in den Reichstag. Ab 1933 arbeitete er für die *„Komintern“*, einem Werkzeug des sowjetrussischen Imperialismus und fand nach seiner Ausbürgerung aus Deutschland seine Heimat in Rußland.[25]

Zum Aufstieg Ulbrichts gehörte nach Borkenau, daß er zusammen mit Wilhelm Pieck, der noch gewürdigt werden wird, auftretende Gegner der Gestapo als *„Agenten des kommunistischen Geheimapparates“* anzeigte und damit unschädlich machte. Carola Stern, ehemals Lehrerin an der Parteihochschule der SED, sah in ihrer Lebensbeschreibung Ulbrichts diesen als *„wichtigsten Mann Moskaus“* und als Muster eines *„Apparatschiks“* an, dem jegliches *„Format“* fehlte. Sein Gebiet sei die Organisation. Er selbst habe sich als *„Vollstrecker der Politik Luxemburgs, Liebknechts und Thälmanns“* gesehen. Stern kam zu dem Schluß, Ulbricht müsse *„die Deutschen mehr gehaßt haben, als die Sowjets das taten“*.[26]

Wenn Ulbricht auch andere Anschauungen verfocht als Hitler, so hatte er doch mit diesem gemeinsam: Ein ungewöhnliches Gedächtnis, geistige Beweglichkeit, große Arbeitskraft, Herkunft aus kleinen Verhältnissen, bei geringer Schulbildung und dürftiger häuslicher Erziehung, sowie einen schlechten Charakter, der es erlaubte, *„um jeden Preis“* Erfolg und Bedeutung zu suchen.

Ähnlich dem Weg Ulbrichts verlief derjenige von Wilhelm Pieck, dem 1949 zum Präsident der DDR gewählten Proletarier. Er erblickte 1876 als Kind eines Kutschers in Guben das Licht der Welt, lernte das Tischlerhandwerk und trat 1895 in die SPD ein. Zusammen mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg betrieb er den *„Zusammenschluß der konsequent linken Sozialdemokraten“*, wie es im Biografischen Lexikon der deutschen Arbeiter-

23) wie Ziff. 22, *„Stern“*, S. 98/9, 105/7, 297/8; wie Ziff. 22, *„Leonhardt“* S. 334/42.
24) wie Ziff. 22, *„Leonhardt“*, S. 335/6.
25) Gerhard Zwerenz, *„Die roten Kapitel der deutschen Geschichte“* in der Zeitschrift *„Der Stern“*, Hbg 1961/62.
26) Franz Borkenau, *„Der europäische Kommunismus“*, Mü 1951, S. 213; wie Ziff. 22, *„Stern“*, S. 11, 62/3, 120, 144, 248/9.

bewegung heißt, das 1970 in Ostberlin erschien. Im Ersten Weltkrieg ging Pieck in die *„Illegalität“*, womit das Lexikon seine Fahnenflucht umschrieb. Mit anderen Spartakisten gründete er die KPD, in deren Leitung er wirkte. 1921 bis 1928 gehörte er dem Preußischen Landtag, danach dem Reichstag an. Nach seiner Flucht aus Deutschland 1933 führte sein Weg über Spanien und die Schweiz nach Sowjetrußland, von wo er 1945 nach Deutschland zurückkehrte.[27)]

Weniger Ähnlichkeit mit Ulbricht wies der Lebenslauf von Otto Grotewohl auf, der 1949 das Amt des Ministerpräsidenten der DDR übernahm. Als Sohn eines Arbeiters 1894 in Braunschweig zur Welt gekommen, lernte er Buchdruck. 1912 trat er der SPD bei. Vom Ersten Weltkrieg weiß das genannte Arbeiter-Lexikon, er sei gegen die *„Burgfriedens-Politik“* der SPD-Führung gewesen. Nach kurzer Zugehörigkeit zur USPD kehrte er zur SPD zurück. Von den folgenden Jahren berichtete das Lexikon eifrige Betriebsamkeit: Minister in Braunschweig, Besuch von Hochschulen, Vorsitzender der Braunschweiger SPD, von 1925 bis 1933 Präsident der Landesversicherungsanstalt in Braunschweig und Reichstagsabgeordneter. Nach der Machtübernahme Hitlers betätigte er sich als Kaufmann, kam aber einige Monate in Untersuchungshaft. Nach dem Zusammenbruch 1945 betrieb er sofort den Wiederaufbau der SPD und ihren Zusammenschluß mit der KPD zur SED.[28)]

Schon aus diesen kurzen Angaben über die drei Spitzenkräfte der DDR geht hervor, daß sie wohl dem marxistischen Verlangen nach Proletariern entsprachen. Aber höchstens Grotewohl konnte über das Parteiwesen hinausgehende Fähigkeiten besitzen – vom Charakterlichen abgesehen. Wenn also Stalin seine Äußerung über das Weiterbestehen des deutschen Volkes und Staates ernst meinte, hatte er einen groben Mißgriff getan, als er solche Männer in leitende Stellungen der DDR brachte.

Dabei hatte er in der Vergangenheit eine geringe Achtung für deutsche Marxisten bewiesen. Wie hätte das auch anders sein können? Setzte er doch gegen Trotzkis sinnlosen Gedanken einer fortdauernden Weltrevolution den des Sozialismus in einem Land durch, der den Wirklichkeiten entsprach und zu nationaler Politik zurückführte, und ließ er doch bei seinen Säuberungen den größten Teil der alten Bolschewiken beseitigen, die meist international dachten. Auch blieb für einen Bolschewik immer noch Moskau und Rußland der Mittelpunkt.[29)]

---

27) *„Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – Biografisches Lexikon“*, herausgeg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Ostbln 1970, S. 364/9; *„SBZ von A bis Z“*, herausgeg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1958, S. 236.

28) wie Ziff. 27, *„Geschichte“*, S. 168/73; wie Ziff. 27, *„SBZ“*, S. 121.

29) Otto Hoetzsch, *„Grundzüge der Geschichte Rußlands“*, Stgt 1949, S. 187; German Pinning, *„Stalin“*, Pähl/Obbay. 1967, S. 248, 288, 304.

So konnten für Stalin die deutschen Marxisten kaum mehr sein als Menschen, die aus dummer Schwärmerei für ein fremdes Land das eigene verrieten. Jedenfalls waren von mehreren Tausend marxistischen Deutschen, die in der Sowjetunion Zuflucht suchten oder im Parteiauftrag dorthin gingen, *„vermutlich Tausende inhaftiert und davon etliche Hundert ermordet worden“*. Hunderte ließ Stalin nach 1939 an Deutschland ausliefern. So die Forschungen von Hermann Weber, der sich seit 1989 um *„Rehabilitierung“* der Opfer bemühte.[30)]

Im übrigen zwang Stalin nichts zum Rückgriff auf deutsche Marxisten, konnte er doch aus der großen Zahl der Kriegsgefangenen die geeignetsten heranziehen. Als Beispiel dieser Möglichkeit sei der General von Seydlitz genannt. Dieser hatte im Kessel von Stalingrad einen Ausbruch trotz des Verbotes von Hitler gefordert – dabei altpreußischen Überlieferungen folgend: Einer seiner Vorfahren verweigerte als General Friedrichs des Großen in der Schlacht von Zorndorf einen von diesem gegebenen falschen Befehl und gewann dadurch die Schlacht.[31)] Als nun sein Nachfahre die Gewissenlosigkeit Hitlers begriff, übernahm er in sowjetischer Gefangenschaft den Vorsitz im *„Bund deutscher Offiziere“* und den zweiten Platz im *„Nationalkomitee Freies Deutschland“* dem auch Ulbricht und Pieck angehörten. Seydlitz begründete die Vereinigungen mit der *„Notwendigkeit, Volk und Nation vor dem endgültigen Verderben zu retten“*.[32)]

Statt sich des Generals von Seydlitz und gleichartiger Deutscher zu versichern, ließ ihn Stalin 1950 zum Tode verurteilen. Das wurde zwar auf 25 Jahre Zwangsarbeit ermäßigt, aber dieser durchaus vermeidbare Fehler mußte für die Sowjetunion genauso schwere Folgen herbeiführen, wie sie der Fehler Hitlers gegenüber den Russen für Deutschland gebracht hatte.

30) Hermann Weber, *„Weiße Flecken in der Geschichte“*, Fkft/M 1990, S. 17/9, 64/5; S. 9/10.
31) Herbert Blank, *„Unter dem schwarzen Adler“*, Hbg 1957, S. 98.
32) Anm. M.K.: diese Fußnote fehlt im Original

IX.

Plünderung und Umbau Mitteldeutschlands

Nach der deutschen Waffenstreckung vom 7./8. Mai 1945 berichtigten die Sieger zunächst ihre Besatzungszonen: Die Westmächte waren über die vereinbarten Abgrenzungen hinausgegangen und übergaben diese Gebiete im Juli 1945 der Sowjetunion. Vom 17. Juli bis 2. August 1945 trafen sich dann der Präsident der USA, Truman, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, und der Ministerpräsident Großbritanniens, Churchill, in Potsdam. Letzterer wurde während der Besprechungen durch Attlee ersetzt.[1)]

In den dort gefaßten Beschlüssen hieß es über Deutschland: *„Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet"; „Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven";* sie wollen ihm die Möglichkeit geben, *„sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage"* wieder aufzubauen; die *„höchste Regierungsgewalt"* wird durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der USA, der UdSSR, Großbritanniens und Frankreichs ausgeübt; Deutschland soll *„Reparationen"* in *„größtmöglichem Ausmaß"* für die angerichteten Schäden leisten; die UdSSR erhalten diese aus ihrer eigenen, und einen weiteren Teil aus den westlichen Besatzungszonen; *„Kriegsverbrecher"* sollen einer *„schnellen und sicheren Gerichtsbarkeit"* zugeführt werden; die endgültige Westgrenze Polens werde bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt, und die weitere Ausweisung Deutscher sei bis zu einer erneuten Prüfung der *„gegenwärtigen Verhältnisse in Deutschland"* zu unterlassen.[2)]

Schon beim Einmarsch sowjetischer Truppen in deutsche Gebiete hatten die Sowjets begonnen, neben geplündertem Gut auch Industrieanlagen, Maschinen, landwirtschaftliche Erzeugnisse, aber auch Menschen zur Zwangsarbeit nach Osten zu verfrachten. Soweit es sich um Gebiete handelte, die unter polnische Verwaltung gestellt werden sollten, spielte dabei Verachtung für Polen mit, dem möglichst wenig gelassen werden sollte.[3)]

Dann erleichterte es die Verstaatlichung von Betrieben, sie als Reparationsgut abzubauen und in die Sowjetunion zu bringen. Die dabei beobachtete Eile ließ sich daraus erklären, daß Großbritannien nach Abschluß

1) Helmut Sündermann, *„Potsdam 1945"*, Leoni 1963, S. 9, 135, 303.
2) wie Ziff. 1 S. 410/23.
3) *„Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands"*, herausgeg. vom Friedr. Meinecke Institut der Freien Universität Berlin, Bd. III, Tüb. 1954, S. 176/8 Anmk.: *„Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa"*, herausgeg. vom Bundesministerium für Vertriebene, o.J., Bd I/1, S. 100/1 E, 114 E; Bd. I/2, S. 185, 187, 205, 217 usw.

des Krieges gegen Deutschland mit Hilfe deutscher Soldaten einen weiteren Krieg gegen die zu stark gewordene Sowjetunion zu planen schien, was in der Sowjetunion nicht unbemerkt bleiben konnte.[4)]

Solche Vorgänge fördernd, erließ die wiederstandene KPD schon im Juni 1945 einen Aufruf, der den Krieg gegen die Sowjetunion als das *„größte und verhängnisvollste Kriegsverbrechen Hitlers“* verdammte und forderte: *„Jetzt gilt es, gründlich und für immer die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Ein ganz neuer Weg muß beschritten werden.“* Dieser verlangte im gleichen Atemzug: *„Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten“*.[5)] Zur gleichen Zeit begann in der Landwirtschaft eine *„Bodenreform“*: Als *„unaufschiebbare, nationale, wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit“* verfielen alle Güter über 100 Hektar Größe und solche, die *„Kriegsverbrechern und Naziaktivisten“* gehörten, entschädigungsloser Enteignung. Das entsprach gleichartigen Vorgängen bei der Errichtung der Sowjetherrschaft in Rußland und durfte Marxisten befriedigen, weil es vor allem den bodenständigen Adel traf. Außerdem ließ sich der Begriff *„Kriegsverbrecher und Naziaktivisten“* bequem dehnen. So wurden bis Ende des Jahres 1948 7112 Betriebe über 100 Hektar mit insgesamt 2,5 Millionen Hektar und 4278 kleinere Betriebe enteignet und an *„Neubauern“* verteilt.[6)]

Dem folgten ab 1952 entgegengesetzte Maßnahmen: Zusammenlegungen zu noch größeren Betrieben, als bestanden hatten. Diese *„Volkseigenen Güter“* und *„Landwirtschaftlichen Produktions-Genossenschaften“* umfaßten bis 1957 über ein Viertel der land- und forstwirtschaftlich genutzten Fläche. Die Umgestaltung in dieser neuen Richtung ging weiter. Sie bewirkte jedoch einen erheblichen Rückgang der Erzeugung von Nahrungsmitteln, so daß lange Zeit Mangel herrschte und die Lebensmittelkarten erst 13 Jahre nach Kriegsende aufgehoben werden konnten.[7)]

Hatten die Sowjets schon während ihres Vormarsches in Deutschland begonnen, Industrieanlagen usw. nach Rußland zu bringen, so machten diese Demontagen im Laufe der Entwicklung vor nichts mehr Halt. Zu ihrer gründlicheren Durchführung bedienten sich die Sowjets sowohl der Drohung mit erneut eingerichteten Konzentrationslagern wie auch der Zuneigung alter

4) Winston S. Churchill, *„Der Zweite Weltkrieg“*, Mü/Zürich o.J., S. 864/7; James Bacque, *„Der geplante Tod“*, Bln 1989, S. 164/5.
5) Hermann Weber, *„Der russische Kommunismus“*, Köln/Bln 1963, S. 431/8.
6) *„SBZ von A-Z“*, herausgeg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1958, S. 61.
7) wie Ziff. 6, S. 61, 186/8.

Marxisten, aber auch der herrschenden Hungersnot, indem sie durch Zuteilungen und *„Pajoks“* (Lebensmittelpaketen) zur Mithilfe zwangen. Der in Rußland sowjetisch erzogene Wolfgang Leonhard, der 1945 mit Walter Ulbricht nach Deutschland kam, berichtete 1955: *„Ein guter Genosse, der lange Jahre im KZ gewesen war, kehrte in seinen Betrieb zurück“* und wurde dort der *„erste Mann“*. *„Es kommt die Demontage. Die Russen erklären ihm, er müsse die Demontage vor den Arbeitern rechtfertigen. Wenn sie beendet sei – so versprechen ihm die Russen – werde alles erledigt sein, und die Arbeiter vertrauten seiner Erklärung. Die Demontage wird durchgeführt. Die Arbeiter glauben, jetzt sei alles erledigt; sie gehen mit großem Eifer ans Werk, holen von irgendwoher wieder Maschinen und bauen den Betrieb auf – nicht ganz so gut wie früher, aber immerhin, der Betrieb läuft. Einige Monate vergehen. Wieder wird der Genosse zu den Russen geladen. Sie sagen ihm, sein Betrieb werde erneut demontiert. Er redet auf sie ein, erinnert sie an ihr Versprechen bei der ersten Demontage, an seinen Ruf, an das Ansehen seiner Partei. Die Russen bestehen auf der zweiten Demontage. Er weigert sich, diese vor den Arbeitern zu vertreten. Der Offizier lächelt höhnisch: ‚Wenn Sie es nicht tun’, sagt er ihm, ‚werde ich den Arbeitern mitteilen, was Sie inzwischen an Pajoks und Sondervergütungen erhalten haben!“* Der Offizier zeigte ihm eine lange Liste, und *„am nächsten Tag rechtfertigte er auch die zweite Demontage vor den Arbeitern“*.[8)]

Zu den sowjetischen Belohnungen für Willfährigkeit darf man es auch rechnen, daß die Spitzen der im Aufbau befindlichen *„Deutschen Demokratischen Republik“* trotz der sie umgebenden Not in Niederschönhausen bei Berlin wohlausgestattete Villen bewohnten. Leonhard nannte Pieck, Grotewohl, Ulbricht, Dahlem, Ackermann und andere, die damit vor Augen führten, wie sehr der Marxismus ihnen ein Mittel zu persönlichen Vorteilen, für persönliches Ausleben bedeutete.[9)]

Über weiter angewandte Verfahren zur Steigerung der Erzeugung wußte Leonhard zu berichten: Als Vorbild diente der russische Arbeiter Stachanow, der 1935 in einer Kohlengrube bei Stalino die Norm um 1400% übertroffen hatte. Genauso wurde nun in Deutschland verfahren: Nach gründlicher Erörterung des Vorhabens unter verschiedenen Gesichtspunkten gewann man den Arbeiter Adolf Hennecke im sächsischen Bergbaugebiet, der nach umfassenden Vorbereitungen und mit Helfern im Oktober 1948 380% des Tagessolls förderte. Seine Leistung galt als *„Ergebnis des sozialen Verantwortungs- und höchsten Pflichtbewußtseins“* gegenüber Partei, Klasse und Volk. Sie diente als allgemeines Vorbild.[10)]

8) Wolfgang Leonhard, *„Die Revolution entläßt ihre Kinder“*, Köln-Bln 1955, S. 496/7.
9) wie Ziff. 8, S. 494/5.
10) wie Ziff. 8, S. 525/7.

Einen Teil der Betriebe ihrer Besatzungszone bauten die Sowjets nicht ab, sondern wandelten sie in *„Sowjetische Aktien-Gesellschaften“* um, die sie für ihre eigenen Zwecke arbeiten ließen. Bis 1952 wuchs die Zahl der hier beschäftigten auf etwa 550.000 Arbeiter und Angestellte. Und erzeugten diese Betriebe 1947 Güter im Wert von 1,5 Milliarden Mark, so stieg das bis 1951 auf das Fünffache und betrug damit fast ein Drittel der ganzen Gütererzeugung in der DDR.[11)]

Im Jahr 1948 beendete die sowjetische Militärregierung die 1945 begonnene *„Entnazifizierung“* aller Offiziere der Wehrmacht, der Mitglieder der SA, SS, der NSDAP und der Gestapo. Sie hatte eine große Verhaftungswelle und die Verschleppung Unzähliger in die Sowjetunion gebracht. Abgesehen hiervon bedeutete diese *„Entnazifizierung“* schon dadurch ein übles Verbrechen, daß Untaten der Sieger an uns Deutschen, die doch um ein Vielfaches das übertrafen, was uns berechtigt vorgeworfen werden konnte, einfach übergangen wurden.[12)]

Allem derartigen gaben Äußerungen guten Rückhalt wie die Rede Grotewohls im September 1946 in Berlin vor Funktionären der SPD. Neben der anerkennenswerten Sorge um die Einheit Deutschlands und der Wiederholung von Bismarcks Klage über *„Mangel an Zivilcourage“*, die Grotewohl durch Hinweis auf *„verbreitete Knechtseligkeit“* im deutschen Volk ergänzte, neben vielleicht unumgänglichem Dank an die sowjetische Militärregierung für ungehindertes Gewährenlassen vertrat Grotewohl viel irreführendes. So, wenn er die *„deutsche Großindustrie und die NSDAP“* für schuldig am Krieg verurteilte, den Anteil anderer aber überging und die wichtigere Schuld an der Niederlage nicht gebührend erörterte; wenn er den *„Schrei nach Lebensraum“* als unberechtigt erklärte, ohne mit anderen Ländern Vergleiche anzustellen; wenn er Verzicht verlangte auf die *„Erbgüter“* der *„sogenannten Vaterlandsliebe des deutschen Bürgers“* und die *„ehrenvolle militärische Tradition“*.[13)] Und unter keinen Umständen durfte er eine *„Umerziehung“* des deutschen Volkes empfehlen, ohne sie auf seine eigene Partei zu beziehen.

Entsprechend klang es von der ersten Tagung 1949 der im Jahr 1946 aus KPD und SPD zusammengefügten *„Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“*, der *„SED“*: Diese Verschmelzung sei das *„bedeutsamste Ereignis in der jüngeren Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“*. Schwächen hätten zu Versuchen verleitet, *„die SED zu einer opportunistischen Partei*

11) wie Ziff. 6, S. 281.

12) *„SBZ von 1945-54“*, herausgeg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1956, S. 18, 68, 71, 211; F.J.P. Veale, *„Verschleierte Kriegsverbrechen“*, Wiesbdn 1959, S. 39/40.

13) Otto Grotewohl, *„Wo stehen wir, wohin gehen wir?“* Rede am 14. September 1945 vor den Funktionären der SPD Bln 1945. (Anm. M.K.: jeweils 1946.)

westlicher Prägung zu machen", wobei *„Spione und Agenten"* versuchten, *„innerhalb der SED antisowjetische und nationalistische Tendenzen zu erzeugen"*. Die SED sei jedoch auf dem Weg *„zu einer Partei neuen Typus, d.h. einer Kampfpartei des Marxismus-Leninismus"* zu werden. Ihre Grundlage sei der *„Demokratische Zentralismus"*, was die *„Wählbarkeit der Leitungen und Funktionäre und die Rechnungslegung der Gewählten vor den Mitgliedern"* bedeute. Sie sei *„vom Geist des Internationalismus durchdrungen"* und erkenne *„die führende Rolle der Sowjetunion"* und ihrer Kommunistischen Partei an.[14)]

Eine schöne Gelegenheit, die von Grotewohl angeprangerte *„Knechtseligkeit"* vorzuführen, bot Stalins 70. Geburtstag 1949. Da begrüßte der Parteivorstand der SED den *„teuren Freund"*, den *„genialen Steuermann der Sowjetunion"*, den *„großen Führer der Weltfriedensfront"* und *„besten Freund des deutschen Volkes"* als *„Fortsetzer und Vollender der unsterblichen Werke von Marx, Engels, Lenin"*, als *„tiefgründigen Forscher und kühnen Denker, der den Marxismus-Leninismus in seiner Reinheit verteidigt und durch neue Erkenntnisse bereichert und weiter entwickelt hat"* – und so fort in weiteren Lobhudeleien.[15)]

Walter Ulbricht äußerte sich auf dem Parteitag der SED 1952 in derselben Weise: *„Großen Dank der Sowjetunion"* dafür, daß sie *„die Möglichkeit gibt, die Ergebnisse der Sowjetwissenschaft auf allen Gebieten nicht nur zu studieren, sondern auch anzuwenden"*. Dies, nachdem die Sowjets – wie die westlichen Sieger auch – unermeßliche Beute an deutschen wissenschaftlichen Erkenntnissen, Erfindungen usw. heimgebracht hatte. Ulbricht ließ dazu noch die *„internationale Solidarität des Proletariats"*[16)] hochleben: Auch dies Speichelleckerei, weil die Sowjetunion schon längst zum natürlichen Nationalismus zurückgekehrt war und beispielsweise gegen Deutschland einen *„großen vaterländischen Krieg"* geführt hatte.[17)]

Während also die von Moskau berufenen, strebenden Funktionäre ihre Sprüche hersagten, liefen die Demontagen, die Entnahmen aus laufender Fertigung, die Zwangsverpflichtungen usw. auf hohen Touren. Nach gründlichen Berechnungen, die der Wirtschaftssenator G.W. Harmssen 1948 und 1951 veröffentlichte, erfolgten die Demontagen in zahlreichen Wellen. Bis 1948 wurden 45% der nach dem Krieg in der Sowjetzone vorhandenen Industrieanlagen abgebaut. Den Wert der Reparationsleistungen bis 1950

14) wie Ziff. 5, S. 443/5.
15) wie Ziff. 5, S. 483/6.
16) wie Ziff. 5, S. 487/8; *„Bilanz des Zweiten Weltkrieges"* herausgeg. von Gerhard Stalling Verlag Oldenbg-Hbg 1953, S. 257/62; G. W. Harmssen, *„Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard"* Bremen 1948, Heft 4, S. 55/8.
17) J. Stalin *„Über den großen vaterländischen Krieg der Sowjetunion"*, Moskau 1943; Georg von Rauch, *„Geschichte des bolschewistischen Rußland"* Fkft/M-Hbg 1963, S. 151, 232.

bezifferte Harmssen[18] auf fast 27 Milliarden Mark, berechnet zu den Preisen von 1944.[18] Unberücksichtigt blieb dabei der Wert der deutschen Patente, Herstellungsverfahren, die Arbeit der Kriegsgefangenen in Rußland usw. Als Folge der Ausbeutung sank die Versorgung der Bevölkerung nach Harmssen im Jahr 1946 auf nur 17% des Vorkriegsstandes.[19] Wer nicht zu den bevorzugten Genossen gehörte oder für die Sowjets arbeitete, aber doch leben wollte, war gezwungen, sich über die ungenügenden Zuteilungen hinaus durch Tausch, Schwarzhandel und dergleichen die nötigen Lebensmittel, Brennstoff, Bekleidung, Werkzeuge usw. zu beschaffen.

Die gleichzeitig von Marxisten gerne und wohl als Ablenkung oder Entschuldigung betriebene Herabsetzung alles Deutschen sei hier durch das Beispiel einer Schrift gezeigt, die 1954 als *„Hilfsmaterial für den Literaturunterricht an Ober- und Fachschulen“* unter Leitung von Klaus Gysi[20] erschien. Dieser, Sohn eines jüdischen Arztes, seit 1931 Mitglied der KPD, hatte 1933 Deutschland verlassen und war 1945 in die sowjetische Besatzungszone zurückgekehrt. Hier kam er schnell nach oben. Die genannte Schrift erklärte Heinrich Mann und Arnold Zweig zu *„Schriftstellern der Weltliteratur“*. Die große Leistung des ersteren sei die *„unbestechliche Darlegung der Hohlheit und Brüchigkeit der Gesellschaft seiner Zeit“* – des *„wilhelminischen Imperialismus, der Weimarer Republik und der faschistischen Diktatur“*. Die Frage, wie es Heinrich Mann möglich gewesen sei, *„über die dem kritischen Realismus eigene Aufgabe der Anklage und Entlarvung hinauszugehen“*, erhielt die Antwort: Weil er *„die fortgeschrittenste Gesellschaft unserer Zeit, die Sowjetunion, uneingeschränkt bejahte“*.[21]

Von Arnold Zweig behauptete die Schrift, er sei *„Humanist“* gewesen und habe leidenschaftlich den Militarismus bekämpft, *„der im Dienst des Imperialismus immer wieder den Frieden bedroht“*. In seinem Werk *„Der Streit um den Sergeanten Grischa“*, in dem er einen *„Generalquartiermeister“* – mit dem er Ludendorff meinte – mitschuldig werden ließ an einem *„Justizmord“*, habe er *„die machtlüsterne, feige und arrogante Haltung der hohen Militärs ... treffend schildert ... jene ostelbischen Junker und reichsfeudalen Kreise“*.[22]

---

18) G. W. Harmssen, *„Am Abend der Demontage“*, Bremen 1951, S. 25, 77/8; wie Ziff. 16, *„Harmssen“* S. 53.

19) wie Ziff. 18, *„Am Abend“*, S. 93, 151.

20) Zeitschrift *„Mensch und Maß“*, Pähl/Obbay., 23.1.1990, S. 86/7; *„Unabhängige Nachrichten“*, Bochum 4, Folge 1/90.

21) *„Heinrich Mann, Arnold Zweig“*, *„Hilfsmaterial für den Literaturunterricht an den Ober- und Fachschulen, herausgegeben vom Kollektiv für Literaturgeschichte im Volkseigenen Verlag Volk und Wissen, Leitung Klaus Gysi“*, Bln 1954, S. 7, 27.

22) wie Ziff. 21, S. 71, 86/7, 96.

Schlimme Beschwerden verursachte den Marxisten in Mitteldeutschland 1948 der Abfall Jugoslawiens unter dem Marschall Tito von Moskau. Dadurch bekam das Verlangen nach einem *„eigenen Weg zum Sozialismus“* Auftrieb. Für einen solchen konnte Lenin angeführt werden: *„Alle Völker werden zum Sozialismus gelangen, das ist unausbleiblich, aber sie werden dahin nicht auf ganz dem gleichen Weg gelangen, jedes wird dieser oder jener Form der Demokratie, dieser oder jener Abart der Diktatur des Proletariats, diesem oder jenem Tempo der sozialistischen Umgestaltung der verschiedenen Seiten des gesellschaftlichen Lebens seine Eigenart verleihen.“*[23)]

Da jedoch Stalin das jugoslawische Tun nicht anerkannte, verurteilte auch die SED solche Absichten:

„Der Parteivorstand stellt fest, daß auch in der SED falsche ‚Theorien' über einen ‚besonderen deutschen Weg' zum Sozialismus vorhanden sind … Der Versuch, einen solchen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus zu konstruieren, würde dazu führen, das große sozialistische Beispiel zu mißachten.“[24)]

Anders als in der sowjetischen Zone entwickelten sich die Verhältnisse im Westen. Zwar ermordeten die US-Amerikaner in ihren und in französischen Lagern an eine Million Kriegsgefangene durch Hunger, obwohl genug Lebensmittel vorhanden waren. Die Verantwortung dafür trug der Oberkommandierende der us-amerikanischen Truppen in Europa, General Eisenhower.[25)] Auch wurde dieser dafür nicht bestraft oder verworfen wie Ilja Ehrenburg in Sowjetrußland, sondern die dankbare Bevölkerung der USA wählte ihn 1952 zum Präsidenten. Und nach dem Plan des us-amerikanischen Finanzministers Henry Morgenthau jun. sollte Deutschland zu einer Ziegenweide gemacht werden.[26)]

So wurde auch in den westlichen Besatzungszonen gemordet, demontiert, entmilitarisiert, entnazifiziert, gelogen, gefälscht, gefoltert, erpreßt, gehungert, umerzogen usw.[27)] Aber im ganzen verlief die Besetzung ein wenig zurückhaltender. Am wenigsten gewalttätig verfuhren die Briten, sehr übel aber die französischen Truppen, die als Nutznießer der Erfolge der Großen eine Zone besetzen durften.

Doch gab das Anwachsen der sowjetischen Macht dann doch dem

23) wie Ziff. 5, S. 517.
24) wie Ziff. 8, S. 516.
25) wie Ziff. 4, *„Bacque“*, S. 15, 38, 66, 95/6, 184/5, 200/1.
26) *„Das Morgentau-Tagebuch“*, herausgeg. von Hermann Schild, Leoni 1970, S. 391/410.
27) Freda Utley, *„Kostspielige Rache“*, Hbg 1950; William H. Chamberlin, *„Amerikas zweiter Kreuzzug“*, Bonn 1952; Otto Koellreutter, *„Das Wesen der Spruchkammern und der durch sie durchgeführten Entnazifizierung“*, Gött 1954; Gerhard Brennecke, *„Die Nürnberger Geschichtsentstellung“*, Tüb 1970.

Gedanken das Übergewicht, Deutschland als *„Bollwerk gegen Rußland“*[28] am Leben zu lassen. Diese Abschwächung westlicher Vernichtungsabsichten kündigte der us-amerikanische Außenminister Byrnes[29] 1946 in einer Rede in Stuttgart an, doch dauerte es dann noch fast zwei Jahre, bis die Änderung der Absichten im *„Marshall-Plan“* greifbare Formen annahm, der wirtschaftliche Hilfen für die Westzonen Deutschlands vorsah.

Hier begann ein langsam einsetzender, sich beschleunigender Aufstieg in den Lebensverhältnissen. Der Wirtschaftsminister Ludwig Erhard[30] erwarb sich das Verdienst, 1948 zunächst ohne Zustimmung der Besatzungsmächte die Bewirtschaftung aufzuheben und damit der in uns Deutschen so mächtigen Selbstständigkeit freie Bahn zu schaffen. So vermochte ein jeder mit dem Wiederaufbau beginnen, wo er stand und wie er konnte. Immer mehr blieben die Lebensverhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone hinter den westlichen Zonen zurück.

28) wie Ziff. 26, S. 330; Karl von Unruh, *„Warum Wiedervereinigung?“*, Pähl/Obbay. 1962; wie Ziff. 4, *„Bacque“*, S. 176.

29) Michael Balfour, *„Viermächte-Kontrolle in Deutschland 1945-46“*, Düsseldf 1959, S. 216/9; Harry S. Truman, *„Memoiren“*, Stgt 1956, Bd. II, S. 119/29.

30) Ludwig Erhard, *„Wohlstand für alle“*, Düsseldf 1957, S. 21/4.

X.

Aufstand der Arbeiter und Mauerbau

In den Jahren 1952 bis 1955 äußerte Stalin und nach ihm Malenkow die Bereitschaft zur Vereinigung von Mittel- und Westdeutschland, um dessen Eingliederung in ein westliches Militärbündnis zu verhindern. In Westdeutschland hatten die Sieger ihre Zonen zusammengelegt und diese Gebilde 1949 *„Bundesrepublik Deutschland“*[1] benannt. Diese sollte aufgerüstet und dem westlichen Militärbündnis eingegliedert werden.

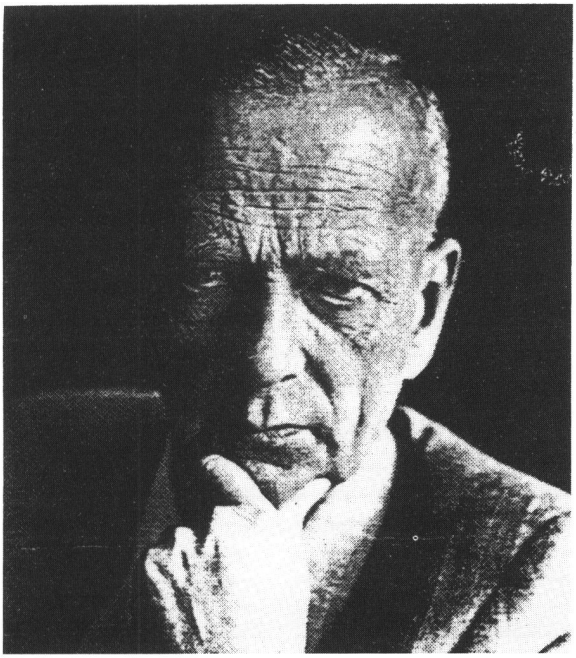
An ihre Spitze gelangte Dr. Konrad Adenauer. Als Oberbürgermeister von Köln und *„Separatist“* hatte er nach dem Ersten Weltkrieg die Abtrennung des Rheinlandes von Preußen betrieben.[2] 1933 aus seinem Amt entfernt, setzten ihn die US-Amerikaner 1945 wieder in seine alte Stellung ein. Die ihnen als Besatzer folgenden Engländer entließen ihn wegen *„Unfähigkeit“*.[3] Über die sich bildende *„Christlich-demokratische Union“* und Wahlen gelangte er wieder in die Politik.

Adenauer verkörperte das gebrochene Staatsverhältnis, das der Schriftsteller Ernst-Wolfgang Böckenförde 1960 in der katholischen Zeitschrift *„Hochland“*[4] als Kennzeichen deutscher Katholiken beschrieb. Dementsprechend vertrat Adenauer die Reichsfeindlichkeit *„ultramontaner“* Katholiken, deren Ursache Bismarck in der protestantischen Mehrheit und dem protestantischen Kaiserhaus des Deutschen Reiches sah.[5] Da diese Reichsfeindlichkeit weitgehend der Staatsfeindlichkeit des Marxismus entsprach, verband sie sich trotz sonstiger Gegensätze gelegentlich ohne Hemmungen mit diesem, wenn es gegen das Reich ging.[6]

Nun allerdings stand der Führer der SPD, Dr. Kurt Schumacher, in unüberbrückbarem Gegensatz zu Adenauer. In einem protestantischen Bürgerhaus in Kulm in Westpreußen geboren, erfüllte ihn das entschiedenere Nationalgefühl des Grenzdeutschen. So war es selbstverständlich gewesen, daß er sich bei Kriegsausbruch 1914 freiwillig meldete. Er verlor einen Arm und wandte sich nach seiner Ausheilung dem Studium der Rechtswissen-

1) Paul Sethe, *„Zwischen Bonn und Moskau“*, Fkft/M 1956.
2) Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte – Adenauer-Studien III, Mainz 1974, S. 220; J. A. Dorten, *„La Tragédie Rhénane“*, Paris 1945, S. 42, 44, 45, 46, 49, 51, 53, 55.
3) Paul Weymar, *„Konrad Adenauer“*, Mü 1955, S. 265, 282, 286, 302.
4) Ernst-Wolfgang Böckenförde, *„Der deutsche Katholizismus im Jahr 1933“*, in der Zeitschrift *„Hochland“*, Jahrgang 1960/61, Mü/Kempten, S. 232/3.
5) Bismarck, *„Die gesammelten Werke“*, Bd. VIII, Bln 1926, S. 349; Bd. XI, Bln 1929, S. 216, 251.
6) wie Ziff. 5, Bd. VI, III, Bln 1935, S. 32/3; Bd. XI, Bln 1929, S. 298, 364; Bd. XIII, Bln 1930, S. 234, 238/9, 270.

schaft und Nationalökonomie zu. 1920 stellte ihn die sozialdemokratische Parteizeitung in Stuttgart ein, 1930 bis 1933 gehörte er dem Reichstag als Abgeordneter der SPD an. Er war ein Gegner Brünings. Im Dritten Reich wurde er die meiste Zeit im Kz gefangengehalten. Nach dem Krieg gehörte er zu den Gründern einer neuen SPD, deren Vorsitz er übernahm.[7)]



Kurt Schumacher, nach 1945 Mitbegründer und bis zu seinem Tode 1952 Vorsitzender der erneuerten SPD. Obwohl von 1933-45 im KZ, war er in seiner Verbundenheit mit Volk und Staat nicht schwankend geworden und konnte daher die ultramontane Politik Adenauers, aber auch nicht das anerkennen, was in Mitteldeutschland geschah.

Als Kennzeichen seiner Haltung darf seine Ablehnung der KPD als Werkzeug einer ausländischen Macht gelten; ebenso seine Ablehnung der *„unwiderstehlichen Unterschreibewut"* westdeutscher Politiker, sobald *„ein alliiertes Papier sichtbar"* werde; und endlich auch sein Vorwurf gegen Adenauer, nur ein *„Bundeskanzler der Alliierten"* zu sein.[8)] Schumacher hatte

7) Fried Wesemann, *„Kurt Schumacher"*, Fkft/M 1952, S. 9/17, 28/30, 38/49, 57/63.
8) *„Kurt Schumacher – Reden und Schriften"*, herausgeg. von Arno Scholz und Walther G. Oschilewski, Bln 1962, S. 56/7, 59, 263, 351 usw.; wie Ziff. 11, S. 188.

nichts von einem Schwärmer oder Streber an sich. Das trennte ihn viel mehr vom Marxismus, als ihm selbst bewußt wurde. Es bedeutete einen schweren Verlust, als er am 20. August 1952 starb.

So konnte sich Adenauer weniger gehemmt darum bemühen, die sowjetischen Angebote auf Wiedervereinigung zu hintertreiben. Sie hätten zwar Mitteldeutschland die Erlösung vom Marxismus gebracht, aber erneut zu einer nichtkatholischen Mehrheit geführt. Im britischen Außenministerium ließ Adenauer also 1955 ausrichten: Auch wenn die Sowjets freie Wahlen und völlige Handlungsfreiheit der deutschen Regierung zusicherten, sei er gegen eine Wiedervereinigung, weil er *„kein Vertrauen zum deutschen Volk“* habe. Das begründete er völlig widersinnig: Eine zukünftige deutsche Regierung könnte sich *„zu Lasten Deutschlands“* mit Rußland verständigen. Deshalb sei ihm die Eingliederung Deutschlands in den Westen wichtiger als die Wiedervereinigung.[9)]

Der Schriftsteller Dr. Paul Sethe, der den Vorgang ausführlich beschrieb, klagte das westdeutsche Bürgertum an, *„blind im Rausch des scheinbaren Aufstiegs, im festen Vertrauen auf die militärische Freundschaft mit den Amerikanern, die das Werk der Wiedervereinigung auch ohne Zugeständnisse an die Russen zustande bringen würden, verblendet von Stolz und Weltfremdheit“*, im Verein mit dem us-amerikanischen Außenminister John Foster Dulles das Tauschgeschäft abgelehnt zu haben.[10)] Mochten sich hier auch üble deutsche Schwächen ausgewirkt haben, so machte das Verhalten der Sowjets in Mitteldeutschland es doch leicht, ihre Angebote zu übergehen. Außerdem fehlten ihnen Zusagen über die Rückgabe der unter sowjetischer und polnischer Verwaltung stehenden Ostgebiete, durch die Millionen Vertriebener gewonnen werden konnten.

Das Scheitern der sowjetischen Angebote entsprach nicht nur dem Wunsch Adenauers, sondern auch dem Ulbrichts, obwohl die SED ständig die *„Einheit“* Deutschlands verlangte.[11)] Dieser Sachverhalt ließ sich so deutlich erkennen, daß der Verfasser der vorliegenden Studie 1957 anläßlich der Bundestagswahl in einer Tageszeitung die Wähler aufforderte: *„Adenauer und Ulbricht, CDU und SED – beide bedingen einander, stützen sich auf einander, begründen einander. Stören wir dieses unerfreuliche Gleichgewicht.*

9) Josef Foschepoth in *„Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt“*, Hann 1986, 16. März, S. 22, *„Dreigeteilt? Ja, bitte!“* und 23. März, S. 7, *„Experimente – Nein danke!“*

10) Paul Sethe, *„Zwischen Bonn und Moskau“*, Fkft/M 1956; ders. in der Zeitschrift *„Stern“*, Hbg, *„Eine Sphinx ist Walter Ulbricht nicht“*, Heft 10, 2./8. März 1965, S. 20; Roscoe Drummond/Gaston Coblentz, *„Duell am Abgrund“*, Köln/Bln 1961, S. 93, 173, 247/8.

11) Wolfgang Leonhard, *„Die Revolution entläßt ihre Kinder“*, Köln/Bln 1955, S. 460; Hermann Weber, *„Der deutsche Kommunismus“*, Köln/Bln 1963, S. 438, 447, 462, 463, 467 usw.

Bringen wir den einen zu Fall, damit der andere falle!"[12] Aber die westdeutschen Wähler mit ihrer Gleichgültigkeit gegen die großen und bedeutenden Dinge wählten – wie schon vorher – Adenauer.

Die Mißwirtschaft in Mitteldeutschland konnte also andauern. Erfolgte die Enteignung und Verstaatlichung entsprechend dem marxistischen Vorwurf, alle Unternehmer, Kapitalisten, Junker, Feudalherren usw. seien nur Schmarotzer, die von dem Mehrwert lebten, um den sie ihre Arbeiter betrogen, so erwies sich nun, daß sie bei aller ihrer Beschränktheit doch eifrig gearbeitet und die Wirtschaft unentwegt angetrieben hatten. Auch schaltete die Enteignung und Verstaatlichung unsere meist schädlich auftretende Neigung zu Selbständigkeit bis hin zur Eigenbrödelei aus, die eine lediglich gezügelte und von großen Gesichtspunkten beeinflußte Wirtschaft imstande war, zum Wohle des Ganzen arbeiten zu lassen.

Einige verläßliche Angaben über diese Verirrung verdanken wir einem Fritz Schenk, der sie 1962 in einem Buch niederlegte. Er war als Sohn einer sozialdemokratisch gesinnten Familie in Sachsen noch nicht 16-jährig 1945 der SPD beigetreten, lernte Schriftsetzer und gelangte durch fachliche Tüchtigkeit und politische Wendigkeit schließlich in das Vorzimmer des Planungschefs der DDR-Wirtschaft Bruno Leuschner. Dieser stammte selbst aus einer Arbeiterfamilie und hatte seit 1931 der KPD angehört. Schenk arbeitete fünf Jahre unter ihm und beschrieb nach seiner Flucht in den Westen die Aufgabe der Plankommission: *„Vorausschauend festlegen, wie sich auf Grund unserer politischen Zielsetzung die Wirtschaft entwickeln soll."*[13]

Die Parteifunktionäre im Betriebs- und Wirtschaftsleben beurteilte er als *„Fremdkörper"*, die hemmend wirkten. Und wenn er von einem Mitarbeiter erzählte[14], dieser habe – wie in der Partei üblich – die Antwort auf wirtschaftliche Fragen bei Marx gesucht, wo er sie nicht fand, so gibt das eine Vorstellung von der hemmenden Wirkung dieser Fremdkörper, die es nie über sich gebracht hätten, bei den erfolgreichen Wirtschaftsführern des Dritten Reiches nachzulesen.

Als eine weitere Ursache der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der DDR führte Schenk das Bestreben an, *„alle Zweige der Wirtschaft aufzubauen, also auch eine Schwerindustrie"*, statt sich auf Gebiete zu beschränken, auf denen die günstigsten Voraussetzungen bestanden. Diese letzte Forderung stellte der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow[15] höchst berechtigt, weil es für die darüber hinaus gehenden Absichten viel zu früh war. Alleine die Mißgriffe ließen sie nicht zu, für die das Beispiel stehen

12) Kurt Martens, *„Adenauer nützte die politischen Chancen nicht"* in der Tageszeitung *„Neue Presse"*, Coburg 14. Sept. 1957, S. 11.
13) Fritz Schenk, *„Im Vorzimmer der Diktatur"*, Köln-Bln 1962, S. 11/2, 110/3, 127.
14) wie Ziff. 13, S. 27, 187/8, 290.
15) wie Ziff. 13, S. 258/61.

mag, das Schenk gab: Die Umstellung einer Fabrik für kleinere landwirtschaftliche Geräte in ein Traktorenwerk, obwohl weder Gebäude, noch Maschinen oder Erfahrungen vorhanden waren.[16)]

An Unverfrorenheit mangelte es den Machthabern in der DDR nie: Hier wurde 1983 auf einer Tagung von Gewerkschaftlern Marx zur letzten Wahrheit erhoben.

So konnte die 1952 beschlossene Beschleunigung des *„Sozialistischen Aufbaues"* nur die Lage verschlechtern. Dementsprechend beantwortete die Führung der Sowjetunion die Ersuchen der DDR um wirtschaftliche Hilfe im April und dann nochmals anfangs Juni 1953 mit der Mahnung, den scharfen und rücksichtslosen Kurs zu mildern.[17)] Natürlich vergeblich angesichts der zur Macht gekommenen kleinen Leute, die – anders als Bismarck – sich nicht mäßigen wollten.[18)]

16) wie Ziff. 13, S. 273/5.
17) Carola Stern, *„Porträt einer bolschewistischen Partei"*, Köln 1957, S. 146/55; *„SBZ von 1945 bis 1954"*, hrg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1956, S. 239, 251.
18) wie Ziff. 5, Bd. VII, Bln 1924, S. 140; Bd. IX, Bln 1926, S. 135, 162, 195; Bd. XII, Bln

Zwar verkündete die Regierung der DDR einen *„Neuen Kurs“*, gab begangene Fehler zu und hob Beschränkungen auf, verfügte aber eine Erhöhung der Arbeitsnormen um etwa 10%. Das löste eine Revolution aus, wie sie vom Marxismus gerne verherrlicht wurde, wenn sie bei anderen Gelegenheiten aufgetreten war. Von Berlin ausgehend und vom Westberliner Rundfunk angeregt verbreiteten sich am 17. Juni 1953 Aufruhr und Streik über die ganze Zone. Tausende forderten in Sprechchören *„Freiheit, Recht und Brot!“*, *„Freie Wahlen!“* usw. Als die deutsche Polizei nicht ausreichte, setzten die Sowjets Truppen mit Panzern ein, die den Aufstand blutig niederschlugen.[19)]

Trotz der geübten Zurückhaltung im Waffengebrauch gab es Tote und Verletzte: Nach einer Erklärung der DDR-Regierung wurden 4 Volkspolizisten und 21 Zivilisten getötet, 191 Volkspolizisten und 167 Zivilisten verwundet. Diese Zahlen erachtete das westdeutsche Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen als zu gering. Es wies außerdem auf standrechtliche Erschießungen und wegen Gehorsamsverweigerung hingerichtete Volkspolizisten und Rotarmisten hin. Dazu kam eine Unzahl von Verhaftungen durch die Polizei der DDR.[20)]

Mitglieder von Regierung und Partei, die sich während der Unruhen in allerlei Schlupfwinkel verkrochen hatten – Ulbricht beispielsweise hatte die kritischen Stunden außerhalb Berlins verbracht – kamen nun wieder hervor. Grotewohl erklärte den Aufstand, ähnlich wie später Ulbricht, als *„provokatorischen Aufruhr, angezettelt von den im Dienst der monopolkapitalistischen Ami-Gangster stehenden Westberliner Reuter-Söldlinge“*.[21)] Das letzte richtete sich gegen den Westberliner Oberbürgermeister Ernst Reuter.

Selbst die aus dem Russischen übersetzte, sich sachlich gebende *„Geschichte der neuesten Zeit“* wiederholte noch 1961 die plumpe Lüge:

„Am 17. Juni 1953 drangen von der Bonner Regierung und den amerikanischen Mächten bezahlte Banden von Agenten, Mördern, Spionen und Provokateuren, die im amerikanischen Sektor von Berlin konzentriert waren, in den demokratischen Sektor der Stadt ein … Durch die energischen Maßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Unterstützung der Sowjetunion wurde die faschistische Provokation in Berlin niedergeschlagen.“[22)]

1929, S. 438, 579; Bd. XV, Bln 1932, S. 273, 277/8.

19) Curt Riess, *„Der 17. Juni“*, Bln 1954, S. 32, 35/8, 50, 113, 116, 121/2,160 usw; *„SBZ von A bis Z“*, herausgeg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1958, S. 150/1.

20) wie Ziff. 19, *„Riess“*, S. 101, 113, 219/20, 239; wie Ziff. 19, *„A-Z“* S. 151.

21) wie Ziff. 19, *„Riess“*, S. 43, 108, 227/9; Carola Stern, *„Ulbricht“*, Köln-Bln 1963, S. 177/8.

22) *„Geschichte der neuesten Zeit“*, Teil II/I, verfaßt in Gemeinschaftsarbeit unter Leitung von

Walter Ulbricht, entschiedener Marxist. Als Erster Sektretär des ZK der SED, Vorsitzender des Staatsrates usw. erster Mann der DDR und Stalins gröbster und folgenreichster Fehler.

Immerhin brachte der schon vor dem Aufstand eingeleitete *„Neue Kurs"* Erleichterungen: Die Erhöhung der Normen unterblieb, die Sowjetunion lieferte auf Kredit Lebensmittel, die Betriebe der *„Sowjetischen Aktiengesellschaften"* durften für 3,5 Milliarden Mark zurückgekauft werden, die Sowjetunion verzichtete auf weitere Reparation usw. Auch erfolgten eine Reihe von Schuldbekenntnissen wie das der Gewerkschaft *„Unterricht und Erziehung"*: Die Lehrer *„verurteilen die Überfüllung der Stoffpläne, die*

N. I. Somin, A. M. Dubinski und S. A. Samyslowa, Bln 1961, S. 153.

ihnen aufgezwungene Überhastung im Arbeitstempo, die ‚Überproduktion' an Verordnungen …". Oder das der Parteiführung: Es sei richtig, Deutschland auf den Weg der Sozialisierung geführt zu haben, lediglich die allzu *„beschleunigte Lösung"* der Aufgabe sei falsch gewesen; usw. Auch sollte die Erzeugung von Gebrauchsgütern erhöht werden.[23)]

Auf der anderen Seite mußten sich zahllose Menschen wegen Teilnahme an Streiks, Aufmärschen, oder wegen abfälligen Äußerungen verantworten. Als die USA die Gelegenheit ausnutzten und in Westberlin unentgeltlich Lebensmittelpakete ausgaben, wußte sich die Regierung der DDR nicht anders zu helfen, als die Annahme solcher Pakete unter Strafe zu stellen.[24)] Vor allem aber: Die Hauptverantwortlichen für die Verhältnisse: Ulbricht, Pieck, Grotewohl samt ihrem Anhang blieben ungeschoren.

Auch ein bemerkenswerter Vortrag von Fred Oelsner über die *„Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus"*, der 1955 gehalten und dann wiederholt gedruckt wurde, vermochte nicht ohne grobe Lügen auszukommen und ließ gründliche Einsichten vermissen. Oelsner war 1903 als Sohn eines Parteisekretärs der SPD geboren und 1920 der KPD beigetreten. Er hatte sich schreibend in der kommunistischen Presse betätigt. Ab 1926 studierte er und lehrte dann in der Sowjetunion Politökonomie. 1932 in Deutschland, kehrte er 1933 wieder in die Sowjetunion zurück. 1945 brachten die Sowjets auch ihn in ihre Besatzungszone. Hier nahm er eine hohe Stellung ein, stürzte aber 1958 als Mitglied einer Gruppe, welche die politische Linie der Partei ändern wollte.[25)]

In seinem Vortrag 1955 ging Oelsner von Marx und Engels aus als den *„größten Söhnen der deutschen Nation"*, die mit ihrer *„wahrhaft wissenschaftlichen politischen Ökonomie auch die objektive historische Notwendigkeit der Übergangsperiode"* begründet hätten. Nur in der DDR sei diese Aufgabe in Angriff genommen. Weiter behauptete Oelsner eine *„zunehmende Verelendung der westdeutschen Bauernschaft"*, eine *„elende Lage der Intellektuellen"* und eine *„sich verschlechternde Lage aller arbeitenden Schichten in Westdeutschland"*, der er den *„wachsenden Wohlstand der Werktätigen"* in der DDR gegenüberstellte. Das betonte er durch Wiederholung und erklärte u.a.: *„genaue Kalkulation der Produktionskosten"* sei die Voraussetzung für Rentabilität, Rechnungslegung und Kontrolle. Die Anwendung des *„ökonomischen Gesetzes des Sozialismus"* der *„Verteilung nach Arbeitsleistung"* habe im *„volkseigenen Sektor"* der Wirtschaft die *„Ausbeutung des Menschen durch den Menschen"*

23) wie Ziff. 17, *„SBZ"*, S. 255, 260/5, 285; wie Ziff. 19, *„SBZ"*, S. 262.
24) wie Ziff. 19, *„Riess"*, S. 234/5; wie Ziff. 17, *„SBZ"*, S. 264, 266, 273; wie Ziff. 21, *„Stern"*, S. 182.
25) Carola Stern, *„Die SED"*, Köln 1954, S. 69/70; wie Ziff. 21, *„Ulbricht"* S. 204.

beseitigt. Oelsner bedauerte die häufig *„unsinnigen Meßwerte“* in der Wirtschaft und daß die Erörterung ökonomischer Fragen ungenügend geblieben sei.[26)]

Im Jahr 1961 mußte die Regierung der DDR eine Grenzsperre durch ganz Deutschland errichten lassen, um die Flucht nach Westen zu unterbinden. Das Bild zeigt den Beginn des Baues einer Mauer durch Berlin.

Aber weder wissenschaftlich verbrämte Herabsetzungen westlicher Verhältnisse noch kleine Besserungen der Lebensverhältnisse in der DDR, weder plumpe Lügen noch harte Strafen vermochten die Flucht von durchschnittlich 200.000 Menschen einzudämmen, die jährlich dem *„Staat der Arbeiter und Bauern“*, wie sich die DDR selbst nannte, den Rücken kehrten, um im Westen bessere Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu finden. Dabei verließen wohl viele Unzufriedene die DDR, aber es gingen dabei auch so viele Begabungen, Fachleute usw. verloren, daß sich die ohnehin vorhandenen Schwierigkeiten in Wirtschaft und Verwaltung noch unerträglich erhöhten. So trennten denn Truppen und Bauarbeiter der DDR am 13. August 1961 Mitteldeutschland mittels einer Mauer durch Berlin und Sperranlagen an der Grenze von Westdeutschland ab, deren Kosten allerdings

26) Fred Oelsner, *„Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik“*, Ostbln 1956, S. 5, 18, 22/3, 47, 50, 60, 89.

in die Milliarden gingen und Zehntausende von Männern zur Bewachung erforderten.[27)]

Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow, der gegenüber dem westdeutschen Botschafter Hans Kroll zugab, den Befehl zum Mauerbau erteilt zu haben, begründete das damit, daß sonst die Wirtschaft der DDR zusammengebrochen wäre. Die SED allerdings verteidigte die Maßnahmen damit, sie dienten dazu, den *„Frieden in Deutschland und Europa zu bewahren“*.[28)] Und Erich Honnecker, seit 1926 Angehöriger kommunistischer Organisationen im Saargebiet, nach 1945 führend in der Jugendorganisation *„Freie Deutsche Jugend“* der DDR, der nun den Bau der Mauer leitete, erläuterte den eingesetzten Kampfgruppen der Betriebe und den Polizei- und Armeekräften: Die *„herrschenden Kreise in der BRD“* hätten sich angeschickt, *„durch eine Aggression den sozialistischen deutschen Staat zu liquidieren“*. Die Maßnahmen seien notwendig geworden, *„um den Wirtschaftskrieg des Imperialismus zum ‚Ausbluten' der DDR ein Ende zu setzen und den geplanten Überfall zu vereiteln“*.[29)]

Daran konnte als berechtigt nur die Befürchtung gelten, die DDR werde *„ausbluten“*, weil ständig vor allem junge Leute in großer Zahl nach Westen abwanderten. Dessen Lebensverhältnisse gewannen, nachdem Morgenthaus Plan weniger als Richtlinie der Politik dienen sollte, welche die USA in den Westzonen verfolgte, einen wachsenden Vorsprung vor denen der sowjetischen Besatzungszone. Hatte allerdings der Professor Erhard eine Wirtschaftsordnung durchgesetzt, die Selbständigkeit und Schaffensdrang, aber auch Eigennutz und Gewinnstreben des Einzelnen freien Raum gab, die völlig zerstörte Ordnung ersetzte und einen schnellen Aufstieg aus dem Zusammenbruch brachte, so sah er sich bald veranlaßt, zur Rückkehr zu *„Maß und Besinnung“*, zum *„Maßhalten als volkswirtschaftlichem Gebot“* zu mahnen. Er hielt sogar die Frage berechtigt, *„ob es noch immer richtig und nützlich ist, mehr Güter, mehr materiellen Wohlstand zu erzeugen oder ob es nicht sinnvoller ist, unter Verzichtleistung auf diesen ‚Fortschritt' mehr Freiheit, mehr Besinnung, mehr Muße und mehr Erholung zu gewinnen?“*[30)]

Erhards Mahnungen fanden keine Beachtung, so daß von Mitteldeutschland her gesehen die Westzonen als Land des unbegrenzten *„Wirtschafts-*

---

27) Zeitschrift *„Der Spiegel“*, Hbg 1961, Folge 33 S. 11/4; Hanns-Heinz Gatow, *„Vertuschte SED-Verbrechen“*, Berg am See 1990, S. 156.

28) Hanns Kroll, *„Lebenserinnerungen eines Botschafters“*, Köln-Bln 1967, S. 512; wie Ziff. 27, *„Gatow“*, S. 141.

29) *„Erich Honecker“*, herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Ostbln 1978, S. 7/34, 98, 106.

30) Anton Zischka, *„War es ein Wunder?“*, Gütersloh 1966/68, S. 550/3; Ludwig Erhard, *„Wohlstand für alle“*, Düsseldf 1957, S. 368; 245; *„Frankfurter Allgemeine Zeitung“*, 6. Dezember 1966, S. 11/2.

wunders“ erschien. Hinzu kam, daß in Westdeutschland trotz der vorangegangenen *„Entnazifizierung“* mit ihren schmutzigen Begleiterscheinungen und schlechten Folgen ein geringerer politischer Druck herrschte. Daß aber der Bundeskanzler Dr. Adenauer auf die Frage Erhards, ob er denn das *„ganze deutsche Volk und seine Interessenvertreter für korrupt“* halte, mit der Gegenfrage antwortete, *„ob Erhard etwa glaube, daß das anders sei?“*[31] – derartiges nahm man in Mitteldeutschland nicht wahr. Vielleicht hielt man es auch für einen annehmbaren Zustand. Denn Korruption stellte eine Form der Streberhaftigkeit dar, die als *„Vorwärtskommen um jeden Preis“* zu unserer *„Volkskrankheit“* geworden war.

XI.

Die neue „ausbeuterische und regierende Klasse“

In der DDR hatte in den fünfziger Jahren die Ausbeutung durch die Sowjetunion und deren Beeinflussung der inneren Verhältnisse der DDR allmählich abgenommen. Dazu erreichte die Warenerzeugung trotz aller Schwierigkeiten eine beachtliche Höhe. Nach westdeutschen Angaben betrug 1956 die Erzeugung in der chemischen Industrie der DDR 6,9 Milliarden Mark, in der Textilindustrie 5,2, im Maschinenbau 4,9, in der Metallurgie und im Fahrzeugbau je 3,1, in der Elektroindustrie 2,8, im Bergbau 2,4 und in der Bekleidungsindustrie 1,4 Milliarden Mark zu *„unveränderlichen Planpreisen“*. Die Einfuhr stieg von 1,022 Milliarden 1950 auf 3,510 Milliarden 1958, die Ausfuhr in diesem Zeitraum von 0,816 auf 3,729 Milliarden.[1] Allerdings verzeichnete die Statistik der DDR für die Jahre um 1960 einen erheblichen Rückgang der Erzeugung von Getreide und Kartoffeln, behauptete aber eine Zunahme von Schlachtvieh.[2]

Die Sperrung der Grenzen gegen den Westen ergab also eine im Ganzen annehmbare Lage für diejenigen, die sich in den vergangenen Jahren zu den leitenden Stellen hinaufgeschwungen hatten. Sie konnten nun ziemlich ungestört die Fähigkeiten der Arbeiterklasse beweisen und das aufbauen, was diese angeblich von jeher mit heißem Herzen ersehnt hatte.

---

31) Zeitschrift *„Neue Politik“*, Hbg, Nr. 30, 29. Juli 1961, S. 12.

1) *„SBZ von A-Z“* herausgeg. vom Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1958, S. 139, 237; *„Wirtschaftszahlen aus der SBZ“*, bearb. von Hellmuth Kalus, Bonn 1960, S. 91.

2) *„Statistisches Taschenbuch der DDR“* Ostbln 1990, S. 84/88.

Aus den zur Macht Aufgestiegenen hatte sich eine neue Klasse gebildet. Das stand zwar im Widerspruch zu marxistischen Voraussagen: mit der Aufhebung der kapitalistischen Wirtschaftsweise werde das Proletariat die *„Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, der Klassen überhaupt und damit seine eigene Herrschaft als Klasse“* aufheben; der *„Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse“* sei *„kein Kampf für Klassenvorrechte und Monopole“*, sondern für die *„Vernichtung der Klassenherrschaft“*[3]; usw. Aber die Fehlerhaftigkeit solcher Behauptungen leugnete selbst Fred Oelßner nicht als Mitglied des Politbüros der SED in der obersten Führung, außerdem Inhaber zahlreicher Ämter.

Ölßner trug 1955 auf einer Sitzung des Institutes für Wirtschaftswissenschaften vor:

„Die Arbeiterklasse der DDR ist nicht mehr das alte Proletariat im klassischen Sinne. Sie ist weder eigentumslos, noch unterdrückt und zum größten Teil nicht mehr ausgebeutet. Die Arbeiterklasse ist zur führenden Kraft der Gesellschaft, zur herrschenden Klasse geworden. Sie hat Anteil am gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln. Mit ihrer sozialökonomischen Lage ändert sich auch ihr Bewußtsein. Sie bekommt eine andere Einstellung zum sozialistischen Eigentum und zur Arbeit. Aus einer lästigen Notwendigkeit und Qual wird die Arbeit zu einer Sache der Ehre und des Ruhms.“[4]

Erheblich nüchterner beschrieb den Vorgang der hervorragende jugoslawische Kommunist und Mitstreiter Titos, Milovan Djilas, im Jahr 1957: In den kommunistischen Staaten sei eine *„neue ausbeuterische und regierende Klasse aus der ausgebeuteten Klasse“* entstanden. Ihr Kern bestehe aus dem Teil der Bürokratie, der *„nichts mit der reinen Verwaltungsarbeit zu tun“* habe: aus der *„politischen, der Partei-Bürokratie“*. Indem diese neue Klasse alles unterdrücke, was ihrer Selbstsucht nicht förderlich sei, habe sie *„sich selbst zur Niederlage und zu schmachvollem Untergang verurteilt“*.[5]

Ein Kennzeichen dieser neuen Klasse wurzelte in ihrer Entstehung aus Hilfswilligen bei der Ausbeutung Mitteldeutschlands. Diese wirkte als *„Gegenauslese“*, indem sie diejenigen fern hielt, deren gute geistige Anlagen das beurteilen konnten und deren klare Grundeinstellung sie an einer Beteiligung hinderte.

Um so leichter fiel eine Beteiligung an der Ausbeutung Mitteldeutschlands den Strebern und Schwärmern, die ihre Verpflichtung gegen die eigene

3) Karl Marx und Friedrich Engels, *„Ausgewählte Schriften“*, Ostbln 1963, Bd. I, S. 43, 360, 536.

4) Fred Oelßner, *„Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR“*, Ostbln 1956, S. 38.

5) Milovan Djilas, *„Die neue Klasse“*, Mü 1957, S. 54/5, 82.

Art, gegen das eigene Volk nicht erkennen können oder nicht anerkennen wollen, weil sie *„um jeden Preis“* vorankommen oder ihre Schwärmerei durchzusetzen trachten.[6] Diese Art hatte im deutschen Marxismus, wie wir schon sahen, einen günstigen Nährboden gefunden. Für die Sowjets bedeutete es also eine Bequemlichkeit, sich bei der Ausbeutung Mitteldeutschlands ihrer zu bedienen. Da sich aus ihnen die neue Klasse bildete, war eines ihrer hervorragenden Merkmale charakterloses Strebertum, oft mit wirklichkeitsfremder Schwärmerei vermischt oder durch sie verschleiert.

Ein anderes Kennzeichen der neuen Klasse in der DDR entsprang der Herkunft ihrer Angehörigen aus kleinen Verhältnissen, aus dem Proletariat, das neben einer kleinen Zahl von Intellektuellen und Geldleuten die Masse der Marxisten gestellt hatte. Hinzu kam, daß die Rote Armee bei ihrem Einmarsch in Deutschland viele Unternehmer und Adlige ermordet hatte. So kamen in der sowjetischen Besatzungszone vorwiegend kleine Leute nach oben, die gleiche nach sich zogen. Um dieser Herrschaft kleiner Leute Dauer zu geben, sollten *„Arbeiter- und Bauernkinder“* in der schulischen und außerschulischen Erziehung besonders *„befähigt“* werden, *„Führungsfunktionen übernehmen zu können“*. Die Kinder aus *„besseren“* Familien erfuhren vielfache Benachteiligungen.[7]

Das beruhte auf der Auffassung, alle Menschen seien gleich und lediglich Umwelteinflüsse riefen Unterschiede hervor. Selbst der kritische Professor für physikalische Chemie in Ostberlin, Robert Havemann, hielt es für *„Unsinn“*, daß *„zumindest die Anlage zu geistigen Fähigkeiten, zu Intelligenz und Charakter, dem Menschen angeboren ist“*.[8] Das mochte kleinen Leuten schmeicheln und bequem sein zur Begründung ihrer großen Ansprüche, erklärte aber nicht, warum nicht Erziehung aus jedem beispielsweise einen bedeutenden Musiker, einen bemerkenswerten Maler oder ähnliches machen kann. Schon längst wurde an Familien mit besonderen Fähigkeiten oder Mängeln die Richtigkeit dessen nachgewiesen, was Havemann und andere überheblich ablehnten.[9]

Der aus märkischem Uradel stammende Bismarck durfte zwar wiederholt betonen, die kaiserliche Regierung und er selbst seien aus dem Volk hervorgegangen und gehörten zum Volk[10] – aber ihr Aufstieg schloß doch

6) Bismarck, *„Die gesammelten Werke“*, Bd. IX, Bln 1926, S. 64; Bd. XII, Bln 1929, S. 236.
7) Walter Günther usw. *„Die Erziehung des jüngeren Schulkindes“*, Ostbln 1969, S. 40; wie Ziff. 1, *„SBZ von A-Z“*, S. 24.
8) Robert Havemann, *„Fragen, Antworten, Fragen“*, Hbg 1972, S. 148.
9) E. Baur, E. Fischer, F. Lenz, *„Menschliche Erblichkeitslehre und Rassenhygiene“*, Mü 1930/36, Bd. I, S. 304/7, 557, 562, 685/6; Bd. II, S. 257, 403, 419, 545 usw.; Hans-Jürgen Eysenck, *„Die Ungleichheit der Menschen“*, Kiel 1984, S. 10, 103, 107, 109, 137 usw.
10) wie Ziff. 6, Bd. XI, Bln 1929, S. 339, 342/3; Bd. XIII, Bln 1930, S. 15; Georg Schmidt, *„Schönhausen und die Familie von Bismarck“*, Bln 1898.

eine lange Reihe von Bewährungen ein. Der Grazer Geschichtsforscher und -schreiber Nikolaus von Preradovich konnte feststellen, daß sich der Aufstieg in die Führungsschicht Preußens langsam, stetig und dadurch gesund über viele Generationen erstreckt hatte.[11)]

Die geringe Befähigung von schnell in führende Stellungen aufgestiegenen Marxisten und ihre Erfolglosigkeit lernte der Verfasser dieser Schrift in den sechziger Jahren durch eine lange Auseinandersetzung kennen, die er mit verschiedenen Stellen der DDR bis hinauf zu Ministerien führen mußte, um eine Übersiedlung seiner Braut aus Leipzig nach Westdeutschland zu erwirken. Selbstverständlich machte es auf DDR-Funktionäre keinen Eindruck, daß er betonte, als Deutscher eine Deutsche heiraten zu wollen. Überhaupt schien es dem Verfasser, daß die meisten Funktionäre ihrer Aufgabe nicht gewachsen waren und das durch Überheblichkeit, Mißtrauisches Verhalten und Vorwürfe wie *„Faschisten“*, *„Imperialisten“*, *„Westdeutsche Kriegsbrandstifter“*, *„Revanchisten“* usw. zu verdecken suchten. Ein *„Zwischenfall in Ungarn“* leitete endlich die Lösung der Frage in dem vom Verfasser gewünschten Sinn ein.[12)]

Der Unfähigkeit so vieler schnell nach oben aufgestiegener Menschen aus kleinen Verhältnissen kam das Lehrbuch *„Grundlagen des Marxismus-Leninismus“* entgegen, das – aus dem Russischen übersetzt und über 900 Seiten stark – 1960/63 in sechs Auflagen erschien. Es betonte seine hohe Bedeutung, indem es einleitend versicherte: *„Durch das erfolgreiche Studium des Marxismus-Leninismus gelangt man, kurz gesagt, zu einer in sich geschlossenen Weltanschauung – zur fortschrittlichsten Weltanschauung der Gegenwart.“*[13)]

Der Lernende fand eine Reihe unzweifelhaft richtiger Gedanken und Feststellungen wie etwa: *„Niemand kann auf absolute Unfehlbarkeit Anspruch erheben“*, was jedoch nicht bedeute, daß jede Erkenntnis eines Wissenschaftlers *„unbedingt mit Fehlern behaftet“* sein müsse. Oder: *„Ein kleiner Kreis von Großmagnaten des Finanzkapitals wird zur Finanzoligarchie und reißt die Schlüsselstellungen in der Wirtschaft der kapitalistischen Länder an sich.“* Oder den Hinweis, in der DDR werde das *„Recht aller Bürger auf Arbeit“* verwirklicht.[14)] Hier fehlte allerdings ein weiterer, dem stehe die *„Pflicht zur Leistung“* gegenüber, ohne die das Recht auf Arbeit oft zu Faulenzerei mißbraucht würde. Es wäre außerdem angebracht

11) Nikolaus von Preradovich, *„Die Führungsschichten in Österreich und Preußen“*, Wiesbdn 1955, S. 134/5, 183.
12) Kurt Martens, *„Zwischenfall in Ungarn“* im *„Coburger Tageblatt“*, 16. Juni 1965, 3. Febr. 1966 und in anderen Zeitungen und Zeitschriften.
13) *„Grundlagen des Marxismus-Leninismus“*, Ostbln 1963, 6. Aufl., S. 7.
14) wie Ziff. 13, S. 124, 291, 702.

gewesen, zu vermerken, daß schon Bismarck dieses Recht vertreten hatte.[15)]

Als richtig mußte man auch das anerkennen, was über die Rolle der USA als imperialistischer Macht gesagt wurde: Sie versuche, das *„Vereinigte Europa“* in das *„Fahrwasser der amerikanischen aggressiven Politik“* zu bringen. Man durfte den Hinweis vermissen, alles über ein *„Europa der Vaterländer“* hinausgehende solle die bei uns Deutschen in ruhigen Zeiten wuchernde politische Blödheit ausnutzen. Annehmbar durfte wieder sein, der us-amerikanische Imperialismus habe in Kuba versucht, seine Herrschaft nicht unmittelbar – wie in Kolonien – sondern über die *„einheimischen herrschenden Kreise“* zu errichten, wodurch die *„Hauptausbeuter im Hintergrund“* blieben. Unabhängigkeit könne nur erreicht werden, *„indem die Macht der Latifundienbesitzer und der käuflichen Bourgeoisie gestürzt wird“* – wie in Kuba geschehen.[16)]

Annehmen konnte man auch einiges der von Lenin herrührenden Erklärung der *„Klassen“* als *„große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion … von denen die eine sich die Arbeit einer anderen aneignen kann“*.[17)] An dieser Begriffsbestimmung fehlte, daß *„Klassen“* auch glaubensmäßige, aus Kriegen herrührende und andere Schichtungen sind.

Unannehmbar aber war die große Menge unangebrachter Verallgemeinerungen und unbewiesener Behauptungen bis hin zu glatten Fälschungen. Dies galt beispielsweise für die Behauptung, der Arbeiterklasse sei es vor dem Ersten Weltkrieg nicht möglich gewesen, *„sich mit voller Kraft gegen die Pläne zur Entfesselung der imperialistischen Aggression einzusetzen“*. Wir wissen, daß sie als Werkzeug des Hasses gegen das zaristische Rußland wesentlich zur Entfesselung dieser *„Aggression“* beitrug. Und ein anderes Beispiel: *„Zum Unterschied von früheren Revolutionen führt die sozialistische Revolution nicht zur Ablösung einer Form der Ausbeuterordnung durch eine andere, sondern zur Beseitigung jeglicher Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.“*[18)] Schon ein kurzer Blick in die Wirklichkeit der DDR offenbarte die Unehrlichkeit dieser Behauptung.

Dem Denkvermögen des Lernenden mutete das Lehrbuch weiter zu:

„Die Kapitalisten sind nicht an der Erzeugung nützlicher und für die Gesellschaft notwendiger Funktions- und Konsumtionsmittel interessiert, sondern daran, den größtmöglichen Mehrwert aus den Arbeitern zu pressen“ – als ob dies ohne die Herstellung nützlicher Dinge möglich sein würde.

15) wie Ziff. 6, Bd. XII, Bln 1929, S. 450, 454.
16) wie Ziff. 13, S. 320, 499/500.
17) wie Ziff. 13, S. 175, 341.
18) wie Ziff. 13, S. 553, 651.

Oder: *„Die Devise des Kapitalisten lautet: ‚Soviel wie möglich aus dem Arbeiter herauspressen!' Die Losung des Sozialismus heißt: ‚Soviel wie möglich aus der Technik herausholen!'"*[19] Als ob der letzte Teil dieser Behauptung nicht auch für den Kapitalisten zuträfe.

Allzu bequem suchte das Lehrbuch den Satz aus dem *„Kommunistischen Manifest"* von 1848/49 ***„Die Arbeiter haben kein Vaterland"*** dahin auszulegen, damals sei das Vaterland *„von den Ausbeutern usurpiert"* gewesen. *„Mit dem Sturz der herrschenden Ausbeuterklasse"* aber schaffte die Arbeiterklasse die Voraussetzungen für Patriotismus: *„In unserer Zeit ist die Arbeiterklasse der wirkliche Träger des Patriotismus."* Diesen erklärte das Lehrbuch als ein *„Gefühl, das die Tatkraft des Menschen weckt,"* was wohl der Zweck dieser Auslegung war.[20]

Nicht weniger dürftig erklärte das Lehrbuch die Entstehung des Staates als *„speziellen Zwangsapparat"*, um den Widerstand von Sklaven zu unterdrücken. In Wirklichkeit bildeten sich Staaten aus Stämmen und Völkern um des viel näher liegenden Grundes der inneren Ordnung und des äußeren Schutzes willen. Von der marxistischen Voraussage des *„Absterbens des Staates"* behauptete das Lehrbuch, es sei *„im Grunde genommen bereits im Gange"*, was für die DDR wohl zutraf.[21]

Den *„Imperialismus"* hatte Lenin als *„höchstes Stadium des Kapitalismus"* gedeutet, als *„sterbenden Kapitalismus"*, und so beschäftigte sich das Lehrbuch eingehend damit, blieb jedoch zu eng. Denn *„Imperialismus"* als Streben nach *„Macht um der Macht willen"* trat auch außerhalb des Kapitalismus im religiösen Bereich auf, wie die Geschichte der Araber, Juden und des Christentums lehrt.[22] Bei letzterem fand er Ausdruck in dem Wort des Neuen Testamentes: *„Geht hin und macht alle Nationen zu Jüngern und tauft sie."*[23]

Auf die Eitelkeit kleiner Leute zielten die Behauptungen: Die Begründer des Marxismus hätten in der Arbeiterklasse die *„führende soziale Kraft"* entdeckt, die berufen war, *„die große gesellschaftliche Umwälzung zu vollziehen – den Kapitalismus zu stürzen und den Sozialismus zu errichten"*[24] – was schon von Techow durchschaut hatte. Den Arbeitern sprach das Lehrbuch zu: *„Menschlichkeit, Ehrlichkeit, Einsatzbereitschaft und Edelmut"*. Letzteres besonders unglaubwürdig, weil sich die als *„Arbeiterklasse"*

19) wie Ziff. 13, S. 261, 705.
20) wie Ziff. 13, S. 528, 747.
21) Platon, *„Der Staat"*, deutsch von A. Horneffer, Lpz 1934, S. 50/60; wie Ziff. 13, S. 150, 815.
22) wie Ziff. 13, S. 284, 302.
23) *„Die Heilige Schrift"*, W'tal-Elberfeld 1962, Matthäus 28,19.
24) wie Ziff. 13, S. 353; Hans Blum, *„Die Lügen unserer Sozialdemokratie"*, Wismar 1891, S. 21/2.

auftretenden Menschen stets gegen die *„Edlen“* gestellt hatten. Außerdem widersprach diese allgemeine Kennzeichnung der Arbeiter der Mitteilung des Lehrbuches, bestimmte Arbeitergruppen seien durch die *„Monopol-bourgeoisie“* bestochen worden. Aber das Lehrbuch wußte es noch besser: *„Der Leitsatz, daß die Arbeiterklasse, indem sie sich selber befreit, auch die ganze Gesellschaft von jedweder Unterdrückung befreit, ist keine Propagandaphrase, sondern eine präzise wissenschaftlich erhärtete Charakterisierung objektiver Prozesse der Wirklichkeit.“* Da durfte ein von solchem Wortgeklingel unbeeindruckter Lernender wohl fragen, ob das Ziel der *„Diktatur des Proletariats“* abgetan sei? Das Lehrbuch allerdings hielt sie weiterhin für nötig, bis der Widerstand der *„reaktionären Bourgeoisie“* erlösche.[25)]

Als grobe Geistlosigkeit durfte man die im Lehrbuch vertretene Linie werten, der *„Fortschritt“* kennzeichne stets etwas richtiges, *„Reaktion“* dagegen falsches. Denn jedem Normalbürger durfte bekannt sein, daß es einen *„Fortschritt“* auch in einer Krankheit, einem Übel gibt, und daß aus einem *„Fortschritt“* in falsches unter Umständen nur *„reaktionäres“* Handeln heraushilft.[26)] Gleiche Dürftigkeit mußte man der durchgehenden Auffassung des Lehrbuches vorwerfen, es gebe nur Ausbeuter, die sich die Arbeit von Ausgebeuteten aneigneten – nur eine *„werktätige Mehrheit und eine nichtstuende Minderheit“*.[27)] Ebenso hatten die Berufungen auf die Wissenschaft keine Berechtigung, weil das Lehrbuch mit seinem Anspruch, eine *„in sich geschlossene Weltanschauung“*[28)] zu vermitteln, unverzeihliche Lücken aufwies. So hinsichtlich der Erbgesetze, deren große Bedeutung für unser Leben nicht zu leugnen ist und sich besonders durch Hitler jedem Nachdenken offenbart; so hinsichtlich der vertieften Erkenntnisse von der Erhaltung der eigenen Art als einem Grundgesetz des Lebens. Diese Unterschlagung diente offenbar dem Zweck, die überlieferten Anschauungen der Verpflichtung und des Dienstes an Volk und Staat als arterhaltendes Verhalten nicht erwähnen zu müssen.

Das Lehrbuch schloß mit Ausblicken auf die Zukunft, wie sie ein russisches Akademie-Mitglied von der Wissenschaft erwartete: Das menschliche Leben auf 150 bis 200 Jahre zu verlängern, Krankheiten noch mehr einzuschränken, weitere Naturkräfte dienstbar zu machen usw., um zu schließen: *„Auf dem Weg zu den Höhen kommunistischer Zivilisation werden die Menschen immer wieder ungewöhnliche Willens- und Geistesstärke, schöpferischen Elan, Mut und Tatkraft hervorbringen.“*[29)]

25) wie Ziff. 13, S. 360, 301/2, 361, 616.
26) wie Ziff. 13, S. 7, 12, 23, 230/1, 375/7, 628, 630 usw.
27) wie Ziff. 13, S. 155, 175, 261, 651, 702.
28) wie Ziff. 13, S. 17/8, 22, 99, 124, 247/8, 704, 785ff.
29) wie Ziff. 13, S. 865/6.

Die Wirklichkeit in der DDR bedurfte allerdings solcher Ausblicke in eine Zukunft, die rosarot erschien. Mangelte doch ihr wie auch dem Lehrbuch zu viel von dem, was einem staatlichen und menschlichen Neuanfang Zukunft geben konnte. Das zeigt sich, wenn wir den Maßstab anlegen, den Robert Steimel 1959 in seiner *„Kleinen Geschichte des deutschen Adels“* nannte: *„Für Kulturvölker ist jede Elite unbrauchbar, wenn nicht am Anfang aller Auslese die Frage nach dem Charakter steht.“* Oder denjenigen, den Heinrich Schnee 1953 in seiner Geschichte der Hoffinanz als allgemein gültigen Maßstab für die Verleihung des Adels noch zu Anfang des 19. Jahrhunderts zeigte: Verdienste *„um den Staat und das gemeine Wohl“*.[30] Von beiden fehlte in der neuen Klasse so ziemlich alles. Kaum trat der Gedanke des Dienens auf, wie überhaupt etwas von dem, wodurch z.B. der indische Führer Mahatma Gandhi die Befreiung Indiens vom verhaßten britischen Joch erkämpfte.[31]

Das Ergebnis erschien als *„Gegenauslese“*, als Auslese der Ungeeigneten, und die daraus entstehende neue Klasse entsprach weitgehend dem, womit Walter Ulbricht 1945 die untergegangene Führung des Dritten Reiches beschimpfte:

„Sie waren wirklich einzigartig und noch nie dagewesen. Angefangen von den Spitzen der ‚Führung’ wurde der gesamte Staatsapparat mit einem Abhub der menschlichen Gesellschaft durchsetzt, wie er tatsächlich noch nie in dem Staatsapparat irgendeines Landes Platz gefunden hat.“[32]

Wenn sich in diesem Urteil auch charakterlose Kriecherei vor den Siegern ausdrückte, so traf das doch am meisten auf ihn selbst zu sowie einige seiner nächsten Helfer und – wenn auch etwas abgeschwächt – auf die große Zahl derjenigen, die bei der Gegenauslese auf höhere Posten gelangen konnten. Vor allem ihre mangelnde Eignung für höhere Aufgaben machte die neue Führungsschicht in der DDR zu einer *„ausbeuterischen Klasse“*, weil sie durch ihre Mängel unfähig zu wirklichen Leistungen war, trotzdem aber höchste Ansprüche stellte.

30) Hugo Steimel, *„Kleine Geschichte des deutschen Adels“*, Köln 1959, S. 110; Heinrich Schnee, *„Die Hoffinanz und der moderne Staat“*, Bln 1953, Bd. I, S. 222/4.

31) Mahatma Gandhi, „Jung Indien“, Zürich/Mü/Lpz 1924; Jawaharlal Nehru, *„Indiens Weg zur Freiheit“*, Hbg 1936.

32) Walter Ulbricht, *„Die Legende vom deutschen Sozialismus“*, Ostbln 1945, S. 19.

XII.

Manches Richtige brachte Erfolge

In der Zeit des *„Dritten Reiches“* geschah unter Hitler – oder auch trotz ihm – sehr vieles, das der Erhaltung unserer Art und dem Bestand von Volk und Staat diente. Selbst der Schriftsteller Helmut Heiber, als Mitarbeiter des *„Institutes für Zeitgeschichte“* in München eigentlich zur unterschiedslosen Herabsetzung jener Zeit verpflichtet, erkannte 1960 an: Was wäre Hitler gewesen *„ohne die große Zahl ehrlicher, anständiger Nationalsozialisten, die in gutem Glauben und mit dem besten Willen ans Werk gingen!“* Auch Widerstrebende hätten *„eine nicht geringe Zahl von Parteifunktionären bis hinauf selbst zum Gauleiter“* entdeckt, *„die mit Feuereifer, korrekt und sauber taten, was sie für gut und für ihre Pflicht hielten“*.[1)]

Ähnlich kamen in der DDR Menschen mit den aufbauenden und erhaltenden Eigenschaften zum Tragen, welche die Deutschen nach dem Urteil, das der Volkswirt Friedrich List 1840 abgab, schon aus früheren Schwächen und Mängeln gerettet hatten: *„Ihren ursprünglichen Charakter, ihre Liebe zu Fleiß, Ordnung, Wirtschaftlichkeit und Mäßigkeit; ihre Beharrlichkeit und Ausdauer in der Forschung und in den Geschäften; ihr aufrichtiges Streben nach dem Besseren; einen großen Naturfonds von Moralität, von Mäßigung und Überlegsamkeit.“*[2)] Der Politiker Willy Hellpach bestätigte 1954 Schaffensdrang, Gründlichkeit und Ordnungsliebe als beständige Eigenschaften des deutschen Charakters.[3)]

Die Nationalsozialisten hatten diese Eigenschaften erfolgreich gepflegt, und dem war es zuletzt zu verdanken, daß in der DDR die wirtschaftliche Leistung als Grundlage des Weiterlebens zunahm. Aus statistischen Angaben ist ersichtlich, daß die gesamte Erzeugung der DDR 1960 erst 37% dessen betrug, was 1980 erreicht wurde, und daß sie bis 1988 auf 124% derjenigen von 1980 wuchs. Entsprechend stieg die Ausfuhr in die westlichen Industrieländer von 1960 bis 1988 von 1.869 Millionen Valutamark auf 62.503 Millionen, und die Einfuhr in diesem Zeitraum von 2.026 auf 71.984 Millionen Valutamark.[4)]

Wer statistischen Angaben nicht allzuviel vertraut, darf doch dem leitenden Mitarbeiter in der Wirtschaftsführung der DDR, Professor Dr. Herbert

1) Helmut Heiber, *„Adolf Hitler“*, Bln 1960, S. 96.
2) Friedrich List, „Das nationale System der politischen Ökonomie“, herausgeg. von Artur Sommer, Basel/Tüb 1959, S. 105.
3) Willy Hellpach, *„Der deutsche Charakter“*, Bonn 1954, S. 171/200.
4) *„Statistisches Taschenbuch der Deutschen Demokratischen Republik“*, Ostbln 1990, S. 18, S. 110.

Wolf, glauben, der 1991 erklärte, *„daß bis in die Mitte der 70er Jahre für die Wirtschaft der DDR keine akute Krisengefahr abzusehen war“*.[5)]

Der Wirtschaftsprofessor an der Universität Düsseldorf, Karl Hardach, der 1976 das *„schwierige Unterfangen“* anpackte, einen Vergleich der Lebensverhältnisse in der DDR mit denen der BRD anzustellen, kam zu folgenden Ergebnissen:

Die tägliche Nahrung enthielt in beiden Teilen Deutschlands etwa 3.000 Kalorien, mit mehr Kohlehydraten und Fett in der DDR. Der pro-Kopf-Verbrauch an frischem Obst und Südfrüchten betrug in der BRD etwa das Doppelte von dem in der DDR, wo außerdem das Angebot starken Schwankungen unterlag. An elektrischen Küchengeräten, Rundfunk- und Fernseh-Empfängern waren in beiden Teilen gleich viel im Gebrauch, während im westlichen Deutschland erheblich mehr Kühlschränke, Waschmaschinen und Autos, in Mitteldeutschland hingegen viel mehr Motorräder liefen. Die Qualität der industriellen Gebrauchsgüter der DDR beurteilte Hardach als schlechter als in der BRD.[6)]

Das in der Verfassung der DDR verbürgte *„Recht auf Arbeit“* erfuhr 1977 die notwendige Ergänzung durch ein *„Arbeitsgesetzbuch“*, das dem Recht entsprechende *„Arbeitspflichten“* gegenüberstellte.[7)] Sie verlangten, die *„Arbeitsaufgabe ordnungs- und fristgemäß zu erfüllen“* und bedrohten schuldhafte oder fahrlässige Verletzung der Arbeitspflichten mit Lohnausfall und Schadenersatz, für hervorragende Arbeitsleistungen verhieß das Arbeitsgesetzbuch staatliche oder betriebliche Belobigungen. Von der oft berufenen *„Gleichberechtigung der Frau“* enthielt das Arbeitsgesetz nichts, wohl aber vernünftige Bestimmungen über ihre Vorrechte als *„werktätige Frau und Mutter“*.[8)] Das *„Recht auf Arbeit“* zusammen mit den herangebildeten sozialen Einrichtungen – z.B. unentgeltlichen und unbürokratisch gewährten Leistungen der umfassenden Sozialfürsorge – gewährten ein beachtliches Maß an persönlicher Sicherheit.[9)]

Eine erfreuliche Abkehr von den üblen Auffassungen des Marxismus hinsichtlich der Ehe und der Geschlechtlichkeit vollzog 1960 Walter Ulbricht, indem er – offenbar unter russischem Einfluß – anerkannte: *„Für die Entwicklung der sozialistischen Moral ist die Sauberkeit in den Beziehungen*

5) Herbert Wolf in der Tageszeitung *„Neues Deutschland“*, Bln 19. Sept. 1991, S. 5.

6) Karl Hardach, *„Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert“*, Gött. 1976, S. 161/4; Gunnar Winkler, *„Sozialreport '90“*, Ostbln 1990, S. 267/8.

7) *„Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik“*, Fassung 1960, Art. 15, S. 15; Fassung 1968, Art. 24, S. 24.

8) *„Arbeitsgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik“*, Ostbln 1977, S. 28; S. 60/5; *„SBZ A-Z“*, Bonn 1958, S. 29, 132.

9) wie Ziff. 8, *„SBZ“*, S. 283/8; wie Ziff. 6, *„Winkler“*, S. 195/208; *„40 Jahre DDR“*, herausgeg. vom ZK der SED und der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Ostbln 1989, S. 70/3.

der Geschlechter und die Achtung vor der Familie von größter Bedeutung." Entsprechend hieß es in der Verfassung der DDR: *„Ehe und Familie bilden die Grundlage des Gemeinschaftslebens. Sie stehen unter dem Schutz des Staates."* Ein solcher sollte besonders der Frau während der Mutterschaft zuteil werden.[10)]

Trotzdem sank die Zahl der Eheschließungen von rechnerisch 11,7 auf 1.000 Einwohner im Jahr 1950 auf 8,5 im Jahr 1987, während der Anteil der berufstätigen Frauen von 77% der Arbeitsfähigen im Jahr 1970 bis 1988 auf 83% anstieg. Entsprechend ging die Zahl der Geburten auf je 1.000 Einwohner im gleichen Zeitraum von 16,5 auf 13,8 zurück. Auch in der westdeutschen BRD verminderte sich die Geburtenzahl von 1950 bis 1987 von 16,2 auf 10,5 je 1.000 Einwohner, wobei diese Angaben angesichts von Mischehen mit Ausländern nur wenig mehr aussagten, als daß die zur Erhaltung des Lebens unseres Volkes unbedingt erforderliche Geburtenzahl nicht mehr erreicht wurde.[11)] Während aber in der BRD die offensichtlich deutschfeindlich eingestellte Familienministerin erklärte, die Bundesregierung lehne Bevölkerungspolitik ab und die BRD in den berechtigten Ruf der *„Kinderfeindlichkeit"* kam[12)], unternahm die DDR weit ernsthaftere Bemühungen um die Aufzucht einer gesunden und leistungsfähigen Jugend.

Zwar zählte das 1988 in der DDR veröffentlichte *„Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem"*[13)] etwa die gleichen Einrichtungen auf, wie sie in der BRD bestanden, doch wies die DDR darüber hinaus eine Jugendpflege auf, die alles derartige der BRD weit in den Schatten stellte. In Massenorganisationen, die denen des Dritten Reiches entsprachen, sich aber auch nach guten russischen Vorbildern[14)] ausrichteten, fand die heranwachsende Jugend reichlich Möglichkeiten, sich in vielen Richtungen in jugendgemäßer Weise zu entwickeln. Sport und Wehrsport erfuhren jede denkbare Förderung. Der Erfolg zeigte sich, als bei den Olympischen Spielen 1972 in München die DDR trotz ihrer um die Hälfte geringeren Bevölkerungszahl zwei Drittel mehr Medaillen errang als die

10) Walter Ulbricht, *„Über die Dialektik unseres sozialistischen Aufbaues"*, Ostbln 1960, S. 188; wie Ziff. 7, Art. 30, S. 22; Art. 24, S. 24.

11) wie Ziff. 4, S. 146; *„Statistisches Jahrbuch 1988 für die Bundesrepublik Deutschland"*, Stgt 1988, S. 70; Tageszeitung *„Die Welt"*, Hbg 12. März 1971, S. 1; Flugblatt des *„Arbeitskreises Überfremdung"* herausgeg. von Siegfried Schmidt, *„Geburtenschwund bei den Deutschen und Ausländerüberflutung"*, Hördt/Pfalz o.J.; Gunnar Winkler, *„Sozialreport 90"* Bln 1960, S. 78.

12) Robert Hepp in *„Deutschland – ohne Deutsche"*, Tüb 1984, S. 20; Rudolf Künast, Johannes P. Ney in *„Deutschland – ohne Familie"*, Tüb 1985, S. 30.

13) *„Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem vom 25. Febr. 1966"*, 2. überarb. Auflage. 1988, Ostbln 1988, S. 21.

14) L. K. Baljasnaja, *„Außerunterrichtliche Erziehung"*, Ostbln 1975; W. Kortschagina, *„Sommerferien der Pioniere in der Stadt"*, Ostbln 1954.

BRD, deren Mannschaft noch dazu auf eigenem Boden kämpfte.

Wenn 1954 der Professor für osteuropäische Geschichte in Kiel, Georg von Rauch, der Jugenderziehung in der DDR vorwarf, sie forme einen Menschen, *„der seine Unterwerfung bejaht, der sie als wenn auch pervertierte Freiheit erlebt“*, so galt das nicht weniger für die BRD. von Rauch bewies das selbst, indem er in derselben Veröffentlichung dem *„Institut für Zeitgeschichte“* in München *„ernsthafte Erforschung der Hitlerzeit“*[15] unterstellte, obwohl es gerade dies nicht tat und damit sein Urteil nur als Beispiel für streberhafte Unterwürfigkeit bewertet werden kann.

Der Unterschied in der Einstellung zur Jugend, wie auch die falsche Behauptung des Professors von Rauch hatten ihren Ursprung in den grundverschiedenen Absichten der Sieger des Zweiten Weltkrieges, wie sie sich aus ihrem Verhalten herleiten lassen. Den sowjetrussischen entsprechend übernahmen 1989 mit Bildungsaufgaben betraute Einrichtungen der DDR aus dem Programm der SED als Ziel:

„Junge Menschen zu erziehen und auszubilden, die, mit solidem Wissen und Können ausgerüstet, zu schöpferischem Denken und selbständigem Handeln befähigt sind, deren marxistisch-leninistisch fundiertes Weltbild die persönlichen Überzeugungen und Verhaltensweisen durchdringt, die als Patrioten ihres sozialistischen Vaterlandes und proletarische Internationalisten fühlen, denken und handeln.“[16]

Ähnlich lautete das Erziehungsziel für die Soldaten der *„Nationalen Volksarmee“*. Unbestreitbar lag den Sowjets an der Heranbildung tüchtiger und leistungsfähiger Menschen, die als überzeugte Marxisten ihre Verbündeten sein würden, während das Leitbild, das in Westdeutschland den sein Vaterland schützenden Soldaten ablöste, das der gewalttätigen *„Gangster“* war. In den USA hatte offensichtlich die angelsächsische Überlieferung*), besiegte Völker auszurotten, wie das dem indianischen Leben widerfahren war, das Übergewicht gewonnen.[17] Zwar sicherte auch in Westdeutschland die Verfassung zu: *„Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.“* Aber die Wirklichkeit sah anders aus. Das bewies die uns aufgedrungene *„antiautoritäre“* Erziehung,

---

15) Georg von Rauch, *„Das Geschichtsbild der Sowjetzone“* als Sonderdruck aus dem Jahrbuch der Ranke-Gesellschaft 1954, Fkft/M 1954, S. 114/5; Kurt Martens, *„Erfahrungen mit dem Institut für Zeitgeschichte“* in der Zeitschrift *„Deutschland in Geschichte und Gegenwart“*, Tüb. Sept. 1988, S. 14/17.

16) Karl-Heinz Günther, *„Das Bildungswesen der Deutschen Demokratischen Republik“*, Ostbln 1989, S. 14; *„Militärlexikon“* Ostbln 1973, S. 411.

*) eigentlich angelsächsisch-puritanische Überlieferung, die alttestamentlichen Vorbildern folgte.

17) Georg Friedrici, *„Indianer und Anglo-Amerikaner“*, Braunschw. 1900; Walter W. Strickland, *„Der dunkle Fleck im Osten“*, Bln 1908; Mahatma Gandhi, *„Jung Indien“*, Zürich 1924, S. 469, 486.

durch die unerfahrene Jugend gegen Eltern und Ältere aufgehetzt wurde. Diese hatten im Krieg bewunderungswürdige Tapferkeit und Gemeinsinn gezeigt. Ein solches Vorbild war unerwünscht.[18] Das bewies auch die Herabsetzung der Volljährigkeit von 21 auf 18 Jahre. Eine Denkschrift von Rudolf Künast und Joh. P. Ney 1985 rechnete dies zu den die Familie schädigenden Maßnahmen, weil für die heutige Jugend eine beschleunigte körperliche Reife bei verzögerter geistiger nachgewiesen sei.[19]

Allgemeiner kamen die us-amerikanischen Absichten in der Flut von Aufreizungen des Geschlechtstriebes zum Ausdruck, die auch vor 10-12jährigen Schulkindern nicht Halt machten. Zu dieser Vergiftung unseres Lebens gehörte es, daß der *„Reigen“* von Schnitzler eine Wiederauferstehung als Film erlebte.[20]

Der us-amerikanische Vernichtungswille drückte sich ebenso unmißverständlich in der Einfuhr großer Zahlen von Ausländern zwecks *„Integration“* aus, zu der sich unsere christlichen Parteien entgegen ihren Wahlversprechen von 1982 hergaben. Diese Einschmelzung Fremder hätte als *„Völkermord“* an unserem und anderen Völkern nach § 220a unseres Strafgesetzbuches verfolgt werden müssen, worauf Wolfgang Seeger 1985 in einer kleinen Schrift mehrfacher Auflage aufmerksam machte. Die *„Lebensschutz-Informationen“* aus Vlotho/Weser erinnerten im übrigen daran, daß im Krieg die *„Abschaffung völkischer Besonderheiten“*[21] besonders in den USA gefordert worden war. Die damit verbundenen Mischehen ließen an die so widersprüchlich zusammengesetzte Person Hitlers denken – was allerdings diejenigen, die eine Ausrottung unseres deutschen Volkes wünschten, nur ermutigen konnte.[22]

Auf dem Gebiet der Wirtschaft entstanden der DDR erhebliche Gewinne durch die Beschränkung von Sorten und Typen, sowie durch damit oft zusammenhängende Vereinheitlichungen, durch Normung, Austauschbarkeit von Teilen usw. Sie entsprangen zunächst der Not und wohl auch mancher Unfähigkeit, dann aber auch der Einsicht, wie sie beispielsweise der Dr. Ing. Horst Siemens vertrat, wobei er an Erkenntnisse aus dem Dritten Reich anknüpfte.[23] Der Verfasser vorliegender Schrift, der selbst im Krieg als Truppenoffizier einen derartigen Vorschlag ausarbeitete, konnte außerordent-

18) Caspar Schrenck-Notzing *„Charakterwäsche“* Stgt 1965 S. 111, 120/6.
19) wie Ziff. 12, *„Künast/Ney“*, S. 24/35.
20) Zeitschrift *„Der Spiegel“*, Hbg, Folge 45/1973 S. 202/3.
21) Bernhard Steidle, *„Lexikon der Skandale“*, Mü 1988, S. 46; Wolfgang Seeger, *„Ausländer-Integration ist Völkermord“*, Pähl/Obbay. 1980; *„Lebensschutz-Informationen“*, Vlotho/Weser, Folge 2, März/April 1992, S. 16.
22) Kurt Martens, *„Gegen deutsche Deutschfeindlichkeit“* in der Zeitschrift *„Mensch und Maß“*, Pähl/Obbay., Folge 16, 23.8.1989, S. 747/54.
23) Horst Siemens, *„Normung, Typisierung, Gütesicherung“*, Lpz 1953.

liche Ersparnisse an Material, in Herstellung und Verwendung errechnen.

Ein Beispiel dafür gab der Kraftverkehr in der DDR. Es kamen nur wenig Typen Personenwagen in die Fertigung, für die hohe Preise und lange Lieferzeiten verlangt wurden. Infolgedessen, und weil geringe Änderungen den Ersatz verbrauchter Teile durch neue oder unverbrauchte Teile anderer Wagen möglich machte, liefen die Personenwagen in der DDR mindestens doppelt solange wie diejenigen des Westens. Die erwünschte oder auch nötige Beweglichkeit des Einzelnen gewährte ein großzügig ausgebautes Verkehrsnetz, das bis ins letzte Dorf reichte.[24)]

Auf diese Weise konnte nicht nur das eingesetzte Material gut ausgenutzt werden, sondern auch die Schädigung der Umwelt, der Anfall von Müll usw. geringer gehalten werden. Solche Gewinne auf diesem oder anderen Gebieten entstanden der DDR auch dadurch, daß keine selbstsüchtige Reklame von Geschäftsunternehmen zu *„Nimm mehr!“*, zu *„Öfter mal was Neues!“*, zu *„Strom kommt sowieso ins Haus, nütz das aus!“*, zu *„Nur keine Enthaltsamkeit!“* usw. verleitete, daß keine krampfhafte *„Mode“* zu zusätzlichem Verbrauch trieb.[25)] Auch das ersparte einen großen Teil des Mülls, in dem westliche Großstädte erstickten.

Geldgewinne erzielte die DDR dadurch, daß sie sich an der Ausbeutung des gierig-blöden Schaffensdranges in der BRD beteiligte, der dieser ohnehin seit den 70er Jahren eine jährliche Verschuldung einbrachte, die der Gesamtverschuldung der DDR 1990 entsprach. Dem kam im Westen der Wunsch entgegen, Deutschland *„geteilt und schwach“* zu erhalten,[26)] wie es in dem in den USA erscheinenden *„Amerika-Brief“* von Hans Schmidt hieß, der in achtenswerter Weise seiner Bindung an sein Volk treu blieb. Für Westgeld erlaubte die DDR die Auswanderung nach Westen, den Freikauf von Häftlingen und Besuche aus dem Westen.[27)] Auch eine upd-Meldung, der Bundeskanzler Schmidt habe 1981 verantwortungsbewußt die Flut von Asylanten unterbunden, welche die DDR über Berlin in den Westen schleuste, um dessen inneren Verfall zu beschleunigen, durfte auf Zahlungen zurückzuführen sein.[28)]

Besondere Verdienste als *„Devisenbeschaffer“* erwarb sich der Oberst im Ministerium für Staatssicherheit, Alexander Schalck-Golodkowski. Eine westdeutsche Zeitung benannte ihn den *„Boß jenes ausgedehnten Mafia-*

24) Fahrpläne von Buslinien der DDR, 1989.

25) Zeitschrift *„Der Spiegel“*, Hbg, Folge 27, 2. Juli 1984, S. 12; *„Coburger Tageblatt“* 9. Aug. 1988, S. 13; Tageszeitung *„Frankfurter Rundschau“*, 13. Nov. 1990, S. 1.

26) Tageszeitung *„Neues Deutschland“*, Ostbln, 12. Mai 1990; *„Amerika-Brief“*, herausgeg. von Hans Schmidt, P.O. Box 10 600, Burke VA 22 009, USA, Folge 23/4, 1988, S. 1/3, Folge 25, 1990, S. 1.

27) Hanns Heinz Gatow, *„Vertuschte SED-Verbrechen“*, Berg am See 1990, S. 205/8, 265.

28) *„Amerika-Woche“*, Chicago USA, 14. Dez. 1991.

Syndikates, das die SED auf übelste Weise, durch Schmuggel, Waffenhandel, Prostitution, Steuerhinterziehung, Bestechung und Wirtschaftsverbrechen aller Art mit Geld versorgt hat".[29] Schalck-Golodkowski gelang es, über den bayerischen Ministerpäsidenten Strauß 1983 der DDR einen Kredit von einer Milliarde Mark zu verschaffen.

Beteiligte sich die DDR also an der Ausbeutung der BRD, was immerhin einige Berechtigung hatte, weil diese mit ihren Gewinnen nichts anzufangen wußte und sie auf diesem Weg Deutschen zugute kamen, so sperrte sie sich gegen Tribute an Israel. Sie stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß mit den Tributen an die Sowjetunion alles übrige abgegolten sei. Dieser Standpunkt hatte ihren Rückhalt bei deren Macht, die sich außerdem gegen den *„Zionismus"* gestellt hatte.[30] Diese Lage hätte es der DDR erlassen, die deutsche Vergangenheit zu verunglimpfen zu dem Zweck, Tribute als *„Wiedergutmachungen"* erscheinen zu lassen, wenn diese Verunglimpfungen nicht dazu nötig gewesen wären, den Irrweg des Marxismus als richtig zu verherrlichen und von gegenwärtigen Fehlern in der DDR abzulenken.

Als einen richtigen Gedanken mußte man die Forderung anerkennen, die in der DDR an jeden gestellt wurde: am *„gesellschaftlichen Leben"* teilzunehmen.[31] Das bedeutete Tätigkeiten in einer oder mehreren der rund 200 Organisationen wie der SED mit 2,3 Millionen Mitgliedern (1989), der anderen Parteien mit geringerer Mitgliederzahl, dem *„Freien Deutschen Gewerkschaftsbund"* (FDGB) mit 9,6 Millionen, der *„Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft"* (DSF) mit 6,4 Millionen, der *„Freien Deutschen Jugend"* (FDJ) mit 2,1 Millionen Mitgliedern bis hin zur *„Gesellschaft für Völkerrecht"* usw.[32]

Die Tätigkeiten in solchen Vereinigungen entsprachen den Gedanken des Bundeskanzlers Erhard, indem sie die Zeit in vernünftiger Weise ausfüllten, die durch die Erleichterungen des Lebens gewonnen waren. Außerdem eigneten sie sich auch dazu, unsere dümmste Entartung zu verringern, die der Abgeordnete im Bundestag Karl Georg Pfleiderer 1961 beklagte:

„Ich glaube, daß unser nationales und geschichtliches Unglück darauf zurückzuführen ist, daß wir den großen politischen Aufgaben der Nation, den Aufgaben, von denen Wohl und Wehe, Armut und Reichtum, ja Tod und Leben von Millionen abhängen, viel zu wenig Zeit und Sorgfalt widmen, verglichen mit der Vertiefung, der Mühe und Hingabe, die wir den kleinsten all-

29) *„Coburger Tageblatt"*, 4. Jan., S. 4; 11. April, S. 2; 19. Nov. 1991, S. 1.

30) Nahum Goldmann, *„Staatsmann ohne Staat"*, Köln 1970, S. 233, 299/300; Heinz Abosch, *„Antisemitismus in Rußland"*, Darmst. 1972; Theodor Herzl, *„Zionistische Schriften"*, Bd. I, Bln 1934, S. 25, 35, 453/4, 523.

31) Fritz Schenk, *„Im Vorzimmer der Diktatur"*, Köln 1962, S. 30, 31, 35, 37/8, 276, 369; Walter Günther usw., *„Die Erziehung des jüngeren Schulkindes"*, Ostbln 1969, S. 503.

32) wie Ziff. 9, *„40 Jahre DDR"* S. 84, 88/9, 100.

täglichen, häuslichen, geschäftlichen und behördlichen Angelegenheiten zuwenden."[33)]

Um allerdings dieses widerliche Übel von Grund auf zu überwinden, wäre eine andere Sinngebung unumgänglich gewesen, als die DDR sie bot. Sie durfte nicht in Marxismus um jeden Preis bestehen, sondern in der Erhaltung des deutschen Volkes, im Dienst an der eigenen Art. Wohin es führte, anderes an die erste Stelle zu rücken, sollte hinreichend die Forderung gezeigt haben, die 1871 eine andere deutsche Verirrung, der ultramontane Katholizismus, gestellt hatte: Deutschland solle den päpstlichen Kirchenstaat wieder herstellen, den die Italiener in die Einigung ihres Staates einbezogen hatten. Das wäre ohne einen Krieg für fremde Zwecke nicht möglich gewesen.[34)]

An dieser falschen Sinngebung krankte auch die öffentliche Kritik und Selbstkritik, die der einzelne gelegentlich üben sollte. Sie galten als Mittel revolutionärer Wachsamkeit[35)] und hätten eine aufbauende und reinigende Wirkung nur dann entfalten können, wenn sie sich nach vernünftigen und natürlichen Maßstäben ausgerichtet hätten. So aber zwangen sie zu oft zu Unehrlichkeit und Heuchelei.

Den vernünftigen, mehr oder weniger aufbauenden Leistungen blieb der Lohn nicht versagt. Als ein derartiger Höhepunkt darf die Aufnahme der DDR zugleich mit der BRD in die *„Vereinten Nationen"* im Jahr 1972 angesehen werden. Die führende Zeitung der SED, das *„Neue Deutschland"*, durfte frohlocken:

„Mit ihrer Entscheidung über die Mitgliedschaft der DDR und der BRD hat die UNO- Vollversammlung die in Europa bestehenden politischen, territorialen und völkerrechtlichen Realitäten und damit die Tatsache nachdrücklich bekräftigt, daß im Zentrum Europas die sozialistische DDR und die kapitalistische BRD als souveräne, gleichberechtigte, von einander unabhängige Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung existieren … Mit der Aufnahme der DDR und der BRD in die UNO sollte für jeden jetzt endgültig klar sein, daß die Beziehungen zwischen ihnen sich nur auf der Grundlage der gegenseitigen Respektierung dieser Tatsache weiterhin positiv entwickeln können."[36)]

---

33) Karl Georg Pfleiderer, *„Politik für Deutschland"*, Stgt 1961, S. 52.

34) Arthur Böhtlingk, *„Bismarck und das päpstliche Rom"*, Bln 1911, S. 144, 167/9; Walter Löhde, *„Das päpstliche Rom und das Deutsche Reich"*, Hann 1964, S. 45.

35) Hans Streußloff usw., *„Dialektischer und historischer Materialismus"*, Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, Ostbln 1989, S. 160, 163/5; wie Ziff. 33, *„Schenk"*, S. 59; *„SBZ von A bis Z"* herausgeg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1958 S. 173/4.

36) Tageszeitung *„Das Neue Deutschland"*, Ostbln 20. Sept. 1973, S. 2.

XIII.

Falsche geistige Grundlagen

Richtigen und vernünftigen Gedanken und Maßnahmen standen falsche und unsinnige gegenüber. Die schon angedeutete Herabsetzung der deutschen Vergangenheit gehört hierher. Sie erreichte in der DDR ein solches Ausmaß, daß eine eingehende Beschäftigung mit ihr unumgänglich ist, offenbart sie doch viel vom Wesen des deutschen Marxismus. Eine solche Hetze gegen uns Deutsche fiel deutschen Marxisten leicht, vermerkte doch schon 1920 der Geschichtsschreiber Paul Ostwald: *„Von dem inneren und innigen Verflochtensein des einzelnen und seines eigenen Wohl und Wehes mit dem seines Staates und Vaterlandes will der Kommunismus nichts wissen."*[1)]

Schon 1945 suchte der gerade aus der Sowjetunion nach Deutschland gebrachte Walter Ulbricht die *„Legende vom deutschen Sozialismus"* zu entkräften. Dazu legte er die unter Hitler durchgeführte Wirtschaftspolitik als *„Versklavung"* des Arbeiters aus; die *„Herren der Rüstungskonzerne"* hätten durch ihre wirtschaftliche Macht den Staat geleitet: *„Der Hitlerfaschismus war die offene Terrorherrschaft der reaktionärsten, chauvinistischsten, imperialistischsten Elemente des deutschen Finanzkapitals."*[2)]

Dem folgte 1946 eine *„Liste der auszusondernden Literatur"* mit rund 15.000 Titeln, *„die faschistischen oder militaristischen Inhalt haben, politische Expansionsgedanken enthalten, die nationalsozialistische Rassenlehre vertreten oder sich gegen die Alliierten wenden"*. Da fanden sich neben Vertretern ausdrücklichen Nationalsozialismus viele andere, teils mit einzelnen Veröffentlichungen, teils mit ihrem ganzen schriftstellerischen Werk: Ernst Moritz Arndt, Adolf Bartels, Hans Baumann, Friedrich von Cochenhausen, Edwin Erich Dwinger, Paul Ernst, Gustav Frenssen, Friedrich der Große, Friedrich Grimm, Hans Grimm, Paul von Hindenburg, Kurt Hesse, Erich Kühn, Fritz Lenz, Heinrich Lersch, Erich Ludendorff, Mathilde Ludendorff, Martin Luther, Agnes Miegel, Paul Ostwald, Friedrich von Rabenau, Ernst Graf zu Reventlow, Alfred Graf von Schlieffen, Ina Seidel, Wilhelm Stapel, Hermann Stegemann, Friedrich Stieve, August Winnig, Wilhelm Ziegler usw.[3)]

An die Stelle des auszusondernden Schrifttums trat marxistisches. Hier zunächst die grobe Verleumdung der deutschen Geschichte von Alexander

1) Paul Ostwald, *„Marx oder Ranke?"* Langensalza 1920, S. 29.
2) Walter Ulbricht, *„Die Legende vom deutschen Sozialismus"* Ostbln 1945, S. 34/5, 39, 59, 62, 90.
3) *„Liste der auszusondernden Literatur"*, herausgeg. von der *„Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone"*, Ostbln 1946.

Abusch im Jahr 1947. Dieser in Krakau geborene, dann in Deutschland tätige kommunistische Zeitungsmann jüdischen Glaubens hatte 1933 Deutschland verlassen und war 1945 aus Sowjetrußland zurückgekehrt.[4] In seinem Buch *„Irrweg einer Nation“* verwarf Abusch *„rassisches Erbe“* und machte Friedrich den Großen zu einem *„Vorläufer Wilhelms II. und Hitlers“*. Bismarck, dem er ein *„politisches Erbe“* von *„Gewalt, Betrug und Demagogie“* zuschrieb, erkannte er immerhin als größten Staatsmann des *„reaktionär geleiteten Deutschland“* an. Dessen Arbeiterfürsorge setzte er allerdings mit der billigen Unterstellung Wilhelm Liebknechts als Bestechungsversuch an den Arbeitern herab.[5]

Galt Abusch Kaiser Wilhelm I. als *„primitiver Militarist“*, der Admiral von Tirpitz als *„ostelbischer Junkersohn“* – was abwerten sollte – und der General Ludendorff als das *„brutal-konsequenteste Gehirn unter den Militärs“*, so der us-amerikanische Präsident F. D. Roosevelt und der sowjetische Diktator Stalin als *„zwei große Staatsmänner der Vereinten Nationen“* – sprach also Abusch am Schluß seines Buches von einer Befreiung Deutschlands von *„Knechtseligkeit im Inneren und Überheblichkeit nach außen“*, so war diese letzte Verallgemeinerung falsch, sein Buch aber eine Widerlegung der ersten Behauptung: Schmierigere Knechtseligkeit ließ sich kaum denken.[6]

Walter Ulbricht nutzte seine Stellung als Vertrauensmann der Sowjets zu zahlreichen Veröffentlichungen aus: 1953 rühmte er seinen Genossen Thälmann als Kämpfer für die *„nationale und soziale Befreiung“*. 1956 erklärte er die *„plötzliche, außerordentliche Verbreiterung der Nazitätigkeit“* der Jahre 1930/31 mit Stiftungen des Ruhrkohlensyndikates; den Krieg habe Hitler dann verloren, *„weil er einen ungerechten, einen imperialistischen Eroberungskrieg gegen die Sowjetunion und die anderen freiheitsliebenden Völker führte“*. 1958 forderte Ulbricht: *„Du sollst Dein Vaterland lieben und stets bereit sein, Deine ganze Kraft und Fähigkeit für die Verteidigung der Arbeiter- und Bauernmacht einzusetzen“*; die *„Republikflucht“* vieler Ärzte und Wissenschaftler erklärte Ulbricht als Folge *„feindlicher Propaganda“*, die an die *„bürgerliche Vergangenheit und Gewohnheiten bestimmter Kreise der Intelligenz anknüpfte und Räubergeschichten über die künftige Entwicklung in der DDR verbreitete“*.[7] 1959 gedachte Ulbricht des gerade

4) Carola Stern, *„Porträt einer bolschewistischen Partei“*, Köln 1957, S. 124, 297; *„Amerika-Brief“*, herausgeg. von Hans Schmidt, P.O.Box 10 600, Burke VA 22 015, USA, Folge 46, Okt. 1991, S. 2.

5) Alexander Abusch, *„Der Irrweg einer Nation“*, Ostbln 1947, S. 5; S. 110, 129; S. 130; S. 165; S. 208.

6) wie Ziff. 5, S. 115, 192, 194, 264/5, 270; *„Alexander Abusch – Bildnis eines Revolutionärs“*, Ostbln/Weimar 1972.

7) Walter Ulbricht, *„Wir erfüllen Ernst Thälmanns Vermächtnis“*, Ostbln 1953, S. 16; ders.,

verstorbenen Johannes R. Becher, der ihm eine lobhudelnde Lebensbeschreibung gewidmet hatte, als *„größtem Dichter unserer Zeit“*.[8)]

1956 durfte auch der Professor Heinz Kamnitzer Knechtsgesinnung vorführen, indem er in einer Darstellung der Fremdherrschaft Napoleons I. behauptete, die Bevölkerung Preußens habe damals unter der doppelten Unterdrückung durch *„Junker“* und *„Abgaben an den Feind“* gelitten. Erst der *„gerechte Krieg des russischen Volkes“* habe 1812/13 den *„entscheidenden Wendepunkt“* im Kampf gegen Napoleon I. gebracht, der nur dadurch in Deutschland hatte eindringen können, weil dessen Söldnerarmeen *„dem Adel zum Schutz und zur Vermehrung seiner Macht dienten“*.[9)]

Immerhin brachte 1958 eine Veröffentlichung von Wissenschaftlern der DDR und der UdSSR einiges über Finanzhilfen, die Hitler 1929 und 1931 aus den USA erhalten hatte.[10)] Sie bestätigten, was im Westen zutage gefördert worden war. Trotzdem erwähnte 1961 die umfangreiche, aus dem russischen übersetzte *„Geschichte der neuesten Zeit“* diese bedeutungsvollen Vorgänge nicht, behauptete aber: *„Die deutschen Faschisten, die sich demagogisch Nationalsozialisten nannten, Bluthunde der aggressivsten Schichten des deutschen Monopolkapitals“* hätten 1938 *„die Vorbereitung ihrer Wirtschaft und ihrer Armee auf den ‚großen' Krieg beendet“* und 1939 durch *„provokatorische Handlungsweise gegenüber Polen den Zweiten Weltkrieg entfesselt“*.[11)]

Noch 1989 suchte Heinz Wolter unter Verwendung von 130 Briefstellen Bismarcks dessen Reichsgründung von 1871 herabzusetzen, indem er zum Vorwurf machte: Sie sei von *„Fürsten, Generälen, Offizieren und ein paar Ministern in Abwesenheit des deutschen Volkes“* verkündet worden.[12)] Das befand sich in bemerkenswerter Übereinstimmung mit der Deutschfeindlichkeit des 1983 von Manfred Schlenke im westdeutschen Freiburg herausgegebenen *„Preußen-Ploetz“*. Wolter wiederholte den *„Sozialdemokrat“*, die erste sozialdemokratische und 1975 vom marxistischen Standpunkt aus belobigte Zeitung, in der es 1889 geheißen hatte: *„Wie könnte Deutschland dastehen in Europa, wenn es seine Einigung auf demokratischem Wege*

„Der faschistische deutsche Imperialismus“, Ostbln 1956, S. 13/4; ders., *„Über die Dialektik unseres sozialistischen Aufbaus“*, Ostbln 1960, S. 185, 226.

8) Walter Ulbricht, *„Dem Dichter des neuen Deutschland Johannes R. Becher“*, Ostbln 1959, S. 5; Johannes R. Becher, *„Walter Ulbricht“*, Ostbln 1958.

9) Heinz Kamnitzer, *„Wider die Fremdherrschaft“*, Ostbln 1956, S. 23, 88, 135.

10) *„Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR“*, *„Probleme der Geschichte des Zweiten Weltkrieges“*, Ostbln 1958, S. 100.

11) Wolfgang Ruge/Gerhard Mehnert, *„Geschichte der neuesten Zeit“*, Teil I, Ostbln 1961, S. 68, 77, 80.

12) Heinz Wolter, *„Bismarck und die Revolution“*, Ostbln 1989, S. 33; *„Preußen-Ploetz“*, herausgeg. von Manfred Schlenke, Freibg 1983, S. 228.

errungen" hätte?[13] Die Antwort darf kurz lauten: Es hätte diese Einigung nicht gegeben![14]

Gerne erinnerte das marxistische Schrifttum an revolutionäre Vorgänge in Deutschland. Da erhob Fred Oelßner die Rosa Luxemburg mit ihrer Begeisterung für den *„beispiellosen Radikalismus"* der russischen Revolution zu einer der *„bedeutendsten Persönlichkeiten der europäischen Arbeitsbewegung"*; da gab das *„Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands"* 1958 die *„Spartakusbriefe"* heraus, die im Ersten Weltkrieg nach der Losung Karl Liebknechts wirkten *„Der Hauptfeind steht im eigenen Land"*; da erschien 1971 ein Roman *„Thomas Münzer"*, dessen Verfasser Hans Pfeiffer nicht versäumte, seinen Held nach *„purem Kommunismus"* verlangen zu lassen.[15]

Neben derartiges traten Erlebnisberichte wie 1972 der des Karl Mewis. 1907 geboren, gelernter Schlosser, früh in kommunistischen Verbänden, 1937 bei den internationalen Brigaden in Spanien, stieg er nach 1945 in Mitteldeutschland zu höheren Stellungen auf.[16] Er schilderte seine Einsätze für die Partei als Kampf dagegen, *„daß Deutschland an der Eroberungssucht seiner reichen Herren zugrunde ging"*. Den russischen Angriff auf Finnland 1939 verteidigte er allerdings wie folgt: *„Der ‚Erbfeind' Rußland wurde bekriegt, der es gewagt hatte, seine Grenzen gegen alle Eventualitäten zu sichern und vor allem für Leningrad Rückendeckung suchte."*[17] Ähnlich Karl Pioch, der wie Mewis zu den internationalen Brigaden in Rotspanien fand, nach deren Niederlage aber über *„Strasbourg"* in ein deutsches Konzentrationslager kam. Hier erlebte er die *„Befreiung"* aus der *„faschistischen Barbarei"* durch die Rote Armee. In der angenehmen Gewißheit, lügen zu dürfen, wenn es nur gegen sein eigenes Vaterland ging, behauptete er nun, daß damals *„unzählige Flüchtlinge"* aus Ostdeutschland *„von der Wehrmacht beim Rückzug mitgeschleppt worden waren"*.[18]

Diesen durchweg herabsetzenden Darstellungen deutscher Vergangenheit und häufig auch deutscher Art überhaupt standen bejahende des Marxismus gegenüber, die vielleicht etwas hätten gut machen können, wenn sie von Wert gewesen wären. Beschäftigen wir uns also mit dem, was das maßgebende

13) Horst Bartel, *„Der Sozialdemokrat 1789-1890"*, Ostbln 1975, S. 175.
14) Bismarck, *„Die gesammelten Werke"*, Bd. VII, Bln 1924, S. 62, 65; Bd. X, Bln 1928, S. 140; Bd. XV, Bln 1932, S. 318/21; Johannes Haller, *„Tausend Jahre deutsch-französischer Beziehungen"*, Stgt 1936, S. 165/77; Jacques Bainville, *„Geschichte zweier Völker"*, Hbg 1939, S. 36, 54/5.
15) Fred Oelßner, *„Rosa Luxemburg"*, Ostbln 1956, S. 122, 6; Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, *„Spartakusbriefe"*, Ostbln 1958, S. XXIV; Hans Pfeiffer, *„Thomas Münzer"*, Ostbln 1971, S. 454.
16) wie Ziff. 4, *„Stern"*, S. 310; Karl Mewis, *„Im Auftrag der Partei"*, Ostbln 1972, S. 324/5.
17) wie Ziff. 16, *„Mewis"*, S. 228, 237.
18) Karl Pioch, *„Nie im Abseits"*, Ostbln 1978, S. 100, 124, 126, 159, 151, 157.

Lehrbuch *„Dialektischer und historischer Materialismus“*, 16. Auflage 1989, dem *„marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium an Universitäten und Hochschulen der DDR“* bot. Es erklärte zunächst, es biete die *„wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse“*, erklärte *„Dialektik“* als *„Einsicht in die Einheit der Gegensätze“* und *„wissenschaftliches Erkennen“* als eine *„Form der ideellen Aneignung der Wirklichkeit“*.[19)]

Dieses *„wissenschaftliche Erkennen“* wies allerdings solche Lücken auf, daß schon deswegen der Anspruch auf *„Weltanschauung“* bestritten werden mußte. Immer noch überging das Lehrbuch die wissenschaftlichen Erkenntnisse, daß die Erhaltung der eigenen Art ein Grundgesetz allen Lebens auf dieser Welt ist, und daß dementsprechend arterhaltendes Verhalten eine Grundforderung ist, der alle Lebewesen unterliegen, wenn sie leben wollen.[20)]

Weiter unterschlug das Lehrbuch die schon lange bekannten und gründlich erforschten Erbgesetze, die mit der Erhaltung der Art verknüpft sind.[21)] Ihre Beachtung gehört zu dem arterhaltenden Verhalten eines jeden. Im Zusammenhang damit war auch die Zweipoligkeit unseres Lebens und das Verhältnis von Mann und Frau zueinander und zu den Aufgaben des Lebens zu behandeln. Da zeitweise enge Beziehungen der DDR zur Volksrepublik China bestanden, wäre es nicht schwer gewesen, in einem auf den chinesischen Denker Laotse zurückgehenden Bild die Antwort zu finden. Es zeigte einen Kreis, den ein schwarzer und ein weißer Teil mit entgegengesetzten Schwerpunkten ausfüllten. Das stellte das Ineinandersein von männlich und weiblich dar und bedeutete die so oft berufene Gleichberechtigung der Geschlechter mit verschiedenen Schwerpunkten.[22)]

Angebracht wäre es auch gewesen, wenn das Lehrbuch aufmerksam gemacht hätte, daß jedes Tun seine Folgen hat, aber auch ein Nichttun, wo Tun erforderlich wäre, und daß daher alles Handeln unter Beachtung der Folgen geschehen sollte, wie das beispielsweise die *„ritterliche Tugend des Maßes, des Maßhaltens“*[23)] verlangte, zu der Bismarck immer wieder riet.[24)]

---

19) Hans Streußloff usw., *„Dialektischer und historischer Materialismus“*, Ostbln 1989, S. 5, 7, 115, 204.

20) Ernst Haeckel, *„Natürliche Schöpfungsgeschichte“*, Bln 1911, S. 264; Bernhard Grzimeks, *„Tierleben“*, Bd. I, Zürich 1971, S. 49; Sonderband *„Entwicklungsgeschichte der Lebewesen“*, Zürich 1972, S. 36; Bd. I, S. 23, 44; Sonderband *„Verhaltensforschung“*, Zürich 1974, S. 21; Konrad Lorenz, *„Das sogenannte Böse“*, Wien 1963, S. 22, 30, 44 usw.; derselbe, *„Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit“*, Mü/Zürich 1972, S. 12, 15, 40.

21) Wilhelm Schallmeyer, *„Vererbung und Auslese“*, Jena 1918; Erwin Baur, Eugen Fischer und Fritz Lenz, *„Menschliche Erblehre und Rassenhygiene“*, Mü 1936; Alfred Kühn, *„Grundriß der Vererbungslehre“*, Lpz 1939.

22) Richard Wilhelm, *„Laotse Tao Te King – Das Buch des Alten vom Sinn und Leben“*, Jena 1911, S. 89/90.

23) *„Kleine Geschichte des deutschen Adels“*, Köln 1959, S. 139.

24) wie Ziff. 14, *„Bismarck“*, Bd. VII, Bln 1924, S. 140; Bd. IX, Bln 1926, S. 135, 162, 195; Bd. XV, Bln 1932, S. 273, 277/8.

Statt solcher einfachen und klaren Gedanken sah das Lehrbuch offenbar die Weltanschaulichkeit darin, schwer verständlich zu sein, unnütze Fremdworte zu gebrauchen und grobe Irrtümer vertreten zu dürfen. So verallgemeinerte es in der im Marxismus beliebten Weise unangebracht, *„daß alle geschichtlichen Kämpfe – ob auf politischem, rechtlichem, religiösem oder philosophischem Gebiet – nur der mehr oder minder deutliche Ausdruck von Kämpfen gesellschaftlicher Klassen sind“*; *„daß die Volksmassen die treibende Kraft der Geschichte sind“*; daß *„Geschichte nur von Klassen gemacht“* wird und nicht von Einzelnen, was allerdings eine andere Stelle einschränkte: Auch hervorragende Führer könnten *„auf den Gang der historischen Ereignisse einwirken“*; daß *„Krieg und Frieden“* an die *„Entstehung, Entwicklung und den Untergang bestimmter Typen von Produktionsverhältnissen gebunden sind“* und dergleichen mehr.[25)]

Zu den unberechtigten Verallgemeinerungen kamen genauso unangebrachte Vorwürfe gegen den *„Kapitalismus“*: Das Verhalten der *„Bourgeoisie ... zur Natur ist ausschließlich bestimmt durch die dem kapitalistischen Privateigentum an den Produktionsmitteln entspringenden Gesetze der Profitproduktion“*; unter kapitalistischen Verhältnissen vermag *„nur der Kampf der Volksmassen Veränderungen in der Umweltpolitik durchzusetzen“* – als ob das nicht auch für die Produktion in der DDR gegolten hätte!

Oder: *„In der sozialistischen Gesellschaft ist es ein grundlegender Wert, daß der Wissenschaftsfortschritt für alle Menschen zu Buche schlagen muß“*; im *„Sozialismus“* – worunter stets die marxistische Form gemeint war – wird *„der wissenschaftlich-technische und ökonomische Fortschritt zielstrebig in sozialen Fortschritt umgesetzt“* – als ob das alles nicht auch für den Kapitalismus gelten würde.[26)]

Die Behauptung des Lehrbuches, der Sozialismus verwandle *„alle Mitglieder der Gesellschaft in Arbeitende“*, konnte nur als Schutzbehauptung der neuen regierenden Klasse aufgefaßt werden. Die weitere Behauptung, *„daß die geschichtliche Rolle des Proletariats darin besteht, erstmals in der gesamten Entwicklungsgeschichte der Menschheit die Gesellschaft nach dem Bilde einer revolutionären arbeitenden Klasse neu zu gestalten, also die gemeinschaftliche nützliche Arbeit zum Wohle aller zum höchsten Maßstab in der ganzen Gesellschaft zur Geltung zu bringen ... ist die Vollendung der Menschwerdung“*, war ein grenzenlos überheblicher Unsinn.[27)]

Die Behauptung endlich: *„Die Religion, das religiöse Bewußtsein ... ist eine phantastisch-illusionäre und damit verkehrte Widerspiegelung der Welt und der Stellung des Menschen in ihr. In der Religion ist der Glaube an das*

25) wie Ziff. 19, S. 218, 221, 343, 346, 457.
26) wie Ziff. 19, S. 267, 270, 310, 337.
27) wie Ziff. 19, S. 119, 361.

Übernatürliche, an Gott, bestimmend, wobei Emotionales das Rationale überlagert" – das alles durfte man auch auf den Marxismus beziehen, mochte der eine auch das Glück im Diesseits, der andere für das Jenseits versprechen.[28)]

Versöhnen konnte es, im Lehrbuch kaum noch etwas vom *„Mehrwert"* zu finden, wenn auch nach wie vor im alten und bequemen Sinn von *„Ausbeutern"* und *„Ausgebeuteten"* die Rede war. Oder daß sich nichts mehr vom *„Absterben des Staates"* fand, sondern – mochte es auch falsch sein: *„Die DDR ist als sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern eine Form der Diktatur des Proletariats, die die Interessen des Volkes vertritt."* Oder daß das Lehrbuch unter Bezug auf Lenin Unterschiede in der Bewertung von Kriegen machte.[29)]

Verhängnisvoll aber dürfte die im Lehrbuch vertretene Auffassung vom *„Fortschritt"* gewirkt haben: Er sei die *„Hervorbringung von etwas Neuem, das gegenüber dem Alten etwas Höheres ist"*; *„Gesellschaftlicher Fortschritt bedeutet Entwicklung der Menschheit in aufsteigender Linie, vom Niederen zum Höheren"*; die *„Vorzüge des Sozialismus"* beständen vor allem *„in der Macht der Arbeiterklasse und aller Werktätigen sowie dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln und der Nutzung dieser Errungenschaften für die Sicherung eines stetigen Wirtschaftswachstums, verbunden mit der Realisierung des sozialen Fortschritts"*.[30)]

Solche Erwartungen stammten aus der Zeit, als die fortschreitenden Wissenschaften und ihrer wachsenden wirtschaftlichen Verwertung immer weitere Erleichterungen und Sicherungen des Lebens zu bringen schienen und dazu verleiteten, *„gesellschaftlichen Fortschritt ... durch gewisse ökonomische Bedingungen zu erwarten"* wie das Friedrich Engels ausgedrückt hatte.[31)] Die Möglichkeiten eines Fortschrittes in falscher Richtung, der Entwicklung eines Übels, des Wachstums einer Entartung blieben unberücksichtigt.

Dieser Fortschrittsglaube strotzte geradezu von der dummen und überheblichen Überzeugung, alles sei richtig und gut, was Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilisation der Menschheit bescherten.

28) wie Ziff. 19, S. 448.
29) wie Ziff. 19, S. 302/3, 320, 374, 467.
30) wie Ziff. 19, S. 106, 334, 253.
31) Friedrich Engels, *„Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft"*, Ostbln, 1960, S. 348.

XIV.

Weitere schwere Mängel

Im Zusammenhang mit der Unfähigkeit, eine tragende geistige Haltung für die Bildung eines Staates mit deutscher Bevölkerung zu schaffen, stand Unfähigkeit im Bereich der Sachen. Das hatte mit der Verstaatlichung der Erzeugung begonnen. Stammte 1949 erst etwa die Hälfte des Nationaleinkommens aus verstaatlichten Betrieben, so lieferten diese 1988 fast alles.[1)] Es wäre für die neue regierende Klasse wohl besser gewesen, statt auf den Nationalsozialismus zu schimpfen und ihn zu verfolgen, seinem Beispiel folgend eine gezügelte Wirtschaft aufzubauen, die den Tätigkeitsdrang und die Raffgier von Unternehmern durch grundsätzliche Richtlinien dem allgemeinen Wohl dienstbar machte.

Die über das vernünftige Maß hinaus getriebene Verstaatlichung hatte der 1950 gebildeten *„Plankommission"* höchste Bedeutung gegeben, mußte diese doch *„vorausschauend festlegen, wie sich auf Grund unserer politischen Zielsetzung die Wirtschaft entwickeln soll"*. Hatte das August Bebel 1869 als eine einfache Sache hingestellt, so erwies sich nun diese Voraussage als höchst leichtfertig[2)] und die Aufgabe als äußerst schwierig. Das rührte nicht nur von ihrer Größe, sondern wahrscheinlich noch mehr von der Unfähigkeit derer her, die sie durchführen wollten.[3)] Fehlplanungen machte 1976 der Wirtschaftsprofessor in Düsseldorf, Karl Hardach[4)], für die Fertigung großer Mengen unverkäuflicher Waren verantwortlich. Und daß *„Planerfüllung ... vor allem die Steigerung des Produktionsvolumens"* bedeutete – wie sich 1991 der in leitender Stellung der DDR-Wirtschaft tätig gewesene Herbert Wolf ausdrückte –, erklärte, warum den Erzeugnissen so oft an Güte fehlte. Wolf stimmte darin mit Hardach überein.[5)]

Zur Verstaatlichung gesellte sich ungeduldiges Streben nach schnellem *„Fortschritt"* und ständigem *„Wachstum"*. Es stimmte in erstaunlicher Weise mit kapitalistischem Denken überein. Warb doch der westdeutsche Bundeskanzler Kohl 1984: *„Wir alle haben Grund zum Optimismus: Die Wirtschaft wächst weiter."* Da Kohls Partei, die *„Christlich-Demokratische Union"*, in

1) *„40 Jahre DDR"*, herausgeg. vom ZK der SED und der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Ostbln 1989, S. 13.

2) Fritz Schenk, *„Im Vorzimmer der Diktatur"*, Köln 1962, S. 127; *„SBZ von A-Z"*, herausgeg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1958, S. 237; August Bebel, *„Unsere Ziele"*, 14. Aufl., Bln 1919, S. 36.

3) wie Ziff. 2, *„Schenk"*, S. 78, 177, 273/4, 290, 392.

4) Karl Hardach, *„Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert"*, Gött 1976, S. 154/6, 164/5.

5) Herbert Wolf, *„Hatte die DDR je eine Chance?"*, Hbg 1991, S. 27; wie Ziff. 4, S. 155.

den Jahren 1971 bis 1981 viele Millionen DM als Wahlspenden von der Robert Bosch GmbH in Stuttgart erhielt, ist zu schließen, daß dort die gleichen Vorstellungen herrschten.[6] Und durch die Wahl Kohls bekannten sich auch unzählige Wähler dazu.

Dabei bedurfte es kaum großer geistiger Anstrengungen, um zu erkennen, daß alles Wirtschaftliche schnell an Bedeutung verliert, sobald ein gesunder und damit bescheidener Bedarf gedeckt ist, wobei allerdings die Sicherheit nach außen durch eine auf höchstem Stand gehaltene Wehrmacht gewahrt sein muß. Die westdeutsche Wirtschaft suchte trotzdem die Grenzen mittels unaufhörlicher und aufwendiger Werbungen hinauszuschieben. Weiter durfte vor übermäßiger wirtschaftlicher Tätigkeit die Erinnerung warnen, daß deutsche Wirtschaftserfolge zur Entstehung der beiden Weltkriege wesentliches beitrugen.[7] Und schließlich mußten auch die abnehmenden Rohstoffvorräte der Welt wie die fortschreitende Umweltzerstörung vor weiterem *„Fortschritt“* und *„Wachstum“* warnen. Hatte der Bundeskanzler Erhard sich nicht imstande gesehen, den von ihm selbst angefachten Eigennutz auf das richtige Maß zurückzuführen, so durfte der klar sehende Politiker Herbert Gruhl immerhin 1975 berechtigt feststellen: *„Alle halten witziger Weise nur endloses ‚Wachstum‘ für Stabilität.“*[8] Das galt auch für die DDR, sah doch 1991 einer der früher leitenden Wirtschaftler, Wolfgang Berger, die Dinge wie folgt:

„Etwa ab Mitte der 50er Jahre ging es um das Vorhaben, in der kleinen DDR den Herausforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution gerecht zu werden, der nach meiner Überzeugung wichtigsten Umwälzung in der Geschichte der Menschheit…“

Berger bedauerte, daß der *„Führung in Moskau“* durch ihre übergroße Freude über die Erfolge der Raketentechnik und des Weltraumfluges der Blick dafür getrübt wurde, *„daß im zivilen Bereich der Volkswirtschaft der technische Fortschritt nur langsam vorankam“*.[9] Der Glaube an *„Fortschritt“* und *„Wachstum“* als beständigem Ziel erhielt in der DDR Auftrieb durch die Absicht, die BRD wirtschaftlich hinter sich zu lassen.[10] Angesichts dessen, daß aber der *„Abstand zur BRD blieb“*, wie sich Berger erinnerte[11],

---

6) Tageszeitung *„Neue Presse“*, Coburg 27.12.84, Anzeige S. 28; Tageszeitung *„Frankfurter Rundschau“*, 7. Nov. 1990, S. 1.

7) Ernst Graf zu Reventlow, *„Deutschlands auswärtige Politik 1888-1914“*, Bln 1915, S. 86/94; Curtis B. Dall, *„F.D.R. – My Exploited Father-In-Law“*, Tulsa, Oklahoma USA 1968, S. 120; *„Das Geschichtsbuch als Umerzieher“*, herausgeg. von Herber Grabert, Tüb 1966, S. 132.

8) Herbert Gruhl, *„Ein Planet wird geplündert“*, Fkft/M 1975, S. 19, 73, 93, 121, 192, 208, 257.

9) Wolfgang Berger in der Tageszeitung *„Neues Deutschland“*, Bln 23./4. März 1991.

10) wie Ziff. 2, *„Schenk“*, S. 305, 395; wie Ziff. 5, S. 36.

11) wie Ziff. 9.

ließ das in der DDR spotten: *„Überholen ohne einzuholen."* Das Ziel, die BRD zu überholen, mußte der Marxismus schon deshalb verfolgen, weil er sich als der einzige und richtige Weg beweisen mußte. Nur dadurch konnte er die in der Vergangenheit betriebene Verneinung und Zersetzung mit allen ihren schädlichen Äußerungen und üblen Folgen als berechtigt und angebracht erscheinen lassen. Im übrigen spornte ein auf fortschreitendes Wachstum gerichteter Glaube den Leistungswillen der Arbeiter an.

Das in der DDR herrschende Bemühen um schnellen Fortschritt und größeres Wachstum wirkte zunehmend schädlicher. Nicht nur, daß in der Erzeugung die Güte hinter der Menge zurücktrat. Auch das früh aufgetretene Bestreben, eine umfassende Wirtschaft aufzubauen, verzögerte mehr als es nützte. Von der weiteren Entwicklung mußte der genannte Wolfgang Berger[12)] berichten: Es habe ihn beunruhigt, als der an die Spitze der Wirtschaftsführung aufgestiegene Günter Mittag bei Ulbricht erreichte, *„die vollständige Automatisierung der riesigen Leunawerke auf die Tagesordnung zu setzen"*.[13)] Ähnlich beanstandete ein anderer führender Kopf der mitteldeutschen Wirtschaft, der Professor Dr. Herbert Wolf, Mittag habe *„durch die Konzentration der geringen Mittel auf solche Großprojekte wie Mikroelektronik, Automatisation und Robotertechnik"* die übrige Wirtschaft *„ruinös gemacht"*.[14)]

Zu den großen Mißgriffen gesellten sich zahlreiche kleinere, von denen nur einige genannt werden können. Wenn nach Hardach die DDR vor 1976 gemessen am internationalen Stand bei der Erzeugung von Elektrizität um ein Drittel mehr Brennstoff verbrauchte und im Maschinenbau fast dreimal soviel Stahl, so mochten darin auch noch die Demontagen nachklingen. Es durfte dann wohl der Erwähnung wert sein, daß der Verbrauch von Walzstahl von 1980 bis 1988 um 38% zurückging.[15)]

Wenn aber 1990 die westdeutsche Tageszeitung *„Die Welt"* die von anderer Seite dem Verfasser bestätigten Mitteilungen machte: Schiffswerften hätten Kühlschränke und Schrankwände auch für Haushalte auf dem Festland hergestellt, so mußte der soziale Gesichtspunkt durch die Unwirtschaftlichkeit wohl zu teuer bezahlt werden. Wenn die Zeitung weiter mitteilte, daß jährlich Hunderttausende von Tonnen Braunkohle verfeuert wurden, um Brot zu backen, das an Schweine verfüttert wurde, weil es durch staatliche Unterstützung billiger war als Viehfutter, so kam darin Unverständnis für Maßnahmen zum Ausdruck, die dem allgemeinen Wohl dienten. Und wenn die Zeitung endlich noch berichtete, die DDR habe in Europa als Folge zu

12) wie Ziff. 2, *„Schenk"*, S. 258/61.
13) wie Ziff. 9.
14) Herbert Wolf in der Tageszeitung *„Neues Deutschland"*, Bln 19. Sept. 1991, S. 5.
15) wie Ziff. 4, S. 155, Anmk. 55; wie Ziff. 1, S. 37.

geringer Wärmedämmung und anderer technischer Mängel an den Gebäuden den höchsten pro-Kopf-Verbrauch an Energie, so wirkte sich hier die auf Augenschein und Erfüllung zu hoher Planzahlen gerichtete Bauweise aus.[16)]

Wenn allerdings das *„Deutschland Magazin“* des westdeutschen Schriftstellers Kurt Ziesel 1990 in einer den Bundeskanzler Kohl beweihräuchernden Ausgabe eine Darstellung brachte, nach der Erwerbstätige in der DDR etwa die Hälfte dessen erarbeiteten was ihre westdeutschen Kollegen leisteten[17)], so wurde hier unterschlagen, daß in der DDR das *„Recht auf Arbeit“* auch denen Beschäftigung sicherte, die in der BRD als Arbeitslose ausgesondert wurden. Ein ehrlicher Vergleich hätte das berücksichtigen und vermerken müssen, daß eine geringere Arbeitsleistung bei geringeren Ansprüchen sehr wohl leben läßt.

Wohl infolge der falschen Einstellung an höchsten Stellen zu *„Fortschritt“* und *„Wachstum“* begann auch die DDR mit der Nutzung von Kernkraft. Nach einem Forschungsreaktor in Rheinsberg baute sie ein Kernkraftwerk bei Greifswald und nahm ein weiteres bei Stendal in Angriff. Dazu mag das Beispiel der BRD beigetragen haben. Hier hatte der spätere Bundeskanzler Kohl die Gegner der Kernkraftwerke als *„Reaktionäre“* und *„gegen den Fortschritt“* eingestellt verworfen.[18)] Obwohl beispielsweise 1977 der Direktor des Institutes für Kernenergie der Universität Münster, Erich Huster, warnte: *„Alles, was schief gehen kann, geht auch mal schief“*; obwohl die Zeitschrift *„Der Spiegel“* 1988 *„die in die Zukunft verschobenen Kosten für den Abriß der Reaktoren und für die Endlagerung des radioaktiv verseuchten Materials“* als Widerlegung des Märchens vom *„billigen Atomstrom“* enthüllte; und obwohl die *„Lebensschutz-Informationen“* aus, Vlotho/Weser immer wieder die Verantwortungslosigkeit der Erzeugung von Kernenergie geißelte, waren in der BRD 1990 23 Kernkraftwerke in Betrieb.[19)] In Ost und West gleichermaßen veranlaßten Parteifunktionäre wie Kapitalisten ihren Bau, und Arbeiter, in nichts besser als jene, führten ihn aus.

Den falschen Handlungen sind Unterlassungen richtiger gleichzusetzen. Da unterblieb die Erneuerung von Gebäuden, Straßen, Eisenbahnen und anderen Anlagen. Verbrauchte Industrieanlagen und Einrichtungen liefen sehr oft bis zur völligen Unwirtschaftlichkeit weiter. Alte Stadtteile überließ man dem Verfall, um lieber Neubauten zu errichten, die billiger waren und guten Eindruck machten – auch wenn das zusätzlich Garten- und Ackerland kostete.[20)]

---

16) Tageszeitung *„Die Welt“*, Hbg 9. Jan. 1990, S. 4.
17) *„Deutschland-Magazin“* Prien Obbay., Folge 4, April 1990, S. 23.
18) Zeitschrift *„Lebensschutz-Informationen“*, Vlotho/Weser, Folge 2, März/April 1992, S. 1.
19) Zeitschrift *„Das Tier“*, Stgt Okt. 1977, S. 17/8; Zeitschrift *„Der Spiegel“*, Hbg. 1988, Folge 30, S. 66; *„Lebensschutz-Informationen“*, Vlotho/Weser 1990 usw.
20) Gunnar Winkler, *„Sozialreport ’90“*, Bln 1990, S. 161/2.

Ebenso bestanden im Umweltschutz schwerste Versäumnisse. Gemäß den 1990 veröffentlichten Feststellungen nahm die DDR in der Luftverschmutzung durch Schwefeldioxid und Staub eine Spitzenstellung in Europa ein. Ihre knappen Bestände an Wasser fanden nicht nur äußerste Nutzung, sondern wurden zum größten Teil ungereinigt abgeleitet, sodaß sich die Fähigkeit von Gewässern zur Selbstreinigung verringerte. Daraus entstanden Gefahren für die Gesundheit sowohl bei Nutzung im Haushalt wie zur Erholung. Der durch den Straßenverkehr verursachte Lärm erhöhte sich infolge des immer schlechter werdenden Zustandes der Straßen. Die Schädigung des Waldes lag unter derjenigen in der BRD.[21)]

Allerdings waren solche Vergleiche schwierig. Zwar mochte es zutreffen, daß die Menge des Hausmülls in der DDR nur etwa ⅓ desjenigen in der BRD betrug.[22)] Aber hinsichtlich der Verschmutzung und Vergiftung der Umwelt durch industrielle Abfälle war zu bedenken, daß sowohl bei kapitalistischer wie marxistischer Wirtschaftsweise die Kosten der Beseitigung gescheut wurden. So nannte die Zeitschrift *„Der Spiegel“* die Abfälle der Bayer A.G. in Leverkusen ein *„Bitterfeld am Rhein“*. Und von der Firma C. H. Boehringer in Ingelheim berichteten die *„Lebensschutz-Informationen“*, sie habe hochgiftiges Dioxin in acht Mülldeponien der BRD und der DDR abgelagert – vermutlich in *„vielhundertfachen“* Mengen dessen, was zu dem Unglück von Seveso[23)] in Italien geführt hatte. Dem Atommüll der BRD endlich standen in der DDR gemäß dem Bundestagsabgeordneten Thierse etwa 1.500 Quadratkilometer durch den Uranbergbau mehr oder weniger betroffener Flächen gegenüber.[24)]

Unfähigkeit in der Wirtschaftsführung der DDR bewies die Unterlassung, die aus Not und Unfähigkeit herrührenden Beschränkungen von privaten Verkehrsmitteln der Bevölkerung der DDR als einen Weg begreiflich zu machen, den angesichts der Fortschritte im Verbrauch der Rohstoffe, der Zerstörung der Umwelt und der wachsenden Weltbevölkerung auch die anderen Industriestaaten einmal gehen müssen. Statt also bei jeder Gelegenheit durch Spruchbänder und Fahnen von vielen Quadratmetern Größe zu verkünden: *„Alles für das Wohl des Volkes“*, oder: *„Im Mittelpunkt der staatlichen Arbeit steht der Mensch, sein Leben, Denken, Fühlen und Handeln“*, wären besser Erkenntnisse des Umweltschutzes verbreitet worden, wie: Unser Leben wird um so sicherer, je mehr wir unsere Ansprüche zu mäßigen wissen.

---

21) wie Ziff. 20, S. 175/86; Tageszeitung *„Frankfurter Rundschau“*, 19. Mai 1990, S. 6.

22) Wolfgang Thierse, *„Materialien – Vor dem Aufschwung steht die Wahrheit“*, Bonn 1992, S. 28.

23) Zeitschrift *„Der Spiegel“*, Hbg 1992, Folge 13, S. 80/5; Zeitschrift *„Lebensschutz-Informationen“*, Vlotho/Weser 1992, Folge 3, S. 8.

24) wie Ziff. 22, S. 25.

Die Mängel in der Erzeugung von Gebrauchsgütern erfuhren eine erhebliche Verschärfung durch ihre durchweg unregelmäßige, oft lückenhafte und offenbar gleichgültige oder willkürliche Verteilung. Eher, wie auch bei anderen Gelegenheiten, mochte Ablehnung der Verhältnisse mitwirken. Die daraus entstehende Zeitverschwendung durch Schlangestehen vor Verkaufsstellen gehörten zum Alltag. Hamsterkäufe begünstigte die seit den 70er Jahren vermehrte Geldmenge.[25)] Sie legten erhebliche Warenmengen fest. Der Tauschverkehr zum Ausgleich der mangelhaften Versorgung trug zur befriedigenden Ausstattung vieler Wohnungen bei, bedeutete aber doch einen unwirtschaftlichen Behelf.

Die allgemeinen Schwierigkeiten hinderten Angehörige der neuen regierenden Klasse nicht, sich besondere Vorteile zu sichern. Man beobachtete ihre bessere Versorgung ohne Wartezeiten, man sprach sogar davon, Westpakete wurden beschlagnahmt, um den Inhalt unter Angehörigen der regierenden Klasse zu verteilen. Man beobachtete, daß sich Angehörige dieser Klasse außer der ummauerten Siedlung in Berlin-Wandlitz auch in Jagdhütten, Landhäusern usw. wohnliche Annehmlichkeiten zu verschaffen wußten.[26)] Allgemein vermißte man zu viel von dem, wodurch eine beanspruchte Führerschaft erst die letzte Überzeugungskraft gewinnt: Das persönliche Vorbild.

Das alles bewirkte eine Haltung, die 1991 ein ehemaliger Zeitungsmann der DDR dem Verfasser wie folgt schilderte: *„Zunehmende Gleichgültigkeit“* mit dem Grundsatz *„Privat geht vor Katastrophe“*. Zu den Ursachen rechnete er *„Gleichmacherei“*; Gedanken und Vorschläge seien nicht genügend gewürdigt, *„ja auch oft abgeschmettert“* worden. *„Man war sozial abgesichert, verdiente sein Geld auch so, für das aber immer weniger Waren im Angebot waren. Wegen kleinster Kleinigkeiten mußte man mitunter lange suchen oder es gab sie nur mit Beziehungen.“* Bemerkenswert ist der krasse Gegensatz, in dem die hier beschriebene Haltung zu dem steht, was August Bebel 1869 und Fred Oelßner 1955 als Folge der Beteiligung der Arbeiter am Arbeitserfolg behauptet hatten.[27)]

Die in großem Ausmaß berechtigte Unzufriedenheit führte zu schwärmerischer Überschätzung des Westens, verstärkt durch das, was das westliche Fernsehen gut gefiltert und schmackhaft zubereitet vorführte; verstärkt weiter durch den Inhalt der zahllosen Pakete aus dem Westen, die vorwiegend ausgewählte Dinge enthielten; verstärkt endlich auch durch Nachrichten von Rentnern, die in den Westen reisen durften. Sie hatten dort gepflegtere

25) *„Statistisches Taschenbuch der DDR ’90“*, Ostbln 1990, S. 115.
26) Hanns-Heinz Gatow, *„Vertuschte SED-Verbrechen“*, Berg am See 1990, S. 186/7, 261/3.
27) wie Ziff. 2, *„Bebel“*, S. 34/5; Fred Oelßner, *„Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik“* Ostbln 1956, S. 38.

Straßen und Verkehrseinrichtungen gesehen, beflissenere Bedienung in Läden und Gaststätten erlebt und ein äußerlich farbigeres Bild mitgenommen. Wie die wohlgefüllten Schaufenster wirkten, beschrieb 1981 ein Besucher aus Mitteldeutschland in einer westdeutschen Zeitung: *„In mir wurden plötzlich Wünsche wach, die ich vordem nicht hatte. Ich meinte, etwas kaufen zu müssen, was mir nicht fehlte und ich nie vermißt hatte“*.[28] Aber auch der unübersehbare Schmutz Westdeutschlands dürfte bei entsprechenden Mitteldeutschen den Wunsch geweckt haben, an ihm teilzunehmen.

Welch' geradezu unsinnige Vorstellungen vom Westen in manchen lebten, bewies der häufige Wunsch nach *„freien Wahlen“*. Diese hatten freie, selbständig denkende Menschen zur Voraussetzung, die geschichtlich unterrichtet, der Politik ihrer Zeit entsprechende Aufmerksamkeit schenkten. Solche gab es in Westdeutschland kaum. Die Masse der Wähler bestand aus schon in der Schule und dann fortgesetzt durch Presse, Fernsehen, Wahlpropaganda usw. beeinflußte, im eigenen Kleinkram befangene, urteilslose Menschen, die allerhöchstens den nicht wählten, bei dem sie Überlegenheit witterten.[29]

Wen sie aber überhaupt wählen konnten, hing vor allem von Geldgebern im Hintergrund ab. Hitler gab ein Beispiel. Ebenso konnte in der gern zum Vorbild genommenen us-amerikanischen Demokratie nur der ein *„Staatsmann“* auf der politischen Bühne werden, den die *„Hintermänner“* dazu machten. Das beschrieb – neben anderen – 1968 höchst sachkundig Curtis B. Dall, Schwiegersohn des Präsidenten F. D. Roosevelt.[30]

28) *„Coburger Tageblatt“* 21. Dez. 1981, S. 2.
29) Axel Freiherr von Freytag-Loringhoven, *„Die Weimarer Verfassung“*, Mü 1924, S. 77/8.
30) Curtis B. Dall, S. 23, 137; Ferdinand Lundberg, *„Die Reichen und die Superreichen“*, Hbg 1969, S. 149, 481.

XV.

Dem verdienten Ende entgegen

Die bei der Verwirklichung des Marxismus entstandenen Verhältnisse zwangen die neue und schlecht regierende Klasse, in weitestem Bereich Terror anzuwenden. In wie kleinlicher Weise das geschah, zeigt folgendes Beispiel: Ein 12jähriger Junge hatte in der Schule die 1950 zwischen der DDR und Polen vereinbarte *„Oder-Neiße-Friedensgrenze“* angezweifelt.[1)] Obwohl die Bezeichnung angesichts der Erfahrungen mit den Vertragsbrüchen und der imperialistischen Gier der Polen insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg[2)] unglaubwürdig sein durfte, mußte sich der 12jährige vor der ganzen Schule verantworten – was noch als glimpflich davongekommen galt.

Der Überwachung und dem Terror diente vor allem das 1950 gegründete *„Ministerium für Staatssicherheit“* – kurz *„Stasi“* genannt. Um seiner Aufgabe zu entsprechen, stellte es ein dichtes Netz von 85.000 hauptberuflichen und über 100.000 sonstigen Überwachern her, die Gespräche abhörten, Briefe öffneten und Äußerungen vermerkten. Das Ministerium speicherte bis 1989 Daten von fünf Millionen ihrer Mitbürger in seinen Karteien. Die westdeutsche Zeitschrift *„Der Spiegel“* gab 1990 die Kosten dieser Organisation mit *„zuletzt 3,6 Milliarden Mark jährlich“* an, wobei die höhere Kaufkraft der DDR-Mark zu berücksichtigen ist. Bedeutet an sich eine solche Überwachung nichts besonderes, da sie auch in der BRD betrieben wurde – und fehlte es auch hier nicht an *„Verrätern an ihren Landsleuten“*, wie ein us-amerikanischer Abgeordneter einmal solche Tätigkeiten bezeichnet hatte – so geschah das hier doch nicht annähernd so grob, so kleinlich und anmaßend wie in der DDR. Es wirkte sich aus, das die BRD als *„Bollwerk gegen Rußland“* dienen sollte.[3)]

Hinter der Überwachung des *„Stasi“* drohten Konzentrationslager, darunter Buchenwald und Sachsenhausen, die schon im Dritten Reich diesem Zweck gedient hatten. Der Schriftsteller Hanns-Heinz Gatow bezifferte 1990 die Zahl der Deutschen, die in diesen Lagern eingeliefert wurden, auf 180.000 – in den ersten Jahren vorwiegend ehemalige Nationalsozialisten,

1) *„Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik“*, Bd. I, Ostbln 1954, S. 341/6.

2) *„Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges“*, herausgeg. vom Auswärtigen Amt, Nr. 2, Bln 1939, S. I/206; *„Dokumente polnischer Grausamkeit“*, herausgeg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes von der Deutschen Informationsstelle, Bln 1940.

3) Zeitschrift *„Der Spiegel“*, Hbg, Folge 6/1990, S. 51; Folge 38/1963, S. 19/30; Folge 39/1963, S. 28/9; Folge 40/1963, S. 23/7 usw.

dann auch andere, die als Gegner des Marxismus erschienen. Von ihnen allen überlebten 46.000. Mochten in Einzelfällen Beamte des Stasi ihre Tätigkeit auch als Erziehungshilfe[4] auffassen – im allgemeinen gaben die Konzentrationslager der Überwachung die letzte Schärfe und der herrschenden Klasse die Freiheit zu mancherlei Willkür. Kritisches Denken allerdings fand sich in einer Lage, die derjenigen glich, welche die mittelalterlichen Verfolgungen der Katholischen Kirche erzeugt hatten.[5]

Selbstverständlich deckten die Zeitungen usw. in der DDR das alles zu, ohne den Widerstand zu leisten, der für die Zeit Hitlers so gerne verlangt wird. Für die Zeitungen der DDR galten die gleichen Bedingungen wie für die westlichen Lizenznehmer, deren Verpflichtungen 1978 ein Strafverfahren aufdeckte. Dort hieß es von einer us-amerikanischen lizenzierten Zeitung, sie dürfe ***„nie für Deutschlands Belange“*** eintreten.[6]

So fühlten sich die Angehörigen der neuen *„ausbeuterischen und regierenden Klasse“* in einem Ausmaß sicher, das an die altgriechische Erkenntnis erinnerte: *„Wen die Götter vernichten wollen, den schlagen sie mit Blindheit“*.[7] Sie vermochten nicht zu begreifen, was es bedeutet, daß der sowjetrussische Ministerpräsident Michail Gorbatschow schon seit 1985 wiederholt die Notwendigkeit von *„weiteren Veränderungen und Umgestaltungen“*, von *„Veränderungen zum Besseren“*, von einem *„grundlegenden Umschwung“*, vom *„Kampf für die Gesundung“* sprach. Im September 1988 wies Gorbatschow den leitenden Mann der DDR, Erich Honecker, auf diese *„Erneuerung der sowjetischen Gesellschaft“* ausdrücklich hin.[8] Und im September 1989 eröffnete der sowjetische Außenminister Schewardnadse der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York, die Sowjetunion baue *„an einem neuen Gesellschaftsmodell, einem neuen Modell der Beziehungen zwischen Menschen und Völkern, einem neuen Modell des Sozialismus“*.[9]

Trotz solcher Äußerungen, die eigentlich zu der Selbstkritik hätten veranlassen müssen, die in der DDR als Teil notwendiger Wachsamkeit galt, hieß es 1989 im Lehrbuch *„Dialektischer und historischer Materialismus“*: Unsere Epoche ist vom *„weltweiten Übergang vom Kapitalismus zum Sozial-*

4) Hanns-Heinz Gatow, *„Vertuschte SED-Verbrechen“*, Berg am See 1990, S. 42/57; Fritz Schenk, *„Im Vorzimmer der Diktatur“*, Köln 1962, S. 377.
5) Paul Graf von Hoensbroech, *„Das Papsttum in seiner sozial-kulturellen Wirksamkeit“* Lpz 1900, Bd. I.
6) Schwurgerichtsprozeß beim Landgericht Fürth gegen Klaus Huscher, Az 1 Kls91 Js27 412/76 im Jahr 1978.
7) Georg Büchmann, *„Geflügelte Worte“*, 32. Aufl., Bln 1972, S. 501.
8) Michail Gorbatschow, *„Reden und Aufsätze zu Glasnost und Perestroika“*, Bindlach 1989, S. 5, 352, 360, 594, 801.
9) Eduard Schewardnadse, *„Außenpolitik und Perestroika“*, Moskau 1989, S. 17.

ismus“ gekennzeichnet.[10] Alle Versuche *„aggressiver imperialistischer Kräfte, diese Grundtatsache rückgängig zu machen, sind an der Kraft der neuen Gesellschaft gescheitert und nach Erringung des militärischen Gleichgewichts für immer zur Aussichtslosigkeit verurteilt“*.[11] Die gleiche Sicherheit zeigte im Juni 1989 die Frau Honeckers als Ministerin für das Bildungswesen auf einer Tagung:

„Der Sozialismus, der das Werk der Arbeiterklasse und aller in der Nationalen Front vereinten demokratischen und antifaschistischen Kräfte ist, hat unwiderruflich gesiegt, und es wird niemand gelingen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.“[12]

Zuversicht erfüllte auch die Festschrift:

„Im 40. Jahr nach der Gründung der DDR können wir voller Freude und nicht ohne innere Bewegung feststellen, daß die Politik unserer Partei reiche Früchte trägt … Erfüllt wurde das Vermächtnis der größten Söhne unseres Volkes, der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus Karl Marx und Friedrich Engels, der revolutionären Sozialdemokraten und derer, die im Feuer der Novemberrevolution vor 70 Jahren die Kommunistische Partei Deutschlands ins Leben riefen, all jener, die während der langen, wechselvollen deutschen Geschichte für den Fortschritt eingetreten sind.“[13]

Aus dem Westen klang es nicht anders, wobei der Fortschritt erkennbar wurde, den die SPD von der Höhe hinunter gemacht hatte, auf die sie Dr. Kurt Schumacher geführt hatte. So erklärte die hessische SPD auf ihrem Landesparteitag im September 1989:

„Deutsche Politik hat zur Kenntnis zu nehmen, daß 50 Jahre nach dem deutschen Überfall auf Polen und 40 Jahre nach Gründung zweier deutscher Staaten weder bei unseren westlichen Partnern noch bei unseren östlichen Nachbarn die Bereitschaft erweckt werden kann, die Einheit Deutschlands auf die Tagesordnung der Weltpolitik zu erheben.“

Und noch im November 1989, als die Wiedervereinigung sichtbar vorwärts ging, verstieg sich im Kieler Landtag der SPD-Abgeordnete Börnsen zu der Äußerung, sie in diesem Jahrhundert zu erwarten sei *„Wichtigtuerei, unseriös, ja gefährlich“*.[14]

Doch folgten die Ereignisse unbeirrt von solchen Beschwörungen ihren

---

10) *„Grundlagen des Marxismus-Leninismus“*, Ostbln 1963, S. 745; *„Dialektischer und historischer Materialismus“*, Ostbln 1989, S. 163/5.

11) wie Ziff. 10, S. 493.

12) Margot Honecker, *„Unser sozialistisches Bildungssystem – Wandlungen, Erfolge, neue Horizonte“*, Ostbln 1989, S. 5.

13) *„40 Jahre DDR“*, herausgeg. vom *„ZK der SED und der staatlichen Zentralveraltung für Statistik“*, Ostbln 1989, S. 126.

14) Tageszeitung *„Die Welt“*, Hbg 2. Okt. 1989, S. 2; Wochenblatt *„Nationalzeitung“*, Mü 18. Okt. 1991, S. 9.

eigenen Gesetzen. Von Ungarn ausgehend öffneten die *„sozialistischen Bruderländer“* der DDR ihre Grenzen nach Westen, so daß Tausende von DDR-Bürgern flüchten konnten. Und die Kommunistische Partei Ungarns löste sich auf mit der Erklärung, ihre Geschichte als *„Staatspartei“* sei zu Ende.[15)]

Jäh und endgültig schreckten dann weitere Ereignisse die neue ausbeuterische, aber schlecht regierende Klasse aus bequemen Träumereien: Als nach dem Gedenken an das vierzigjährige Bestehen der Bundesrepublik auch das der Deutschen Demokratischen Republik feierlich begangen werden sollte, zu dem auch Gorbatschow gekommen war, wandten sich verzweifelt aufbegehrende Massen um Hilfe an ihn. Er mußte ansehen, wie sie niedergeknüppelt wurden und mahnte eindringlich zu *„Reformen“*. Offensichtlich trafen die Meldungen westdeutscher Zeitungen zu, nach denen er ein Eingreifen sowjetrussischer Truppen – wie 1953 geschehen – entschieden und unmißverständlich ablehnte.[16)] Zu dieser Haltung mochten ihn die Schwierigkeiten veranlaßt haben, die seinem eigenen Land durch den Marxismus erwachsen waren. Aber nachdem Rußland trotz des Marxismus schon längst zum natürlichen Nationalismus zurückgefunden hatte, konnte er auch für den stumpfsinnigen Internationalismus und die widerliche Deutschfeindlichkeit seiner Genossen in der DDR kaum noch Achtung oder Mitgefühl aufbringen.[17)]

Zehn Tage nach dem 36stündigen Besuch Gorbatschows dankte Honecker ab. Seine Nachfolge trat Egon Krenz an. Dessen Bemühungen, die Entwicklung aufzuhalten, blieb der Erfolg versagt. Die Grenzsperren gegen den Westen fielen, und am 3. Dezember 1989 trat mit dem Politbüro und dem Zentralkomitee die gesamte oberste Führung zurück, kurz danach auch Egon Krenz.[18)]

An vielen Orten der DDR waren die Menschen zu Tausenden auf die Straßen gegangen. Sie forderten *„Einheit“* Deutschlands und *„Freiheit“*, unter der sie eine solche von der SED und der Plage des Marxismus meinten. Gebäude des Stasi wurden gestürmt und dort aufgefundene Unterlagen vernichtet. Dabei führte die Messestadt Leipzig an, wo nach westlichen Zeitungsberichten bis zu 200.000 Menschen an wiederholten *„Montagsdemonstrationen“* teilgenommen hatten. Der Kapellmeister am Gewandhaus Kurt Masur trug dazu bei, daß diese Kundgebungen nicht in einem Blutbad

15) wie Ziff. 14, 9. Okt. 1989, S. 1.
16) wie Ziff. 14, 9. Okt. 1989, S. 1, 2, 3.
17) Gustav Hilger, *„Wir und der Kreml“*, Fkft/M-Bln 1955, S. 104, 107/8, 122, 165; Joseph Stalin, *„Über den großen vaterländischen Krieg der Sowjetunion“*, Moskau 1943, S. 13, 23, 26.
18) wie Ziff. 14, 19. Okt. 1989, S. 3; 4. Dez. 1989, S. 1.

endeten.[19] Der Verfasser traf dort auch viele Westdeutsche nationaler Gesinnung, die Fahnen schwenkend oder sonstwie tätig teilnahmen. Hunderttausende flüchteten über die geöffneten Grenzen nach dem Westen. Ihnen saß noch die Furcht im Nacken, obwohl die Entmachtung von Partei und Stasi schnell fortschritt. Viele gierten allerdings wohl auch nur nach dem, wie sie sich den Westen vorstellten, oder nach dessen Schmutz, in dem sie sich gleichfalls wohlig grunzend sielen wollten.

„Während aus Leipzig der Ruf ‚Deutschland, einig Vaterland' herüber schallte", hob bei den westdeutschen Politikern *„der Streit darüber an, ob man nicht durch sofortige bedingungslose Hilfe das abgewirtschaftete SED-System am Leben erhalten solle. Auf diese Weise hat man die größte Chance, die Forderung nach Wiedervereinigung und die einmalige Gelegenheit zu ihrer Verwirklichung sich endgültig vom Halse zu schaffen"* hieß es dazu am 23. Dezember 1989 in der Zeitschrift *„Mensch und Maß"*.[20]

Die Gefahr, daß vom Westen her der Zusammenbruch des Marxismus in Mitteldeutschland aufgehalten werden würde, um dessen Wiedervereinigung mit Westdeutschland zu verhindern, lag nahe, hatte sich doch der westdeutsche Bundeskanzler Helmut Kohl im Bundestag 1976 als *„Nachfolger Konrad Adenauers"* erklärt, als in der Überlieferung der Zentrumspartei erzogen und von grundsätzlich *„polenfreundlicher Haltung"*.[21] Die Grundlage dieser Polenfreundlichkeit gab der ins *„ultramontane"* entartete Katholizismus, der das Deutsche Reich seit seiner Wiedererstehung 1871 bekämpfte hatte.[22] Seit der Ausrottung des Protestantismus in Polen erfreute sich dieses Land der besonderen Gunst des Vatikans.[23]

Der offensichtlich *„ultramontane"* Katholik Adenauer hatte als Oberbürgermeister von Köln nach dem Ersten Weltkrieg separatistischen Gedanken entsprechend eine Rheinische Republik erstrebt. Nach dem Zweiten Weltkrieg mißlang ihm ein ähnlicher Versuch, das deutsche Saarland dem katholischen Frankreich auszuliefern. Erfolge erzielte er hingegen, als es ihm gelang, die sowjetischen Wiedervereinigungs-Angebote der Jahre 1952 bis 1955 zu hintertreiben.[24]

---

19) Tageszeitung *„Frankfurter Rundschau"*, 17. Nov. 1989, S. 1; 29. Nov. S. 2; wie Ziff. 14, 13. Dez. 1989.

20) Zeitschrift *„Mensch und Maß"*, Pähl/Obbay. 23.12.1989, S. 1135/6.

21) Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht der 224. Sitzung, Bonn 19. Febr. 1976, S. 15 601.

22) Bismarck, *„Die gesammelten Werke"*, Bd. IX, Bln 1926, S. 97; Bd. XV, Bln 1932, S. 336, 337, 338, 360.

23) Johannes Huber, *„Der Jesuiten-Orden"*, Bln 1873, S. 176/85; Theodor H. Pantenius, *„Der falsche Demetrius"*, Bielefeld 1904; Ludwig A. Veit, *„Die Kirche im Zeitalter des Individualismus"*, Freibg/Br 1933, Teil II, S. 153, 433, 472/3.

24) *„Adenauer-Studien"*, herausgeg. von Rudolf Morsey und Konrad Repger, Mainz 1974, Bd. III, S. 219/20; wie Ziff. 3, Folge 41/1963, S. 64; J. A. Dorten, *„La Tragedie Rhenane"* Paris

Aber dieses Mal stand zu viel gegen eine Wiederholung des Vorbildes, das Adenauer gegeben hatte: Der Wille der Volksmassen in Mitteldeutschland, die hier einmal wußten, was sie wollten, weil das Ziel einfach und unschwer zu erkennen war: Von der Unterdrückung der Marxisten mittels des Anschlusses an den Westen frei zu werden. Dazu kam die feste Absicht der sowjetischen Führung, ihre so falsch behandelte Zone samt der von ihr herangebildeten Ausbeuterklasse abzustoßen. Und schließlich ein in Westdeutschland erwachtes Nationalgefühl, das zwar – gemessen an anderen – immer noch trübe brannte, für deutsche Verhältnisse aber außerordentlich erscheinen mußte.

Außerdem war die Politik Adenauers zu deutlich als der *„Abgrund von Landesverrat“* enthüllt worden, den er selbst dem Herausgeber der Zeitschrift *„Der Spiegel“*, Rudolf Augstein, vorwarf. Dieser hatte schon 1952 bemerkt, daß der Hintergedanke der *„Integration“* Westdeutschlands in Westeuropa die *„Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands“* sei.[25)] Im selben Jahr erklärte auch der von vorbildlichem Verantwortungsbewußtsein erfüllte Abgeordnete des Bundestages Karl-Georg Pfleiderer, von Adenauer gestellte Bedingungen verrieten die Absicht, *„die Möglichkeit der Wiedervereinigung im Keime zu ersticken“*.[26)]

Nach der ausführlichen Untersuchung, wie Adenauer die sowjetischen Angebote hintertrieb, die Dr. Paul Sethe 1956 vorlegte,[27)] war es 1958 zu harten Auseinandersetzungen im Bundestag gekommen, in denen der Abgeordnete Dr. Thomas Dehler anprangerte: Adenauer habe *„aus dem Geist des Fuldaer Manifestes“* der katholischen Bischöfe alles getan, *„um die Wiedervereinigung zu verhindern“*. Das bekräftigte Dehler 1967 in einem Vortrag: Der *„politische Katholizismus hinter der CDU“* habe *„in der Frage der Wiedervereinigung den Ausschlag gegeben“*.[28)]

Und 1960 erklärte der ehemalige französische Ministerpräsident Faure: *„Es gab 1955 eine Möglichkeit, zu einer Wiedervereinigung Deutschlands zu kommen, aber keiner wollte es.“* Das bestritt die westdeutsche Bundesregierung, ohne damit die Glaubwürdigkeit erschüttern zu können. Vielmehr bestätigte 1986 die Veröffentlichung britischer Akten im *„Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt“* die Vorwürfe gegen Adenauer.[29)]

1945, S. 42/55.

25) wie Ziff. 3, Folge 46/1962, S. 43; Jens Daniel, d.i. Rudolf Augstein, *„Deutschland ein Rheinbund?“*, Darmst 1953, S. 110.

26) Karl Georg Pfleiderer, *„Politik für Deutschland“*, Stgt 1961, S. 118.

27) Paul Sethe, *„Zwischen Bonn und Moskau“*, Fkft/M 1956.

28) Max Brauer, *„Entspannung oder Katastrophe?“*, Bonn 1958, S. 39/44; wie Ziff. 20, 9. März 1976, S. 239.

29) wie Ziff. 14, 18. Febr. 1960, S. 1, 4; *„Bulletin“* des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 15, 20. Febr. 1960, S. 343; *„Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt“*, Hann 16. März, S. 22; 23. März, S. 7.

Das alles mußte den Bundeskanzler Kohl erkennen lassen, daß es in diesem Fall vielleicht unangebracht war, auf die bei uns Deutschen herrschende Dummheit zu setzen und das Spiel Adenauers zu wiederholen, wenn er dabei auch die USA hinter sich gehabt hätte. Dort wurde in Zeitungen, Fernsehen usw. eine Hetze gegen Deutschland getrieben, die derjenigen der Kriegsjahre nicht nachstand. Auch hatten militärische Pläne den Weg in die Öffentlichkeit gefunden, die eine Zerstörung Mitteleuropas mittels eines Atomkrieges zwischen BRD und DDR vorsahen. Diese Möglichkeit drohte nun verloren zu gehen.[30)]

Im Mai 1989 gab ein Beamter des US-Außenministeriums folgende aufschlußreiche Erklärung ab:

„Tatsächlich ist die weiterhin bestehende Teilung Deutschlands sowohl im westlichen als auch im östlichen Interesse, und die wirtschaftliche Unterstützung, welche die Bundesrepublik der DDR gewährt, wird zum Teil in der Absicht gegeben, den dortigen Lebenszuschnitt anzuheben und derart grundlegende Änderungen zu vermeiden, wie sie die Wiedervereinigung herbeiführen würde.“[31)] Irrte sich der Beamte auch hinsichtlich der östlichen Interessen, so gab er doch die des Westens richtig wieder.

Trotz der für die USA unwillkommenen Entwicklung der Dinge, die insbesondere einen Atomkrieg in Mitteleuropa erschwerten, sprach sich der Botschafter der USA in Bonn doch für eine Wiedervereinigung aus, was allerdings sein Außenminister im Dezember 1989 dahin einschränkte, sie dürfe nur auf der Grundlage von *„Freiheit, Frieden und westlichen Werten“* erfolgen. Hieran knüpfte der Herausgeber der *„Amerika-Briefe“* in den USA, Hans Schmidt, die Frage, ob dazu auch *„Drogen“* gehörten?[32)]

Allgemein beurteilte Schmidt die Verhältnisse wie folgt: *„Wir alle wissen, daß den Herren in Bonn daran gelegen ist, den Status quo, das heißt die nach 1945 geschaffenen ‚Realitäten’ beizubehalten.“* Zu diesen rechnete Schmidt: *„Die Teilung Deutschlands, die starre Westbindung, die Beibehaltung der gegenwärtigen Grenzen“*, und weiter: Möglicherweise das Aufgehen in einer *„europäischen Union“*, die Erhaltung des *„freimaurerischen, ungermanischen Parlamentssystems“* mit Vorrechten der Juden, die *„verewigte Verteufelung des Dritten Reiches“*, die *„bösartige Weiterführung der Umerziehung“*, die Duldung *„unhaltbarer Behauptungen alliierter Weltkriegspropaganda gegen das deutsche Volk“* und anderes.[33)]

---

30) *„Amerika-Brief“*, herausgeg. von Hans Schmidt, P.O.Box 10600 Burke, VA 22015 USA, Nr. 45, 43, 42 usw.; Wochenzeitung *„Die Unabhängigen“*, MÜ 13. Sept. 1969; wie Ziff. 3, Folge 17/1989, S. 14/16.

31) wie Ziff. 30, *„Amerika-Brief“*, Nr. 18, S. 1, 8.

32) wie Ziff. 14, 1. Dez. 1989, S. 1; wie Ziff. 30, *„Amerika-Brief“*, Nr. 22, S. 8; Nr. 23/4, S. 15, 1.

33) wie Ziff. 30, *„Amerika-Brief“*, Nr. 23/4, S. 1.

Dem Bundeskanzler Kohl schien es jedenfalls besser, die Öffnung des Brandenburger Tores in Berlin zu den *„glücklichsten Stunden“* seines Lebens zu erheben und als *„Kanzler der Deutschen“* zu behaupten: *„Ich bin stolz, daß ich nie den Glauben an Einheit und Freiheit verloren habe.“*[34)]

XVI.

Ausklang und Rückblick

Untersuchungen begannen, die manches bestätigten, was vorher empört, aber hinter vorgehaltener Hand erzählt worden war – und vieles darüber hinaus. Die 25 bis 30 Jahre, die mit dem Rückgang der sowjetischen Ausbeutung und Bevormundung die Freiheit gegeben hatten, den Marxismus, wie ihn die deutsche *„Arbeiterklasse“* vertrat, auszubilden und zu leben, hatten vorwiegend Unfähigkeit und Fäulnis, verdeckt durch Terror, hervorgebracht. Es hatte sich die Auffassung des Pöbels durchgesetzt, den sein Dichter Bert Brecht in entsprechende Worte gefaßt hatte: *„Nur wer im Wohlstand lebt, lebt angenehm.“*[1)] Das führte zu dem Zustand, den ein russisches Sprichwort treffend nennt: *„Der Fisch stinkt zuerst vom Kopf her!“*

Da konnte nun festgestellt werden, daß Erich Honecker und Günter Mittag neben ihren Amtsbezügen als Ehrenmitglieder der *„Bauakademie Berlin“* jährlich je 240.000 Mark bekamen; daß die Honeckers 13 Kraftfahrzeuge ihr eigen nannten; daß die Führung von Partei und Staat in Wandlitz bei Berlin 50 streng abgesperrte Häuser bewohnte, bewacht und bedient von 600 Genossen; daß der ehemalige Präsident der Volkskammer, Sindermann, der in zwei Jahren für 400.000 Mark Westwaren bezogen hatte, sich kurz vor dem Ende der DDR noch schnell zwei Farbfernseher zu ermäßigten Preisen sicherte; daß im Hause des ehemaligen Ministerpräsidenten Stoph sechs Kühlschränke voller westlicher Gaumenfreuden standen; daß es zu den Aufgaben des Stasi-Obersten Schalck-Golodkowski gehört hatte, über seine Wirtschaftsunternehmen die regierende Klasse mit allem zu versorgen, was

34) Tageszeitung *„Frankfurter Allgemeine Zeitung“*, 23. Dez. 1989, S. 1; Zeitschrift *„Deutschland-Magazin“*, Prien/Obbay. April 1990, S. 1, S. 6.

1) Bert Brecht, *„Die Ballade vom angenehmen Lehen“* in *„Die Dreigroschenoper“*, in *„Stücke“* III, Bln/Ffm 1955, S. 84/5.

ihre Angehörigen begehrten – jährlich für 15 Millionen Mark; daß in den Kellern seines Wohnsitzes Goldbarren im Wert von über 500 Millionen Mark lagerten; daß wirklich der Inhalt von beschlagnahmten Westpaketen an Angehörige der regierenden Klasse verteilt oder verkauft worden waren; und so fort. Es kennzeichnete die Verhältnisse, daß sich Egon Krenz, Nachfolger Honeckers, damit verteidigte, er habe *„keine Jagdhütte, kein Jagdschloß, kein Jagdgebiet und kein Freizeitheim“* besessen.[2)]

Weitere Ermittlungen brachten einige der Verantwortlichen hinter Gitter. Manchen wurde *„Hochverrat“* vorgeworfen, weil sie eine *„verfassungswidrige Usurpation der Macht“* betrieben hatten. Auch *„kriminelle Handlungen“* bis hin zu *„Wahlfälschungen“* kamen zur Verhandlung. Eine mitteldeutsche Zeitung bekannte:

„Korruption, Amtsmißbrauch und süßes Leben auf Kosten der Steuerzahler – diesen Sumpf gab es nur in westlichen Gefilden. Jetzt haben wir einen DDR-eigenen, viel zu groß für unser kleines Land, aufs tiefste beschämend.“

Die Schriftleitungen mitteldeutscher Zeitungen könnten gar nicht allen Anzeigen von Mißständen nachgehen, die aus der Bevölkerung kämen, berichtete außerdem das *„Coburger Tageblatt“*.[3)]

Erich Honecker, begleitet von seiner Frau, floh vor deutscher Strafverfolgung wegen der Todesschüsse an den Grenzsperren nach Moskau. Bemerkenswert durfte erscheinen, daß von Anklagen gegen Marcus Wolf – einen *„Stasi-Oberterrorist“* nannte ihn die westdeutsche *„National-Zeitung“* – gegen dessen Stellvertreter Werner Großmann als Leiter der Arbeitsgruppe *„Grenze“* im Ministerium für Staatssicherheit, gegen Schalck-Golodkowski oder andere der über 180 jüdischen *„Funktionäre, Intellektuellen und sog. Kulturschaffenden“* der DDR, deren Namen die *„Politischen Hintergrundinformationen“* in der Schweiz 1991 veröffentlichten[4)], nichts bekannt wurde – aber auch nichts davon, der eine oder andere von ihnen habe sich in gleicher Weise gegen die Konzentrationslager der DDR gewandt wie gegen diejenigen des Dritten Reiches. Über Schalck-Golodkowski unterrichtete das *„Munzinger Archiv“* lediglich: Als noch in der DDR gegen ihn vorgegangen werden sollte, sei er von westberliner Behörden in Haft genommen und wieder mit dem Vorwand entlassen worden *„da nach Recht der Bundesrepublik nicht faßbar“*.[5)]

Hatte sich der Bundeskanzler Kohl genötigt gesehen, die Wiederver-

2) Hanns-Heinz Gatow, *„Verschleierte SED-Verbrechen“*, Berg am See 1990, S. 252, 258/65.
3) *„Frankfurter Allgemeine Zeitung“*, Fkft/M, 8. Febr. *1990,* S. 3; *„Coburger Tageblatt“*, Cobg., 4. Dez. 1989, S. 2.
4) *„Nationalzeitung“* Mü, 12. Okt. 1990, S. 5; *„Politische Hintergrund-Informationen“* Horgen bei Zürich/Schweiz, 15. Mai 1991.
5) *„Munzinger Archiv“* Ravensburg, *„Intern. Biograf Archiv“* 22/90.

einigung von Mittel- und Westdeutschland anzuerkennen, obwohl sie eine nichtkatholische Mehrheit brachte und es in der Welt zahlreiche Gegner dieser Wiedervereinigung gab, so gingen nun die christlichen Parteien mit großer Geschäftigkeit daran, aus der in ihrer Sicht bösen Sache eine bessere zu machen: Sie bemühten sich mit allen Mitteln, die Macht zu erringen, die das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht dem Gewissenlosen so gerne schenkt.

Zu der für März 1990 anberaumten Wahl im Gebiet der DDR trat die *„Christlich-Demokratische Union“* im Verein mit der von der *„Christlich-Sozialen Union“* gelenkten *„Deutschen Sozialen Union“* und dem *„Demokratischen Aufbruch“* als *„Allianz für Deutschland“* an. Mit Behauptungen wie *„trotz harter Arbeit stehen wir vor dem Bankrott“* oder *„Meinungs- und Pressefreiheit haben wir uns von der Partei und der Stasi erzwingen müssen“* und der Losung *„Freiheit und Wohlstand“* gewann die *„Allianz“* bei einer Wahlbeteiligung von fast 90% die Wahl.[6)]

In dieser Weise ging es weiter: Da versicherte eine Werbeschrift in Zeitungsformat, die von allen Postämtern kostenlos ausgegeben wurde, unter der Überschrift *„Neue Freiheit, neue Sicherheit: Währungsunion, Wirtschaftsunion, Sozialunion“*, und unter der Verantwortung der mitteldeutschen wie der westdeutschen Regierungen: Die Wirtschaftspolitik der BRD sei *„am stabilen Geldwert orientiert“* – eine Lüge, deren Frechheit in Kauf nahm, daß vom leichten, aber ständigen Verlust der D-Mark an Kaufkraft viele wußten. Unbedenklicher konnte die Schrift für die Zukunft versichern: *„Die DDR-Wirtschaft steht vor einem großen Aufschwung.“*[7)]

Den im Mai 1990 abgeschlossenen Staatsvertrag zwischen der BRD und der DDR deutete der Bundeskanzler Kohl als *„Geburtsstunde des freien und einigen Deutschlands!“* Im Juli weckte er weitere Hoffnungen in einer Fernseh-Übertragung: *„Den Deutschen in der DDR kann ich sagen ... Es wird niemandem schlechter gehen als vorher – aber vielen besser!“* Und den Einigungsvertrag vom August 1990 begrüßte der westdeutsche Innenminister Schäuble als *„Tag der Freude und der Zuversicht für alle Deutschen“*.[8)] So gaben denn die hoffnungsvoll gestimmten Mitteldeutschen am 2. Dezember 1990 bei der *„ersten freien Wahl in Gesamtdeutschland seit November 1932“* – wie die *„Frankfurter Rundschau“* sie zu bezeichnen wagte – weit

6) Anzeige in der Tageszeitung *„Der neue Weg/Die Union“*, Lpz, 5. März 1990, S. 7; Flugblatt der *„Allianz für Deutschland“* zur Rede von Bernhard Vogel am 27. Febr. 1990 in Leipzig; *„Frankfurter Allgemeine Zeitung“* Ffm, 19. März 1990, S. 1.

7) *„Neue Freiheit, neue Sicherheit: Währungsunion, Wirtschaftsunion, Sozialunion“*, *„Eine Information der Regierungen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland“*, Bonn 1990, S. 8.

8) Tageszeitung *„Frankfurter Rundschau“*, Ffm, 19. Mai 1990, S. 1; 2. Juli 1990, S. 8; 1. Sept. 1990, S. 2.

überwiegend den christlichen Parteien, die in Westdeutschland regierten, ihre Stimmen.[9)]

Diese Wahl bestätigte sowohl die schwärmerische Bewunderung in der DDR für den Westen wie die sprichwörtlich gewordene Erkenntnis: *„Die allerdümmsten Kälber, die wählen ihren Metzger selber."* Denn nun hatte der ultramontane Katholizismus mit seinem gebrochenen Verhältnis zum deutschen Staat das Oberwasser.

Dazu bot die politische Lage günstige Gelegenheiten. Durfte doch der Außenminister Genscher mit Recht im November feststellen, es gebe *„einige Stimmen in Europa, die vom großen Klotz Deutschland sprechen"* und diesen mißtrauisch betrachteten. Auch der *„USA-Bericht"*[10)] des Hans Schmidt erinnerte im April 1992 daran, daß die *„Zerstörung des Deutschen Reiches"* in der Vergangenheit eines der Hauptziele der USA war. Er warnte vor den *„Politik-Machern"* wie Nixon und Kissinger: Wenn in deren Augen die *„Gefahr"* entstehe, daß Deutschland zur Vormacht in Europa werde, würden sie *„erneut einen Krieg gegen unser Land vom Zaun brechen"*.[11)] Auf der anderen Seite hatte die Sowjetunion dieser Wiedervereinigung zugestimmt. Allerdings beanspruchten sie ihre tiefgehenden inneren Reformen.

Dann aber zeigte sich kraß, daß unsere Regierung andere Ziele verfolgte als die, die sie beschworen hatte. Sie ging nun daran, die Wirtschaft der ungläubigen Mitteldeutschen zu zerstören – Mitteldeutschland zu *„entindustrialisieren"*, wie es der aus Mitteldeutschland stammende Bundestagsabgeordnete Wolfgang Thierse nannte. Dazu machte er in einer Veröffentlichung im Juni 1992 genauere Angaben. Nach ihnen wuchs das *„Bruttosozialprodukt"* – der Wert der erzeugten Güter und Dienste also – in Westdeutschland 1991 um 3,1%, während es in demselben Jahr in Mitteldeutschland um 20% fiel. Dessen Ausfuhr ging sogar von 1990 bis 1991 um 75% zurück. Etwa vier Millionen der geschätzten 9,5 Millionen Erwerbstätigen verloren ihre Arbeitsplätze in Mitteldeutschland und mußten von Unterstützungen leben.[12)] Wenn derartiges auch in den südlichen Ländern Europas Begeisterung ausgelöst hätte, so mußte das doch Deutsche schwer treffen.

Während die Bundesregierung in der angenehmen Gewißheit, es in Deutschland mit politischen Blödlingen zu tun zu haben, die eben dargestellte *„Wirklichkeit schön"* redete, wie Thierse urteilte, suchte sie mit erkennbarem Eifer den Wünschen der USA und Polens nachzukommen. *„Kanzler sucht Aussöhnung mit Polen"*, *„Versöhnung am Altar"* lauteten bezeichnende

9) wie Ziff. 8, 3. Dez. 1990, S. 1.
10) Tageszeitung *„Das Freie Wort"* Suhl 10. Nov. 1990, S. 9.
11) Hans Schmidt, *„USA-Bericht"* P.O.Box 10 600 Burke, VA 22 015 USA, Folge 4/1992, S. 8.
12) Wolfgang Thierse in der Zeitschrift *„Der Spiegel"*, Hbg, Folge 25/1992, S. 22/3.

Überschriften deutscher Zeitungen im November 1989. Der Bundeskanzler Kohl schlug im März 1990 sogar vor, einen deutschen Verzicht auf Ostdeutschland mit einer Absage an *„Reparationszahlungen“* zu verbinden.[13)] Mit diesen meinte er völlig unberechtigte Ansprüche Polens und erweckte den Eindruck, beide Seiten gäben etwas.

Das alles krönte im Juni 1991 ein deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag. Dieser setzte die Politik der DDR fort und befolgte gehorsam Hinweise aus den USA, indem er die Oder-Neiße Linie als endgültige Westgrenze anerkannte. Wenn auch gemäß dem Potsdamer Abkommen eine endgültige Grenzregelung einem Friedensvertrag vorbehalten blieb, so konnte dieser Vertrag doch zukünftig deutsche Möglichkeiten etwas einengen.[14)]

Wie sehr dabei eine gegen Deutschland gerichtete Zusammenarbeit zwischen *„schwarz“* und *„rot“* wirksam gewesen war, enthüllte der Brief eines Mannes, der sich als ehemaliger Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit bekannte und das durch ungewöhnliches Wissen glaubhaft machte. Die Zeitschrift *„Recht und Wahrheit“*[15)] veröffentlichte ihn im Frühjahr 1992 und der Verfasser wies in einer Tageszeitung[16)] auf ihn hin, ohne daß Widerspruch auftrat. In dem Brief eröffnete der ehemalige Stasi-Mitarbeiter: Sein Ministerium habe seinerzeit einen als linientreu, fleißig und ehrgeizig beurteilten Studenten der Rechte – Hans-Dietrich Genscher aus Halle/Saale – in den Westen geschickt, um über eine politische Laufbahn dessen Politik vor allem zugunsten der polnischen Westgrenze zu beeinflussen. Das gelang und Genscher stieg über die *„Freie Demokratische Partei“* 1974 zum Außenminister der BRD auf. Der eben genannte Grenzvertrag bedeutete also den Höhepunkt seiner Laufbahn. Kurz nach der Veröffentlichung dieses Briefes trat Genscher zurück und die westdeutschen Zeitungen brachten allerlei Unterhaltendes dazu, schwiegen aber zum Kern der Sache.

Der ehemalige Stasi-Angehörige zeigte in seinem Brief achtenswerte Auffassungen, indem er schrieb:

„Kein anderer Politiker unserer Zeit führte so oft und in so vielen Ländern der Welt die hehren Worte von Völkerrecht und Menschenrecht, von Selbstbestimmung der Völker und Heimatrecht der Menschen im Munde, wie Genscher … Nur für die Menschenrechte, das Selbstbestimmungsrecht und

13) Tageszeitung *„Die Welt“*, Hbg 10. Nov. 1989, S. 1; *„Coburger Tageblatt“*, Cobg 13. Nov. 1989, S. 2; *„Frankfurter Allgemeine Zeitung“*, Ffm 3. März 1990, S. 1; 5. März 1990, S. 1.

14) *„Frankfurter Allgemeine Zeitung“*, Ffm 18. Juni 1991, S. 3; Helmut Sündermann, *„Potsdam 1945“*, Leoni 1963, S. 418/20.

15) Zeitschrift *„Recht und Wahrheit“*, Wolfsburg, Folge 3/4 1992, S. 7/8.

16) Kurt Martens, *„Genschers unauffällige Politik“*, als Leserbrief im *„Coburger Tageblatt“* vom 12. Mai 1992.

das Heimatrecht der aus ihrer Heimat vertriebenen Ostdeutschen, die insgesamt das größte Opfer des vergangenen Weltkrieges zu tragen hatten und noch heute tragen, für diese deutschen Landsleute fand Genscher niemals auch nur ein einziges Wort zur Vertretung ihrer legitimen Ansprüche.“[17)]

Genscher stimmte in dieser Deutschfeindlichkeit mit dem Bundeskanzler überein. Das trat augenfällig dadurch hervor, daß Kohl vor *„früherem nationalistischen Denken mit allen seinen schlimmen Konsequenzen“* warnte und damit die Dinge auf den Kopf stellte, weil gerade das verantwortungslos unnationale Denken für uns Deutsche die schlimmsten Folgen gehabt hat. Ebenso forderte Genscher, dem *„Nationalismus“* entgegenzutreten.[18)] Da aber die Welt nach Nationen und nationalstaatlichen Gesichtspunkten geordnet ist, bedeutete die von Kohl und Genscher erhobene Forderung, sich gegen die Ordnung der Welt zu stellen – eine geradezu selbstmörderische Forderung, wie sie wohl nur im heutigen Deutschland möglich ist.[19)]

Die Honeckers verbrachten die Jahre, in denen das vorstehend beschriebene geschah, in Moskau. Sie waren unfreundlich empfangen worden, wäre doch der Zusammenbruch der DDR, der auch die Sowjetunion in Mitleidenschaft zog, bei vernünftiger Führung und Beherzigung russischer Mahnungen vermeidbar gewesen. Aber eben dazu hatten die Honeckers keine Fähigkeiten, wie überhaupt die Verhältnisse in der DDR solche Vernunft nicht zuließen.

Es hatten sich die Fehler gerächt, die schon Stalin gegenüber uns Deutschen gemacht hatte – wie früher Hitler gegenüber den Russen. Statt in der sowjetischen Besatzungszone Deutsche an die Spitze zu bringen, die ihrem Volk und Vaterland verbunden, verantwortungsbewußt, mit Charakter und Fähigkeiten begabt und in der Lage waren, gesunde Verhältnisse aufzubauen und ein vernünftiges Verhältnis zur Sowjetunion heranzubilden, hatte Stalin solche herangezogen, die unnational und oft geradezu deutschfeindlich dachten. Die zu geringen Fähigkeiten suchten sie durch Unterwürfigkeit auszugleichen. Das stellte sich zu Anfang billiger, brachte dann aber folgerichtig ein schlechtes Ergebnis – wie bei Hitler.

Dabei hätte die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung warnen müssen. Durfte man die ursprüngliche Auflehnung der Arbeiter gegen die Ausbeutung, die viele Unternehmer im Zeichen liberalen Denkens betrieben hatten, als berechtigt anerkennen, so mußte sich dieses Urteil ändern, je mehr sich die *„Arbeiterklasse“* jüdischer Führung unterstellte und jüdischen

17) wie Ziff. 15.

18) *„Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung“*, Bonn 17. Dez. 1991, S. 1153; Tageszeitung *„Neue Presse“*:, Cobg 18. Mai 1992, S. 2.

19) Martin Jenke in der Zeitschrift *„Anzeiger der Notverwaltung des deutschen Ostens“*, Folge Mai/Juni 1992, S. 1/5.

Zwecken zu dienen bemüht war. Diese bestanden natürlich am wenigsten darin, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Diese durfte gleichgültig sein. Es bewies nur geistige Unzulänglichkeit, allgemein anderes zu erwarten oder gar zu verlangen, das Judentum solle andere als seine eigenen Zwecke verfolgen.

Die Jahre 1880 bis 1890, in denen Bismarck die große deutsche Sozialgesetzgebung ins Leben rief, dürfen als ein Wendepunkt in der deutschen Geschichte gelten: Als Jahre, in denen reine, oberflächliche Dummheit das Übergewicht gewann, die schädlicher ist als Verbrechen. Wie anders hätte alles kommen können, hätte die *„Arbeiterklasse“*, die ihre eigenen Fähigkeiten so gerne lobte, wenigstens die Vernunft aufgebracht, sich der Führung Bismarcks anzuvertrauen. Kaiser Wilhelm II. hätte nicht gewagt, Bismarck zu entlassen, so daß dieser weiter an der inneren Festigung des Reiches und der Bewahrung des überlieferten guten Verhältnisses zu Rußland arbeiten konnte.

Zwar traten wiederholt Bemühungen auf, die deutschen Marxisten zu einem gesünderen Verhältnis zum eigenen Staat, zum eigenen Volk, zur eigenen Art zu bringen. Der Erfolg war aber gering geblieben. So konnte das jüdische Bemühen um Feindschaft zwischen Deutschland und Rußland, besonders von den deutschen Marxisten verfochten, aber auch im Einklang mit dem ultramontanen Katholizismus, erfolgreich sein. Daraus folgte der Erste Weltkrieg, der Zusammenbruch Deutschlands, Rußlands und Österreich-Ungarns. In Deutschland entstand die Weimarer Republik und als diese 1932 am Ende war, die Diktatur des von Marxisten ersehnten Proletariers, der zwar nationale und vaterländische Kräfte heranzog und mit ihnen – oder durch sie – einen bewunderungswürdigen Aufstieg herbeiführte, sich selbst aber bald überschätzte und sein Ich an die erste Stelle setzte. Auch unter großen Verhältnissen war er ein kleiner Mann geblieben.

Als das zum Zusammenbruch führte, bekam die deutsche *„Arbeiterklasse“* in der sowjetischen Besatzungszone die Gelegenheit, ihre überlegenen Fähigkeiten, ihren besseren Charakter, ihre Kraft zur Staatsbildung und die Richtigkeit des Marxismus zu beweisen. Um das zu erreichen, scheute sie kein Mittel der Lüge und der Unterdrückung. Ihr Vorhaben mißlang trotzdem und sie offenbarte lediglich, daß der deutsche Marxismus nichts von dem enthielt, wodurch Martin Luther, wodurch Mahatma Gandhi zu Befreiern ihrer Völker von Ausbeutung und Unterdrückung geworden waren, aber auch nichts von den großartigen Gedanken der Dienstleistung am Staat, wie sie die preußischen Könige aufopfernd vorgelebt hatten.

Als Stalin auf den deutschen Marxismus setzte, und seine Nachfolger diese Fehlentscheidung weiterführten, folgten sie falschen Erwartungen zum Schaden ihres eigenen Landes, zum Schaden Deutschlands, und schließlich auch zum Schaden des Verhältnisses beider zu einander.

XVII. (Schluß)

Und nun?

Nichts schlimmeres konnte dem deutschen Marxismus widerfahren, als daß ihm die Aufgabe zufiel, von seinen überzeugten Vertretern in Deutschland verwirklicht zu werden. Denn es war leicht gewesen, zu verneinen, zu hetzen, Unzufriedenheit zu wecken und Forderungen zu stellen, die trotz ihres Unsinns bei der Masse der Unwissenden Begeisterung erweckten. Der Versuch aber, den deutschen Marxismus in Deutschland zur Wirklichkeit werden zu lassen, offenbarte unwiderlegbar die Unmöglichkeit seiner Lehre, die Schändlichkeiten seines Weges und die Unfähigkeit seiner Vertreter. So blieb die Feststellung, daß er vorwiegend schwere Schäden angerichtet hatte – die nachhaltigsten dadurch, daß er die vielfältigen und unlösbaren Bindungen und Pflichten, die ein jeder gegenüber seinem Volk hat, leugnete und erbittert bekämpfte. Damit nutzte er deutsche Schwächen aus und steigerte sie.

Mit vollem Recht bemühten sich die Deutschen der sowjetischen Besatzungszone, von der Mißwirtschaft und den Irreführungen der deutschen Marxisten erlöst zu werden. Sie hatten endlich das Glück, in dem russischen Staatsmann Gorbatschow einem Politiker gegenüberzustehen, der nicht von Schwierigkeiten im eigenen Land durch außenpolitische Abenteuer ablenken wollte, sondern sich bemühte, sie durch Reformen zu lösen. So gab er die sowjetische Besatzungszone frei.[1)]

Dieser Vorgang hätte uns Deutsche hoffnungsvoll stimmen können, wenn der Marxismus unsere einzige Verirrung wäre. Aber da war der Liberalismus gewesen als eine Auffassung, die zur Entstehung des Marxismus wesentlich beitrug. Und weiter der ultramontane Katholizismus, dem schon Ernst Moritz Arndt[2)] zum Vorwurf machte, ohne Vaterland zu sein. Diesem ultramontanen Katholizismus hängen trotz grober Betrügereien, trotz Ablaßhandel, *„Hexenhammer“* und Hundertausenden von Scheiterhaufen, trotz *„Inquisition“* und Ketzerverfolgungen[3)], trotz 30-jährigem Krieg und der Feindschaft gegen das

1) Michael Gorbatschow, *„Reden und Aufsätze zu Glasnost und Perestroika“*, Bindlach 1988.
2) *„Arndts Werke“*, Bln/Lpz/Wien o. J., Teil XII herausgege. von Wilhelm Steffens, S. 136.
3) Wilhelm Kammeier, *„Die Fälschung der Geschichte des Urchristentums“* Wobbenbüll 1982; Johannes Haller, *„Das Papsttum“*, Essl. 1962, Bd. I, S. 10, 36ff, 50, 53 usw., 435ff; Jacob Sprenger/ Heinrich Institoris, *„Der Hexenhammer“*, Neudruck Mü 1982; *„Martin Luthers Werke“*, Kritische Gesamtausgabe, B. 54, Weimar 1928, S. 206/99, *„Wider das Papsttum zu Rom, vom Teufel gestiftet“*; Paul Graf zu Hoensbroech, *„Das Papsttum in seiner sozial-kulturellen Wirksamkeit“*, Lpz 1906; Walter Löhde, *„Das päpstliche Rom und das Deutsche Reich“*, Bonn 1964.

1871 wiederbegründete Deutsche Reich, trotz entscheidender Hilfen für Hitler[4] und trotz Gegnerschaft gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands[5] immer noch viele Deutsche an. Sie stellen dabei – deutscher Schwäche entsprechend – das eigene Ich über das Wir von Volk und Vaterland und hoffen, dadurch für sich selbst Annehmlichkeiten nach dem Tode einzuhandeln. Ihr Verhalten gibt in der gleichen Weise einer fremden Macht Einfluß auf die deutsche Politik, wie das der Marxismus getan hatte.

Man muß leider folgern, daß in uns eine ständige Bereitschaft lebt, irgendwelchen, möglichst fremden Verheißungen nachzulaufen, ohne zu bedenken, wohin sie und ihre Verkünder uns führen. Das kommt Vernichtungsgedanken entgegen, wie sie aus den USA öfters herüberklingen. Dort hat man uns nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion noch weniger nötig als bisher.

Den Ursprung dieser verhängnisvollen Neigung findet man ohne Mühe in der Überschätzung des eigenen Ichs und des eigenen Tuns, in der Überbetonung eigener Selbständigkeit, in dem Übereifer bei der Verfolgung eigener Ziele. Diese Entartung wurde von weitsichtigen Menschen wiederholt angeprangert.[6] Sie äußerte sich früher als *„Spießbürgertum“*, dem der Geschichtschreiber Heinrich Luden in einem Gespräch mit Goethe folgendes Denkmal setzte:

„Denn gerade das, daß der teutsche Michel bisher nur für sich selbst gesorgt, sein eigenes Steckenpferd geritten, alsdann seinen Kloß gegessen und sich behaglich den Mund gewischt hat, unbekümmert um das gemeine Wesen, um Vaterland und Volk, gerade dieses ist es ja, was Schimpf, Schande und unermeßliches Unglück über Teutschland gebracht hat.“[7]

An die Stelle des Spießbürgers trat in neuerer Zeit der *„Streber“*. Er will *„um jeden Preis“* dem eigenen Ich zu Erfolgen verhelfen, wobei wie beim Spießbürger das Große und Ganze des eigenen Volkes unberücksichtigt bleibt.[8]

Auf derselben Ebene entarteter Ichbezogenheit bewegt sich auch das Übel der Schwärmerei, indem es eigene Vorstellungen und Haltlosigkeiten als Wirklichkeiten ansieht. Ernst Moritz Arndt wurde schon angeführt: Viele Deutsche *„verlieren sich so leicht in leeren Träumen und Wahnen und*

4) Ernst-Wolfgang Böckenförde, *„Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933“* in der Zeitschrift *„Hochland“*, Mü, Jahrgang 1960/61, S. 215/39. Hans Müller, *„Katholische Kirche und Nationalsozialismus“*, Mü 1963; *„Mit spitzer Feder und grimmigem Humor“*, Karikaturen aus *„Ludendorffs Volkswarte“*, 1932/33, herausgeg. von Franz Karg von Bebenburg, Pähl/Obbay. 1983.

5) wie Kapitel XVI, Ziff. 19/9.

6) wie Kapitel IV, Ziff. 11; wie Kapitel IX, Ziff. 30; wie Kapitel XII, Ziff. 35.

7) Heinrich Luden, *„Goethe und Deutschlands Zukunft“*, Bln 1916, S. 91/2.

8) Bismarck, *„Die gesammelten Werke“*, Bd. IX, Bln 1926, S. 152; Ernst Graf Reventlow, *„Kaiser Wilhelm II. und die Byzantiner“*, Mü 1906.

dunklen Grübeleien".[9)]

Die heutige *„Volkskrankheit"* des Strebertums bringt weitere Entartungen mit sich: Den Neid, nach Bismarck unser *„Nationallaster"*, nach dem Bundeskanzler Erhard unser *„Neidkomplex"*.[10)] Und weiter den gleichfalls von Bismarck beobachteten Mangel an *„Zivilcourage"*[11)], der als Feigheit in den allgemeinen Angelegenheiten zu verstehen ist. Diese können einem ichbezogenen Streber nichts bedeuten. Er nimmt sie erst dann wahr, wenn ihre Vernachlässigung zu unangenehmen Folgen führt, die auch er spürt.

Das übertriebene Kreisen um sich selbst, die krasse Ichbezogenheit und hemmungslose Selbstsucht lassen schwer irgendeinen Gemeinsinn aufkommen. Dementsprechend verkümmern politische Anteilnahme und das Wissen von den großen Lebensgesetzen. In die dadurch entstandenen Lücken unseres Wissens, in das Nichts unserer Unwissenheit nisten sich unversehens Vorstellungen und Gedanken ein, die teils als irgendwelche Keime herumfliegen, teils von anderen entsprechend ihren Vorteilen in die Leere unserer Unwissenheit hineingebracht werden.

Solches Erfülltsein von Unsinn und fremden Ansprüchen schwächt natürlich den Willen, die eigene Art zu erhalten, der jedem Tier zu eigen ist, wobei als Art eine Gruppe von Lebewesen zu verstehen ist, deren Eigenschaften sich von denen anderer Arten wesentlich unterscheiden und so tief wurzeln, daß sie sich vererben.[12)] Arterhaltendes Verhalten ist an höheren Tieren leicht zu beobachten: Sie schonen ihresgleichen und zeugen Nachkommen nur mit der eigenen Art; künstlich herbeigeführte Mischungen bleiben meist unfruchtbar; der Wille zur Erhaltung der eigenen Art kann soweit gehen, daß das Einzelwesen den Trieb zur Selbsterhaltung überwindet und sich für andere seiner Art selbstlos opfert.

Unser Mangel an arterhaltendem Wissen und Verhalten läßt uns unter das Tier sinken, das durch seine angeborenen Instinkte sicherer geleitet wird als wir durch unseren Verstand. Wir werden zu *„Pöbel"*, zu *„Dreck in Menschengestalt"*, der dem Untergang zutreibt.

Dem entsprechen unsere Regierungen: Jedes Volk hat eine solche, *„die es verdient"*, lautete die Erkenntnis eines Diplomaten des vorigen Jahrhunderts. Auch der bedeutende englische Geschichtschreiber Thomas Carlyle sah in seiner *„Geschichte Friedrichs des Zweiten, genannt der Große"* einen solchen Zusammenhang: Das *„tapfere Preußen"* verdiente es, *„von einem*

9) wie Ziff. 2, Teil IX, S. 245.

10) Moritz Busch, *„Tagebuchblätter"*, Lpz 1899, Bd. III, S. 148; wie Ziff. 8, *„Bismarck"*, Bd. IX, Bln 1926, S. 137, 405; Ludwig Erhard, *„Wohlstand für alle"*, Düsseldf 1957, S. 147, 244.

11) wie Ziff. 8, *„Bismarck"*, Bd. VII, Bln 1924, S. 90; Alfons Wenzel, *„Zivilcourage im öffentlichen Dienst"*, Mü/Wien 1965, S. 9/22.

12) wie Kapitel XIII, Ziff. 20.

solchen König geführt zu werden".[13)]

Es scheint, daß unsere heutige Regierung uns nach dem *„roten"*, dem *„marxististischen"* Zusammenbruch auf der gleichen Grundlage völliger Verantwortungslosigkeit gegen Volk und Vaterland nun auch noch einen *„schwarzen"*, einen *„christlichen"* auferlegen will: 23 Atomwerke in Westdeutschland, Völkermord durch Einfuhr von Millionen Fremder, Umweltzerstörung durch haltlos wuchernde Industrien bei beständig höher getriebenen materiellen Ansprüchen, Schuldenmacherei, lügnerische Darstellungen von Geschichte und politischen Vorgängen, planmäßiges Verderben der Jugend, Vernichtung des Bauerntums, aus Streberhaftigkeit hervorgehende Korruption, Maßlosigkeit, durch die schon Hitler seine Erfolge verspielte … Schon ein kleiner Teil davon berechtigt zu schwersten Befürchtungen.

Es wäre wohl angebracht, wenn wir unsere Denk- und Lebensweise ändern würden, und sei es auch nur, um zu besseren Regierungen zu kommen. Vielleicht zweifelt mancher, daß wir unsere Jämmerlichkeit überwinden können. Solchen Zweifeln steht entgegen, daß die Folgen unserer Jämmerlichkeit einen zunehmenden Druck ausüben werden. Selbst die stille Erwartung, sich nach Eintritt des Befürchteten damit herausreden zu können, man habe doch nichts gewußt und alles nicht gewollt, ist zu dürftig. Außerdem zeigt unsere Geschichte vor allem am Beispiel *„Preußen"*, daß auch wir Deutschen fähig sind, aus der Blödheit zu großer Eigenbrötelei herauszufinden.

Wer zu der Einsicht kommt, daß seine Unwissenheit und sein Nichtstun eine unentschuldbare Dummheit sind, wird sich zunächst von den unzähligen Fesseln befreien, die ihn in seiner Dummheit halten. Er wird vor allem unsere Volkskrankheit, die Streberhaftigkeit, in sich zu überwinden suchen, indem er nur Echtes anerkennt und selbst nicht mehr zu scheinen sucht, als in ihm ist. Er wird die lautstarke Beflissenheit vermeiden, mit der Äußerungen unserer Sieger und ihrer Handlanger heute noch aufgenommen werden. Entschieden wird er sich der Aufstachelung der Gier, des unentwegten Habenwollens, der Sucht nach immer mehr durch die Reklamen der Wirtschaft verschließen und sich auf das beschränken, was für ein einfaches und damit gesundes Leben nötig ist, eingedenk der Erkenntnis, daß zu wirklicher Freiheit eine solche von haltloser Gier gehört.

Wer solchermaßen soviel innere und äußere Freiheit gewonnen hat, wie möglich ist, wird das, was er an Zeit und Mitteln gewinnt, zur gründlichen Beschäftigung mit Geschichte im weitesten Sinn und besonders unseres Volkes verwenden, enthält sie doch die Politik von gestern. Ihre Bedeutung

13) Franz Freiherr von Lipperheide, *„Spruchwörterbuch"*, Bln 1962, S. 716; Thomas Carlyle, „Geschichte Friedrich des Zweiten, genannt der Große", Meersburg 1928, Bd. VI, S. 246/7.

geht daraus hervor, daß Friedrich der Große sie zu den notwendigsten Lehrfächern eines Fürsten zählte. Im gleichen Sinn rief der Freiherr vom Stein die *„Monumenta Germaniae Historica“* und eine *„Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde“* ins Leben. Und was Geschichtskenntnis bedeutet, brachte 1922 Maria Fehling sehr klar zum Ausdruck, als sie von Bismarck feststellte: *„Der Geschichtskenner wird zum Wirklichkeitspolitiker.“*[14)]

Wer sich heute mit Geschichte beschäftigen will, muß allerdings besonders bedacht sein, aus sauberen Quellen zu schöpfen. Er wird das Urteil eines ausländischen Geschichtschreibers beherzigen: Die heutigen deutschen Vertreter dieser Sparte seien *„Lügner und Feiglinge“*[15)] – wie könnte das in einem Land der Streber auch anders sein? So wird er sich an die leider selteneren Ausnahmen halten und im übrigen auf die zahlreichen Darstellungen der Vergangenheit zurückgreifen, die – wie beispielsweise der von Bismarck hoch geschätzte Heinrich von Treitschke – sich bemüht haben, die Vorgänge so zu schildern, wie sie sich in Wirklichkeit abspielten.[16)]

Das wird ihm die innige Verbindung von Selbsterhaltung und Arterhaltung bewußt machen und zu der Einsicht des Dichters Paul Ernst[17)] führen: *„Die Natur steht dem Einzelwesen gleichgültig gegenüber. Ihr kommt es nur auf die Erhaltung der Art an.“* Hierbei kommt in der Stufenreihe vom Einzelnen über die Art bis zum allgemeinen Leben unserem Volk besonderes Gewicht zu als einer Gemeinschaft, die aus artmäßiger Einheit unter Beimischungen nahe verwandter Völker hervorgegangen ist und sich in Gleichheit der Eigenschaften, gleicher Geschichte und gleicher Sprache ausdrückt.

Was allgemein über arterhaltendes Verhalten gesagt wird, trifft auch für die Erhaltung unseres Volkes zu. Es äußert sich als Wille zur Mutterschaft und Mutterliebe, als Bewahrung des Vaterlandes als Land der Väter, das auch die Muttersprache als Sprache der Mütter einschließt, als Verteidigung des Volkstums, als bescheidener Dienst am Staat, der Nation, als Bekenntnis zu unserem Deutschtum, zu unserem Dasein und unserem Sosein. Die Erhaltung unseres Volkes bedeutet auch Erhaltung unserer Art.

Die Anerkennung der Wirklichkeit des Lebens und seiner Maßstäbe führt heraus aus der Enge unserer ichbezogenen Spießbürgerlichkeit, der Streberhaftigkeit und der Schwärmerei als unseren hauptsächlichsten Schwächen, die letzten Endes nur bequemes Schmarotzertum bedeuten an denen, die nach

14) Friedrich der Große, *„Die politischen Testamente“*, übers. von Friedrich von Oppeln-Bronikowski, Mü 1941, S. 241; Gerhard Ritter, *„Stein“*, Stgt 1981, S. 531/5; Maria Fehling, *„Bismarcks Geschichtskenntnis“*, Stgt/Bln 1922, S. 100.

15) *„Remer Depesche“*, herausgeg. von Otto E. Remer, Bad Kissingen, Juni 1992, S. 1.

16) wie Ziff. 8, *„Bismarck“*, Bd. VIII, Bln 1926, S. 357; Bd. IX, Bln 1926, S. 394.

17) Paul Ernst, *„Grundlagen der neuen Gesellschaft“*, Mü 1929, S. 356.

größeren Maßstäben leben – solange es solche Menschen noch gibt. Wenn sie aussterben, stirbt auch die Art und mit ihr alles Schmarotzertum.

Die Anerkennung des wirklichen Lebens macht es unserem Denken und Handeln möglich, auf Hinterlist gefaßt zu sein, uns Verführungen zu verschließen, die auf unsere Dummheit rechnen, schädigende Befehle und Anweisungen unausgeführt zu lassen und selbst da, wo gewissenlose Obere gewaltsam Schlechtes und Falsches erzwingen können, heimlich noch Richtiges und Gutes zu bewahren.

Wer nun handelnd dem Weiterleben unseres Volkes dienen will, darf sich ermutigt fühlen durch die Tatsache, daß jedes Tun – aber auch jedes Nichttun, wo Handeln angebracht wäre – seine Folgen hat. Und weiter darf er sich bewußt sein, daß er das allem Leben gegebene Gesetz der Erhaltung der eigenen Art auf seiner Seite hat. Allerdings sollte er Gleichgesinnte suchen oder heranbilden, entsprechend dem Spruch der germanischen Edda: *„Zaghaft wird zum Flug, wem Freunde fehlen.“*[18)]

Handelndem Bemühen um die Erhaltung unseres Volkes kommt auch entgegen, daß unser beständiger Feind, der Feind allen Lebens auf dieser Erde, die USA, nicht so allmächtig ist, wie er sich gibt. Der kenntnisreiche Politprofessor Ferdinand Lundberg in New York warnte 1968 in seiner Untersuchung *„Die Reichen und die Superreichen“* vor der Vorstellung, die USA *„könnten die Probleme unserer Welt lösen“*. Er zeigte, daß ihr dies nicht einmal bei ihren eigenen gelang. Und der deutsche Verhaltensforscher Konrad Lorenz befürchtete 1973 von dem *„drohenden moralischen und kulturellen Zusammenbruch“* der USA, daß er *„höchst wahrscheinlich die ganze westliche Welt in seinen Strudel reißen wird“*.[19)] Mit den Maßstäben des Einzelnen gemessen, brauchen solche Entwicklungen jedoch Zeit.

Aber es läßt doch geraten erscheinen, Abstand zu gewinnen. Außerdem kommt uns zugute, daß Rußland eine Großmacht bleiben wird. Und schließlich ist durch die deutsche Wiedervereinigung der Anteil der dem ultramontanen Katholizismus wie dem Christentum überhaupt verfallenen Deutschen erheblich geringer geworden. Entsprechend ist also, ob die Absicht zur Erhaltung unseres Volkes genügend Streiter findet!

(Quelle: „Mensch und Maß – Drängende Lebensfragen in neuer Sicht“ Nrr. 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22 und 24 des Jahrgangs 1993. Verlag Hohe Warte.)

18) Wilhelm Grönbech, *„Kultur und Religion der Germanen“*, deutsch Hbg 1937/8, Bd. I, S. 27.

19) Ferdinand Lundberg, *„Die Reichen und die Superreichen“*, deutsch Hbg 1969, S. 485, 504; Konrad Lorenz, *„Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit“*, Mün 1973, S. 94; Gustav Sichelschmidt, *„Amerikanismus – Der Weltfeind Nr. 1“*, Berg am See 1990.

Klassen- oder Volksdenken

Marx oder Mathilde Ludendorff

Von Hans Kopp

1. Teil

Der Marxismus hat sich seit seiner Begründung durch Marx und Engels in verschiedene Richtungen aufgespalten, die sich auch wieder verschiedene Namen gaben, aber die Grundgedanken seiner Väter sind geblieben.

Im Mittelpunkt aller marxistischen Lehren steht die Aufteilung der *„Gesellschaft“* — wie Marx und Engels die Völker in ihren Schriften immer nennen! — in Unterdrückte und Unterdrücker.

Diese zwei Hauptklassen haben je nach der geschichtlichen Zeit verschiedene Namen. So gab es in marxistischer Sicht einst die Sklavenhalter und die Sklaven, dann die Feudalherren und die Leibeigenen, dann den Adel und den Bourgeois, schließlich den Bürger und den Arbeiter, den Kapitalisten und den Proletarier; man spricht ganz selbstverständlich heute von den Ausgebeuteten und den Ausbeutern, den Lohnabhängigen, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, den Kolonialherrn, den Entwicklungsländern, den unterentwickelten Ländern, den Reichen und den Armen, den Herrschenden und den Abhängigen.

Man kann diese Reihe der Zweiteilung der menschlichen Gesellschaft ins Endlose fortsetzen, denn immer wieder findet sich eine soziale Lage, in der jemand oben und der andere unten ist.

Wo die Unteren nach oben kommen, spricht man von Revolutionen. Diese Art von Besitz- und Machtübernahme wird von den Revolutionären als moralisch berechtigt bezeichnet, denn eine Unterdrückung wird damit beseitigt.

Bleiben dann die Unteren oben und behalten die Macht, so ist ein gerechter Zustand hergestellt, den anzutasten ein Verbrechen ist.

Das Bezeichnende bei all diesen Revolutionen bleibt, daß die eigentlich Unterdrückten (die Sklaven, die Leibeigenen, die Bürger, die Arbeiter) ihre Herrschaft jedoch nicht selbst erreichen, sondern mit Hilfe von Berufsrevolutionären, deren Herkunft von verschiedenster Art ist. So findet man unter ihnen die Söhne und Töchter der einst herrschenden Klasse, z. B. des Adels, des Bürgertums, eben die sogenannte sozialistische Intelligenzführung; denn schon Lenin sagte, daß die Arbeiterschaft aus eigener intellektueller Kraft niemals ein sozialistisches Bewußtsein hervorbringen

könnte und darum durch eine zielklare sozialistische Intelligenz geführt werden müßte.

Die Unterdrückten jedoch, z. B. heute die Arbeiter, wollen von diesen Möchtegern-Trotzkis gar nichts wissen, denn sie zerstören ihnen den ruhigen Arbeitsplatz, ohne eine eigentliche Besserung der Verhältnisse hervorzurufen. Infolge dieses Verhaltens nennt heute die intellektuelle Linke den Arbeiter schon lange einen *„Bourgeois“*. Der wahre *„Proletarier“* ist nach ihr der Stadtguerilla, der Tupamaro, der Bombenwerfer, der *„Rote-Zellen-“* Student, das hinter Gittern sitzende Mitglied der Baader-Meinhof-Gruppe.

Wir befinden uns im Zustand einer Dauerrevolution, in der die befreiten Bürger von vorgestern und die befreiten Arbeiter von gestern schon nicht mehr zu den Unterdrückten gehören, sondern die schon einen neuen *„Proletarier“* sieht, der nach der Macht greift.

Gedankliche Grundlage des Marxismus

Was ist eigentlich die weltanschauliche Grundlage dieses fortwährend sich neu gebärenden Marxismus?

Die Philosophie unserer klassischen Zeit — also von Kant bis Schopenhauer —, die man den deutschen Idealismus nennt, hat an jene Gedankenwelt angeknüpft, mit der wir schon seit den Griechen vertraut sind: der Geist ist das Höhere, die Materie — wenn schon nicht das Niedere — so doch das bewußtlos dem Geist Gegenüberstehende, das erst durch dessen Kraft zur Welt wird. Die Seele galt als das selbständige Wesen der Materie, die wir nur als Erscheinung gewahr werden.

Karl Marx, der von Hegel das Denken gelernt hatte, setzte nun an die Stelle des Geistes und der Seele die Gesetzmäßigkeit der ökonomischen Verhältnisse, wie er sie von seiner Zeit aus zu entdecken glaubte.

Damit war die Welt umgestülpt, denn nicht mehr die Seele und der Geist bestimmten die Geschichte, sondern der *„Unterbau“*, wie Marx diese ökonomischen Verhältnisse nennt.

Das *„Unten“* wurde damit auch auf dem Gebiet des Erkennens das *„Oben“*, nach dem revolutionären Grundgedanken, daß das Unterdrückte zu herrschen habe.

Und das einstige *„Oben“* ist nur mehr eine *„Nebelbildung im Gehirn des Menschen“*, die an die materiellen Voraussetzungen des Lebensprozesses geknüpft ist (Marx/Engels: *„Feuerbach; Gegensatz von materialistischer und idealistischer Anschauung“*, 1846).

In dieser Schrift sagen Marx/Engels (Dietz Verlag, Berlin 1971, S. 20):

„Die Moral, Religion, Metaphysik und sonstige Ideologie und die ihnen entsprechenden Bewußtseinsformen behalten hiermit nicht länger den Schein der Selbständigkeit. Sie haben keine Geschichte, sie haben keine

Entwicklung, sondern die ihre materielle Produktion und ihren materiellen Verkehr entwickelnden Menschen ändern mit dieser ihrer Wirklichkeit auch ihr Denken und die Produkte ihres Denkens. Nicht das Bewußtsein bestimmt das Leben, sondern das Leben bestimmt das Bewußtsein."

Mit diesem Taschenspielerkunststück — das so hochwissenschaftlich ausschaut — sind somit Wollen, Denken, Geist, Seele, Kultur, Kunst nur ein zeitbedingtes Ergebnis des *„Unterbaus"*, d. h. wo der *„Bourgeois"* des Jahres 1846 sich in einer *„gehobenen Welt"* glaubte, wenn er sittlichen, moralischen, ethischen Werten des deutschen Idealismus nachstrebte und sie verwirklichte, übersah er völlig, daß die damalige Produktions- und Austauschweise der Veranlasser seines seelischen Höhenfluges war. Einfach gesagt: weil er einen vollen Bauch hatte, war er Idealist, Moralist, war er volkstreu, königstreu. Der Proletarier dagegen kam zu solchen Gedanken nicht, weil er keinen vollen Bauch hatte.

Der *„Unterbau"* bestimmt den *„Oberbau"*; Bert Brechts vielerwähntes Wort aus der *„Dreigroschenoper"*: *„Erst kommt das Fressen, dann die Moral"*, ist damit nicht bloß ein dichterischer Einfall, sondern ein marxistisches Bekenntnis.

Die frühere idealistische Wertauffassung ist durch den Marxismus vernichtet und durch eine ökonomische ersetzt. Alles, was geistig und moralisch geschieht im Leben und in der Geschichte, wird aus materiellen Voraussetzungen erklärt.

So ist die Handmühle die Bedingung der feudalen Gesellschaft und ihrer glänzenden Kultur, wie die Dampfmühle die Bedingung der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Geisteswelt.

Oder, um noch ein Beispiel marxistischer Geschichtsbegründung aus o. a. Werk (S. 39) zu bringen, daß die Deutschen ihre *„glorreichen Befreiungskriege von 1813"* führten, hat seine *„reale Basis"* in dem Umstand, daß der *„durch das napoleonische Kontinentalsystem erzeugte Mangel"* an Zucker und Kaffee *„die Deutschen zum Aufstand gegen Napoleon brachte"*.

Auch die Reformation ist nur der ideologische Ausdruck *„tiefgehender Veränderungen auf dem europäischen Wollmarkt"*[*)], während die Deutschen *„die religiöse Illusion zur treibenden Kraft der Geschichte"* (S. 44) machen.

Engels ergänzte allerdings diese Überspitzung dahin, daß die Produktions- und Austauschweise den Überbau einzig *„in letzter Instanz"* bestimme, was aber u. M. nach die Auffassung noch verschärft. (s. Bloch aaO)

Die gedankliche Grundlage des Marxismus ist also die Umkehrung des Idealismus. Recht, Staat, Kunst, Religion, Philosophie, das sind, genau in dieser Reihenfolge, für Hegel die oberen Sphären; sie nennt Marx den

*) E. Bloch: *„Tübinger Einleitung in die Philosophie 2"*, S. 73.

„Überbau“, der schließlich nur ein mehr oder minder *„dunstiger Reflex materieller Vorgänge“* (E. Bloch aaO, S. 71) sein soll. Was der Deutsche und der Sohn Stuttgarts als Ausdruck des *„absoluten Geistes“*, d. h. als ursachlos Schöpferisches erkennt, ernennt Marx zum Ergebnis materieller und sozialer Grundlage.

Es ist aber nicht der Marxismus allein, der diese Umwertung aller Werte brachte. Auch andere geistige Bewegungen des 19. Jahrhunderts bauten daran mit.

Amerika, Nietzsche und S. Freud

Im Amerika des vorigen Jahrhunderts hatte sich eine Denkart entwickelt, die man am besten mit Pragmatismus bezeichnen kann. Hier wird über die Wahrheit unserer Gedanken, Urteile und Überzeugungen und über die Richtigkeit unseres Handelns durch den Nutzen für unser Leben entschieden. Die praktische Auswirkung ist der einzige Beweis des Wertes.

Eine solche Anschauung begnügt sich mit der Feststellung des Gegebenen und Tatsächlichen und lehnt alle Metaphysik — alles Jenseitsdenken — ab. Der amerikanische Pragmatismus trifft sich hier mit dem französischen Positivismus, der auch zur Zeit von Marx auftrat (Comte: *„Cours de philosophic positive“*, 1830 bis 1842).

In Amerika war es besonders C. S. Peirce (1839—1914), der durch den Pragmatismus der amerikanischen Lebensauffassung eine Art philosophischer Untermauerung gab.

Die Unbekümmertheit um Werte und Ideen, die Ablehnung ewiger Wahrheiten, die Bewertung alles Erkennens allein nach dem Nutzen für die praktische Lebensgestaltung, die Gleichsetzung des Nützlichen mit dem Guten und mit dem religiösen Glauben: das sind die Hauptkennzeichen dieses amerikanischen Pragmatismus. Eine solche Anschauung zerstört selbstverständlich allen gesinnungsmäßigen Idealismus und alles Erkennen aus Intuition und Logik.

Peirce leugnet z. B. auch das *„Ding an sich“* Kants. Er meint, dieses Erste existiere als solches nicht. Jede unserer Informationen, also Erkenntnisse, beruht auf vorhergegangenen. Aber bis zu einem Ersten können wir das nicht zurückführen. Der *„Erstauslöser“* hat für ihn keine Realität, er liegt ganz außerhalb unseres Bewußtseins.

Jürgen Habermas hat in *„Erkenntnis und Interesse“* (1970) schon diese Auffassung kritisiert, obwohl er keineswegs ein Idealist genannt werden kann. Wer immer nur im vorhergehenden Schritt wirtschaftlicher oder sozialer Art in der Erkenntnis weiterkommen will, verstrickt sich in Ausweglosigkeit und ist gezwungen — wie Peirce — einen unabhängigen Erstauslöser einzuführen, den er nicht feststellen kann. Man kann nicht

leugnen, daß der Mensch auch ohne feststellbare Ursache einen Wert erkennen kann, d. h. daß die Intuition eine Erkenntnisfähigkeit ist, die nicht vom Interesse gelenkt wird.

Es kommt also auch aus Amerika eine Lehre, die das ehemalige *„Oben“* leugnet und nur ein *„Unten“* als Ursache alles menschlichen Wollens anerkennt, nämlich den Nutzen und das Interesse.

Aber auch der deutsche Philosoph **Nietzsche** neigt in vielen seiner Schriften dazu, den *„Unterbau“* als das in allem Bestimmende und Auslösende zu betrachten.

So sagt er z. B.:

„Alle Tugenden (sind) physiologische Zustände: namentlich (werden) die organischen Hauptfunktionen als notwendig, als gut empfunden. Alle Tugenden sind verfeinerte Leidenschaften und erhöhte Zustände.“ (*„Wille zur Macht“*, 255)

„Mitleid und Liebe zur Menschheit als Entwicklung des Geschlechtstriebes. Gerechtigkeit als Entwicklung des Rachetriebes. Tugend als Lust am Widerstand, Wille zur Macht. Ehre als Anerkennung des Ähnlichen und Gleichmächtigen.“ (ebd.)

„Mein Hauptsatz: es gibt keine moralischen Phänomene, sondern nur eine moralische Interpretation dieser Phänomene. Diese Interpretation selbst ist außermoralischen Ursprungs.“ (258)

„‚Wollen‘: ist gleich Zweck-wollen. ‚Zweck‘ enthält Wertschätzung. Woher stammen die Wertschätzungen? Ist eine feste Norm von ‚angenehm und schmerzhaft‘ die Grundlage?“ (260)

„Moral als Werk der Unmoralität.

1. *Damit moralische Werte zur Herrschaft kommen, müssen lauter unmoralische Kräfte und Affekte helfen.*
2. *Die Entstehung moralischer Werte ist das Werk unmoralischer Affekte und Rücksichten.“* (266)

Nietzsche sagt damit kaum etwas anderes als Marx und Engels. Auch für ihn ist der moralische *„Überbau“* das Ergebnis eines Unterbaus aus Zwecken, Lustabsichten und Leidvermeidungen. Die neuen Linken drücken das dann hochwissenschaftlich aus: Das Gute ist das repressive Interesse der Herrschenden, die mit solcher Gesinnungsprägung die Unterdrückten in Schach halten.

Eine dritte Weise, wie heute alles Obere durch ein Unteres bestimmt wird, ist die Modewissenschaft der **Psychoanalyse**. Bei ihr wird jede seelische Regung, jeder Willensakt, überhaupt das ganze Verhalten des Menschen auf sexuelle Wünsche zurückgeführt, bzw. auf deren unheilvolle Verdrängung von frühester Jugend an. Diese naturalistisch-biologische Auffassung Freuds ist völlig wertblind für die Eigenständigkeit des Ichs des Menschen. Hier

gleichen sich der historische Materialismus der Marxisten und die Psychoanalyse als Weltanschauung. Wo der eine in sozialen Verhältnissen den materiellen Veranlasser des ganzen *„Überbaus“* sucht, tut das die Psychoanalyse in den Verdrängungen sexueller Lust, deren sie mit ihrer Therapie, mit Traumanalysierungen und Deutungen *„freier Einfälle“* auf die Spur kommen will.

Freud stellte die These auf, daß Erkennen nur durch Analyse des *„inneren Auslands“* möglich sei. *„Der vom Arzt intendierte Erkenntnisvorgang des Patienten ist als Selbstreflexion zu begreifen.“* (s. Habermas aaO)

Somit besteht unsere ganze derzeitige Geisteswelt aus dem Durchforschen des *„Unten“*, sei dies nun als Materie, als soziale Lage, als Produktions- und Verkehrsverhältnis, als Sexualität und biologische Ausstattung verstanden.

Moral und Ethik als Selbstwert, als unabhängig vom menschlichen Zwecksetzen und Planen, als **vor** allem Interesse daseiend und als Eigenkraft des erkennenden und erlebenden Ichs wird völlig übersehen und ausgeschaltet. Die gegebenen Umstände formen den Menschen, und ihre gezielte Veränderung verändert auch den Menschen nach den Wünschen der Veränderer. Er selbst ist der Verantwortung enthoben.

Die Antwort Erich und Mathilde Ludendorffs

Die Gotterkenntnis Ludendorff, wie sie in den philosophischen Werken Mathilde Ludendorffs niedergelegt ist, kennt dieses *„Oben“* und *„Unten“* nicht. Sie verwendet auch Wörter wie *„Materie“* und *„Geist“* nicht.

Bei ihre ist keine Materie *„unten“*, von der alles ausgeht, aber auch kein Geist *„oben“*, von dem alles ausgeht. Die Gotterkenntnis steht damit weder auf dem Standpunkt des Marxismus, des Pragmatismus, Nietzsches oder Freuds, noch auf dem Standpunkt des absoluten Idealismus, wie ihn besonders Fichte und Hegel vertraten.

Die Frage nach dem Oben und Unten wird bei ihr nicht gestellt und kommt deshalb zur Welt- und Gesellschaftserklärung gar nicht in Betracht.

Mathilde Ludendorff spricht von einem Anfang der Schöpfung, und daß das der Wille war. *„Im Anfang war der Wille Gottes zur Bewußtheit“*, lautet der grundlegende erste Satz der *„Schöpfungsgeschichte“* von Mathilde Ludendorff.

Dabei versteht sie unter Gott nicht den persönlich oben thronenden Gott der meisten Religionen, sondern sie ist bei diesem alten Wort geblieben, weil wir im Erleben einiger Willens- und Wesenszüge des Absoluten dessen gewiß sind.

Dieser Wille bildet und durchzieht die Schöpfung, bei der nach Stufen ursachloser Neuerscheinungen immer kausal begründete Reihen festzustellen

sind.

Vom Wesen der Erscheinung her — Gott — ist also weder ein Unten noch ein Oben im Schöpfungsaufbau zu erkennen. Man muß von einer Gleichberechtigung aller Erscheinungen sprechen, und selbst die Unvollkommenheit des Menschen (sein moralisch mögliches *„Unten“*) gehört zur Vollkommenheit der Schöpfung.

Erich und Mathilde Ludendorff sprechen auch nicht von *„der Gesellschaft“*, sie sprechen von den Völkern.

Die Einheit von Erbe, Weltanschauung, Kultur, Recht, Wirtschaft und Politik strebt jedes Volk unbewußt an, wenn auch die meisten Völker ihr Leben in der Geschichte ohne diese Einheit durchgestanden haben.

Wir sehen in dieser Einheit Teile dessen zusammengefügt, was wir vorher als *„Unter-“* bzw. *„Oberbau“* bei Marx und Hegel getrennt fanden. Hegel würde Erbe, Wirtschaft und Politik nicht zu den *„oberen Sphären“* rechnen, die nach seiner Meinung alles gestalten. Marx wiederum würde Weltanschauung, Kultur und Recht als abhängige *„Nebelbildungen im Gehirn“* für zweitrangig halten.

Ludendorff spricht von einer Einheit, wenn er das Volk meint. **Einheit** kann nur sein, wo ein Unterschiedliches und Vielfältiges sich zusammenfindet. Damit ist schon gesagt, daß Ludendorff unter Volk nicht eine völlig gleichgestaltete Masse meint. Ein Volk ohne Standes- und schichtmäßige Unterscheidung ist gar nicht zu denken. Es gibt und wird immer verschiedene Schichten geben, wobei selbst der Ausdruck *„Schichten“* nicht das Wesentliche trifft, denn er sagt nichts über die inhaltliche Unterscheidung der verschiedenen Teile eines Volkes. Aber das Gemeinsame muß in all diesen Schichten, Ständen, Klassen, Berufsgruppen, Herkunftarten usw. empfunden werden. Worin dieses Gemeinsame bei jedem Volk besteht, kann hier nicht ausgeführt werden. Wo es bewußt gemacht wird, da ist es meistens das Erleben einer Mission. Auf diese Weise können sehr erbgemischte Massen zu einem Volk werden, wie es etwa das Beispiel der USA zeigt.

Bei Völkern, die aus uralten Zeiten zusammengewachsen sind, ist es aber eine unbewußte Gemütseinheit, die diese Völker auch dann zusammenhält, wenn sie im Laufe ihres geschichtlichen Schicksals aufgeteilt oder zerstreut werden.

Mathilde Ludendorff kennt in einem solchen Volk kein *„Unten“* und *„Oben“*. Sie geht soziologisch von der Familie aus, die in ihrer Erweiterung zu Sippe und Stamm die gewachsene Grundlage des Volkes ist.

Dieser Volksgedanke unterscheidet die Mitglieder eines Volkes nicht nach Klassen, nicht nach Unterdrückten und Unterdrückern, nicht nach Ausgebeuteten und Ausbeutern, wenn sie auch diese Erscheinungen nicht übersieht.

Es gehört zum Wesen dieser Volksauffassung, daß jeder neben jedem

sitzen kann. Dem entspricht auch die Achtung aller anderen Völker.

Bei Marx gibt es diesen Blick auf das Volk als letzte gewachsene Einheit nicht. Er sieht über alle Völker hinweg immer nur die Klassen der Unterdrücker und der Unterdrückten. Er sieht nie den Deutschen, den Franzosen, den Russen, den Chinesen usw. schlechthin, sondern überall den Kapitalisten, den Bürger, den Bauern, den Polizisten, den Arbeiter, den Professor, den Junker, den Pfaffen usw.

Die Nation, besonders die deutsche, bezeichnet er in ihrer geschichtlichen Eigenart mit den übelsten Ausdrücken, z. B. *„eben weil diese Nation die Sch… an und für sich ist“* (*„Feuerbach“* aaO, S. 32).

Er kennt nur die Klasse, und zwar die herrschende einerseits und die unterdrückte andrerseits. Nur die Klasse bringe die jeweilige Moral hervor.

Eine Volksseele, die gemeinsame Wertungen schenkt, ist ihm völlig unbekannt (oder er ärgert sich in der oben erwähnten groben Weise darüber).

„Die herrschenden Gedanken sind weiter nichts als der ideelle Ausdruck der herrschenden materiellen Verhältnisse“, sagt er und führt als Beispiele an: in der Aristokratie herrschten die Begriffe Ehre und Treue usw., während der Herrschaft der Bourgeoisie die Begriffe Freiheit, Gleichheit usw. entsprechen (aaO, S. 51).

Für ihn gibt es nur *„Individuen“* — keine Volksmitglieder —.

„Die einzelnen Individuen bilden nur insofern eine Klasse, als sie einen gemeinsamen Kampf gegen eine andere Klasse zu führen haben“, und:

„Diese Subsumtion der Individuen unter bestimmte Klassen kann nicht eher aufgehoben werden, als bis sich eine Klasse gebildet hat, die gegen die herrschende Klasse kein besonderes Klasseninteresse mehr durchzusetzen hat.“ (S. 75)

Individuen werden also subsummiert, d. h. zusammengezählt und eingeordnet unter eine Klasse. Der Staat, der eigentlich die Form eines Volkes sein sollte, war nach Marx der Staat derjenigen Klasse, welche in ihrer Zeit die ganze Gesellschaft vertrat. Er war also immer ein Klassenstaat, und zwar der der herrschenden Klasse.

„Sobald es keine Gesellschaftsklasse mehr in der Unterdrückung zu halten gibt … gibt es nichts mehr zu reprimieren, das eine besondere Repressionsgewalt, einen Staat, nötig machte … Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiet nach dem andern überflüssig und schläft dann von selbst ein … Der Staat wird nicht ‚abgeschafft‘, ***er stirbt ab****.“* (Engels: *„Die Entwicklung des Sozialismus …“*, S. 96/97)

Engels denkt also nur in Produktionsverhältnissen und in den Herrschaftsmöglichkeiten derer, die am Ende alle Produktion in Händen haben. Diese wären auf der Welt überall die gleichen und allein übriggebliebenen

Menschen der *„Gesellschaft“*. Eine Unterscheidung nach Völkern kommt nicht mehr in Frage.

Die Forderung der deutschen Sozialdemokraten nach einem *„freien Volksstaat“* in den siebziger Jahren nennt er eine *„Phrase“*, und zwar sowohl nach ihrer zeitweiligen agitatorischen Berechtigung wie nach ihrer endgültigen wissenschaftlichen Unzulänglichkeit. Allerdings nennt er auch die Forderung der damaligen Anarchisten, der Staat solle von heute auf morgen abgeschafft werden, ebenfalls eine *„Phrase“*. (s. o. S. 97)

Wir sehen, der Marxismus hat keinerlei Gefühl für das Hüteramt des Staates über die Eigenart eines Volkes, das über alle Klassen, Schichten usw. eine Einheit bleiben soll.

Wie stellt sich Erich Ludendorff zu dieser Frage der Verwebung sozialer Forderungen und völkischer Eigenart?

Schon 1926 sagte er in *„Aufbaufragen“*:

„Mögen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich im Gemeinschaftssinn und im Verantwortungsgefühl gegenüber der Volksgemeinschaft finden!“

Auf einer Spruchkarte jener Zeit war von ihm zu lesen:

„Ich kenne nur eine Standesgemeinschaft — das Deutsche Volk!“

Ebenfalls in *„Aufbaufragen“* war zu lesen:

„Völkisches Streben ist es, durch Vermehrung der Besitzenden eine Gesundung des Volkes herbeizuführen und durch gesunde Bevölkerungspolitik das Volk zur Freiheit und Behauptung deutschen Volkstums zu führen.“

In der *„Volkswarte“* von 1931 war zu lesen:

„Eigentum, das die Selbständigkeit des Menschen erhöht und gestattet, die Volkserhaltung weitgehend zu fördern, liegt im tiefen Sinne der Gotterkenntnis. Nach ihr ist Enteignung genau so unsittlich, wie der Mißbrauch des Besitzes zur Vergewaltigung des Menschen, z. B. durch das Ausleihen von Geld gegen endlos zu erhebenden ‚Zins‘ eine wirtschaftliche Ungeheuerlichkeit ist, oder durch die Forderung von Fronarbeit von Notleidenden, die sich, um ihr Leben zu fristen, zu Sklaven erniedrigen müssen, d. h. zu willenlosen Arbeitstieren in der Hand von Kapitalisten.“

Am gleichen Ort steht:

„Ich möchte dem Menschen auf Erden ein menschenwürdiges Leben sichern, durch das er seiner göttlichen Bestimmung gerecht werden kann. Darum stelle ich den deutschen Menschen als freien Menschen und nicht als Herdentier in die deutsche Wirtschaft, jeden Deutschen einschließlich der sittlichen Arbeitgeber.“

Schon 1921 zeigt Erich Ludendorff in seinem Buch *„Kriegführung und Politik“*, daß er keineswegs blind oder parteiisch der sozialen Lage und ihrer Entwicklung gegenüberstand:

„Es war ein Unglück, daß unsere besitzenden, gebildeten und vor allem die arbeitgebenden Kreise in der Mehrzahl nicht den richtigen Ton der Arbeiterschaft gegenüber fanden, auf ihr Denken eingingen und sich um sie kümmerten. Sie ließen die Seele des deutschen Arbeiters ihrem Einfluß entgleiten, statt sie zu gewinnen und zu bilden. Eine klare, zielbewußte Einwirkung auf die breite Masse des Volkes und namentlich auf die Arbeiterschaft unterblieb. Die Arbeiter sahen sich ohne Gegenwirkung ihren zum größten Teil machtlüsternen und auch jüdischen Führern überlassen. Damit entstanden und wuchsen Klassenhaß und Haß zwischen Stadt und Land. Das war nicht die notwendige Folge des gewerblichen Großbetriebes in Deutschland, sondern das Ergebnis der eben angedeuteten Verhältnisse."

Damit sagt Ludendorff sehr deutlich, daß nicht die soziale Lage der Ausgangspunkt der Bewußtseinsgestaltung der Arbeiterschaft war, sondern daß das fehlerhafte Bewußtsein besonders der Arbeitgeber diese Lage geschaffen hatte und daß die Führer der Arbeiter deren Bewußtsein somit erfolgreich bilden konnten.

Ein Blick auf die russische Revolution bestätigt diese Tatsache noch mehr. Denn dort war auch nicht der *„Unterbau"* zuerst in Bewegung gesetzt, sondern eine geistige revolutionäre Oberschicht gab die Gedankeninhalte und das Startzeichen zur materiellen Änderung.

Noch auffälliger ist dies Vorausgehen der Bewußtseinsänderung vor der Lebensänderung bei der Französischen Revolution, die schon lange vor ihrem Ausbruch durch die Schriften der Aufklärer vorbereitet war, obwohl gerade diese Aufklärer keineswegs zu den Unterdrückten gehörten.

2. Teil

Weltreligion Marxismus

Der Marxismus sieht nicht nur das Absterben des Staates voraus (wie schon gezeigt), sondern auch das Absterben der Religionen in dem gleichen Fall, wo es infolge der Auflösung der Herrschaft von Menschen über Menschen keine Unterdrückung mehr gibt und das Reich der Notwendigkeit durch das Reich der Freiheit abgelöst wird. Denn Religion ist nach seiner Auffassung nichts anderes als ein Unterdrückungsmittel gewisser Klassen (des Adels, der Kapitalisten und der Bourgeoisie), die mit dem kostenlosen Glauben an Gott und Seele die Unterdrückten auf diese *„Nebelbildungen im Gehirn"* beschränkt. So sagt noch Herbert Marcuse:

„Die Freiheit der Seele wurde dazu benutzt, um Elend, Martyrium und

Knechtschaft des Leibes zu entschuldigen. Sie diente der ideologischen Auslieferung des Daseins an die Ökonomie des Kapitalismus ... Der Raum der äußeren Erfüllung ist sehr klein, der Raum der inneren Erfüllung ist sehr groß geworden ... Die Seele verklärt die Resignation.“ (*„Über den affirmativen Charakter der Kultur“* 1937, S. 77, 91, 76)

Da die sich immer weiter entwickelnden Naturwissenschaften und das Vernunftdenken der Aufklärung zudem noch die bildhafte und persönliche Darstellung des Göttlichen als Widerspiegelung menschlicher Verhältnisse aufzeigte, gelang für weite Kreise der Nachweis des Absterbens der Religionen, denn es war nicht schwer, all die mythologischen Erzählungen, die zum Dogma erhoben wurden, als *„Schwindel“* zu enträtseln.

So ist also für den echten Marxisten schon das religionslose Zeitalter angebrochen — wenn nicht der Marxismus selbst eine Weltreligion wäre!

Das Wort *„Religion“* bedeutet *„Bindung, Rückbindung“*, also Fesselung an einen Glauben. Es besagt durchaus nicht, daß dieser Glaube der an einen Gott sein müßte, es kann auch der Glaube an die Materie, an den Fortschritt, an die Produktionsverhältnisse u. ä. sein.

Es ist also nichts dagegen zu sagen, auch den Marxismus als Weltreligion zu bezeichnen.

Mathilde Ludendorff sagt deshalb in die *„Volksseele und ihre Machtgestalter“* :

„In der klaren Erkenntnis, daß wirtschaftliche Belange bei völkisch entwurzelten Massen den wesentlichen Lebensinhalt ausmachen, schuf Marx seine dürftige Weltreligion, den Marxismus.“ (Abschn. Fremdglaube als Todesgefahr der Völker)

„Der Marxismus eint die Arbeiter aller Länder, entwurzelt sie aus ihrem Volke und verhetzt sie gegen die anderen Stände seines eigenen Volkes, ist also Weltreligion ... Er ist vor allen Dingen eine Wirtschaftslehre, die den Börsen- und Bankbesitz, die Geldvermehrung durch das Geld, erstaunlich unangetastet ließ, aber den werteschaffenden Besitz und den Besitz an Bodengütern Diebstahl nennt.“

Es muß hier erklärt werden, was Mathilde Ludendorff unter *„Weltreligion“* meint. Sie sagt aaO:

„Wir nennen also ‚Weltreligionen‘ im Gegensatz zur ‚Volksreligion‘ all jene Religionen, die eine Austilgung der völkischen Eigenart ihrem Inhalt und Ziel nach mehr oder minder bewußt erstreben.“

Es sind also nicht alle Religionen, die sich über die Welt ausgebreitet haben, *„Weltreligion“* im Sinn Mathilde Ludendorffs. So ist z. B. die jüdische Religion eine Volksreligion. Sie ist es wegen ihrer volkserhaltenden Ziele für das jüdische Volk. Es sind aber auch Weltreligionen vorhanden, die keine Austilgung der Völker und keine Weltherrschaft anstreben, wie z. B.

der Buddhismus. Im Ludendorffschen Sinn kann man sie dann nicht als eigentliche *„Weltreligion“* bezeichnen.

Auf den Marxismus jedoch trifft der Ludendorffsche Begriff zu. Wir sahen ja, wie er die Nation mit den übelsten Schimpfwörtern belegt, wie er auf ein Absterben des Staates hofft und wie er überhaupt die Menschheit nur nach Klassen einteilt. Als Ziel schwebt ihm eine klassenlose Gesellschaft vor.

Wenn wir nun erleben, daß in marxistischen Staaten volkliche Eigenarten gepflegt werden, so könnten uns Zweifel an der Kennzeichnung des Marxismus als *„Weltreligion“* kommen.

Aber ganz abgesehen davon, daß eine solche Volkspflege nur in den kommunistischen Staaten erfolgt, von den Marxisten der *„freien Welt“* jedoch keineswegs, ist dieses Belassen oder Fördern der Volksbräuche nur ein Mittel zum Zweck.

Mathilde Ludendorff begründet das mit folgenden Worten:

„Die ‚Nationen‘ werden als ein Machwerk des ‚Teufels‘ nur eben so lange geduldet, als sie noch als Kampfschar benutzt werden müssen und die Macht nicht ausreicht, sie zu stürzen und endlich an ihre Stelle das ersehnte Weltreich der Weltreligion über den Völkerbrei zu setzen.“

Daß diese Begründung zutrifft, hat das Niederschlagen aller nur einigermaßen nationaler Aufstände der letzten Jahre im sogenannten Ostblock bewiesen.

Aber nicht nur Aufstände mit der Waffe werden niedergeschlagen, sondern auch die leisesten Versuche, die Weltreligion im volksmäßigen Sinn abzuändern.

Wir hören fortwährend von der Verfolgung Intellektueller, besonders von Schriftstellern, Redakteuren, Politwissenschaftlern, Parteirednern usw. Die Fremdlehre darf nur bis zu einem gewissen Grad *„umgedichtet“* werden, wie das Mathilde Ludendorff nennt. Die geistigen Führer der Weltreligion zerstören immer wieder aufs Neue planmäßig diese *„Umdichtung“*. Sie sind

„vor allen Dingen eifrig darauf bedacht, daß der ‚reine‘, keineswegs der im volkstümlichen Sinne umgedichtete Glaube als der einzig wahre gilt und gelehrt wird, denn der gleiche Glaube soll ja alle Völker einen“.

„Eine Weltreligion muß ihren Zielen nach also alle jene, das artgemäße Gotterleben mühsam rettenden Wege der Umdichtung, den die einzelne Seele beschreitet, immer wieder verrammen.“

Wer denkt bei solchen Worten nicht an alle die *„Selbstkritiken“*, denen sich marxistische und kommunistische Führer fortlaufend unterwerfen müssen!

Weltreligion wie der Marxismus müssen mit Suggestionen arbeiten, um die Menschen an sich zu fesseln. Das Gemütsleben ist bei ihnen gefährdet. Das wird besonders bei den Feiern dieser Religionen offenbar.

Mathilde Ludendorff sagt dazu:

„An die Stelle der tieferlebten, echten und kraftvollen Feier des Volkes tritt krankhafte Ekstase suggerierter und hypnotisierter Massen … Die wenigen in einem solchen Volke, die sich trotz der Weltreligion die Volksseele noch wach erhielten, fühlen sich denn auch nirgends und niemals in ihrem Leben so einsam, als bei den … Feiern, die den Stempel der Fremdlehre tragen.“

Am stärksten ist die Wirkungskraft der Weltreligion, wenn sich das Volk nicht unmittelbar bedroht fühlt. *„Dann ist der einzelne in einem Volke, das unter einer Weltreligion steht“*, sagt Mathilde Ludendorff, *„in weit größerer Gefahr, rasch aus der durch die Todesnot hergestellten Schicksalsgemeinschaft wieder herauszufallen und sich nur mehr seinem Eigennutz oder aber dem persönlichen Seelenheil, das seine Weltreligion ihm spendet, wieder zuzuwenden, mag das Volk auch zugrunde gehen.“*

Beim Marxismus ist dieses *„persönliche Seelenheil“* die selbstlose Hingabe an seine Ziele. Er hat darum auch seine *„Heiligen“* und *„Märtyrer“* und ist bestrebt, solche von den kleinsten Anlässen her zu machen.

Der erste marxistische Heilige und Märtyrer ist übrigens, wie Marx selbst sagt in seiner Dr.-Dissertation (1841), Prometheus, den Zeus an den Felsen fesseln ließ.

„So sind denn“, fährt Mathilde Ludendorff weiter, *„die in Wahrheit volkserhaltenden Persönlichkeiten … wertlos geworden. Man mißtraut ihnen, verlästert, verleumdet sie, ist ihnen stets undankbar. An ihre Stelle treten die Lehrer der Weltreligion, die das große Vertrauen genießen.“*

Und so hängt heute die Jugend in ihre Stuben die Bilder von Marx und Lenin, von Che Guevara und Mao Tse-tung. Sie liest ihre Lebensläufe und weiß nicht, daß das eigene Volk Männer und Frauen hervorgebracht hat, die ihrem inneren Wesen entsprechen.

„Die verhängnisvolle Ausschaltung der führenden Einzelmenschen eines Volkes aus dem Volksvertrauen“, sagt Mathilde Ludendorff, *„ergibt sich ganz von selbst aus dem gelehrten … Charakterideal der Weltreligion.“*

Die Heldentaten der Ahnen werden dem Volk von der Weltreligion verschwiegen. Die aus dem Erbgut geschaffene Kultur wird vernichtet und vor dem Volk von der Weltreligion herabgesetzt. Auch Marx/Engels haben die deutsche Vorgeschichte als *„Unsinn“* lächerlich gemacht. (*„Feuerbach, Deutsche Ideologie I“*, S. 28) Mit ganz anderen Dingen hat man das Gedächtnis der Kinder und Erwachsenen belastet.

Wie vor dem Tode des einzelnen Tatkraft und Wahlkraft schwinden, ereignet sich das auch *„in dem Bewußtsein der aus dem arteigenen Gotterleben gedrängten, mit einer Weltreligion bedachten Menschen in bezug auf alles, was an Tatkraft und Wahlkraft für die Erhaltung des Volkes wichtig ist. Weder*

die Wahrnehmung noch das Gefühl“, sagt Mathilde Ludendorff, *„noch das Gedächtnis hören auf die Wahlkraft der Volksseele, die als unbestimmtes ‚Ahnen‘ aus dem Unterbewußtsein auftaucht. So wählen diese Fähigkeiten nun nicht wie sonst manchmal, sondern nie mehr mit Wahlkraft aus, was für die Volkserhaltung wesentlich wäre. Alle für dieselben bedeutungsvollen Vorgänge werden überhaupt nicht wahrgenommen. Das Volk ist wie blind für solche gewichtigen Anzeichen. So stolpert es immer wieder ahnungslos in listreiche Netze und Fallen der Feinde …*

Wo blieb hier das rettende Wirken der Volksseele? Das Zerreißen der Einheit von Blut und Glaube hat es erstickt, und die planmäßige Verwertung des Gedächtnisses im Dienste der Weltreligion ist an seine Stelle getreten …

Wie sehr ist die segensreiche Wahlkraft der Volksseele durch törichte Haß- und Liebebefehle der Weltreligionen verringert! Jeder Gleichgläubige soll liebenswert, jeder Andersgläubige hassenswert sein!“

Klasse steht gegen Klasse. Tatkraft wird angefeuert, aber nicht etwa im Sinne der Volkserhaltung, sondern im Sinne der Verwirklichung der Weltreligion. Dabei hat dieses Anfeuern der Tatkraft beim Marxismus zwei Gesichter: wo er noch nicht herrscht, ermuntert er Lässigkeit und zerstörerisches Wirken; wo er herrscht, dringt er auf Zucht und Sparsamkeit.

Vor allem kommt es ihm auf die Gewissensformung an, d. h. der Einführung von Wertungen von Gut und Böse, die die Vernunft dann als Grundsätze des Gewissens im Bewußtsein festhält. Wie alle Fähigkeiten des Bewußtseins wird sie auch des Ratens der Volksseele beraubt und mit Befehlen der Fremdlehre belastet. Aber bei der Vernunft tritt noch der besondere Umstand hinzu, daß sie dann *„noch aus freien Stücken tätig ist, um die Fremdlehre zu ‚beweisen‘. So baut sie an den Kerkermauern der Seele, macht sie dicker, schließt die Luken und Fensterläden“*, damit nun gewiß nicht das Erbgut seine heilige Aufgabe erfüllen kann, den Kerker mit göttlichen Wünschen durchsonnen zu lassen.

„Und was tut die Vernunft nicht sonst noch alles, um unantastbar zu beweisen, wie ein Volkstum nur enges Vorurteil und Hindernis zum Weltfrieden ist!“

Ihre Erfolge verdankt die Weltreligion der genauen Anpassung ihrer Lehre an die Unvollkommenheit der Menschen. Aber ihr Wirken ist auf das Bewußtsein allein beschränkt.

Und so ruft uns Mathilde Ludendorff die tröstlichen Worte zu: *„Aber weiter reicht ihre Macht nicht, sie dringt nicht hin bis ins Unterbewußtsein und dringt auch nicht in das Gotterleben des Ichs. Das hemmt immer wieder allzu raschen Volksuntergang.“* (aaO, Ausgabe 1955, S. 489)

Gegenüber dieser materialistischen Weltreligion des Marxismus, die die Menschen genauso beherrscht wie die andern Weltreligionen, ist die Gotter-

kenntnis Ludendorff nicht Religion im Sinn des Wortes. Sie bindet nicht und will nicht an sich zurückbinden. Sie verteidigt das Gotterleben des Menschen als Tatsächlichkeit, und sie bietet jedem einzelnen und jedem Volk *„erlösende Einsicht“* (S. 358). Sie will die Menschen zu heil'gen Höhen führen, dort aber muß jeder seinen Weg selbst gehen, denn Freiheit gewinnt der Mensch nur durch die Führung seines Ichs.

(Quelle: „Mensch und Maß“ Nr. 10 und 11 vom 23.05. und 09.06.1973.)

Sozialismus als Propagandalehre der Glaubenspolitik

Zur „Sozialismus-Diskussion“

Von Walther Werner

Wenn einst *„die Kirchenlehrer und die Vorsteher der christlichen Gemeinde es für durchaus erlaubt hielten, Listen zu ersinnen, Lügen unter die Wahrheit zu mischen und zumal die Feinde des Glaubens zu betrügen, wenn sie dadurch nur der Wahrheit Vorteil und Nutzen brächten“* (s. Lessing, Antigoeze 5), wen wundert’s dann, daß auch die Lehrer und Vorsteher einer weiteren überstaatlichen Propagandalehre den *„verzeihlichen Betrug“* nicht gerade verachten!

„Denn so die Wahrheit Gottes durch meine Lüge herrlicher wird zu seinem Preise, warum sollte ich denn noch als ein Sünder gerichtet werden?“ (Römer 3, 7)

Auch Karl Marx sah sich als Erlöser, der dem *„Proletariat“* und damit der *„Menschheit“* den vorbestimmten Weg aus der Entmenschlichung zur Gewinnung oder Wiedergewinnung ihrer wahren Menschlichkeit weisen wollte, indem er den bisher durch ein *„falsches Bewußtsein“* verdeckten objektiven Sinn der Geschichte entschleiert. *„Traditionselemente aus jüdischem Messianismus“* mit *„gnostisch-idealistischen Selbstvergottungs-spekulationen“* scheint er als großartige Heilsoffenbarung erlebt zu haben, doch bald bediente er sich ganz bewußt, ja, mit einem gewissen Zynismus[1] des *„Proletariermythos“* als eines Werkzeuges selbstischer Machtpolitik, und er betrachtete das im übrigen verachtete *„Proletariat“* in ähnlicher Weise als Mittel seines Machtwillens wie Napoleon seine Armeen.

Wenn Ernst Topitsch[2] mit diesem Urteil recht hat, dann kann auch der Marxismus nur als Propagandalehre der Glaubenspolitik betrachtet werden, als Werkzeug zur Kollektivierung der Menschen und Völker.

Der Sozialismus beherrscht heute mittel- und unmittelbar die ganze Welt, und sogar die *„alleinseligmachende“* Romkirche wurde nachhaltig verunsichert. Und nicht von ungefähr *„bringt man vieles“*: Einen marxistischen, einen christlichen, einen totalitären, einen freiheitlichen, einen bürokratischen, einen revolutionären und evolutionären, einen demokratischen, preußischen, utopischen, einen wahren und deutschen Sozialismus usw.

1) Zu Marx als Mensch siehe S. Weigel: Der negative Marx, Pähl 1976.
2) In *„Marxismus ernst genommen“*, Hg. G. Szczesny, rororo 1975

Schon vor Jahren hat man 260 Begriffsbestimmungen gezählt.

Mit voller Berechtigung heißt es deshalb zum Buch *„Sozialismus – Das Geschäft mit der Lüge“* von Klaus Motschmann[3] von der Hochschule der Künste in Berlin:

„Die intensive Sozialismus-Diskussion in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen während des vergangenen Jahrzehnts hat zu einer perfekten Verwirrung der Positionen und Begriffe geführt. Besondere Schwierigkeiten bereitet dabei die gegenseitige Zuordnung der Begriffe ‚Marxismus‘, ‚Sozialismus‘ und ‚Kommunismus‘.

Semantischer (bedeutungsmäßiger) Betrug im Prozeß der politischen Urteils- und Willensbildung wird dadurch außerordentlich begünstigt. Begriffliche Klarstellung ist daher dringend geboten, zumal die Vertreter der angesprochenen Strömungen nicht dazu neigen, der einmal entstandenen Verwirrung aufklärend entgegenzutreten. Teils absichtlich, teils aus eigener Unorientiertheit.

‚Das Geschäft mit der Lüge‘ ist überall dort festzustellen, wo mit Etikettenschwindel versucht wird, das wahre Gesicht des Sozialismus zu verschleiern. Eine Abgrenzung des Marxismus zum Leninismus-Stalinismus ist wissenschaftlich nicht zu rechtfertigen. Der Zwecklegende von der stalinistischen Entartung muß entschieden widersprochen werden. Lenin und Stalin sind vielmehr legitime Nachfolger von Marx und Engels. Sie haben in Theorie und Praxis alle wesentlichen Elemente des Sozialismus beachtet und unter Berücksichtigung der jeweiligen politischen Verhältnisse weiterentwickelt.

Sozialist kann nur derjenige sein, der diese Grundsätze anerkennt und zur Maxime seines politischen Handelns erhebt. Wer etwas anderes meint, sollte für dieses andere auch andere Bezeichnungen gebrauchen, um Mißverständnisse zu vermeiden. Organisatorische sollten durch sprachliche Abgrenzungen ergänzt werden.“

Was ist nun all diesen Marxismus-Sekten gemein? Zunächst einmal stehen alle im Gegensatz zum Kapitalismus, und alle erstreben eine *„neue“* klassenlose Gesellschaft mit Hervorstellung der gesellschaftlichen Bindung und Verantwortung. Man will nicht Mißstände beseitigen, sondern das *„System“* insgesamt, insbesondere die rechtliche Ordnung des Privateigentums an Produktionsmitteln, und das aus heilsnotwendigen Gründen. Die Geschichte ist ja eine Geschichte der Klassenkämpfe um den Besitz der Produktionsmittel, und sie vollendet sich nur so – gesetzmäßig.

„Entgegen manchem Mißverständnis muß festgestellt werden, daß auch heute von den Sozialisten (neben der Korrektur der Einkommensverteilung) eine andere Verteilung des Eigentums in der Gesellschaft gefordert (wird).

3) Wirtschaftsverlag Langen Müller/Herbig, 1977, DM 24. Empfehlenswert.

Der Unterschied gegenüber den marxistischen Konzeptionen besteht darin, daß dafür die allgemeine Überführung des Produktivvermögens in die Hand der Allgemeinheit nicht mehr als das geeignete Mittel angesehen wird. ‚Sozialisierung' wird zwar gefordert, aber nur für eine begrenzte Anzahl von Wirtschaftszweigen. Die wissenschaftliche Diskussion über die geeigneten Methoden, mit denen eine andere Verteilung des Gesellschaftsvermögens erreicht werden soll, ist noch im Gange. (HW der Sozialwiss., 5. Band.)

Der Unterschied zur marxistischen Konzeption besteht also nicht in einer neuen Qualität, sondern lediglich in der Quantität (‚nur' eine ‚begrenzte Anzahl von Wirtschaftszweigen'), wobei die Diskussion über die ‚geeigneten Methoden' noch im Gange ist. Eine durchgreifende Veränderung der sog. kapitalistischen Gesellschaftsordnung gehört also zu den wesentlichen Zielen des Sozialismus. Insofern sind ‚Ideologien und Bewegungen, die lediglich begrenzte soziale Reformen bezwecken, ohne jedoch den Kapitalismus beseitigen zu wollen, nicht als sozialistisch anzusprechen' (Flechtheim)."

Das Ziel, meint Motschmann, bleibt dasselbe, nur andere Wege werden beschritten, auch im Godesberger Programm der SPD. Der *„bleibende Sinn des Sozialismus"* heißt, *„die Vorrechte der herrschenden Klasse zu beseitigen und allen Menschen Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand zu bringen"*.

„Es wird manche verwundern, zu hören, daß das Neue im Godesberger Programm nicht so sehr das Ziel des Sozialismus berührt als die Wege zu ihm. Das Ziel des Sozialismus war, mehr oder weniger klar ausgesprochen, immer das gleiche." (Willi Eichler, 1962)

Für die sittliche Bewertung ist das *„Wie"* der Zieldurchsetzung von größter Bedeutung.

Motschmann:

„Bereits der junge Marx und der junge Engels (lehnten) jede friedliche Lösung der sozialen Frage innerhalb der sog. bürgerlichen Gesellschaft ab und proklamierten statt dessen die gewaltsame Lösung durch Klassenkampf gegen die bürgerliche Gesellschaft."

Darunter ist Mord Andersdenkender und sogar der Völkermord zu verstehen, wie Marx und Engels 1849 klar bekundeten:

„Unter all den Nationen und Natiönchen Österreichs sind nur drei, die die Träger des Fortschritts waren, die aktiv in die Geschichte eingegriffen haben, die noch jetzt lebensfähig sind – die Deutschen, die Polen, die Magyaren. Daher sind sie jetzt revolutionär.

Alle anderen großen und kleinen Stämme und Völker haben zunächst die Mission, im revolutionären Weltsturm unterzugehen. Daher sind sie jetzt konterrevolutionär ...

Die Reste einer von dem Gang der Geschichte, wie Hegel sagt,

unbarmherzig zertretenen Nation, diese Völkerabfälle werden jedesmal und bleiben bis zu ihrer gänzlichen Vernichtung oder Entnationalisierung die fanatischen Träger der Konterrevolution, wie ihre ganze Existenz überhaupt schon ein Protest gegen eine große geschichtliche Revolution ist.“ (Der magyarische Kampf)

Den *„frommen Trug“* und das *„Die Zwecke heiligen die Mittel“* lehrte auch Lenin:

Die politische Entwicklung habe *„jeden Doktrinarismus lehrreich widerlegt“*. – Aufgabe und *„Pflicht als Kommunisten ist (es), alle Formen zu meistern und es zu lernen, mit maximaler Schnelligkeit eine Form durch die andere zu ergänzen, eine Form durch die andere zu ersetzen, unsere Taktik einer jeden solchen Änderung anzupassen“*.

„Solange ihr nicht stark genug seid, das bürgerliche Parlament und alle sonstigen Institutionen auseinanderzujagen, seid ihr verpflichtet, gerade innerhalb dieser Institutionen zu arbeiten. – Sonst lauft ihr Gefahr, einfach zu Schwätzern zu werden.“

Folgt man diesem großen marxistischen Kirchenlehrer, *„dann besteht der Sinn sozialistischer Politik nicht in der konstruktiven Mitarbeit in der bestehenden Gesellschaftsordnung, sondern in der destruktiven Ausnutzung der von Zeit zu Zeit und von Gesellschaft zu Gesellschaft verschiedenen sozialen, wirtschaftlichen, religiösen, ethischen Gegensätze.“*

Das meint zumindest Motschmann, welcher Schriftleiter von *„Konservativ heute“* ist. Sein Urteil über das *„getrennte Marschieren“* in der Gegenwart:

„Eine ‚Systemveränderung‘ durch gewaltsamen Umsturz scheint in der Bundesrepublik heute für absehbare Zeit so gut wie ausgeschlossen zu sein. Die sozialistischen Langzeit-Programmatiker wissen dies sehr genau. Deshalb kann das Schwergewicht sozialistischer Politik auch nicht auf der Vorbereitung oder Durchführung einer gewaltsamen Aktion liegen. Es müssen – gemäß der Weisungen der Klassiker – die Möglichkeiten des ‚demokratischen‘ Weges zum Sozialismus genutzt werden.

Die Methodik der sozialistischen Doppelstrategie zur Überwindung der sog. bürgerlichen Gesellschaft läßt sich an der politischen Entwicklung der Bundesrepublik“ (Deutschland!) *„des letzten Jahrzehnts wie an einem Musterbeispiel ablesen. Die beiden Elemente dieser Strategie – ‚Gewalt‘ und ‚Kompromisse‘ – lauten in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung anarchistischer Terror einerseits, sozialistisch-liberale Demokratisierung aller Lebensbereiche andererseits.*

Beide Elemente scheinen im Bewußtsein vieler Menschen einander auszuschließen. Tatsächlich sind sie aufeinander zugeordnet und bedingen einander.“

Das scheint richtig beobachtet zu sein und widerspricht vor allem nicht den unantastbaren Dogmen der Heilslehre: Nur der Klassenkampf, der notwendigerweise zur Diktatur des Proletariats und nach einer Zeit des Übergangs schließlich zur Aufhebung aller Klassen führt, erlöst die Menschheit. Offen bleiben muß nur, ob nicht wieder ein Ebert und Noske *„versagen“*.

Die Auseinandersetzung mit sozialistischen Heilslehren ist lebensnotwendig. Aber selbst wenn man Mittel, Wege und Ziel dieses Erlösungsglaubens kennt, überwunden wird er nur durch die Erkenntnis des Lebenssinnes des einzelnen, der Sippen und der Völker und der sich hieraus ergebenden Moral. Ein in der Gotterkenntnis wurzelndes Sittengesetz bewertet nämlich den Besitz grundsätzlich nach der Art des Erwerbs und der Verwertung und sieht in ihm eine unersetzliche Voraussetzung der Freiheit. Das Recht der Arbeitenden und die Berechtigung der *„Verstaatlichung“*, die zum Beispiel im Bereich der sog. Infrastruktur notwendig sein kann, wird ebenfalls von dieser Moral, die *„im Einklang mit Gott“* steht, getragen. Vor allem wird diese die Wirtschaft nicht mehr als Selbstzweck betrachten, sondern als eine Dienerin der Volkserhaltung. Kurz, die Einsicht in den göttlichen Lebenssinn der Menschen und Völker löst die *„soziale Frage“* ohne *„Klassen“*- und Völkermord, und sie erweist gleichzeitig das Verbrechen am Schöpfungssinn, das die marxistischen Sekten verüben. (Näheres: M. Ludendorff, Die Volksseele und ihre Machtgestalter, Pähl 1955.)

Abschließend ist hier wohl der rechte Ort, den *„bestgehaßten Mann“* unseres Jahrhunderts – warum wohl? – kurz zur *„Sozialismus-Diskussion“* zu Wort kommen zu lassen. Vor fast fünf Jahrzehnten warnte Erich Ludendorff vor *„Sozialismus, Bolschewismus, Faschismus“*:

„Das Wort ‚Sozialismus‘ gehört zu den Worten, denen ein recht vielfacher Sinn gegeben ist, um Verwirrung anzurichten. Mit ihm wird heute noch das tiefe, sittliche Streben ausgedrückt, die Lage des besitzlosen, im Lohne eines Arbeitgebers stehenden Arbeitnehmers zu verbessern und ihm Versorgung bei Krankheit und im Alter zu sichern, nicht als Brosamen, sondern als Recht. Dieses Recht sich zu erkämpfen, ist die Pflicht des Arbeiters; es zu beachten, die eines sittlichen Staates und einer sittlichen Gesellschaftsordnung. Dieses Recht sollte schlankweg als Arbeiter-Recht bezeichnet werden.

Das Wort gibt aber tatsächlich einer Wirtschaftsordnung Inhalt, und das ist sein Sinn, die seit Plato, also seit Tausenden von Jahren das Privateigentum aufheben und den freien Wettbewerb ausschließen will. Damit begünstigt aber der Sozialismus, da er Leistungsunterschiede zum mindesten in der Theorie nicht kennt, die minderwertigen und benachteiligt die mehrwertigen Menschen. Er stört die freien wirtschaftlichen Existenzen, setzt

an Stelle selbständiger Betriebe vom Weltkapital abhängige und gibt dem Volk Ramschware an Stelle von ‚Qualitäts'ware. Solcher ‚Sozialismus' wirkt nicht nur wirtschaftszerstörend, sondern er wirkt im engsten Zusammenhang damit entsittlichend, macht jedwede Arbeit zur Fron-Arbeit für das nackte Leben und für alle zum Fluch. Er greift ferner auch durch den Klassenkampf, der ihm charakteristisch ist, und durch die Beschränkung der Freiheit der Person, die ihm eigen sein muß, schließlich so tief in das gesamte Leben ein, daß der ‚Sozialismus' auch der Begriff einer Staatsordnung wird, die darauf hinausläuft, nicht nur die besitzenden, sondern auch die schaffenden und arbeitenden Schichten in den Völkern und diese selbst zu knechten. Für die überstaatlichen Geheimmächte hat das Wort Sozialismus nur diesen Sinn, auch wenn es im Denken gutgläubig auf das sittliche Arbeiterrecht bezogen wird.

So verworren und ineinander übergehend sind die Begriffe über das Wort ‚Sozialismus' im Volke absichtlich gestaltet, daß auch das sittliche Arbeiterrecht sich nur zu oft in den Dienst des Sozialismus stellen läßt und diesem in die Hand arbeitet und der Sozialismus das Arbeiterrecht vorschiebt, um seine Zwecke zu erreichen. An diesen Mißständen krankt heute unser gesamtes Volksleben und unsere sogenannte ‚soziale' Gesetzgebung. Die Notwendigkeit, das Wort Sozialismus für eine Bezeichnung sittlichen Arbeitsrechts auszuscheiden, ergibt sich daraus mit zwingender Gewalt. Wir gesunden nicht, bevor dies geschehen und die entsittlichenden Auswüchse unseres Arbeiterrechtes beseitigt sind.

Der Sozialismus, der die Umgestaltung unserer Wirtschaft und Staatsordnung und die Enteignung durch Abschaffen des Privateigentums, die Abschaffung des Wettbewerbs mit den volkszerstörenden Begleiterscheinungen und endlich die Aufhebung der Freiheit der Person bezweckt, ist aber kein Ding an sich, sondern nur ein Mittel" der Kollektivierung der Glaubensmächte.

„Für jeden denkenden Leser ist genug gesagt; Automaten wollen wir nichts vorbuchstabieren." (Friedrich der Große)

(Quelle: „Mensch und Maß" Nr. 11 vom 09.06.1978.)

Marxistische Antisemiten

Von Karl Hauptmann

„Marxisten gegen Antisemitismus“ Taschenbuch; Verlag Hoffmann und Campe aus der Reihe *„Standpunkt“*; 229 S. Hamburg 1974 Diese Sammlung marxistischer Äußerungen zur Frage Antisemitismus trägt insofern einen irreführenden Titel, als der Eindruck erweckt wird, Marxisten seien keine Antisemiten. Dagegen stellen die meisten Verfasser der Beiträge fest, daß Marxisten grundsätzlich Antisemiten sind, denn der Semitismus ist eine Art von völkischer Selbstbehauptung, gegen die ein Marxist immer sein muß.

Nur gegen einen rassischen und völkischen Antisemitismus sind die Marxisten, weil Rasse- und Volkserhaltung die sozialistisch-marxistische ideale Klassenkampfeinheitswelt stören.

Es gibt also einen *marxistisch begründeten Antisemitismus*, der sich hauptsächlich gegen den Zionismus und gegen die Absonderung der Juden als Volk wendet; dagegen nichts einwendet gegen die Assimilation der Juden in andere Völker, ja diese geradezu herbeiwünscht; und es gibt einen *rassisch-völkischen Antisemitismus*, der sich hauptsächlich gegen das Eindringen der Juden in andere Völker und gegen den Auserwähltheitsanspruch der Juden wendet; dagegen den Juden durchaus die Erhaltung als Volk, auch in einem Staat zugesteht.

Im Vorwort (A) des Sammelbandes wird darum auf den Grundgedanken aller Beiträge hingewiesen, *„daß in einer sozialistischen Weltgesellschaft das Problem des Antisemitismus wie das der jüdischen Nationalität gelöst sein würde“*. (S. 8)

Die Einleitung (B) von **Ilse Yago-Jung** besagt, daß **Marx** zu der Schlußfolgerung kam, *„daß auch die menschliche Emanzipation der Juden nicht im liberalen Staat zu erreichen ist, sondern erst in einer klassenlosen Gesellschaft. Dabei identifiziert Marx die Juden und jüdisches Denken mit kapitalistischem Denken“*. (S. 15)

Es fällt bei allen Beiträgen auf, daß die Marxisten wie ihr Ahnherr das Judentum nur unter wirtschaftlichen und klassenmäßigen Gesichtspunkten sehen und daß die kulturelle, volksmäßige, gestaltbildende Seite des Judentums für sie gar nicht vorhanden ist.

Für **Deutschland** wird in dieser Einleitung der Nachweis gebracht, daß im 19. Jahrhundert der größte Teil der Juden in den Großstädten wohnte:

„Breslau, Leipzig, Köln, Frankfurt und Berlin. Die jüdische städtische Bevölkerung stellte ein Drittel der gesamten jüdischen Bevölkerung in Deutschland. 1871 gab es 512.158 Juden in Deutschland, von denen fast 70

Prozent in Kleinhandel, Industrie und Bankgewerbe (mittlerer Größe) arbeiteten oder freiberuflich (Akademiker etc.) beschäftigt waren. Ungefähr 5 Prozent waren an den Universitäten angestellt, wenn dort auch nur zu den unteren akademischen Rängen zugelassen. Im Hinblick auf die Gesamtheit aller Studenten in Deutschland waren die Juden gegenüber den deutschen Studenten überrepräsentiert.

Durch diese Überrepräsentierung in Handel, Industrie und akademischem Bereich stellten die Juden eine ungeheure Konkurrenz für das aufstrebende junge deutsche Bürgertum dar." (S. 18)

Es wird auf **Bebel** hingewiesen, der Judentum und Ausbeutertum identifiziert, infolge *„mangelnder Reflexion über die Juden"*. (S. 19)

Für **Rußland** war bezeichnend, daß die jüdischen Arbeiter schon früh an der Spitze der russischen Sozialdemokratie standen (S. 21) und daß es zwei politische Richtungen gab, die die Lösung der Volksklassenfrage zum Ziel hatten: die verschiedenen Richtungen des Zionismus und das Programm der national-kulturellen Autonomie des sozialistischen *„Bund"*. Der Zionismus ging auf die Sammlung der Juden und auf die Wiedergeburt des jüdischen Volkes in einem Staat hinaus; der *„Bund"* dagegen war der Versuch, eine internationalistische, sozialistische Lösung für das jüdische Problem zu finden. Beide sind und waren jedoch gegen die Assimilation der Juden.

Lenins Stellung zur Judenfrage war nicht einheitlich. *„Er bekämpfte die Forderungen des ‚Bund' nach einer eigenen Organisation des jüdischen Proletariats mit dem Vorwurf, daß dieser ‚nationalistische Tendenzen' verfolge. Lenin rechtfertigt seinen Vorwurf, indem er davon ausgeht, daß die Juden, in Europa und Rußland sozial so unterschiedlich entwickelt, zwei ‚Kasten' und keine Nation seien."* (S. 23) *„Die Auseinandersetzung zwischen Lenin und dem ‚Bund' kann grundsätzlich dadurch erklärt werden, daß beide unterschiedliche Begriffe von ‚Nation' vertraten, die allerdings weniger die der Definition der nationalen Kriterien: gemeinsame Geschichte und Sprache, betrafen. Bezüglich der nationalen Kultur trennt Lenin zwischen den kulturellen Elementen, die die nationale Bourgeoisie widerspiegeln, und denjenigen, die das Proletariat widerspiegeln und die Lenin bejaht. Soweit stimmte der ‚Bund' mit ihm überein. Der wesentliche Unterschied bestand aber darin, daß Lenin das Territorium als eine notwendige Voraussetzung der Definition einer Nation ansah, während dem ‚Bund', der ein nationales Proletariat ohne eigenes Territorium vertrat, die Bedeutung der nationalen Identität für die Definition der Nation als ausschlaggebend und ausreichend erschien."* (S. 24)

*„**Rosa Luxemburg** argumentiert gegen den ‚Bund'. Sie lehnt jedoch noch radikaler als Lenin eine national-kulturelle Autonomie der jüdischen Arbeiter ab. Sie wendet sich allgemein gegen jede Art nationaler Selbstbestimmung,*

sei sie politischer oder kultureller Art. Ihr strenger Internationalismus basiert auf der theoretischen Voraussetzung der Expansion des Monpolkapitalismus, der durch die Entwicklung einer Weltwirtschaft ***alle*** *nationalen Schranken wie Sprach- und kulturelle Unterschiede niederreißt … Aus dieser internationalistischen Position heraus lehnt R. Luxemburg auch den ‚Bund' als Organisation und alleinige Vertretung der jüdischen Arbeiter ab."* (S. 25)

In einem längeren Beitrag schreibt **Iring Fetscher** *„Zur Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland"* (C), wobei wieder festgestellt werden muß, daß kein Wort über kulturelle und intellektuelle Veranlassungen des Antisemitismus und kein Wort über den Antisemitismus in Österreich fällt.

In Abschnitt I dieses Beitrags wird der christliche Antisemitismus der Frühzeit behandelt, in II der Antisemitismus der NS-Ideologie, der als Profanierung des kirchlichen Antisemitismus aufgefaßt wird. Hier fällt auch ein Wort über **Mathilde Ludendorff**:

„Alle möglichen geheimen Organisationen wurden schließlich mit dem jüdischen Volk in Beziehung gebracht: am äußersten Flügel des Irrsinns in den Lehren der Mathilde Ludendorff, die Jesuiten, Freimaurer, Wall-Street, kommunistische Internationale und selbst den Dalai-Lama im Dienst der ‚Alliance Internationale des Juives' sah. Das sind freilich absurde Übersteigerungen, die jedoch auf Tendenzen zurückgehen, die sich bereits im 19. Jahrhundert in Deutschland finden." (S. 33)

Fetscher weist darauf hin, daß 1871 lediglich 24 Prozent, 1925 aber 68 Prozent aller deutschen Juden in Städten wohnten, was der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland ungefähr entsprach, was aber auch zur Folge hatte, daß der jetzt selbständige Handwerker und Kaufmann, die alle unter dem sich entwickelnden Industriekapitalismus zu leiden hatten, die Schuld an ihrem Zurückbleiben den gleichfalls anwesenden Juden zuschoben.

Es folgen nun die Originalbeiträge.

Beim Aufsatz von **Friedrich Engels** vom 19. April 1890 *„Über den Antisemitismus"* wird dessen Vorurteilshaltung deutlich, wenn er am Schluß sagt: *„Bin doch selbst von der ‚Gartenlaube' zum Juden gemacht worden, und allerdings, wenn ich wählen müßte, dann lieber Jude als ‚Herr von'!"* (S. 56)

Von **August Bebel** ist der *„Vorschlag einer Resolution zum Thema Antisemitismus und Sozialdemokratie"* vom Parteitag der SPD vom Oktober 1893 aufgenommen. Es heißt dort:

„Der Antisemitismus entspringt der Mißstimmung gewisser bürgerlicher Schichten, die sich durch die kapitalistische Entwicklung bedrückt finden und zum Teil durch diese Entwicklung dem wirtschaftlichen Untergang geweiht sind, aber in Verkennung der eigentlichen Ursache ihrer Lage den Kampf

nicht gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem, sondern gegen eine in demselben hervortretende Erscheinung richten, die ihnen im Konkurrenzkampf unbequem wird: gegen das jüdische Ausbeutertum." (S. 58)

Es folgen zwei Aufsätze von **Karl Kautsky**: *„Das Massaker von Kischeneff und die Judenfrage"* (1902), wo wiederum der Satz zu finden ist, daß in der antisemitischen Bewegung: *„ein Stück Klassenkampf, ein Produkt des Verzweiflungskampfes niedergehender Volksschichten"*, zu sehen ist, und *„Rasse und Judentum"* (Berlin 1914). Kautsky urteilt darin:

„In der zivilisierten Welt sind alle Gebiete besetzt, findet sich kein Raum mehr für ein jüdisches Staatswesen. Nur außerhalb ihres Bereiches und auch da nur unter Oberherrschaft und Obervormundschaft einer nichtjüdischen Staatsgewalt ist noch ein jüdisches Gemeinwesen denkbar. Eine Zeitlang dachte man an eine Kolonisierung in Ostafrika unter englischer Oberhoheit, schließlich ist man aber immer wieder auf Palästina zurückgekommen, wo das jüdische Gemeinwesen unter dem Patronat des Sultans erstehen soll.

Aber merkwürdigerweise: Es gab dort schon einmal einen jüdischen Staat, der von Juden, die im Exil lebten, unter nichtjüdischem Schutze begründet wurde. Aber auch damals schon, vor mehr als 2000 Jahren, bildete er keinen großen Anziehungspunkt für die Juden in der Diaspora (der Zerstreuung). Sie blieben in der Mehrzahl in Babylon, in Damaskus, in Alexandrien, in Rom und wo sie sonst noch sein mochten. Nur ein Teil siedelte sich in Jerusalem an. Die meisten begnügten sich damit, gelegentlich eine Wallfahrt nach der heiligen Stadt zu unternehmen. Sie kamen als Fremde unter Fremden besser fort als im nationalen Staat." (S. 109) *„Mag man den Judenstaat in kapitalistischer oder in sozialistischer Weise einrichten wollen, ein kapitalistischer Ausgangspunkt ist unerläßlich.*

Wie soll sich in Palästina eine starke Industrie entwickeln? Ein großer innerer Markt fehlt. Die neue Industrie müßte von vornherein für den Export arbeiten ..." (S. 111)

Kautsky führt eingehend aus, welche Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art ein Judenstaat in Palästina zu erwarten hat.

Teilweise daneben urteilt Kautsky aber, wenn er meint: *„Sicher bedeutet die Befreiung des Judentums um so eher seine Auflösung, je gründlicher sie vollzogen wird.*

Der Schwerpunkt der Judenfrage liegt heute in Rußland. Siegt dort die Revolution, bringt sie den Juden volle staatsbürgerliche Gleichheit und ökonomisches Gedeihen in einer aufblühenden Industrie, so hört die jüdische Emigration nach dem Westen auf. Damit wird der Prozeß der jüdischen Assimilierung, der schon so weit fortgeschritten war, jedoch in den letzten Jahrzehnten ins Stocken kam, von neuem in Fluß kommen. Selbst in England und Amerika wird sich die Assimilierung der neu zugezogenen russischen

Juden rasch vollziehen.

Hört der Zuzug aus Rußland auf, dann wird wahrscheinlich schon die zweite, sicher die dritte Generation der Juden des Londoner Eastend und New Yorks nicht mehr Jiddisch verstehen, sondern Englisch sprechen, nicht mehr in einem Stadtteil in einigen Schwitzgewerben eng zusammengedrängt ein dürftiges Leben fristen, sondern über das ganze Land verbreitet in den verschiedensten Beschäftigungen in gleicher Weise ein Fortkommen finden wie die übrige Bevölkerung. Und die Religion wird ihr sehr gleichgültig geworden sein. Damit wird ihr Judentum ausgelöscht."

Das Urteil Kautskys wird wieder wirklichkeitsnaher, wenn er fortfährt:

„Die Produkte und Mittel eines regen nationalen Lebens der russischen Juden werden noch wachsen und sich kräftigen, solange der Kampf um die jüdische Freiheit vorwärtsgeht. Aber das, was man die jüdische Nation nennt, kann nur siegen, um unterzugehen ... Nur aus dem Antisemitismus, aus der Verfolgung zieht das Judentum als besondere, von seiner Umgebung abgesonderte Korporation seine Existenz. Ohne die Verfolgung wäre es längst aufgesogen worden. Es muß mit ihr verschwinden."

Kautsky meint dann wieder echt sozialistisch-international:

„Haben wir das zu bedauern?

Das hängt natürlich ganz von dem Standpunkt ab, den man einnimmt. Es scheint mir jedoch, daß für die Juden selbst das Getto, die Lebensform des Judentums, keine Erscheinung ist, die sehnsüchtige Erinnerungen wachruft. Noch weniger als der konservative Jude haben aber die Freunde des menschlichen Fortschritts irgendeine Ursache, dem Judentum eine Träne nachzuweinen ...

Die Juden sind ein eminent revolutionärer Faktor geworden, das Judentum aber ein reaktionärer. Es ist ein Bleigewicht am Fuße der vorwärtsdrängenden Juden selbst; einer der letzten Überreste aus dem feudalen Mittelalter heraus, solange das Judentum noch unter uns existiert. Je eher es verschwindet, desto besser für die Gesellschaft und die Juden selbst.

Das Verschwinden bedeutet keineswegs einen tragischen Prozeß, wie etwa das Aussterben der Indianer oder der Tasmanier ... Es bedeutet nicht den Umzug aus einer mittelalterlichen Ruine in eine andere, nicht den Übergang aus dem orthodoxen Judentum in das kirchliche Christentum, sondern die Schaffung neuer, höherer Menschen." (S. 116/118)

Von **Rosa Luxemburg** sind drei Beiträge aufgenommen, die allerdings Vertrautheit mit den Vorgängen in Polen bzw. Rußland der Jahre um 1910 voraussetzen: *„Nach dem Pogrom"*, *„Rückzug auf der ganzen Linie"*, *„Diskussion"*.

Sie prangert die Theorie des *„Antigoizismus"* an, der der jüdischen Rasse

vorgeworfen wird, und daß man nichts gegen die *„ruhigen Juden“*, d. h. die Bankiers und Millionäre hätte, wohl aber gegen die *„dreisten Juden“*, die *„Jüdlein-Revolutionäre“*, welche letzteren auf der ganzen Welt auszurotten wären. (S. 129)

Sie schränkt wie alle Marxisten den Antisemitismus auf den Klassenkampf ein, bzw. will dem Klassenkampf durch antisemitische Vorwürfe Auftrieb geben:

„Der Antisemitismus wurde zur gemeinsamen Plattform der Reaktion der Endecka, der ‚christlichen‘ klerikalen Reaktion und der ‚fortschrittlichen‘ Freidenkerei, wurde zum gemeinsamen Schild der politischen Rückständigkeit und der kulturellen Verwilderung. Aber was versteckt sich hinter diesem gemeinsamen Schild, was ist die gemeinsame soziale und materielle Grundlage dieser geistigen Verbindung? Es ist der gemeinsame tödliche Haß auf das Lager der Arbeiterselbsterkenntnis und der Arbeiterbefreiung!“ (S. 131; Endecka = National-demokratische Partei 1897)

Besonders weist sie auf Marx hin als den Begründer eines Antisemitismus, der frei ist von Rassedenken:

„Zwar war es gerade Karl Marx, der in seiner Abhandlung aus dem Jahre 1843 gegen die Hegelianer Bauer und Feuerbach zum ersten Mal die Judenfrage aus der Religions- und Rassensphäre auf die soziale Grundlage geführt hat, indem er nachwies, daß das, was gewöhnlich als ‚Judentum‘ bezeichnet und verfolgt wird, nichts anderes ist als der Schacher- und Betrügergeist, der in jeder Gesellschaft auftritt, in der Ausbeutung herrscht, ein Geist, der aufs beste in den neuzeitlichen ‚christlichen‘ Gesellschaften blüht, so daß die Judenemanzipation vor allem eine Emanzipation der Gesellschaft von diesem ‚Judentum‘, d. h. der Abschaffung der Ausbeutung ist …

Für die bewußte Arbeiterklasse gibt es heute keine ‚Judenfrage‘ als Rassen- und Religionsfrage. Es gibt nur eine Frage: die gesellschaftspolitische, und eine Lösung, die für alle sozialen Nöte am dringlichsten ist. Das bewußte Proletariat weiß, daß der Ausbruch des Antisemitismus in unserem Land nur ein neues Glied in der Kette der konterrevolutionären Schande der polnischen Bourgeoisie ist, das sich an die Orgie des Neoslawinismus logisch anschließt, weiß, daß die einzige ‚sachliche und ernsthafte Diskussion‘ mit dieser Schande die radikale Entscheidung der Frage ist, die durch das Jahr 1905 gestellt wurde.“ (S. 147/49)

Im 9. Beitrag schreibt **Lenin** über die schon in der Einleitung angeschnittene Frage des *„Bund“* in der Partei. Es wird wieder deutlich, warum Kommunisten notwendig Antisemiten marxistischer Prägung sein müssen:

„Die jüdische Frage steht so und nicht anders: Assimilation oder Absonderung? — und die Idee der jüdischen ‚Nationalität‘ trägt offen

reaktionären Charakter nicht nur bei ihren konsequenten Anhängern (Zionisten), sondern auch bei denen, die versuchen, sie mit den Ideen der Sozialdemokratie in Einklang zu bringen (Bundisten). Die Idee der jüdischen Nationalität widerspricht den Interessen des jüdischen Proletariats, da sie in ihm unmittelbar und mittelbar eine der Assimilation feindliche Stimmung, eine ‚Getto'-Stimmung, erzeugt." (S. 161)

Leo Trotzki ist mit drei Beiträgen vertreten.

Im Oktober 1934 schrieb Trotzki:

„Der Zionismus lenkt die Arbeiter vom Klassenkampf ab durch Hoffnungen auf einen jüdischen Staat unter kapitalistischen Bedingungen, die nicht zu verwirklichen sind." (Brief an jüdische Linksintellektuelle in der Sowjetunion.)

Im Mai 1940 erfahren wir noch von Trotzki, der am 20. August 1940 ermordet wurde, in *„Imperialismus und Antisemitismus"*:

„Die Welt des untergehenden Kapitalismus ist überfüllt. Die Frage der Aufnahme von einhundert zusätzlichen Flüchtlingen wird zu einem Hauptproblem für eine Weltmacht wie die Vereinigten Staaten." (S. 189)

Der letzte Beitrag *„Der Niedergang des Kapitalismus und die jüdische Tragödie im 20. Jahrhundert"* von **Abraham Léon** stammt aus dem Jahr 1942, veröffentlicht in *„Judenfrage und Kapitalismus"*, München 1971.

Es ist zu lesen:

„Die Juden lebten in den Poren der feudalen Gesellschaft ... Der Verlust der jahrhundertealten Funktion der Juden in der Feudalgesellschaft geht einher mit einer Art passiven Eindringens in die kapitalistische Gesellschaft ..."

Über das Judentum in Polen schreibt Léon u. a.:

„Während 1914 72 Prozent der Geschäfte in den Dörfern jüdisch waren, sank dieser Prozentsatz 1935 auf 34 Prozent, d. h. um mehr als die Hälfte. Die Lage der Juden war in den wirtschaftlich weniger entwickelten Gebieten besser. Die östlichen, von Weißrussen besiedelten Gebiete sind in ökonomischer, intellektueller und politischer Hinsicht der rückständigste Teil Polens. In diesem Gebiet hat sich die absolute Mehrheit der jüdischen Händler um ein Drittel vergrößert. 1938 befanden sich in den rückständigen Gebieten Polens 82,6 Prozent der Geschäfte in jüdischen Händen."

Über Westeuropa sagt Léon:

„Schon vor dem ersten imperialistischen Krieg schuf die massive Ankunft jüdischer Immigranten eine starke antisemitische Bewegung in den Mittelklassen mehrerer Länder in Mittel- und Westeuropa. Es genügt, an die großen Erfolge der antisemitischen Christlich-Sozialen Partei in Wien und an ihren Führer Lueger zu erinnern, an das Anwachsen des Antisemitismus in Deutschland (Treitschke) und an die Affäre Dreyfus."

Im Abschnitt *„Rassismus"* meint Leon:

„Es ist also der kleinbürgerliche Charakter des Judentums, der es dem Kleinbürgertum so verhaßt macht." (S. 200)

Über die jüdische Rasse äußert sich Léon:

„Die jüdische Rasse ist ein Mythos. Dagegen ist es richtig zu sagen, daß die Juden eine Rassenmischung darstellen, die sich von den Mischungen der meisten europäischen Völker, die hauptsächlich slawischen oder germanischen Ursprungs sind, unterscheidet.

Jedoch sind es nicht so sehr anthropologische Besonderheiten, die die Juden von anderen Völkern unterscheiden, sondern viel mehr physiologische, pathologische und vor allem psychische Kategorien."

„Der Zionismus überträgt den modernen Antisemitismus auf alle Zeiten … Im ganzen gesehen müssen die Quellen des Zionismus wohl in der Unmöglichkeit gesucht werden, sich zu assimilieren, anstatt in einem ‚ewigen' Antisemitismus oder dem Willen, die ‚Reichtümer des Judentums' zu erhalten.

In Wirklichkeit ist die zionistische Ideologie, wie alle Ideologien, nichts anderes als eine verzerrte Widerspiegelung der Interessen einer bestimmten Klasse. Es ist die Ideologie des jüdischen Kleinbürgertums, das zwischen den Ruinen des Feudalismus und dem absterbenden Kapitalismus zerrieben würde … der Zionismus … will die jüdische Frage lösen, ohne den Kapitalismus, die Hauptquelle der jüdischen Leiden, zu zerstören."

„Bis zur Machtergreifung Hitlers 1933 blieb die Immigration in Palästina gering. Nach diesem Ereignis zogen Zehntausende von Juden nach Palästina. Diese ‚Hochkonjunktur' erlahmte bald unter dem Druck antijüdischer Manifestationen und Judenmassakern. Die Araber befürchteten ernsthaft, eine Minderheit im eigenen Land zu werden … Die Zionisten setzen große Hoffnungen in einen Sieg der angelsächsischen Imperialisten."

„Und wer kann daran zweifeln, daß morgen, wenn die nationalen Barrieren und Vorurteile in Palästina verschwinden, eine fruchtbare Annäherung zwischen arabischen und jüdischen Arbeitern stattfindet, was zu ihrer partiellen oder totalen Vermischung führen wird?"

Etwas rätselhaft endet das stramm marxistische Geplauder über Juden und Antisemitismus:

„Noch ist nicht vorauszusehen, welcher Art die ‚Nachfahren' des heutigen Judentums sein werden. Aber der Sozialismus wird darüber wachen, daß sich diese ‚Generation' unter optimalen Bedingungen entfalten kann." (S. 211 ff.)

Ähnlich wie bei Kautsky kommt auch bei diesem marxistischen Juden ein Messiasgedanke durch, der Juda auch aus der Assimilation in einem marxistischen Weltreich rettet.

So sehr die Marxisten gegen eine völkische jüdische Lösung innerhalb

der anderen Völker oder im Staate Israel und damit letztlich Antisemiten sind, schaut bei ihren meist jüdischen Sprechern doch der ewige Jude hervor, der trotz aller Ideologiebesessenheit am eigenen Volk hängt. Nur Rosa Luxemburg ist da völlig linientreu.

(Quelle: „Mensch und Maß“ Nr. 18 vom 23.09.1981.)

Multikulti und Marxismus

Wenn ein Alt-68er und DER SPIEGEL (v. 5. 5. 1998) unverhofft ein *„neues, politisch korrektes Pharisäertum in Deutschland“* beschreibt, das *„Ortlosigkeit mit Weltoffenheit, Multikulti-Einerlei mit spannungsreicher Vielfalt“* verwechsele, so mag man zunächst erstaunt aufhorchen. Da bespricht also Reinhard Mohr das neue Werk des ehemaligen SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund)-Aktivisten Frank Böckelmann. Hilfe aus dem linken Lager? Was Mohr über Böckelmanns Thesen schreibt, klingt durchaus ansprechend:

„Gerade die politisch korrekten Ausländerfreunde, die offene Grenzen fordern, ‚Bleiberecht für alle‘ und Losungen wie ‚Kein Mensch ist illegal‘,Jeder Mensch ist Ausländer — fast überall‘ oder ‚Wir sind alle Afrikaner!‘ ans Heck ihres Volvo kleben, tilgen das Fremde und gemeinden es umstandslos ins eurozentrische Eigene ein. Damit verschwindet es zugleich im großen ‚melting pot‘ des ‚pauschalen Einvernehmens‘ — Integration im Geiste des Multikulti-Weltgeists.“

Der postmoderne Multikulturalist benutze die Einwanderung nur als erzieherischen Tugendterror. Böckelmann vermutet dahinter einen *„geständigen Imperialismus“*, eine *„neuartige Vormundschaft über die Welt, die per Selbstanklage und Reue ausgeübt“* werde. Insofern verfahre der *„weiße Rassismus“* nach dem Motto:

„Der Ausländer, besser: der Flüchtling oder Migrant ist gut, weil er Opfer ist; doch der einheimische Deutsche und Europäer spielt stets die

Rolle des potentiellen weißen Täters, der für alle Schandtaten von der afroamerikanischen Sklaverei bis zur Vernichtung des brasilianischen Regenwaldes verantwortlich ist.“

Das Beschwören der *„Eine-Welt“* durch die Konsum- und Popkultur suggeriere interkulturelle Begegnungen, die überhaupt nicht stattgefunden hätten. Das *„Come together“* und *„We are the world“* seien nichts anderes als *„ethnofolkloristische Werbeparolen“*.

„Die auf der Panflöte spielenden Indios in den Fußgängerzonen der Republik, schwarze, gelbe Paare und Passanten, internationale Showstars und der Gemüsetürke an der Ecke – sie alle bilden jene Weichzeichnung des Fremden, der schon längst zum Inventar des gesamtideellen deutschen Wohnzimmers gehört.

Doch der abstrakt allgemeine Willkommensgruß an die Fremden aus aller Herren Länder ist Ausdruck einer Pseudo- Toleranz, die das zu tolerierende Andere, womöglich Unangenehme und Gefährliche, gar nicht definiert, sondern im Namen des großen Ganzen überspielt und tabuisiert. … Schon auf der schlichten Beschreibung äußerer Unterschiede und sozialer Gewohnheiten lastet der Generalverdacht des Rassismus, den die scheinheiligen Philanthropen nur allzu gern erheben. Wenn andere Menschen sich über Hautfarbe, Sprechweise, Gerüche oder landestypische Gewohnheiten äußern oder gar mokieren, und sei es das Schächten eines leckeren Hammels in der heimischen Badewanne, dann kann das nur ‚reaktionäres Stammtischgerede‘ sein. Das politische Verbot, über befremdliche, gar kritikwürdige Zustände offen zu reden, beruht auf der Unterstellung, von dort sei der Weg zur rassistischen Mordbrennerei kurz und direkt. Doch wer Konflikte negiert, schwächt das Bewußtsein über die Wirklichkeit, untergräbt Realismus wie Vernunft und fördert die Dummheit im Lande.“

Man mag Böckelmann in seiner Beschreibung der gegenwärtigen Zustände durchaus zustimmen. Herzerfrischend ist auch die Entlarvung jener Multikulti-Ideologie, die ihren Ursprung im christlich und freimaurerisch geprägten Humanitätsideal des Westens hat. Wer ein echter Marxist ist, der muß mit der Gegenideologie des diktatorischen Liberalismus seine Schwierigkeiten haben. Allerdings darf man sich angesichts dieser positiven Ansätze nicht zu früh freuen, denn Böckelmann als Verfechter einer Vielfalt der Völker? Weit gefehlt:

„Die Fremden, das sind wir. Alles, was von außen, aus weiter Ferne kommt, ist eigentlich immer schon hier, in uns selbst codiert. Böckelmann mokant: ‚Chinesen, Japaner, Araber, Schwarze, Indios — ein bunter Strauß abendländischer Erfindungen‘.“

Also gibt es sie doch noch, die Vorstellung von der *„einen“* Menschheit kommunistischer Prägung! Wir erinnern uns: Nach marxistischer Vorstellung

kommt der Mensch als erbmäßig nicht vorgeprägtes Wesen auf die Welt. Seine Volkszugehörigkeit, seine Fähigkeiten und Neigungen, sein kulturelles Empfinden sind allein Ergebnis der ihn prägenden Umwelt. So gesehen ist Böckelmanns ideologischer Feldzug gegen die Multikulti-Verehrer nur konsequent: In seiner Welt ist nicht einmal mehr Platz für assimilierte Türken, Pizzerien und China-Restaurants. Die Völker müssen abgeschafft werden. Er kennt nur ein Ziel — die klassenlose Gesellschaft! S. K.

(Quelle: „Mensch und Maß“ Nr. 18 vom 23.09.1998.)

Literaturhinweise:

Zur Ergänzung vorliegender Schrift seien noch folgende Bücher aus der **„Blauen Reihe“** von Mathilde Ludendorff:

„Wahn und seine Wirkung“,
„Von Wahrheit und Irrtum“
„Auf Wegen zur Erkenntnis“,
„Aus der Gotterkenntnis meiner Werke“,

sowie die gedruckten Zusammenstellungen von M. Köpke empfohlen:

„Geheime Weltmächte – Esoterik als Nachfolger des Christentums?“,
„Ludendorffs Kampf gegen die Hitler-Diktatur“,
„Ludendorff und Hitler“,
„Die Ludendorff-Bewegung und der Nationalsozialismus“,
„Der verschwiegene Widerstand gegen die Nazi-Diktatur“,
„Vergleich einiger Rassenlehren“,
„Die Philosophin und der Feldherr“,
„Nationalsozialismus, Faschismus und römische Kirche“,
„Gibt es eine metaphysische Kriegsführung?“,
„Kirche und Synagoge“,
„Wer oder Was ist eigentlich Gott?“
„Deutschtum und Christentum – Unüberbrückbare Gegensätze?“,
„Unser Marxismus – eine unserer Verirrungen“,
„Die Hochflut des Okkultismus“,
„Drei Irrtümer und ihre Folgen“,
„Höhenwege und Abgründe“,
„Ist das Leben sinnlose Schinderei?“,
„Das offene Tor – Der Esausegen und die überstaatlichen Mächte“,
„Meine Klage vor den Kirchen- und Rabbinergerichten“.

Diese Bücher sind direkt beim Herausgeber (E-mail: Esausegen@aol.com) bei www.booklooker.de oder anderer Buchplattformen (wie z.B. www.eurobuch.de) im Internet, erhältlich. Oder manchmal gratis bei www.archive.org.

Die „Blaue Reihe“

umfaßt Abhandlungen und Sammlungen von Aufsätzen Frau Dr. Mathilde Ludendorffs, die in allgemein verständlicher Form einzelne Gebiete der Deutschen Gotterkenntnis behandeln.

Band 1: **Deutscher Gottglaube**

Band 2: **Aus der Gotterkenntnis meiner Werke**

Band 3: **Sippenfeiern – Sippenleben**

Band 4: **Für Feierstunden**

Band 5: **Wahn und seine Wirkung**

Band 6: **Von Wahrheit und Irrtum**

Band 7: **Und Du, liebe Jugend!**

Band 8: **Auf Wegen zur Erkenntnis**

Band 9: **Für Dein Nachsinnen**

Erhältlich bei www.booklooker.de ,
www.eurobuch.de oder anderer Quellen.

Gesundung durch Deutsche Weltanschauung

erstreben unserem Volke die Werke von Dr. med. Mathilde Ludendorff:

Das Weib und seine Bestimmung

Aus ihrem reichen Wissens- und Erfahrungsschatz zeigt die Fachärztin für Psychologie die Eigenart der beiden Geschlechter, die Verschiedenheit ihrer Anlagen und Begabung und fordert Betätigung der Frau auf den Gebieten, für die Mehrbegabung und höhere Leistung der Frau nachgewiesen sind. In gegenseitiger Ergänzung erfüllen so beide Geschlechter den göttlichen Sinn ihrer Wesensverschiedenheit zum Heile des Deutschen Volkes. Die Deutsche Frau kämpft durch Durcharbeiten und Verbreiten dieses Werkes für ihre Würde und Freiheit.

Der Minne Genesung

Von nichts hat die christliche Lehre so schlecht gesprochen, als von der Minne, und doch ist gerade die Minne eine Kraft, die zu hohem Fluge der Seele begeistern kann. Das Vergessen von Raum und Zeit, von Zweck und Nutzen, wie es das Sinnen und Sehnen nach dem geliebten Menschen gibt, kann die Selbstschöpfung zur Vollkommenheit gewaltig fördern. „Der Minne Genesung“ ist ein Werk, das zur Gesundung des Liebeslebens und der Ehe, der Kraftquelle völkischer Wiedergeburt gelesen und verbreitet werden sollte.

Triumph des Unsterblichkeitwillens

„... dem heiligen Glauben: Wir Menschen sind das Bewußtsein Gottes und sein wirkender Wille! Wem diese Wahrheit, dieser Glaube vermessen erscheint, der lese das Buch, und er wird erfahren, daß es den Menschen, der den Gott in seiner Brust lebendiger fühlt, mit hoher Verantwortung belädt. (München-Augsburger Abendzeitung)

Deutscher Gottglaube

Deutscher Gottglaube ist die Grundforderung völkischer Wiedergeburt. Nur der hat ein Recht, sich völkisch zu nennen, der den Einklang von Blut und Glauben wiedergefunden hat. — Seit er unserem Volke genommen wurde, ringt die Deutsche Seele — wenn auch früher unbewußt — ihn wieder zu finden. Die Deutsche Geschichte der letzten tausend Jahre ist ein

fortwährender Kampf gegen den Fremdgeist, gegen den Glaubenszwang und die Priesterherrschaft, die Deutscher Freiheitswille ablehnte.

Der Seele Ursprung und Wesen

von Dr. med. Mathilde Ludendorff

Dies **dreibändige** Werk der Philosophin der Seele gibt die langersehnte Antwort auf das Warum der Schöpfung, auf die Frage nach ihrem Sinn: Die gottbewußte Menschenseele ihr Sinn, das Werden des Weltalls die Vorstufe zu diesem Schöpfungsziel!

Der erste Band: Schöpfunggeschichte

Wer die Menschenseele erkennen will, muß das Werden des Weltalls miterleben, vom Äther und Urnebel bis hin zur Menschenseele. Neue Willenserscheinungen führten zu immer höheren Stufen der Wachheit. Alle diese Willensoffenbarungen und Grade der Bewußtheit finden sich wieder in der Menschenseele, die so zum Spiegel der Weltschöpfung wird, und die Unbewußtheit der Zellseele, wie die Unterbewußtheit der Tierseele, umfaßt und durch die ihr gewordene Bewußtheit bereichert. Wohl war die naturgeschichtliche Entwicklung bekannt, aber ihre treibende Kraft wurde mißdeutet: der Wille des Göttlichen zur Bewußtheit war das Schöpfungsziel! Es fand seine Erfüllung in der Menschenseele.

Der zweite Band: Des Menschen Seele

zeigt die Wirkung der unbewußten und unterbewußten Seelenkräfte auf das Bewußtsein. Unzerstörbar durch Erziehung und Schicksal tragen wir das Unterbewußtsein in der Seele. In Zeiten tiefer innerer Erschütterung bricht es hervor und bestimmt unser Tun. Den „Treuhänder des Rasseerbgutes“ nennt es darum Dr. Mathilde Ludendorff.

Der dritte Band: Selbstschöpfung

sagt uns, daß es jeder Seele, unabhängig von Rasseerbgut, Umwelt und Schicksal möglich ist, ihren göttlichen Sinn zu erfüllen. Nicht als Gnadengeschenk von außen und durch Erlösung, sondern freiwillig durch seine eigene Kraft kann der Mensch die angeborene Unvollkommenheit zur Vollkommenheit entwickeln, indem er sein ganzes Tun in Einklang bringt mit

den in ihm ruhenden Wünschen zum Guten, Wahren, Schönen.

Der Seele Wirken und Gestalten

1. Teil: Des Kindes Seele und der Eltern Amt

Die ernsten Gefahren, die dem Kinde drohen, dessen Selbsterhaltungswillen nicht vollkommen ist, zeigt hier die Seelenärztin, Erzieherin und Mutter. Wohl hat das Kind einen natürlichen Schutz, der es umschließt, wie die schirmende Hülle die junge Blüte, aber die erwachende Vernunft ist Gefahr für die Seele, und es ist daher heilige Pflicht der Eltern, dem Kinde durch Schärfen seiner Denk- und Urteilskraft und durch straffe Willenszucht den mangelnden Selbstschutz zu sichern und durch Einwirken auf das Seelenleben sein Gestalten vorzubereiten.

2. Teil: Die Volksseele und ihre Machtgestalter

Eine Philosophie der Geschichte

„Nach dem Studium dieses Werkes verstehen wir, weshalb die Geschichtswissenschaft unserem Volke bisher noch keine Geschichte als Lebenserfahrung des Volkes geben konnte; dazu war eine Gesamtschau, die Kenntnis des Wesens der menschlichen Seele und der Gesetze der Volksseele nötig; diese hat erst Frau Dr. Mathilde Ludendorff gegeben und auch damit unserer Geschichtswissenschaft die Möglichkeit, dem Sinn des menschlichen Daseins zu dienen und damit mehr zu tun als nur eine Darstellung äußerer Geschichte zu geben.“

3. Teil: Das Gottlied der Völker

Eine Philosophie der Kulturen

Dieses Werk ist die Krönung jener Erkenntnisse, welche uns die Philosophin in den ersten Büchern ihres Dreiwerkes „Der Seele Wirken und Gestalten“ vermittelte. Aber das Werk steht trotzdem selbständig in der Reihe der übrigen. Der Umfang, das Wesen, die Bedeutung und der Sinn der bisher so wenig geklärten Tatsache einer Kultur ist hier in überraschender Klarheit erkannt und dargestellt.

Mathilde Ludendorff, ihr Werk und Wirken

Herausgegeben von General Ludendorff
Geschrieben von ihm und anderen Mitarbeitern, 344 Seiten. 1937

Inhaltsangabe:

Der Sinn dieses Werkes. Von General Erich Ludendorff.

Aus dem Leben:
Aus dem Leben mit meiner Schwester. / Mutter und Kinder. / Als Lebens- und Kampfgefährtin.

Als Arzt:
Mathilde Ludendorff als Ärztin und ihre Bedeutung als Arzt. / Heilig sei die Minne.

Als Vorkämpferin für ihr Geschlecht:
Die Frau im öffentlichen Leben von Volk und Staat. / Die Mutterschaft und ihr Erzieheramt.

Als Kämpfer gegen die überstaatlichen Mächte:
Abwehrkampf gegen die geheimen überstaatlichen Mächte. / Abwehrkampf gegen die Christenlehre. / Abwehrkampf gegen den Okkultismus.

Als Schöpfer Deutscher Gotterkenntnis:
Die Philosophie auf dem Wege zur Erkenntnis. / Der göttliche Sinn des Menschenlebens. / Das Werden des Weltalls und der Menschenseele. / Das Wesen der Seele. / Wesen und Ziele der Erziehung nach der „Philosophie der Erziehung“. / „Die Philosophie der Geschichte“ als Grundlage der Erhaltung unsterblicher Völker. / Wesen und Macht der Kultur nach dem „Gottlied der Völker“. / Der Schöpferin der Deutschen Gotterkenntnis - ein Gedicht. / Mathilde Ludendorff in Werk und Wirken.

Anlagen:
Ahnentafel von Frau Dr. Mathilde Ludendorff. / Werke und Schriften von Frau Dr. Mathilde Ludendorff. / Aufsätze von Frau Dr. Mathilde Ludendorff.

Zu beziehen beim Verlag Hohe Warte unter www.hohewarte.de

Der Lebensweg Mathilde Ludendorffs

Statt Heiligenschein oder Hexenzeichen - mein Leben

1. Teil: Kindheit und Jugend.

In Ganzleinen gebunden, mit 9 Bildeinlagen, 246 Seiten.

„Unter den Händen stark schöpferischer Menschen wächst jedes Werk weit über das von ihnen selbst Erwartete. Es ist zu bezweifeln, daß die Philosophin Mathilde Ludendorff die Fülle der Lebensweisheit, des Humors, des Gemütes und des tiefsten Lebensernstes vorausgeahnt hat, die in diesem tiefen und reichen Werke enthalten ist. Den Segen des elterlichen Erbgutes und Vorbildes, den sie selbst erlebte, strahlt sie in diesem Werke auf unendlich viel Deutsche aus und gibt ihnen obendrein noch all den Reichtum an Erkenntnis, den sie sich selbst durch die ganz außergewöhnliche „Antwort“ auf die Einzelschicksale ihrer Jugend erwarb. In innigem Zusammenhänge stehen so alle diese Lebensereignisse mit den großen philosophischen Werken der Verfasserin. Das Werk reiht sich ihnen an und ist zugleich das erschütterndste antichristliche Buch, das je geschrieben, weil es den Reichtum Deutschen Gemütserlebens und Deutscher Gotterkenntnls, hier im Leben selbst, der Fremdlehre gegenüberstellt.“ „Deutscher Dichtergarten“, Heft 12,1932.

2. Teil: Durch Forschen und Schicksal zum Sinn des Lebens.

Ganzl, geb. mit Bildumschlag, 300 Seiten, 8°, mit 12 Bildern.

Mit jener Feinsinnigkeit, wie sie allen wahrhaft edlen Menschen eigen ist, zieht Frau Dr. Mathilde Ludendorff die Grenzen um das unnahbare Innere des Erlebens, in das wir als nordische Menschen auch niemals Einlaß haben möchten, und dennoch läßt sie in fesselnder Darstellung uns an der Fülle ihres Lebens teilnehmen. Wir erleben die tiefen Eindrücke des Studiums der Naturwissenschaften, die dereinst die Verfasserin zum Gotterkennen führen sollten. Wir nehmen teil an der Schwierigkeit, ihren Lebensweg zu gestalten, und namentlich an der, die sich dem Studium der Frau entgegenstellte. Gehörte doch Mathilde Spieß zu den ersten Frauen in Deutschland, die mit Examensrechten Medizin studierten. Der ganze Ernst medizinischen Studiums mit seinen tiefen Eindrücken wird uns geschildert. Der Tod ist es, der Mathilde Spieß, später Frau v. Kemnitz, immer wieder zum Nachdenken über sein ernstes Muß zwingt. Wir nehmen Anteil an allen Schicksalsschlägen, an heiterem und ernstem, gemütsbewegendem und schicksalsgestaltendem Erleben und werden erquickt und oft auf's tiefste bewegt von dem Lebensbild, das ein edler, außergewöhnlich begabter und stolzer, Deutscher Mensch uns schenkt. **4 weitere Bände sind im Verlag Hohe Warte erschienen.**

Erhältlich beim Verlag Hohe Warte www.hohewarte.de

Zusammenstellungen von Matthias Köpke (Stand: 8/2019)

als e-Bücher (PDF-Dateien) kostenlos im Internet unter
www.archive.org, www.scribd.com oder gedruckt: www.eurobuch.de

1. **„Das wahre Gesicht von Jakob dem Betrüger“**, 2013.
2. **„Das Buch der Kriege Jahwehs“**, 2013.
3. **„Kampf für Wahlenthaltung“**, 2013.
4. **„Kampfgift Alkohol“**, 2013.
5. **„Der Freiheitskampf des Hauses Ludendorff“**, 2014.
6. **„Der Papst, oberster Gerichtsherr der BR Deutschland“**, 2014.
7. **„Der jüdische Sinn von Beschneidung und Taufe“**, 2014.
8. **„Scheinwerfer-Leuchten“**, 2014.
9. **„Haus Ludendorff und Wort Gottes**“, 2014.
10. **„Jahweh, Esausegen und Jakobs Joch“**, 2014.
11. **„Es war vor einhundert Jahren“**, 2014.
12. **„Destruction of Freemasonry through Revelation of their Secrets“ von Erich Ludendorff;** Hrsg. von Matthias Köpke, 2014.
13. **„Schrifttumsverzeichnis von Erich Ludendorff und Dr. Mathilde Ludendorff“** Eine Übersicht, 2014.
14. **„Denkschrift: Mit brennender Sorge“**, Offener Brief, 2015.
15. **„Drei Irrtümer und ihre Folgen“,** Okkultismus, 2015.
16. **„Vom Wesen und Wirken des Bibelgottes Jahweh und seiner Kirche**
17. **„Warum sind meine Kinder nicht geimpft?“,** 2015.
18. **„Erich Ludendorff. Eine Antwort auf Verleumdungen des Toten“,**
19. **„Die Hochflut des Okkultismus“,** 2016.
20. **„Meine Klage bei den Kirchen- und Rabbinergerichten“,** 2016.
21. **„Die Ludendorff-Bewegung und der Nationalsozialismus“,** 2017.
22. **„Das offene Tor** – Der Esausegen und die überstaatlichen Mächte“,2017
23. **„Mathilde Ludendorff. Eine Antwort auf Verleumdungen der Toten**
24. **„Der Pensionsprozeß Ludendorff – Eine Dokumentation“,** 2018.
25. **„Am Heiligen Quell – Beilage zur Ludendorffs Volkswarte 1929-1931“,**
26. **„Mathilde Ludendorffs Bedeutung für die Frauen“,** 2017.
27. **„Die Spaltung der Ost- und Westkirche“,** 2017.
28. **„Von ‚Gott’ zu Gott – Das von Wahn überschattete Wort?“,** 2017.
29. **„Der ‚geschichtliche’ und der biblische Jesus“,** 2017.
30. **„Das päpstliche Rom gegen das deutsche Reich“,** 2017.
31. **„Wahrheit oder Lug und List“,** 2017.
32. **„Die Weite der Weltdeutung Mathilde Ludendorffs“,** 2017.
33. **„Eine ‚vollkommene’ Gesellschaftsordnung?“,** 2017.
34. **„Ludendorff und Hitler“**, 2018.
35. **„Vergleich einiger Rassenlehren“**, 2018.
36. **„Haben die 3 großen Weltreligionen etwas mit der Flüchtlingskrise**

zu tun?“

37. „Mathilde Ludendorffs Auseinandersetzung mit dem Okkultismus“,
38. „Die Mission des Rudolf Steiner“, 2018.
39. „Die Philosophin und der Feldherr“, 2018.
40. „Warum die Weltfreimaurerei Mathilde Ludendorff so ‚liebt‘“,
41. „Statt okkulter Priesterherrschaft – Gotterkenntnis“, 2018.
42. „Seelenabrichtung durch Magie und Kult“, 2018.
43. „Ist die Bibel ein jüdisches Geschichtsbuch?“, 2018.
44. „Wie wird das Werk Mathilde Ludendorffs im Leben wirksam?“,
45. „Auf der Suche nach Sicherheit und Gewissheit“, 2018.
46. „Ludendorffsche Philosophie und Darwinismus“, 2018.
47. Wie frei ist der Mensch? – Gedanken über die Freiheit“, 2018.
48. „Mathilde Ludendorff und das Ende der Religionen“, 2018.
49. „Vom Denken in der griechischen Antike bis zur Gegenwart“, 2018.
50. „Die Gotterkenntnis Ludendorff als zeitgemäße Lösung der Volkserhaltung“, 2018.
51. „Mathilde Ludendorffs Loslösung vom Christentum und das Werden ihrer Gotterkenntnis“, 2018.
52. „Die Bedeutung Mathilde Ludendorffs für die Welt“, 2018.
53. „Die ersten Blutopfer ‚unserer Freiheit’“, 2018.
54. „Alles ‚zum Besten der Menschheit‘ – Ziele und Wege des Illuminatenordens Adam Weishaupts“, 2018.
55. „Wie und warum das Haus Ludendorff zum Gegner der Freimaurerei wurde“, 2018.
56. „Unser Marxismus – eine unserer Verirrungen“, 2018.
57. „Omnia instaurare in Christo – Alles in Christus erneuern“, 2018.
58. „Ist die Ludendorff-Bewegung konservativ?“, 2018.
59. „Der Weg zur Gotterkenntnis Mathilde Ludendorffs“, 2018.
60. „Zahlenglaube einst und jetzt“, 2018.

Besucht auch meinen Internetkanal bei Youtube:
www.youtube.com/user/Genesis2740Blessing

Lest die
„Deutsche
Wochenschau"

Achtung freie Deutsche!

Die ständige Kampfwaffe Ludendorffs ist seine Wochenschrift:

Deutsche Wochenschau

Völkische Feldpost

Berlin SW 68, Zimmerstraße 7

Bezugspreis monatlich 1 Mark / Durch die Post zu beziehen

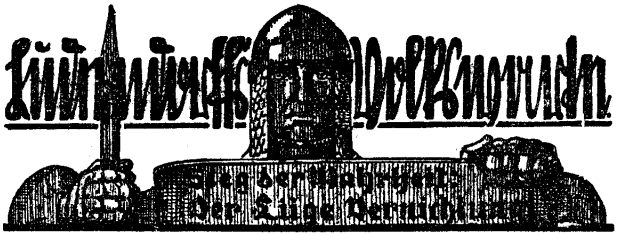
Jede Woche erscheint in dieser Wochenschrift als Ergänzung der Schriften des Generals Ludendorff neue und weitere wichtigste Kampfaufklärung über die Verbrechen der überstaatlichen Mächte in Vergangenheit und Gegenwart, die zu verbreiten, vor allem für das Deutsche Volk, aber auch für alle Völker der Erde lebensnotwendig ist. Aber darüber hinaus wird in der Deutschen Wochenschau dem Deutschen Volke und allen Völkern der Erde der Weg zur Arterhaltung und Freiheit und die schöpferische Gestaltung einer lebendigen, wehrwilligen Volkseinheit und der sie und ihre politische, kulturelle und wirtschaftliche Selbständigkeit sichernden Staatsform gezeigt.

Durch die Aufsätze des großen Feldherrn und Befreiers von den überstaatlichen Mächten General Ludendorff und der großen Philosophin Dr. Mathilde Ludendorff (von Kemnitz) hat die Wochenschrift weltgeschichtliche Bedeutung und die verflossenen Jahrgänge sind heute schon gesuchte, hochbewertete Dokumente.

Die Schriftleitung der Deutschen Wochenschau.

Jeder Deutsche liest die „Deutsche Wochenschau!"

Der Feldherr Erich Ludendorff und seine Frau Dr. Mathilde Ludendorff schrieben in den Jahren 1926 bis zum April 1929 Beiträge für die **„Deutsche Wochenschau"**. Ab Mai 1929 bis zum Verbot durch die Nationalsozialisten im Jahre 1933 veröffentlichten beide ihre Beiträge in der Wochenschrift **„Ludendorffs Volkswarte"** und deren Beilage **„Vor'm Volksgericht"**. Ab 1933 bis 1939 schrieben beide in **„Am Heiligen Quell Deutscher Kraft – Ludendorffs Halbmonatsschrift". (**Siehe jeweils nachfolgend). Digitalisiert als Leseproben jeweils im Internet unter www.archive.org, www.scribd.com oder anderer Quellen erhältlich. Ansonsten alle Jahrgänge komplett digitalisiert im PDF-Format auf Datenträger zu beziehen beim Verlag Hohe Warte (www.hohewarte.de, E-mail: vertrieb@hohewarte.de) oder bei www.booklooker.de, oder direkt bei M. Köpke esausegen@aol.com



mit den Beilagen „Das schaffende Volk", „Das wehrhafte Volk", „Die Sippe", „Die Rast" und „Vorm Volksgericht" erscheint allwöchentlich in München. Bezugspreis 0.86 RM. durch die Post, 1.15 RM. durch Streifband, in Deutschösterreich 1.40 S.

Sie ist das Kampfblatt

für die Befreiung aus dem versklavenden, kapitalistischen, sozialistischen und christlichen Zwang, ausgeübt durch Wirtschaft, Staat und Kirchen;

gegen jede bolschewistische, faschistische oder pfäffische Diktatur, Enteignung des Besitzes und Raub des Arbeitertrages;

gegen die Ausbeuter des Volkes: die überstaatlichen Mächte, die Weltfinanziers, Juden, Jesuiten, Freimaurer und sonstige Geheimorden;

gegen den Versailler Vertrag und jede Erfüllungspolitik, aber auch gegen jede Bündnispolitik, die geeignet ist, das Deutsche Volk in einen neuen Weltkrieg zu treiben;

für die Kampfziele Ludendorffs, für Einheit von Blut, Glauben, Kultur und Wirtschaft und für die Freiheit und die Wohlfahrt aller Deutschen;

für Aufklärung des Volkes über drohenden Krieg.

Am heiligen Quell / Monatsschrift für das Deutschvolk

Diese Zeitschrift behandelt Fragen aller Gebiete, auf denen uns in Jahrhunderten Deutsches Gut genommen wurde. Zur Formung Deutscher Weltanschauung und Deutscher Gotterkenntnis als Grundlage jeder Lebensäußerung werden besonders Ausführungen über Rassenerbgut, Moral des Lebens, über die Kunst, das Sittengesetz, Erziehung, Lebensgestaltung und Volkserhaltung beitragen. Für Lehrer und Erzieher ein Rüstzeug zur Heranbildung der Jugend.

Preis vierteljährlich durch die Post . . . 1.20 RM.
Preis vierteljährlich durch Streifband . . 1.50 RM.
Preis vierteljährlich für Deutschösterreich . 2 S 50 G.
Einzelpreis 0.55 RM., für Deutschösterreich 1 S.

Deutsche Jugend / Blätter vom schöpfrischen Leben

Einzelbezug 15 Pf., Jahresbezug 1.80 RM.
Postscheckkonto: Postscheckamt Berlin Nr. 162962, Fritz Hugo Hoffmann, Frankfurt a. d. Oder, Kiesberg 69.

Ludendorffs Volkswarte-Verlag G. m. b. H.
München 2 NW, Karlstraße 10 / Fernruf 53807
Postscheckkonto: München 3407, Wien D 129986

„Ludendorffs Volkswarte"

**Die, die soviel von „Auferstehung" schwätzen,
die stemmen sich, solang 's nur geht,
mit aller Wucht dagegen in Entsetzen,
wenn wirklich einmal jemand aufersteht!**

Der Streifbandbezug wünsch, sende diese Karte an Ludendorffs Verlag G. m. b. H., München 19 mit dem Vermerk „Streifbandbezug" (in Deutschland monatlich -.70 RM.)

An das Postamt des neuen Beziehers

Ich bestelle hiermit bei der Post die Halb-Monatsschrift

Am Heiligen Quell Deutscher Kraft

(Erscheint zweimal im Monat in München)

ab Monat ..... bis auf Widerruf, monatlich -.60 RM. (zuzüglich 4 Pfg. Zustellgeld) und bitte, den Betrag einziehen zu lassen.

Vor- und Zuname: .....

Beruf: .....

Wohnort und Straße: .....

.....

Zuständiges Postamt: .....
(in Orten mit mehreren, Nr. des Postamtes)

„Ludendorffs Halbmonatsschrift – Am Heiligen Quell Deutscher Kraft"